

29. 01. 97

Wi – AS – Fz

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (421) – 600 01 – Ja 1/97

Bonn, den 29. Januar 1997

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß § 2 Absatz 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I, S. 582) den

Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung.

Der Bericht wird gleichzeitig der Präsidentin des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft.

Dr. Helmut Kohl

Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung**Inhaltsverzeichnis**

	Seite
A. Reformen für Beschäftigung	6
B. Die deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb	13
1. Globalisierung – Herausforderung und Chance	13
2. Deutsche Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs	18
3. Marktwirtschaft stärken – Beschäftigung sichern	32
C. Produktions- und Investitionsbedingungen verbessern	37
1. Die Staatsquote senken und die Steuerlast zurückführen	37
2. Sozialpolitik: Kosten senken, Weichen für mehr Beschäftigung stellen .	42
3. Engpässe bei der Beschaffung von Wagniskapital beseitigen	45
4. Dem Wettbewerbsprinzip mehr Geltung verschaffen	47
5. Den Staat verschlanken, mit der Privatisierung Ernst machen	49
6. Mittelstand stärken, Dienstleistungspotentiale ausschöpfen	51
7. Mit der Arbeitsmarktpolitik Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen	53
8. Nachhaltige Entwicklung sichern, Innovationen auf breiter Front stärken	55
9. Investieren in die Zukunft: Bildung und Ausbildung verbessern	59
10. Chancen der internationalen Arbeitsteilung nutzen	62

	Seite
D. Neue Länder: Den Aufbau Ost weiter voranbringen	64
E. Europäische Integration: Gemeinsame Währung, institutionelle Re- formen	66
F. Gesamtwirtschaftliche Perspektiven 1997: Das Wachstum gewinnt an Stärke	71
1. Exporte bleiben treibende Kraft	72
2. Wachstum und Strukturverbesserungen sind Voraussetzung für eine Wende am Arbeitsmarkt	76
3. Das Preisniveau bleibt stabil	77
4. Die außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik verbessert sich weiter	77
 Anlage	
A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1996 und die tatsächliche Entwick- lung	80
B. Jahresprojektion 1997	89

Verzeichnis der Schaubilder	Seite
1 Entwicklung der zivilen Erwerbstätigkeit im internationalen Vergleich	11
2 Standardisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	11
3 Entwicklung des Welthandelsvolumens	13
4 Ausfuhren der Bundesrepublik Deutschland nach Lieferregionen	14
5 Direktinvestitionen in ausgewählten Regionen	15
6 Deutsche Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen im Inland	17
7 Direktinvestitionen in EU-Ländern	17
8 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts	19
9 Entwicklung des Außenwertes der D-Mark	20
10 Realer Außenwert der D-Mark und nominale Ausfuhr	20
11 Produktion im Verarbeitenden Gewerbe	21
12 Produktion im Bauhauptgewerbe	22
13 Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	23
14 Entwicklung der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen	23
15 Arbeitsmarkt	25
16 Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätige	26
17 Langfristige Entwicklung der Erwerbstätigkeit	27
18 Wachstum und Erwerbstätigkeit im Zyklenvergleich	28
19 Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im Zyklenvergleich	29
20 Verbraucher- und Erzeugerpreise	30
21 Außenwirtschaft	31
22 Einkommensentwicklung im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern	36
23 Einkommensteuertarif (alter und neuer Tarif)	39
24 Steuern, Abgaben und Staatsausgaben	41
25 Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge	43
26 Zusammensetzung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten	43
27 Sozialleistungen und Finanzierungsquellen der sozialen Sicherung im EU-Vergleich	44
28 Geförderte Personen durch Instrumente der Arbeitsmarktpolitik im früheren Bundesgebiet	54
29 Geförderte Personen durch Instrumente der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Ländern	54
30 Mitteleinsatz für wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente	55
31 Ausbildungsstellen im früheren Bundesgebiet	60

	Seite
32	Ausbildungsstellen in den neuen Ländern 61
33	Durchschnittliche monatliche Ausbildungsvergütung im dritten Aus- bildungsjahr 61
34	Preiskonvergenz in ausgewählten Ländern der Europäischen Union . 68
35	Zinssätze langfristiger Staatsanleihen im EU-Vergleich 69
36	Entwicklung des Außenwertes der D-Mark 69
37	Jahresprojektion 1997 71
38	Jahresprojektion 1997: Entwicklung der Arbeitslosenzahl 72
39	Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe 74
40	Kapitalmarktzins und Geldmarktzins 74
41	Lohnkosten und Produktivität im Ost-West-Vergleich 83
42	Produktivität, Einkommen und Lohnstückkosten im früheren Bundes- gebiet und in Deutschland 84
43	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe 90
44	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe 91

Verzeichnis der Übersichten

1	Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer 38
2	Privatisierungsvorhaben des Bundes 50
3	Stabilitäts- und Wachstumspakt 67

Verzeichnis der Tabellen

1	Staatsquote und Abgabenquote im internationalen Vergleich 40
2	Anzahl der börsennotierten inländischen Aktiengesellschaften und Börseneinführungen sowie Kapitalisierung inländischer Aktiengesell- schaften 46
3	Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundes- republik Deutschland 78
4	Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den alten und neuen Ländern 79
5	Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten 81
6	Gegenüberstellung Jahresprojektion der Bundesregierung und tat- sächlichen Entwicklung 1996 Bundesrepublik Deutschland 87
7	Gegenüberstellung Jahresprojektion der Bundesregierung und tat- sächliche Entwicklung 1996 alte und neue Länder 88
8	Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1996 89
9	Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundes- republik Deutschland 99
10	Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den alten und neuen Ländern 100
11	Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors 101

Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung

Die Bundesregierung legt hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) den Jahreswirtschaftsbericht 1997 vor. Er enthält eine Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für Gesamtdeutschland und erläutert die für das laufende Jahr von der Bundesregierung geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik. Kern dieser Politik ist es, Investitionskraft und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch strukturelle Reformen und den konsequenten Abbau von Wachstumshemmnissen nachhaltig zu stärken, damit sich mehr Wachstumsdynamik entfalten und die hohe Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann. Der Jahreswirtschaftsbericht 1997 trägt deshalb die Überschrift „Reformen für Beschäftigung“.

Die Bundesregierung erinnert an Professor Dr. Ludwig Erhard, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde Erhard zunächst bayerischer Wirtschaftsminister, später Leiter der Sonderstelle Geld und Kredit, die die Währungsreform in Westdeutschland vorbereitete. In der Wirtschaftsverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes sorgte er nach dem deutschen Zusammenbruch für entscheidende Weichenstellungen. Das „Deutsche Wirtschaftswunder“ wird mit seinem Namen fest verbunden bleiben. Als erster Bundeswirtschaftsminister (1949 bis 1963) und danach als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (1963 bis 1966) entwickelte er die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft zum weltweit beachteten Erfolgskonzept.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat am 15. November 1996 sein Jahresgutachten 1996/97 (JG) vorgelegt. Die Bundesregierung dankt dem Sachverständigenrat für seine detaillierte Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung im abgelaufenen Jahr und der Aussichten für 1997 sowie für seine fundierten Darlegungen zur Wirtschaftspolitik. Wichtige Schwerpunkte seiner Ausführungen sind Überlegungen zur notwendigen Reform der sozialen Sicherung und zu den Herausforderungen, die sich aus der zunehmenden Globalisierung der Märkte ergeben. Die Bundesregierung nimmt zum Jahresgutachten wiederum jeweils im Sachzusammenhang Stellung.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1997 zur Verfügung. Zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichtes wurde die wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie der Bundesregierung im Konjunkturrat für die öffentliche Hand mit den Ländern und Gemeinden erörtert; darüber hinaus wurde sie mit Vertretern der Gewerkschaften und dem Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft besprochen.

A. Reformen für Beschäftigung

1. In Deutschland gibt es mehr als 4 Mio. registrierte Arbeitslose. Zudem befinden sich mehr als 1,1 Mio. Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Für alle Beteiligten stellt dies eine enorme Herausforderung dar – für die Bundesregierung ebenso wie für die Länder und Gemeinden, vor allem aber auch für Wirtschaft, Tarifparteien und Interessenverbände. Sie alle, die mit ihren Entscheidungen und Aktivitäten Einfluß auf das wirtschaftspolitische Geschehen ausüben, müssen ihren Beitrag zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt leisten. Sie alle stehen in der Verantwortung. Für die Bundesregierung ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weiterhin vorrangiges wirtschaftspolitisches Ziel.

Eine Reihe von Grunddaten zeigt, daß die Bedingungen für eine Fortsetzung des Wachstums gut sind. Die Preise sind stabil, die Zinsen sind niedrig, die Unternehmenserträge sind weiter gestiegen, die Lohnentwicklung ist wieder auf einen moderaten Kurs zurückgekehrt und zeigt mehr Flexibilität, der Wechselkurs hat sich normalisiert, der Export entwickelt sich dynamisch. Das Wirtschaftswachstum wird 1997 auf rund 2½% zunehmen. Dennoch wird die Lage am Arbeitsmarkt auch 1997 schwierig bleiben. Selbst bei einer vollen Auslastung der derzeitigen Produktionskapazitäten wäre keine entscheidende Verringerung der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die wirtschaftliche Dynamik muß deshalb erhöht, die strukturellen Probleme müssen abgebaut werden. Gefordert ist die Bereitschaft, sich dem voranschreitenden Strukturwandel rasch und flexibel anzupassen.

Der gegenwärtige Umbruch in der Wirtschaft ist mehr als ein konjunkturelles Phänomen. Die Palette der produzierten und gehandelten Güter verändert sich auf den Weltmärkten in den 90er Jahren mit einer hohen Geschwindigkeit. Dabei entstehen neue Arbeitsplätze nicht dort, wo die alten verloren gingen. Das Schlagwort des Übergangs von der Industrie- zur Dienstleistungs-, Informations- und Wissensgesellschaft beschreibt bereits tägliche Realität. Die Bereitschaft, diesen Wandel durch Investitionen, Forschung, Entwicklung und durch Innovation zu gestalten, ist in Deutschland noch immer zu gering. Zu zögerlich werden Chancen ergriffen und in der sich ändernden internationalen Arbeitsteilung genutzt.

Die Integration der Länder Mittel- und Osteuropas in die Weltwirtschaft, das verstärkte Auftreten von Entwicklungs- und Schwellenländern auf den Weltmärkten, das wirtschaftliche Zusammenwachsen Europas sowie die zunehmende Mobilität von Unternehmen bei der Wahl ihrer Produktionsstandorte verschieben die Gewichte in der internationalen Arbeitsteilung. Dabei setzen immer mehr Länder auf gut ausgebildete Arbeitnehmer und neue Technologien. Der internationale Wettbewerb wird härter. Er

ist auch zu einem Kompetenzwettbewerb geworden. Wer sich in dieser Situation auf die Verteidigung von Besitzständen konzentriert, wird verlieren. Wer sich dagegen auf seine Stärken besinnt und mit Ideen, Flexibilität und Leistung eine aktive Rolle im internationalen Wettbewerb zu übernehmen gewillt ist, wird von den positiven Wachstums- und Beschäftigungswirkungen des globalen Wettbewerbs um so stärker profitieren.

Dies gilt gerade für die deutsche Wirtschaft mit ihrer engen Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Sie muß daher Ballast abwerfen. Gefordert sind alle gesellschaftlichen Gruppen – Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften. Auf dem Prüfstand steht die gesamte Palette der Standortfaktoren.

2. Es kommt jetzt darauf an, die Bedingungen für mehr Beschäftigung weiter nachhaltig zu verbessern und die Wachstumsdynamik zu verstärken sowie strukturelle Fehlentwicklungen zu beseitigen. Mit dem „Aktionsprogramm für mehr Investitionen und Arbeitsplätze“ und dem „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ hat die Bundesregierung hierfür bereits im vergangenen Jahr wichtige Weichen gestellt. Fast alle der in diesen Programmen vorgesehenen Maßnahmen sind schon umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht (vgl. auch Ziffer 21). Die mit diesen Programmen begonnene Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung muß fortgesetzt werden.

Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die Mahnung des Sachverständigenrats, daß in der Öffentlichkeit die Ziele dieser Politik nach wie vor verkannt werden. Es ist – wie er betont – zu viel die Rede von Sparen, von tiefen Einschnitten und von der Notwendigkeit, den Gürtel enger zu schnallen, zu wenig jedoch davon, daß durch Reformen die Grundlage für mehr Beschäftigung, für mehr Wohlstand und für verlässlichere soziale Sicherung geschaffen werden muß (vgl. Ziffer 235 JG sowie das Vorwort zum Jahresgutachten).

Entscheidend für verbesserte Beschäftigungsperspektiven ist nicht zuletzt eine maßvolle Lohnpolitik (vgl. Ziffer 24). Hier sind die Tarifpartner gefordert. Der Spielraum für den Anstieg der Einkommen in Deutschland wird durch die Arbeitskosten konkurrierender Standorte mit beeinflußt. Eine neue Beschäftigungsdynamik kann sich nur bei einer Lohnpolitik entfalten, die die Grenzen des Produktivitätsfortschritts in West- und die Leistungskraft in Ostdeutschland respektiert und die von flexiblen Arbeitsmarktstrukturen flankiert wird. Es wäre verfehlt, die Tarifpolitik allein auf Einkommenszuwächse der Beschäftigten auszurichten. Sie muß auch, ja angesichts hoher Arbeitslosigkeit sogar in erster Linie die Interessen derjenigen berücksichtigen, die sich beim herrschenden Lohnniveau und der gegebenen Lohn-

struktur vergeblich um ein Beschäftigungsverhältnis bemühen.

Die Chancen für eine Nutzung des Strukturwandels für mehr Beschäftigung sind gut, wenn alle Verantwortlichen den Ernst der Lage erkennen und den Herausforderungen mit marktwirtschaftlichen Ansätzen gemeinsam begegnen. Die Beschäftigungspotentiale in wachsenden Wirtschaftszweigen müssen sich im Wettbewerb entwickeln können. Heute sind bereits mehr als 60 % der Beschäftigten in Deutschland im Dienstleistungssektor tätig. 1960 waren es noch weniger als 40 %. Um die wachstums- und beschäftigungsfördernden Wirkungen des Strukturwandels hin zu mehr Dienstleistungen, neuen Informationstechnologien oder auch den bio- und gentechnologischen Innovationen voll nutzen zu können, setzt sich die Bundesregierung für mehr Wettbewerb auf offenen Märkten und weniger staatliche Interventionen ein.

Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften haben sich zu Beginn des vergangenen Jahres in einer gemeinsamen Erklärung zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Sicherung des Standorts Deutschland und für die Bewältigung des Beschäftigungsproblems bekannt. Am 23. Januar 1996 wurde einvernehmlich beschlossen: „Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesregierung streben einen nachhaltigen Beschäftigungsaufschwung an und setzen sich das gemeinsame Ziel, bis zum Ende dieses Jahrzehnts die Zahl der registrierten Arbeitslosen zu halbieren. Dies ist erreichbar, wenn keine zusätzlichen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt auftreten und wenn alle Verantwortlichen ihr Handeln an diesem Ziel ausrichten.“ Dieses damals wie heute ehrgeizige Ziel ist unverändert Leitmotiv für die notwendigen gemeinsamen Anstrengungen aller, die Verantwortung tragen, für mehr Wachstum und Beschäftigung.

3. Die Bundesregierung stellt ihre wirtschaftspolitische Konzeption in den nachfolgenden 10 Punkten dar, mit denen der eingeschlagene Kurs einer umfassenden Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung fortgesetzt wird.

1. Die Staatsquote senken und die Steuerlast zurückführen (vgl. Ziffern 29 ff)

Rund 50 % des Sozialprodukts in Deutschland werden durch den Staat umverteilt oder als öffentliche Leistung bereitgestellt. Eine solch hohe Staatsquote, deren Anstieg in den letzten Jahren allerdings mit der Verwirklichung der deutschen Einheit notwendigerweise verbunden war, begrenzt die Spielräume für Eigeninitiative, hemmt auf Dauer die wirtschaftliche Dynamik und mindert die Leistungsbereitschaft von Unternehmen und Arbeitnehmern. Sie wird bereits 1997 auf etwa 49 % reduziert. Ihre Absenkung auf 46 %, den Wert vor der Wiedervereinigung, über eine strikte Ausgabendisziplin ist das Ziel der Bundesregierung bis zum Jahr 2000.

Die Rückführung der Staatstätigkeit wird auch den Spielraum für eine deutliche Senkung und nachhaltige Vereinfachung der Besteuerung schaffen. Niedrigere Steuern bedeuten größere Attraktivität

Deutschlands als Wirtschaftsstandort, mehr Freiräume für Private, neue Spielräume für Investitionen und Innovationen und damit auch für mehr Arbeitsplätze. Um die Steuerschraube wieder zurückzudrehen, sind folgende Maßnahmen vordringlich:

- Die große Einkommen- und Körperschaftsteuerreform zum 1. Januar 1999 mit einer Nettoentlastung bis zu 30 Mrd. DM (vgl. Ziff. 32). Dabei werden die Steuersätze für alle Steuerzahler bei einem Eingangsteuersatz von 15 % und einem Spitzensteuersatz von 39 % (35 % für gewerbliche Einkünfte) Einkommensteuer bzw. 35 % Körperschaftsteuer für einbehaltene und 25 % für ausgeschüttete Gewinne deutlich abgesenkt und die Bemessungsgrundlagen durch eine Streichung von Ausnahmeregelungen und Vergünstigungen nachhaltig verbreitert.
- Die Abschaffung der Gewerbesteuer und Verringerung der Gewerbeertragssteuer zum 1. Januar 1998.
- Die Reduzierung des Solidaritätszuschlags um 2 Prozentpunkte zum 1. Januar 1998.

2. Sozialpolitik: Kosten senken, Weichen für mehr Beschäftigung stellen (vgl. Ziffern 42 ff)

Steigende Lohnzusatzkosten beeinträchtigen die Leistungsanreize und gefährden Arbeitsplätze. Für ein beschäftigungswirksames Wachstum ist eine Rückführung der Sozialversicherungsbeiträge dringend geboten. Ziel ist: bis zum Jahre 2000 soll der Gesamtsozialversicherungsbeitrag weniger als 40 % betragen. Hierfür haben Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik mit ihrer Erklärung vom 23. Januar 1996 gemeinsam Verantwortung übernommen. Wichtige Weichen dafür sind mit den Maßnahmen des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung bereits gestellt worden. Damit konnte z. B. der Beitragsatz-Anstieg zur gesetzlichen Rentenversicherung um ½ %-Punkt niedriger ausfallen, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Weitere Schritte müssen folgen. Folgende Vorhaben in den Systemen der sozialen Sicherung sind u. a. vorgesehen:

- Die Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung des Rentensystems vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung.
- Reform der Erwerbsunfähigkeits- und Berufsunfähigkeitsrenten.
- Noch in diesem Jahr die gesetzliche Umsetzung der Eckpunkte, die im Herbst 1996 von der Koalition im Rahmen der dritten Stufe der Gesundheitsreform beschlossen wurden.

Die Bundesregierung appelliert an den Bundesrat, bei allen notwendigen Maßnahmen die konstruktive Mitarbeit nicht zu verweigern, wie dies im letzten Jahr bei der dritten Stufe der Gesundheitsreform oder den zustimmungspflichtigen Gesetzen in der Renten- und Arbeitslosenversicherung geschehen ist.

Für eine Senkung der auf dem Faktor Arbeit liegenden Kosten müssen neben den Abgaben (Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge) auch die tariflichen und betrieblichen Lohnzusatzkosten, die zusammen

mehr als die Hälfte der gesamten Lohnzusatzkosten ausmachen, zurückgeführt werden, denn die Verantwortung für die hohen Lohnzusatzkosten liegt nicht allein beim Staat.

3. Engpässe bei der Beschaffung von Wagniskapital beseitigen (vgl. Ziffern 45 ff)

Wesentliche Voraussetzung für das Wachstum von jungen Unternehmen ist eine hinreichende Versorgung mit Wagniskapital. Mit der marktwirtschaftlichen Umstrukturierung in Ostdeutschland und dem schärfer werdenden Strukturwandel in Westdeutschland hat die Bedeutung eines ausreichenden Angebots an Wagniskapital in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Aber gerade hier bestehen gravierende Schwachstellen. Der Zugang zu den Wagniskapitalmärkten ist vor allem für kleine und mittlere Unternehmen oftmals blockiert. Die Verbesserung der Versorgung mittelständischer Unternehmen mit Wagniskapital setzt die privatwirtschaftliche Initiative von Banken, Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Börsen voraus. Sie sind aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zur Erleichterung der Eigenkapitalbildung zu ergreifen.

Auch die Bundesregierung wird die Rahmenbedingungen für die Kapitalaufbringung weiter verbessern. Sie wird auf eine rasche Verabschiedung ihres im Herbst 1996 vorgelegten Gesetzentwurfes zur Umsetzung der EG-Richtlinien zur Harmonisierung bank- und wertpapieraufsichtsrechtlicher Vorschriften und des Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetzes hinwirken. Spätestens im März 1997 wird der Entwurf des Dritten Finanzmarktförderungsgesetzes mit wesentlichen Verbesserungen für die Versorgung von Unternehmen mit Wagniskapital vorgelegt werden. Diese Maßnahmen sehen unter anderem vor:

- Die Umwandlung von Kapitalbeteiligungs- in Unternehmensbeteiligungsgesellschaften zu erleichtern und die Attraktivität der Unternehmensbeteiligungsgesellschaften zu erhöhen. Das Gesetz wird hierfür nicht mehr die Rechtsform der Aktiengesellschaft und ein öffentliches Angebot von 70 % der Aktien verlangen.
- Den Emissionsmarkt zu beleben durch Herabsetzung der Marktzutrittsbarrieren für Emissionshäuser.
- Die Prospekt- und Beratungshaftung zu modernisieren.
- Die Möglichkeiten zu verbessern, Beteiligungen zu verkaufen.

Die Politik zur Erleichterung des Zugangs zu Wagniskapital ist ein integraler Bestandteil der Offensive für mehr Selbständigkeit und zur Stärkung der Innovationsfähigkeit des Mittelstandes. Sie festigt die wichtige Rolle der mittelständischen Wirtschaft als Arbeitgeber in der Sozialen Marktwirtschaft.

4. Dem Wettbewerbsprinzip mehr Geltung verschaffen (vgl. Ziffern 55 ff)

Funktionsfähiger Wettbewerb ist wesentliche Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Mehr Raum für Wettbewerb ist das Leitmotiv, an dem sich Unterneh-

men ebenso wie staatliche Wirtschaftspolitik seit Anfang der 90er Jahre international immer stärker orientieren. Daraus haben sich wesentliche zusätzliche Impulse für Wachstum und Beschäftigung in vielen Ländern ergeben. Die Bundesregierung hat ihrerseits in den zurückliegenden Jahren wichtige Initiativen zur Stärkung des Wettbewerbs ergriffen, insbesondere im Telekommunikationsbereich.

Die folgenden Maßnahmen sollen im Jahre 1997 weiter vorangebracht werden:

- Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen.
- Abschaffung der Monopole auf den Strom- und Gasmärkten. Mit dem Beschluß zur Reform des Energiewirtschaftsrechts am 23. Oktober 1996 hat das Bundeskabinett die Liberalisierung dieser Bereiche beschlossen.
- Die Transparenzanforderungen im Unternehmensbereich, insbesondere in der Kreditwirtschaft, werden verschärft.
- In dem Entwurf eines neuen Postgesetzes ist die Beseitigung des Beförderungsmonopols bis Ende 1997 vorgesehen.

5. Den Staat verschlanken, mit der Privatisierung Ernst machen (vgl. Ziffern 61 ff)

Staatliche Interventionen müssen auf das absolut notwendige Maß begrenzt werden. Zu viele und zu tiefe Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsgeschehen behindern die wirtschaftliche Dynamik auf doppelte Weise: Zum einen begrenzen die regulierenden und umverteilenden Maßnahmen der Bürokratie das Spektrum der Leistungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in der Privatwirtschaft unmittelbar. Zum anderen bindet ein zu großer Staatsapparat aber auch Ressourcen, die anderweitig nutzbringender verwendet werden könnten. Um das in Deutschland zu groß gewordene Ausmaß an staatlichen Interventionen zurückzuführen, ist eine breit angelegte Deregulierungspolitik erforderlich. Sie muß von der Vereinfachung der immer noch zu schwerfälligen Genehmigungsverfahren bis hin zur Überprüfung einzelner Produkt- und Marktregulierungen reichen.

Schwerpunkt der Politik für einen schlankeren Staat ist die Privatisierung. Während der Bund sich schon seit Jahren von seinen Unternehmensbeteiligungen trennt, befinden sich Länder und Gemeinden hier in erheblichem Rückstand. Dabei gilt für alle Gebietskörperschaften: Die öffentliche Hand muß sich zurückziehen, wenn private Firmen effizienter arbeiten als öffentliche Unternehmen. Mit einer entschlossenen Privatisierungspolitik müssen Länder und Gemeinden dem Beispiel des Bundes folgen, wenn nicht erhebliche Chancen für Wachstum und Beschäftigung verloren gehen sollen. Dazu gehört auch, daß sie einen konsequenten Wirtschaftlichkeitsvergleich im Hinblick auf private und öffentliche Aufgaben erledigung durchführen.

Die Bundesregierung wird auch in Zukunft den Abbau bzw. die Verringerung von Unternehmensbeteiligungen fortsetzen:

- In Westdeutschland stehen im kommenden Jahr die Privatisierung der Postbank AG, der Tank & Rast AG, zweier großer Wohnungsbaugesellschaften sowie die weitere Privatisierung der Lufthansa AG im Vordergrund.
- In Ostdeutschland soll die Privatisierung derjenigen Unternehmen, die die Treuhandanstalt nicht mehr veräußern konnte, im kommenden Jahr abgeschlossen werden. Die Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin (BMGB) hat inzwischen von den 49 Unternehmen, die sie 1995 von der Treuhandanstalt übernahm, rund 30 veräußert.

Ein weiterer zentraler Ansatzpunkt der Privatisierungspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden ist die Überführung von öffentlichen Aufgaben in privatrechtliche Organisationen. Insbesondere die Übertragung von Bau, Erhaltung, Betrieb und Finanzierung von Brücken und Tunnel in Verbindung mit dem Recht zur Erhebung von Mautgebühren kann zum schnellen Auf- und Ausbau moderner Infrastrukturen beitragen.

6. Mittelstand stärken, Dienstleistungspotentiale ausschöpfen (vgl. Ziffern 69 ff)

Kleine und mittlere Unternehmen sind ein Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft. Mittelständische Unternehmen leisten einen herausragenden Beitrag zur Schaffung neuer Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Sie entwickeln neue Produkte und Dienstleistungen und sind aufgrund ihrer Flexibilität in der Lage, neue Marktpotentiale aufzuspüren. Diese Funktionen des Mittelstandes gilt es, durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu stärken. Die Bundesregierung setzt sich darüber hinaus für eine Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten ein.

Besondere Beschäftigungs- und Wachstumspotentiale ergeben sich für mittelständische Unternehmen im Dienstleistungsbereich. Sowohl bei unternehmens- als auch bei haushaltsbezogenen Dienstleistungen sind gerade kleine und mittlere Unternehmen stark vertreten. Zahlreiche neugegründete Unternehmen sind im Dienstleistungsbereich tätig und tragen zur Ausweitung des Angebots an Arbeitsplätzen bei. Im Durchschnitt entstehen pro Neugründung vier neue Arbeitsplätze.

Die Bundesregierung trägt der bedeutenden Funktion des Mittelstandes als Dienstleister Rechnung und strebt mit ihrer für das Frühjahr 1997 vorgesehenen Dienstleistungsinitiative eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im tertiären Sektor an. Wesentliche Bestandteile dieser Initiative sind:

- Eine Anpassung der Außenhandelsinstrumente für Dienstleistungsunternehmen und freie Berufe.
- Die Förderung neuer Märkte für Dienstleister durch Kooperationsstrategien mit mittel- und osteuropäischen Staaten. Vor allem ostdeutschen technischen Dienstleistern bieten die Märkte der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas Chancen.
- Die Schaffung moderner Ausbildungsordnungen für Berufe im tertiären Sektor.

- Eine Verbesserung von Bildungs- und Weiterbildungsangeboten.
- Eine Fortsetzung der Deregulierung durch Öffnung weiterer Märkte und stärkere Harmonisierung föderaler berufsrechtlicher Regelungen. Überprüfung des Berufsrechts in Bund und Ländern. Eine Vielzahl von Regelungen für zumeist freiberufliche Dienstleister behindert derzeit noch die freie Betätigung.

7. Mit der Arbeitsmarktpolitik Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen (vgl. Ziffern 78 ff)

Die Verbesserung der individuellen Erwerbschancen und die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt sind wichtige Elemente der Arbeitsmarktpolitik. Das sind die Ziele des Arbeitsförderungs-Reformgesetzes, das in wichtigen Teilen bereits im Frühjahr 1997 in Kraft treten soll.

Es sieht unter anderem die folgenden Maßnahmen vor:

- Dezentralisierung und mehr Verantwortung für die Arbeitsämter, um die Effizienz und Zielgenauigkeit der eingesetzten Mittel zu erhöhen.
- Eine Förderung von Trainingsmaßnahmen im Betrieb, um die Eignung von Arbeitslosen für ein Beschäftigungsverhältnis zu verbessern.
- Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zu Maßnahmen, die eine beschäftigungswirksame Verwendung von Sozialplanmitteln vorsehen.
- Stärkere Bekämpfung von Leistungsmissbrauch und illegaler Beschäftigung sowie Mitteleinsparungen durch Neustrukturierung von Leistungen.

Die Bundesregierung sieht die vom Sachverständigenrat betonte Gefahr (vgl. Ziffer 271 JG), daß durch manche Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik private Aktivitäten verdrängt werden können und trägt ihr beim Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums angemessen Rechnung.

8. Nachhaltige Entwicklung sichern, Innovationen auf breiter Front stärken (vgl. Ziffern 80 ff)

Die Entwicklung von fortschrittlichen Technologien, neuen Produkten, Konsumgütern und modernen Dienstleistungen erfordert Anstrengungen in der Forschung und Ideenreichtum bei den Innovationen. Gefragt sind dabei insbesondere auch solche Ideen, die neue und ressourcensparende Wege des Wirtschaftens aufzeigen und eine umweltgerechte, nachhaltige Entwicklung mit einer Wirtschaftsweise verbinden, die auf mehr Beschäftigung an einem leistungsfähigen modernen Wirtschaftsstandort ausgerichtet ist.

Es mag oftmals leichter sein, das Rad der Rationalisierung anzustoßen, um kurzfristig die Kosten zu senken, als langfristig und vorausschauend neue Produktionsverfahren und Produkte zu entwickeln und zur Reife zu bringen. Zu einer vorwärtsgerichteten Unternehmensstrategie gehört aber gerade das Suchen nach neuen Wegen. Die Bundesregierung unterstützt die Bemühungen der Wirtschaft um die

Modernisierung der Wirtschaftsstruktur und die Schaffung zukunftsreicher Arbeitsplätze, indem sie die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Forschungseinrichtungen ausbaut, die Innovationstätigkeit der Unternehmen flankiert und die innovative Infrastruktur – insbesondere auch im Verkehrsreich – stärkt.

Aktivitäten zur Schaffung innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen und zur Stärkung der Umweltverträglichkeit des Wirtschaftens sind unter anderem:

- Die strategische Orientierung der deutschen Forschungslandschaft durch wettbewerbliche Anreize für Kreativität und Qualität.
- Eine höhere Innovationsorientierung der direkten Projektförderung durch branchen- und disziplinübergreifende sogenannte Leitprojekte.
- Der Ausbau der innovativen Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen durch industrielle Gemeinschaftsforschung, Forschungskoperation und einen intensivierten Technologietransfer mit einem besonderen Akzent in den neuen Ländern.
- Die Umsetzung eines Bündels von Maßnahmen, um den Übergang in die Informationsgesellschaft zu beschleunigen, insbesondere durch ein Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz.
- Die Prüfung und gegebenenfalls Umsetzung von Handlungsempfehlungen des Rates für Forschung, Technologie und Innovation beim Bundeskanzler zum Thema Biowissenschaften und Biotechnologie; angestrebt wird die Deregulierung der Gentechnik-System- und der Gentechnik-Freisetzungsrichtlinie auf EU-Ebene.
- Ökologische Rahmensetzung durch eine konsequente Umweltpolitik auf nationaler und internationaler Ebene.
- Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für den Energiemix, vor allem durch Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Nutzung der bewährten Energieträger Kohle, Erdöl, Erdgas und Kernenergie auf höchstem Technologieniveau.
- Förderung des Technologietransfers besonders durch die Einrichtung des Internationalen Transferzentrums für Umwelttechnologie (ITUT) in Leipzig und die Einsetzung von Umwelt-Area-Managern in Mittel- und Osteuropa, in Asien und Lateinamerika.
- Der geplante Einsatz von rd. 20 Mrd. DM jährlich bis zum Jahr 2000 für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, um den Anforderungen einer auf Mobilität ausgerichteten Wirtschaftsweise Rechnung zu tragen.

9. Investieren in die Zukunft: Bildung und Ausbildung verbessern (vgl. Ziffern 96 ff)

Bildungspolitik darf nicht zum Experimentierfeld verkommen, sondern muß als Investition in die Zukunft begriffen werden. Gerade für ein rohstoffarmes Land

wie die Bundesrepublik ist das Bildungsniveau der Arbeitskräfte, ihre Kreativität und Leistungsbereitschaft, kurzum das gesamte „Humankapital“, Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung. Ein im internationalen Vergleich hohes Bildungsniveau, vor allem in der beruflichen Bildung, zählt zu den besonders wichtigen Standortvorteilen der deutschen Wirtschaft. Dieser Vorteil muß gewahrt werden. Dazu ist auch eine Verbesserung der Lehrstellensituation und der Ausbildung im dualen System notwendig. Die Wirtschaft muß ihre Anstrengungen verstärken, damit 1997 jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche eine Lehrstelle erhält. Die Politik muß durch geeignete Rahmenbedingungen die Funktionsfähigkeit des dualen Systems stärken.

Erforderlich sind angesichts klar erkennbarer Defizite eine Erhöhung der Effizienz im Hochschulbereich durch eine Straffung der deutlich gestiegenen und im internationalen Vergleich zu langen Ausbildungszeiten und eine Überprüfung der Bildungsinhalte.

Diesen Zielen dienen unter anderem die folgenden Maßnahmen:

- Die vorgesehene Abschaffung der Anrechnungspflicht des Berufsprüfungsjahres für die gewerbliche Wirtschaft und die Änderung des Jugendberufshilfengesetzes, nach der erwachsene Lehrlinge – ihr Anteil beträgt 70% – zukünftig an halben Berufsschultagen in den Betrieb kommen.
- Die Bund-Länder-Initiative „Zukunftsbündnis Lehrstelle“ in den neuen Ländern. Durch dieses Programm, das eine Laufzeit bis 1999 hat, wurden im Jahre 1996 14 300 zusätzliche Ausbildungsplätze gefördert. Der Bund beteiligt sich mit 190 Mio. DM an den Gesamtkosten des Programms, die bei ca. 380 Mio. DM liegen.
- Die zügige Erarbeitung moderner Ausbildungsordnungen.
- Stärkung der Eigenverantwortung und des Wettbewerbs im Hochschulbereich sowie Einführung leistungsabhängiger Finanzierungsformen durch eine zukunftsweisende Hochschulreform. Derzeit wird ein Gesetzentwurf für eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes erarbeitet, der noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden soll und mit einer umfassenden Studienreform einhergehen muß.
- Zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze stellt die Bundesregierung auch 1997 den Unternehmen zinsgünstige und langlaufende Darlehen aus ERP-Mitteln zur Verfügung.

10. Chancen der internationalen Arbeitsteilung nutzen (vgl. Ziffern 101 ff)

Für einen so eng in die internationale Arbeitsteilung eingebundenen Standort wie die Bundesrepublik Deutschland birgt der Globalisierungsprozeß besondere Chancen. Der Wettbewerb der Standorte ist kein Nullsummenspiel, in dem der Gewinn des einen zwangsläufig zu Lasten des anderen geht. Von einer

Schaubild 1

Entwicklung der zivilen Erwerbstätigkeit im internationalen Vergleich (1970 = 100)

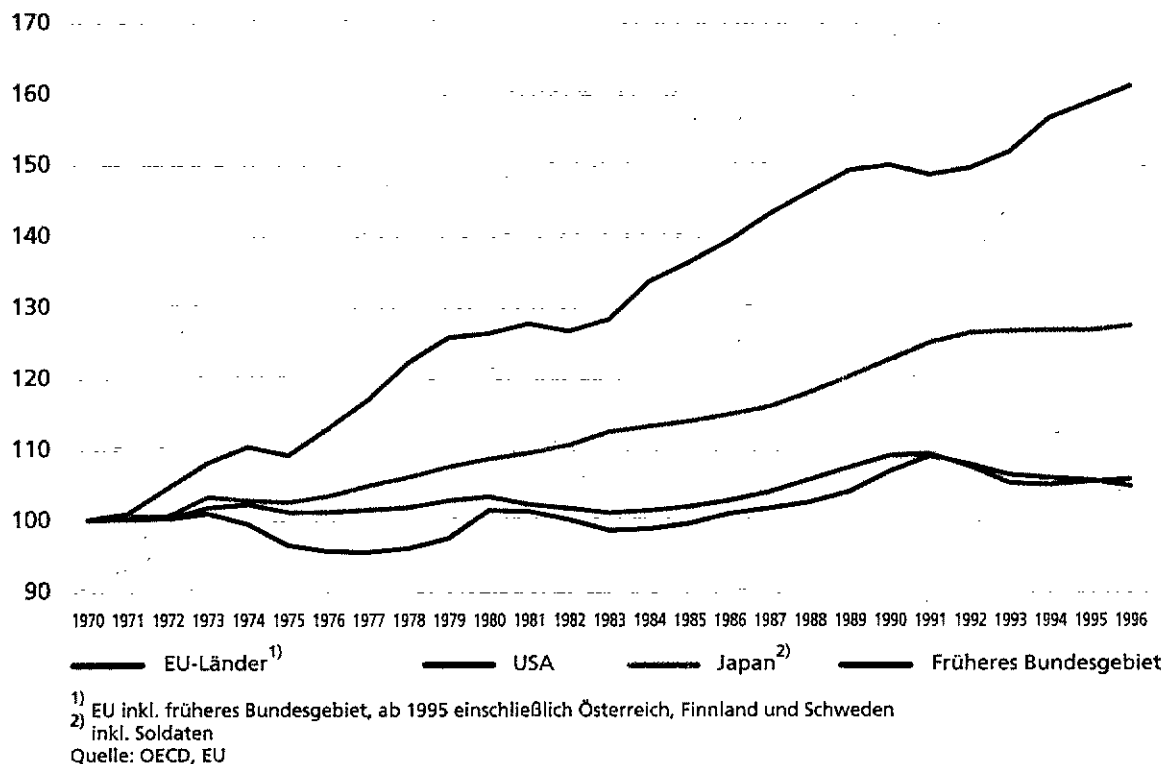
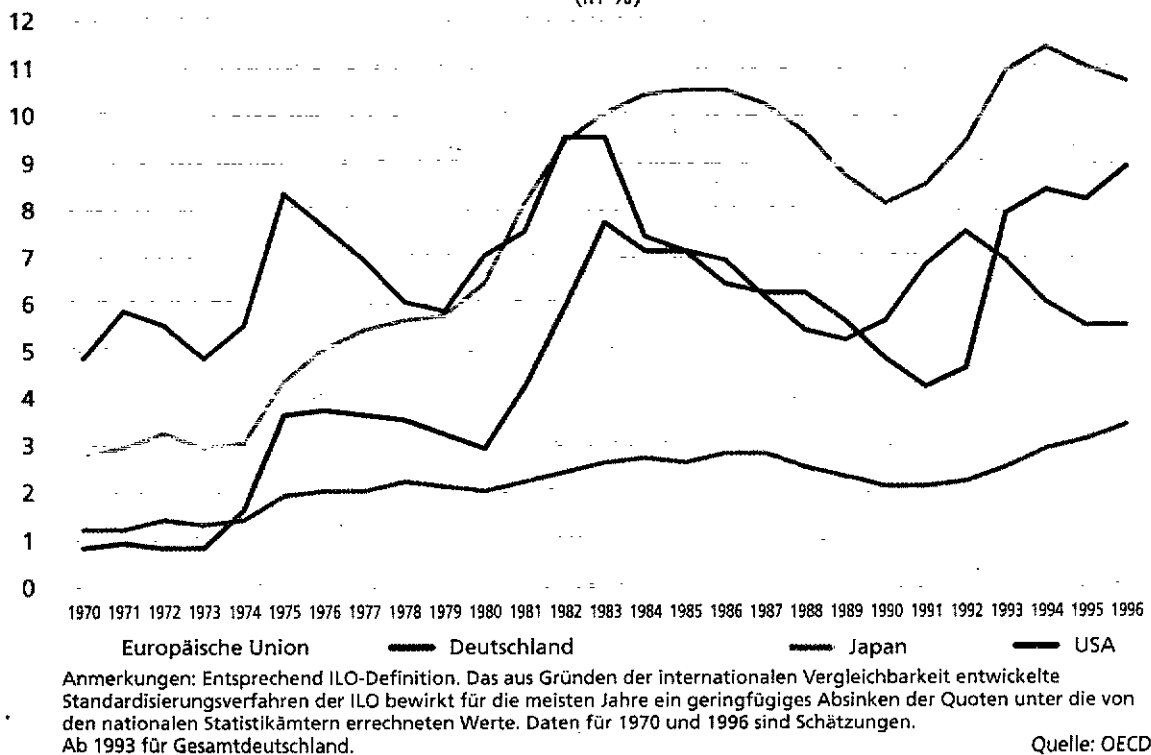


Schaubild 2

Standardisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich (in %)



Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung profitieren alle Teilnehmer, am stärksten aber diejenigen, die sich an die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen rasch und flexibel anpassen. Die Bundesregierung setzt sich deshalb für eine freie Welt-handelsordnung und eine weitere Rückführung des Handelsprotektionismus ein. Sie lehnt eine wettbewerbswidrige Verknüpfung internationaler Sozial- und Umweltstandards mit handelspolitischen Zielen ab. Die Erfolge beim weltweiten Abbau der Zoll-schranken müssen fortgesetzt werden. Die bei der WTO-Ministerkonferenz in Singapur vorgesehene Abschaffung der Zölle im Handel mit Gütern der Informationstechnologie ist ein wichtiger Schritt hin zu einer durchgreifenden Liberalisierung des Welthandels. Darüber hinaus gilt es auch, die zahlreichen nichttarifären Hemmnisse im grenzüberschreitenden Warenaustausch zu beseitigen. Die Bundesregierung wird aktiv an der Entwicklung einer internationalen Wettbewerbsordnung mitarbeiten, um Marktzugangsbeschränkungen und Handelshemmnisse für deutsche Unternehmen auszuräumen, und ihre Wettbewerbschancen zu erhöhen. Die außenwirtschaftlichen Förderinstrumente werden mit dem Ziel einer sachlichen und regionalen Konzentration sowie einer Straffung des Instrumentariums weiter verbessert.

4. Weitere Schwerpunkte der Politik der Bundesregierung liegen beim Aufbau Ost und der Europäischen Integration (vgl. Ziffern 104 ff bzw. 109 ff):

Den Aufbau Ost weiter voranbringen

Der marktwirtschaftliche Reformprozess in den neuen Bundesländern ist schon weit vorangekommen. Gleichwohl bleiben große Herausforderungen zu bewältigen, und zwar nicht allein von der Politik. Nur wenn alle Beteiligten (Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft und Tarifparteien) sich ihrer jeweiligen Verantwortung stellen, wird der Aufbau Ost auch in den kommenden Jahren entscheidend vorankommen.

So muß

- die nach wie vor bestehende große Lücke zwischen der Nachfrage (privater Verbrauch, Investitionen und Staatsausgaben) und der eigenen Wirtschaftsleistung in den neuen Ländern weiter verringert werden,
- die zu schmale industrielle Basis gestärkt und verbreitert werden,
- das Verhalten der Tarifpartner sich noch stärker als im vergangenen Jahr an der Leistungskraft der Unternehmen in Ostdeutschland orientieren.

Die Bundesregierung wird die Wirtschaftsförderung für den Osten Deutschlands auf hohem Niveau fortsetzen. Sie muß allerdings sowohl unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse als auch der wirtschaftlichen Fortschritte in den neuen Ländern schrittweise zurückgeführt werden. Einzelheiten der Förderung für die Zeit nach 1998 werden noch in diesem Frühjahr entschieden.

Europäische Integration: Gemeinsame Währung, institutionelle Reformen

Die Wirtschafts- und Währungsunion wird Europa ein neues Gesicht sowie einen verlässlichen Währungsrahmen geben. Sie wird Europa im globalen Wettbewerb stärken. Ein stabiler Geldwert im europäischen Binnenmarkt und ein robuster Außenwert der europäischen Währung sind wichtige Voraussetzungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Hierfür sind die strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien und dauerhafte finanzpolitische Solidität unabdingbar. Bei der Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß für die Unternehmen frühzeitig Rechtsklarheit geschaffen und unnötiger bürokratischer Aufwand vermieden wird. Durch umfangreiche Aufklärungsarbeit wird sie außerdem dazu beitragen, die Akzeptanz der Währungsunion in der Bevölkerung zu erhöhen.

B. Die Deutsche Wirtschaft im internationalen Wettbewerb

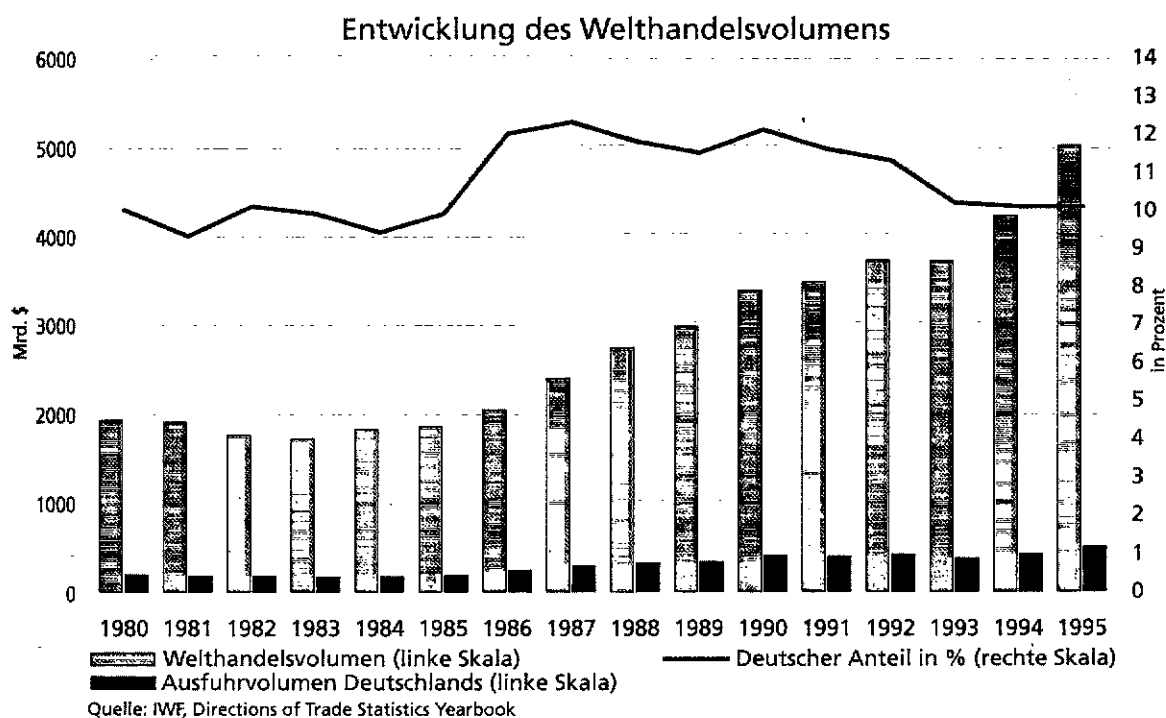
1. Globalisierung – Herausforderung und Chance

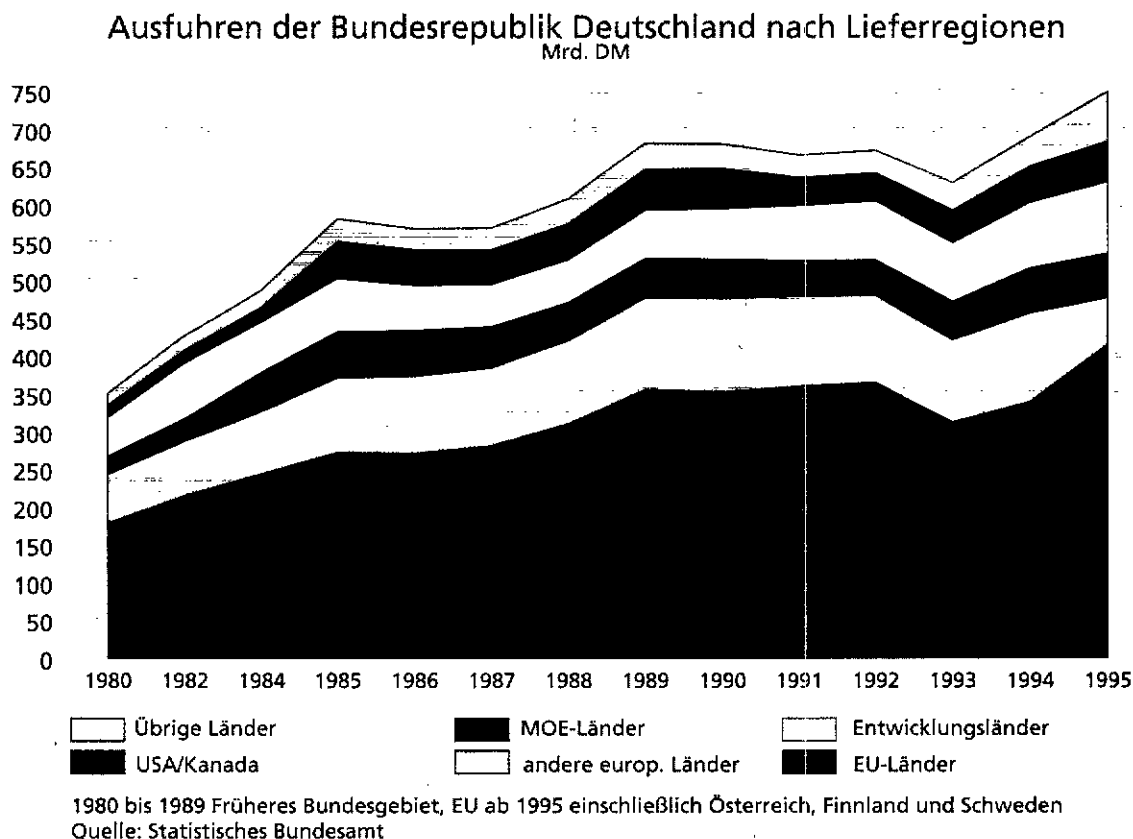
5. Die Weltwirtschaft ist in den vergangenen Jahren immer enger zusammengewachsen. Die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes, die Integration neuer und dynamischer Wachstumsregionen in die Weltwirtschaft, die Öffnung der Länder Mittel- und Osteuropas und der Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR, die Erfolge in der multilateralen Handelsliberalisierung und nicht zuletzt die im Zuge der technologischen Entwicklung enorm gewachsene Mobilität von Kapital und technischem Wissen haben dazu maßgeblich beigetragen. Moderne Verkehrs-, Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen es, die Kostenvorteile der verschiedenen Standorte von der Entwicklung eines Produktes bis zu seiner Vermarktung optimal zu kombinieren und dadurch die in der Internationalisierung der Wirtschaft liegenden Chancen intensiver auszuschöpfen. Daß es sich hier nicht nur um abstrakte Zusammenhänge und Begriffe handelt, sondern um sehr handfeste Vorgänge, die die wirtschaftlichen – aber auch die wirtschaftspolitischen – Realitäten grundlegend verändern, zeigen die folgenden Fak-

ten zur Entwicklung des Welthandels, der Direktinvestitionen und der Integration der Finanzmärkte:

6. Ein wichtiges Merkmal der Globalisierung ist die zunehmende Dynamik des internationalen Handels. Das Welthandelsvolumen wächst derzeit nach Angaben der OECD etwa doppelt so schnell wie die weltweite Produktion. Von knapp 2 000 Mrd. US \$ im Jahre 1980 stiegen die globalen Ein- und Ausfuhren auf rd. 5 000 Mrd. US \$ im Jahre 1995 an. In diesem Prozeß lassen sich zwei markante Phasen beobachten: Während in den 80er Jahren die dynamisch wachsenden neuen fernöstlichen Industrieländer (Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan) ihren Anteil an den globalen Exporten von 4,4 % auf 8,2 % nahezu verdoppeln konnten – was überwiegend zu Lasten des Anteils Mittel- und Osteuropas und der damaligen UdSSR am Welthandel ging –, brachte die erste Hälfte der 90er Jahre deutliche Marktgewinne für eine Reihe von asiatischen, aber auch lateinamerikanischen Ländern (China, Indonesien, Philippinen, Argentinien, Brasilien, Chile); verbunden mit weiteren Verlusten von Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika. Gleichzeitig konnten die bereits

Schaubild 3





stärker industrialisierten ostasiatischen Länder ihre Exportanteile weiter kräftig ausweiten (von 8,2% 1990 auf 11,3% 1995). Die OECD-Länder hingegen mußten einen Rückgang ihres Anteils am Welthandel von 73,2% (1990) auf 71,3% (1995) hinnehmen.

Für die meisten Staaten Mittel- und Osteuropas und die Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR setzte sich in den 90er Jahren zunächst der schon seit den 70er Jahren zu verzeichnende Rückgang ihrer Anteile am Welthandel fort. Allerdings zeigen sich hier seit dem Tiefstand im Jahre 1991 inzwischen stark divergierende Entwicklungen zwischen den bei der Umsetzung von marktwirtschaftlichen Reformen bereits weiter fortgeschrittenen Volkswirtschaften, etwa Ungarn, Polen und Tschechien, einerseits und den Ländern mit nach wie vor gravierenden Umstellungsproblemen andererseits. So konnten vor allem die Länder, die mit der Europäischen Union assoziiert sind, ihren Außenhandel bedeutend ausbauen. Dieser Trend dürfte sich auch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre fortsetzen.

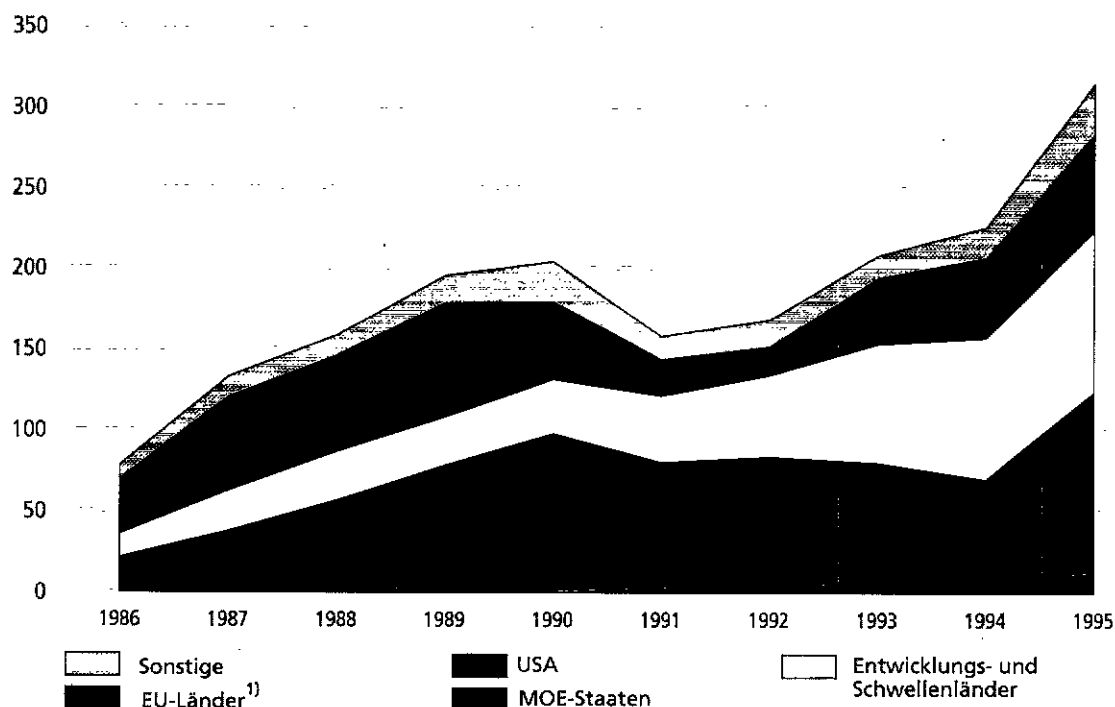
Für die Zunahme des Welthandels spielt nicht zuletzt die dynamische Entwicklung des Handels mit Dienstleistungen eine wichtige Rolle. Die Grundlage hierfür bieten in technischer Hinsicht die modernen Möglichkeiten der Informationsübermittlung. Hinzu kommen die wirtschaftlichen Motive, diese Möglichkeiten für effizienzsteigernde und kostensenkende

Strategien der Unternehmen voll zu nutzen. So haben die Konzepte des „global sourcing“, d. h. der Weltmarktorientierung der Unternehmen auch bei ihren Beschaffungsaktivitäten, oder des „outsourcing“, also der Auslagerung vormals unternehmensintern erbrachter Leistungen auf externe – in- oder ausländische – Anbieter, deutlich zum Wachstum des Dienstleistungshandels beigetragen. Gerade auf den internationalen Dienstleistungsmärkten ist die deutsche Exportwirtschaft relativ schwach vertreten. Während sich dies bei konsumorientierten Dienstleistungen zum großen Teil aus den landschaftlichen und klimatischen Gegebenheiten in Deutschland verglichen mit denen in klassischen Zielländern des Tourismus erklärt, dürfte gerade bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen noch Nachholbedarf bestehen.

7. Noch stärker als die globalen Ein- und Ausfuhren wuchsen in den vergangenen Jahren die grenzüberschreitenden Investitionen: Betrugten die weltweiten Direktinvestitionen Mitte der achtziger Jahre jährlich rd. 77 Mrd. US \$, so lag ihr Volumen 1994 bereits dreimal so hoch und stieg 1995 erneut sprunghaft auf rd. 315 Mrd. US \$. Diese Zahlen zeigen – auch wenn die zugrundeliegenden Statistiken vielfältige Unschärfen ausweisen – eine deutliche Zunahme der internationalen Verflechtungen im Unternehmenssektor an.

Direktinvestitionen in ausgewählten Regionen

Mrd. US-Dollar



¹) Einschließlich Österreich, Finnland und Schweden

Quelle: United Nations, World Investment Report 1992 und 1996

Dabei zeigt sich – wie im internationalen Handel – seit Anfang der 80er Jahre eine allmähliche Gewichtsverlagerung: Zwar dominieren die westlichen Industriestaaten nach wie vor sowohl als Ursprungswie auch als Zielländer von Auslandsinvestitionen; aber die Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer haben – vor allem als Zielregionen, in geringerem Maße aber auch als Ausgangsbasis international mobilisierbaren Investitionskapitals – deutlich an Bedeutung gewonnen. So stieg der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Zuflüssen von Auslandsinvestitionen von 24 % Mitte der 80er Jahre auf 32 % im Jahre 1995, allerdings konzentriert auf zehn Länder. Beispielsweise entwickelte sich die Volksrepublik China bereits 1994 zum zweitgrößten Empfängerland von Auslandsdirektinvestitionen nach den USA (gemessen an den jährlichen Zuflüssen). China, dessen Sozialprodukt sich seit 1980 real mehr als vervierfacht hat, und die anderen aufstrebenden südostasiatischen Volkswirtschaften nehmen aber auch zunehmend selbst ihre Chancen als Auslandsinvestoren wahr. Ähnliches gilt für eine Reihe lateinamerikanischer Länder.

Auch der Anteil der mittel- und osteuropäischen Staaten inklusive der Nachfolgestaaten der UdSSR an den grenzüberschreitenden Investitionen wuchs im Jahrzehnt bis 1995 von einem verschwindend geringen Anteil auf immerhin 3,8 %. Seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ drängen ausländische Unter-

nehmen verstärkt in diese Märkte. Auch wenn der Umfang der dort getätigten Investitionen im globalen Maßstab noch gering ist, so ist doch die Dynamik beachtlich. Das große Potential für die künftige Wirtschaftsentwicklung in diesen Ländern, die meist gute Qualifikation der Bevölkerung und ein niedriges Lohnniveau bieten auch weiterhin gute Voraussetzungen für den Zufluß von Beteiligungskapital.

8. Zur Verdeutlichung des Globalisierungstrends sei weiter auf die geradezu explosionsartige Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten verwiesen. Die weitgehende Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs hat zu einem rasanten Anstieg der weltweiten Finanztransaktionen geführt. In vielen Ländern wurden staatliche Regulierungen der Finanzmärkte gelockert oder aufgehoben, so daß ein effizienter Einsatz knapper Ressourcen über nationale Grenzen hinweg heute besser als in der Vergangenheit gewährleistet ist. Durch die Verwendung immer effizienterer und schnellerer Informationstechniken im internationalen Finanzsystem sind die Umsätze pro Zeiteinheit rasch angestiegen. Die Finanzmärkte sind permanent dabei, immer neue Instrumente zur Senkung von Transaktionskosten und zur Absicherung von Transaktionsrisiken zu entwickeln. All diese sich zum Teil auch gegenseitig bedingenden Faktoren haben in ihrer Gesamtheit einen dramatischen Anstieg der internationalen Finanztransaktionen ermöglicht, die mit der Schaffung

einer Vielzahl von zusätzlichen Arbeitsplätzen verbunden war. Der tägliche Devisenhandel wuchs von weltweit 60 Mrd. US \$ Anfang der 80er Jahre auf rd. 1 200 Mrd. US \$ (1995), und der tägliche Umsatz in derivativen Finanzinstrumenten – an den Börsen und außerbörslich – wird für 1995 auf 1450 Mrd. US \$ geschätzt. Die Emissionen an den internationalen Wertpapiermärkten erreichten 1995 mit einem Nettoabsatz von 313 Mrd. US \$ erneut einen historischen Höchststand. Darüber hinaus nimmt, entsprechend dem dynamischen Wachstum der grenzüberschreitenden Investitionen, das internationale Kreditvolumen noch schneller zu als der Welthandel.

9. Die Globalisierung der Wirtschaft läßt sich vielleicht noch deutlicher als durch hochaggregierte gesamt- und weltwirtschaftliche Daten auf der Ebene der entscheidenden Akteure, nämlich der Unternehmen, veranschaulichen: Etwa 40 000 transnationale Unternehmen mit 250 000 ausländischen Beteiligungsgesellschaften und über 70 Mio. Beschäftigten investieren und produzieren heute über nationale Grenzen hinweg. Für auf den Weltmarkt ausgerichtete Firmen – keineswegs nur für die sog. „global player“, sondern zunehmend auch für den Mittelstand – entsteht mit der Globalisierung die Chance und zugleich die Notwendigkeit, ihre Wertschöpfung durch eine Verteilung über verschiedene Standorte in aller Welt zu optimieren. Dies schlägt sich sehr deutlich darin nieder, daß der unternehmensinterne Waren- und Dienstleistungsverkehr heute bereits ca. 40 % des gesamten Welthandelsvolumens ausmacht.

10. Für den Standort Deutschland bergen diese Entwicklungen große Chancen, allerdings nur, wenn die Vorteile des Standorts Deutschland offensiv und konsequent genutzt sowie vorhandene Defizite abgebaut werden und sich die deutsche Wirtschaft auf dieser Basis selbstbewußt den globalen Herausforderungen stellt. Diese Chancen der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung für die deutsche Wirtschaft liegen insbesondere in:

- der Erschließung von neuen Wachstumsmärkten in aller Welt,
- der wohlfahrtssteigernden Ausweitung des weltweiten Handels,
- der Förderung des Strukturwandels durch internationalen Wettbewerb,
- der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie durch kostengünstige Produktion von Zulieferteilen im Ausland (Mischkalkulation),
- der größeren Unabhängigkeit international tätiger Unternehmen von regionalen wirtschaftlichen Schwankungen bei zunehmender Leistungsverflechtung mit dem Ausland,
- Qualitätsverbesserungen und Kostensenkungen in vielen Bereichen der Wirtschaft im Interesse von Unternehmen und Verbrauchern.

11. Daß die deutsche Wirtschaft diese Chancen auch durchaus zu ihrem Vorteil nutzt, zeigt sich beispielsweise in folgenden Entwicklungen:

- Die deutschen Ausfuhren stiegen 1995 trotz erheblicher Belastungen infolge des Anstiegs von

Arbeitskosten und der starken DM-Aufwertung um 6%.

- Deutsche Unternehmen haben in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße im Ausland investiert. Auch die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen haben 1995 mit 48 Mrd. DM einen neuen Höhepunkt erreicht.

12. Gleichwohl weist sowohl die Entwicklung des Welthandels insgesamt als auch der internationalen Investitionsströme darauf hin, daß in Deutschland noch verstärkte Anstrengungen seitens der Wirtschaft und der Politik erforderlich sind:

- Trotz der Zunahme der deutschen Exporte hat die deutsche Wirtschaft angesichts eines gleichzeitigen Welthandelswachstums von über 8% auch 1995 erneut Weltmarktanteile verloren. Zwar relativiert sich dies angesichts der Tatsache, daß nicht nur Deutschland, sondern die Industrieländer insgesamt Terrain an neu aufkommende Wettbewerber abgeben mußten. Überdies ist das Aufholen bisher weniger entwickelter Länder bei insgesamt wachsendem Welthandelsvolumen, an dem alle teilhaben, eine erstrebenswerte Entwicklung. Doch dürfte der kräftige Rückgang des deutschen Anteils an den globalen Exporten von 12,1% (1990) auf 10,4% (1995) über ein Maß hinausgehen, das sich allein durch derartige Aufholeffekte erklären ließe.

- Deutschland hat als Empfängerland für ausländische Direktinvestitionen ebenso wie als Standort für Investitionen deutscher Unternehmen im Vergleich mit anderen Industrieländern offenbar an Attraktivität eingebüßt. Auch wenn die Statistik der Direktinvestitionen, wie bereits erwähnt, mit methodischen Unschärfen belastet ist, weist sie doch eine ernstzunehmende Lücke zwischen den Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland und den Auslandsinvestitionen deutscher Firmen aus. Die hereinkommenden Direktinvestitionen sind schon seit Ende der 70er Jahre geringer als der ausfließende Kapitalstrom. Die Differenz ist im Verlauf der 80er und 90er Jahre beständig größer geworden. Dem Defizit von 5 bis 6 Mrd. DM zu Beginn der 80er Jahre folgte eine sich ausweitende Lücke gegen Ende des Jahrzehnts, und im Jahre 1995 war mit einem Negativsaldo von 34 Mrd. DM der bisherige Rekord erreicht (wenngleich die Auslandsinvestitionen in Deutschland 1995 mit knapp 14 Mrd. DM ebenfalls auf das bisher höchste absolute Niveau stiegen). In dieser Hinsicht deuten die relativ geringen ausländischen Investitionen in Deutschland auf Defizite gegenüber Konkurrenzstandorten hin. Die Bundesregierung unterstreicht insoweit die Mahnung des Sachverständigenrates: „Es gibt Indizien dafür, daß Deutschland im Standortwettbewerb zurückgefallen ist und weiter zurückzufallen droht“ (Ziffer 247 JG).

Die Konsequenz kann für die deutsche Wirtschaft nur lauten, ihre Präsenz vor allem auf den dynamisch wachsenden Auslandsmärkten noch zu verbessern, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch neue Produkte sowie durch kostensparende und qualitätssteigernde

Schaubild 6

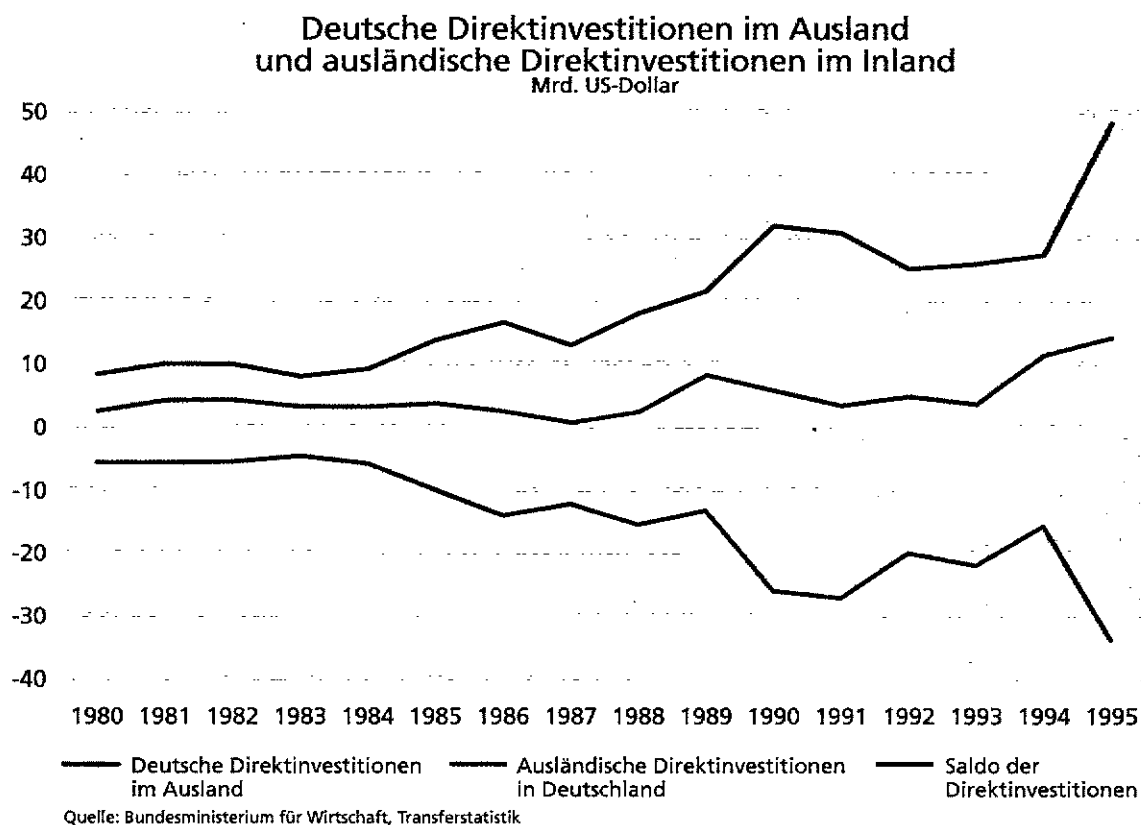
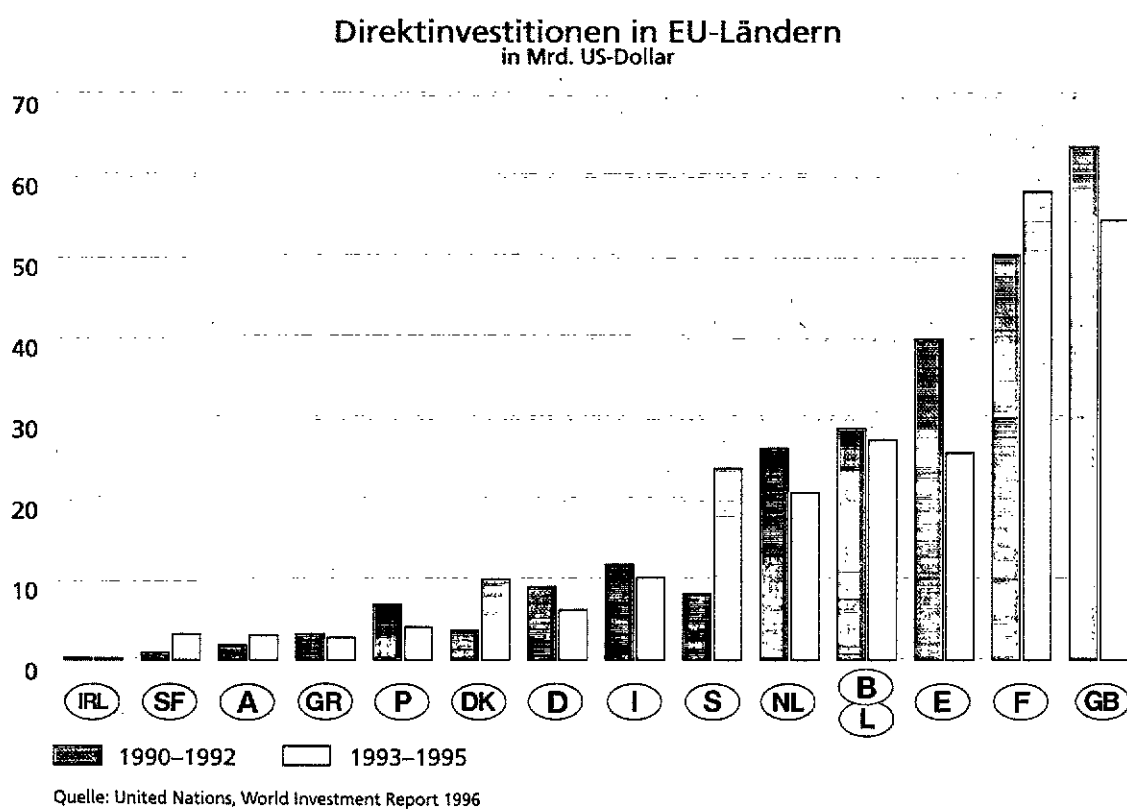


Schaubild 7



Verfahrens- und Organisationsinnovationen weiter zu stärken. Ein hohes Lohn- und Sozialniveau in Deutschland muß durch hohe Produktivität sowie innovative Güter und Leistungen erwirtschaftet werden. Denn unabhängig von vorübergehenden Sonderbelastungen wie Wechselkursänderungen ist eines gewiß: Der internationale Wettbewerbsdruck wird auch in Zukunft groß bleiben.

Die Verbesserung der Qualität des Standorts Deutschland erfordert auch von den politisch Verantwortlichen in Deutschland weiterhin konsequentes Handeln (vgl. Teil C). Die bisher erreichten Erfolge bei der Umsetzung der Standortpolitik dürfen keinesfalls als Zeichen nachlassenden Handlungsbedarfs gedeutet werden. Im Gegenteil: Gerade jetzt, in der Phase des beginnenden Aufschwungs, müssen alle wirtschaftspolitisch Verantwortlichen ihr Handeln daran messen lassen, ob sie die sich bietenden Chancen für mehr Beschäftigung auch entschlossen nutzen.

13. Die zunehmend international orientierten Unternehmen und Kapitalanleger reagieren mit ihren Investitionsentscheidungen sehr sensibel auf Vorzüge und Verlässlichkeit, vor allem aber auf Versäumnisse der nationalen Politik. Insofern geht von der Globalisierung ein nützlicher Handlungsdruck auf Regierungen und andere Träger wirtschaftspolitischer Verantwortung aus. Falsch und unrealistisch wäre der Versuch, sich dem internationalen Standortwettbewerb durch Protektionismus und Abschottung gegenüber unbequemer internationaler Konkurrenz zu entziehen. Illusion wäre der Glaube, Anpassungszwänge durch eine marktwidrige internationale Koordination überspielen zu können und zu hoffen, daß andere Länder bereitwillig darauf verzichten könnten, ihre eigenen Stärken und Vorteile im internationalen Wettbewerb voll auszuspielen.

Der grundlegende Fehler aller defensiven Konzepte zur Begrenzung des Standortwettbewerbs liegt darin, daß sie die neuen Konkurrenten auf den Weltmärkten in erster Linie als Bedrohung sehen. In Wahrheit aber sind sie vor allem ein enormes Potential für weltwirtschaftliches Wachstum und für neue Marktchancen, die sich gerade für die außenhandelsorientierte und auf hochwertige Investitionsgüter spezialisierte deutsche Wirtschaft ergeben. Der Wettbewerb der Standorte ist kein Nullsummenspiel, in dem die Gewinne des einen zwangsläufig zu Lasten des anderen gehen. Tatsache ist allerdings: Wer sich dem veränderten weltwirtschaftlichen Umfeld nicht rasch genug anpaßt, fällt im Wettbewerb der Standorte zurück. Wer sich aber den Herausforderungen stellt, kann von den positiven Wachstums- und Beschäftigungswirkungen der Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung um so stärker profitieren.

Auch der Sachverständigenrat sieht in den gelegentlich geäußerten Vorstellungen, sich dem Standortwettbewerb durch internationale Absprachen über eine weitgehende Harmonisierung der Steuersysteme, der sozialen Sicherungsniveaus oder durch vergleichbare Kooperationsformen zu entziehen, die Gefahr protektionistischer Rückschritte und damit einer nachteiligen Entwicklung für die Weltwirt-

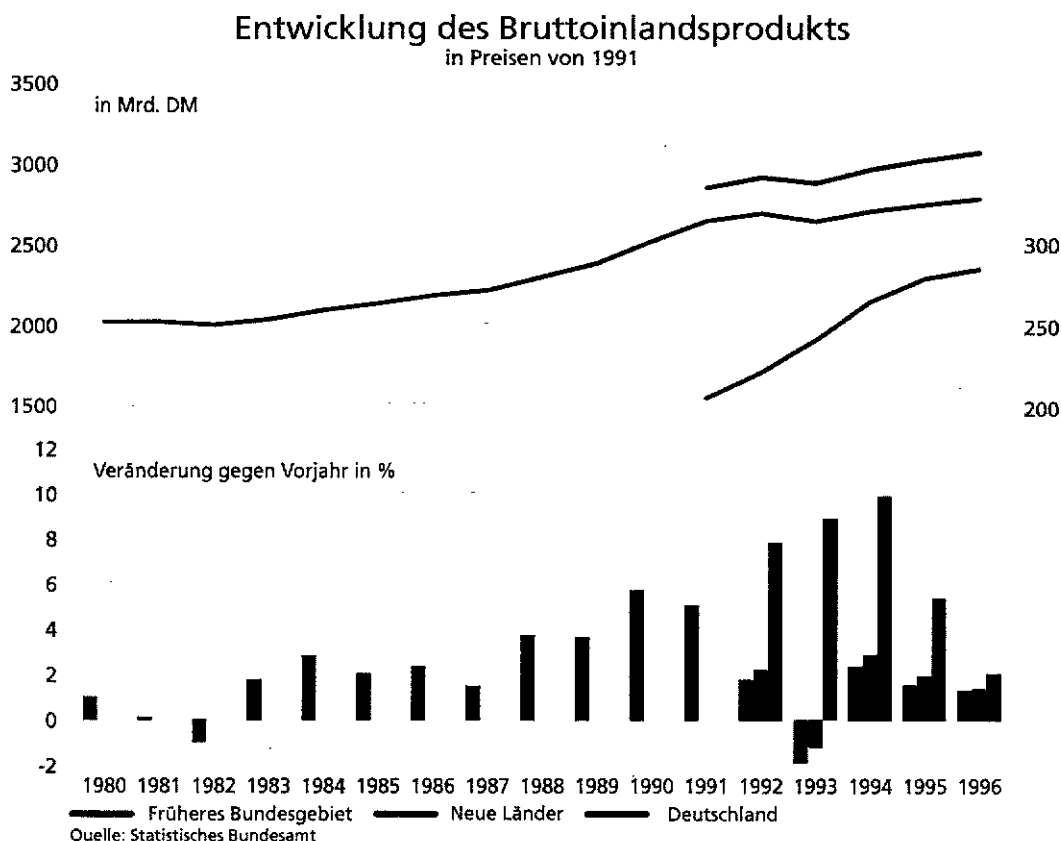
schaft insgesamt sowie auch für Deutschland (Ziffer 250 JG). Die Bundesregierung teilt diese eindeutige Haltung. Der Sachverständigenrat sieht einen Bedarf für internationale Zusammenarbeit bei der Nutzung globaler Umweltgüter (vgl. Ziffer 250 JG). Nur durch einen ökologischen Rahmen – auch für die Weltwirtschaft – können die Lebens- und Produktionsgrundlagen erhalten werden. Die Bundesregierung teilt die marktwirtschaftliche Sicht des Sachverständigenrats.

2. Deutsche Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs

14. Die deutsche Wirtschaft befindet sich zu Beginn des Jahres 1997 im Aufwind. Nach einer Wachstumspause von drei Quartalen, die vor allem von einer kräftigen Aufwertung der D-Mark und von überzogenen Lohnsteigerungen im Verlauf von 1995 ausgelöst worden war, ist sie seit dem Frühjahr letzten Jahres wieder auf einen moderaten Wachstumspfad zurückgekehrt.

Tempo, Breite und Dauer der gesamtwirtschaftlichen Expansion reichen bisher nicht aus, um spürbare Entlastungen am Arbeitsmarkt zu bewirken. Die Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit gehen weit über konjunkturelle Einflüsse hinaus. Auch im Falle einer vollständigen Auslastung der vorhandenen Kapazitäten in allen Bereichen der Wirtschaft und der damit verbundenen Besetzung aller vorhandenen Arbeitsplätze verbliebe ein hohes Maß an Unterbeschäftigung. Notwendig ist deshalb, daß eine große Zahl von Arbeitsplätzen zusätzlich entsteht. Dies setzt eine langanhaltend hohe Wachstumsdynamik voraus, die stärker ausfällt, als derzeit zu beobachten ist, und die vor allem von vermehrten Investitionen und Innovationen getragen werden muß. Es gilt, die Schwächen auf der Angebotsseite deutlich zu verringern; diese Einschätzung des Sachverständigenrates (vgl. Ziffer 237 JG) deckt sich voll mit dem wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung. Bei der aktuellen Beschäftigungssituation spielt allerdings auch eine Rolle, daß zu Beginn einer Konjunkturerholung stets erhebliche Produktivitätsreserven mobilisiert werden können. Erst wenn diese ausgeschöpft sind, werden die konjunkturellen Auftriebskräfte auch auf den Arbeitsmarkt übergreifen.

15. Im letzten Jahr nahm das Bruttoinlandsprodukt in Gesamtdeutschland real um 1,4 % zu. Motor des Wirtschaftswachstums waren dabei die Wareneinfuhren. Diese profitierten nicht zuletzt davon, daß die Weltkonjunktur wieder verstärkt Fahrt aufnahm und daß sich dabei auch die Nachfrage nach Investitionsgütern, dem wichtigsten Angebotsbereich der deutschen Exporteure, etwas beschleunigte. Hinzu kam, daß sich der Wechselkurs der D-Mark seit dem Frühjahr 1996 mehr und mehr normalisierte und die Lohnpolitik – zumindest in Westdeutschland – auf einen moderaten Kurs zurückkehrte. Von zunehmender Bedeutung für den deutschen Außenhandel erweisen sich die wirtschaftlichen Beziehungen mit den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten. Der Warenverkehr mit dieser Ländergruppe ist auch im letzten Jahr erneut mit hohen zweistelligen Raten gewachsen. Inzwischen hat sie einen höheren Anteil an den deutschen Aus- und Einfuhren als die USA.



Auch die Exporte in den südostasiatischen Raum wurden angesichts der wachsenden Bedeutung dieser Region für die Weltwirtschaft stark ausgedehnt.

Dagegen ist das binnenwirtschaftliche Fundament der wirtschaftlichen Expansion nicht nennenswert breiter geworden (vgl. Ziffer 4 JG). Einen gravierenden Schwachpunkt bildete weiterhin vor allem die Investitionstätigkeit. 1996 gingen die Bauinvestitionen fühlbar zurück, und die Ausrüstungsinvestitionen der Wirtschaft verliefen trotz eines leichten Anstiegs ohne Schwung. Auch fast vier Jahre nach dem Ende der letzten Rezession ist die Investitionstätigkeit damit immer noch ohne Dynamik, womit sich ihr Verlauf fundamental von demjenigen früherer vergleichbarer Konjunkturphasen unterscheidet (vgl. Schaubild 19). Dies ist um so bedenklicher, als die Anlageinvestitionen – namentlich im gewerblichen Bereich – den mittelfristigen Wachstumsspielraum der Wirtschaft und damit auch die künftigen Beschäftigungschancen wesentlich mitbestimmen.

Die Schwäche der Bauinvestitionen hat das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis des vergangenen Jahres entscheidend mitgeprägt. Nachdem diese im Anschluß an eine langjährige kräftige Ausweitung bereits 1995 deutlich langsamer gewachsen waren, gingen sie im abgelaufenen Jahr erstmals wieder

real zurück. Im Wohnungsbau, der bei weitem größten Bausparte, wurden die Bauinvestitionen dabei nach dem vorangegangenen Boom bundesweit etwa auf dem Stand des Jahres 1995 gehalten. Zwar blieb der Eigenheimbau vergleichsweise stabil, doch kam es im Mietwohnungsbau zu einer deutlichen Abschwächung, zu der neben partiellen Angebotsüberhängen am Wohnungsmarkt auch Einschränkungen der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten im früheren Bundesgebiet beigetragen haben. Noch ungünstiger verlief die Aktivität in den anderen Bausparten. Während beim gewerblichen Bau insbesondere ein geringes Maß an Erweiterungsinvestitionen und in Ostdeutschland darüber hinaus auch ein partielles Überangebot an Büro- und Gewerbeflächen negativ zu Buche schlugen, leidet die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand vor allem unter dem Zwang des Staates, seine Ausgaben zu begrenzen.

Der Private Verbrauch nahm demgegenüber im abgelaufenen Jahr weiter leicht zu und hat damit die konjunkturelle Entwicklung gestützt. Dabei profitierten die Konsumenten von steuerlichen und familienpolitischen Entlastungen und einem hohen Maß an Preisstabilität. Darüber hinaus wurde das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte durch eine kräftige Zunahme der entnommenen Gewinne und Ver-

Schaubild 9

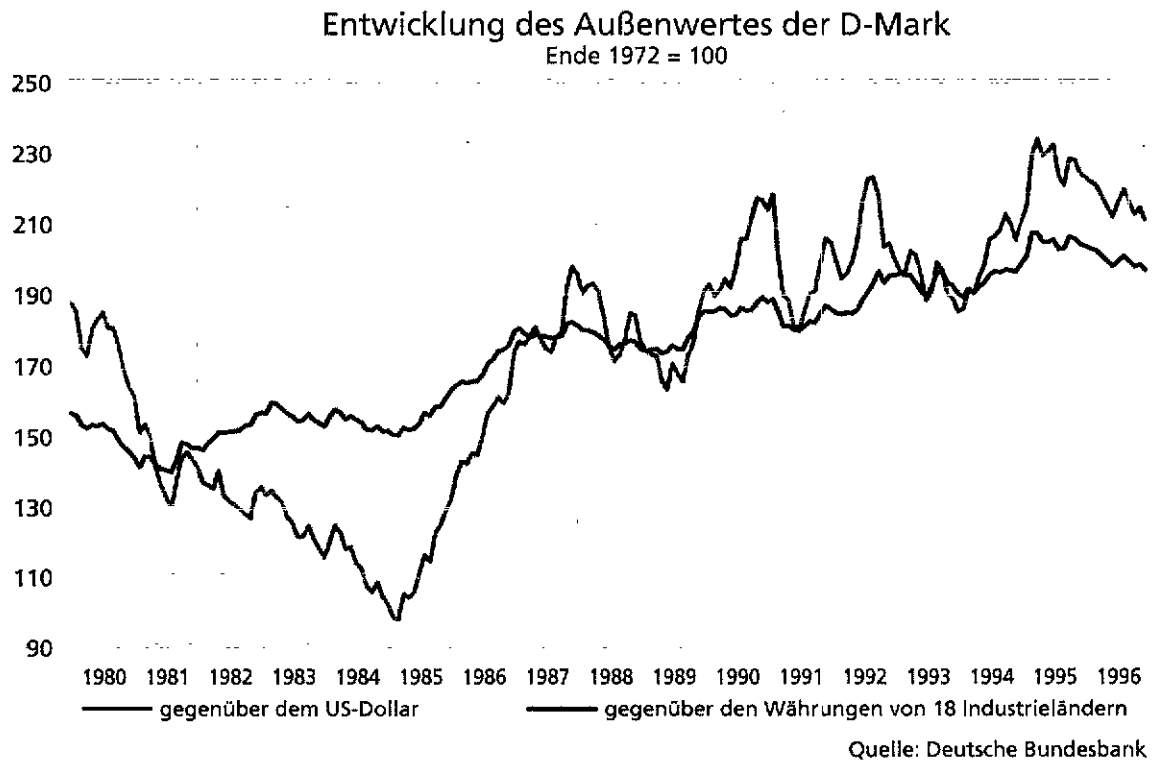
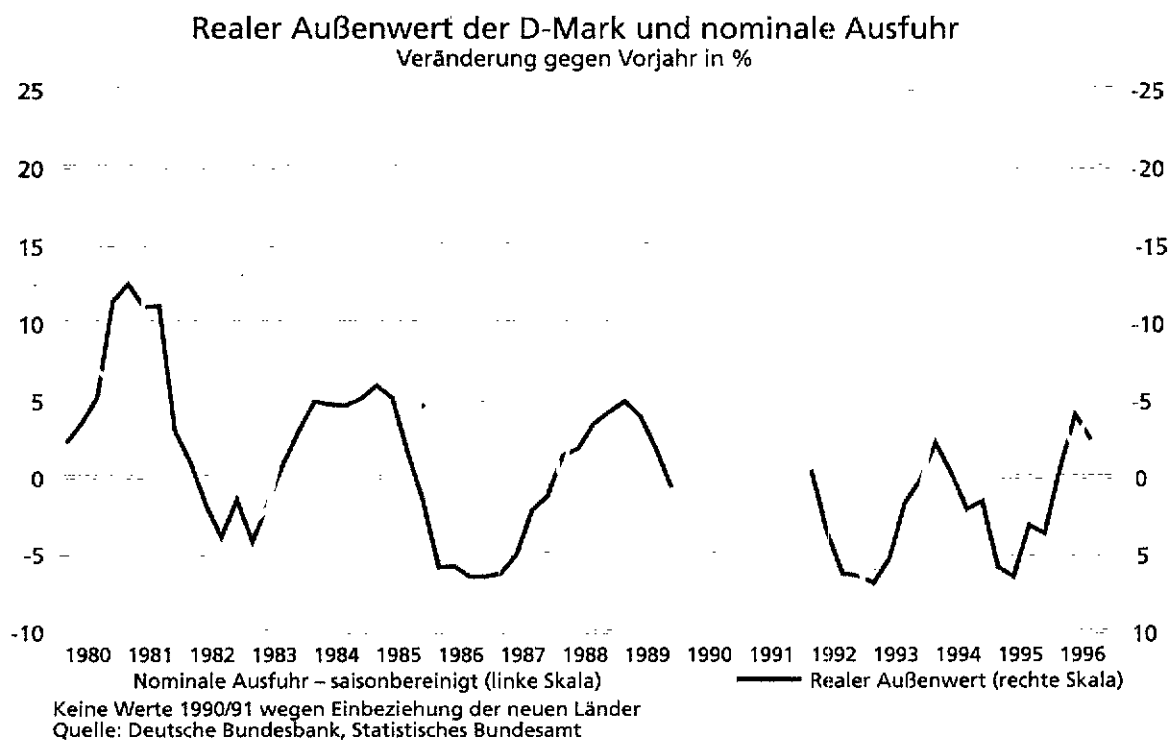


Schaubild 10



Produktion im Verarbeitenden Gewerbe 1991 = 100

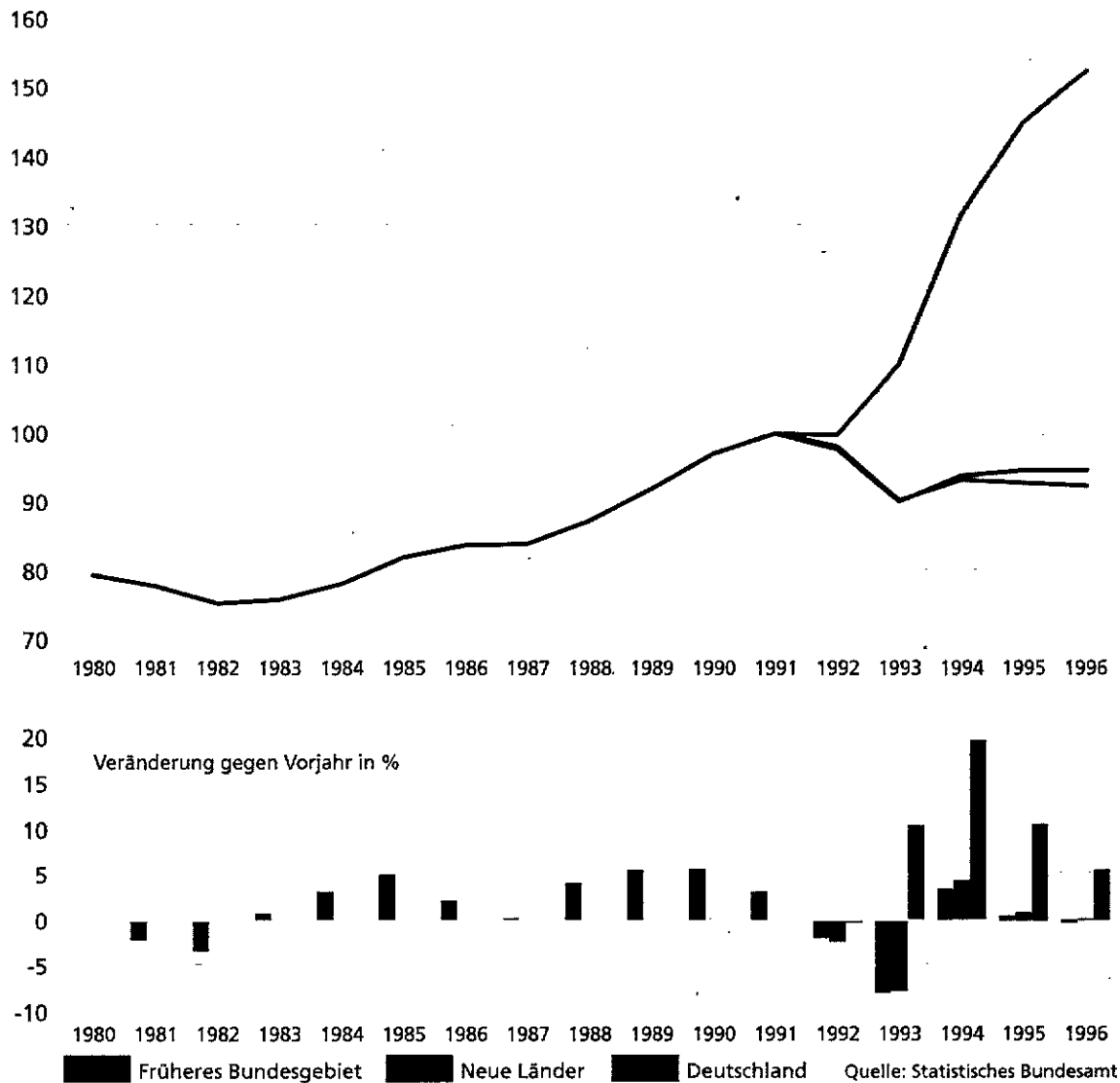


Schaubild 12

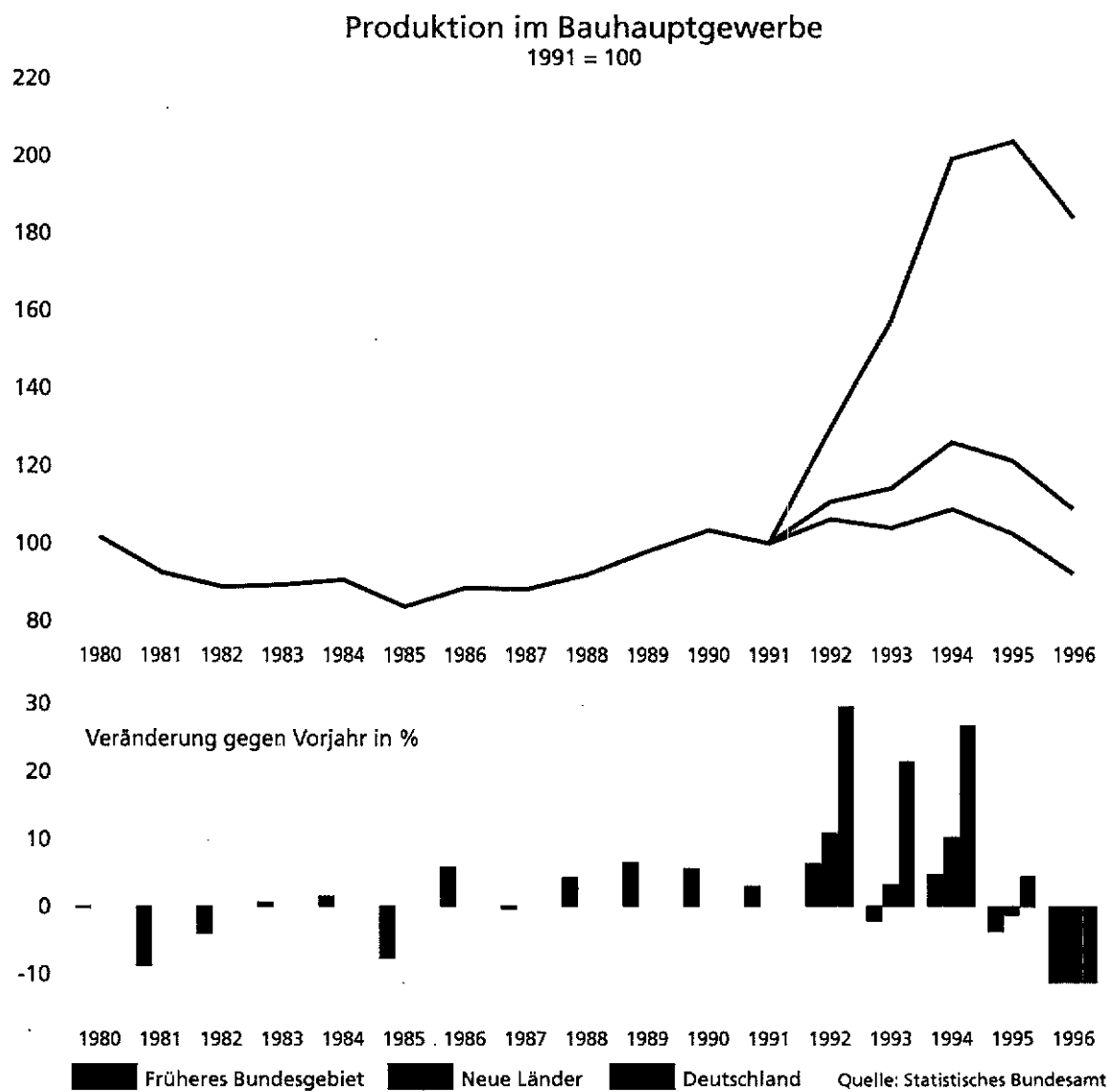


Schaubild 13

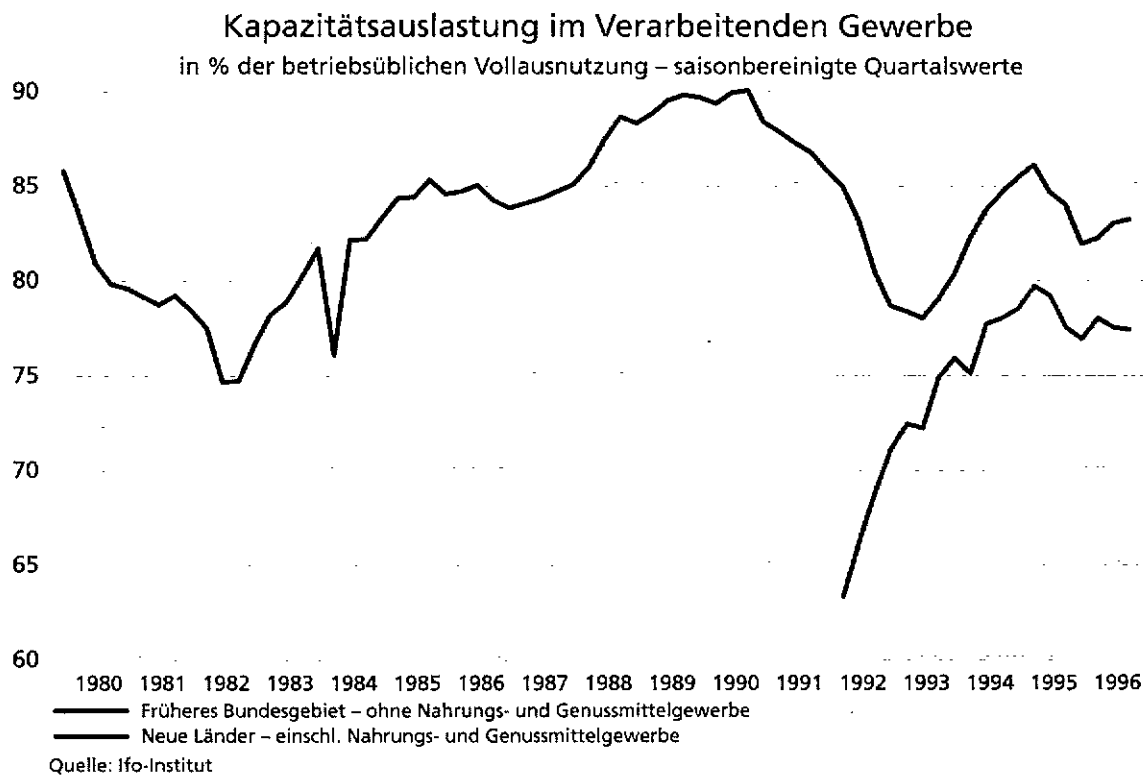
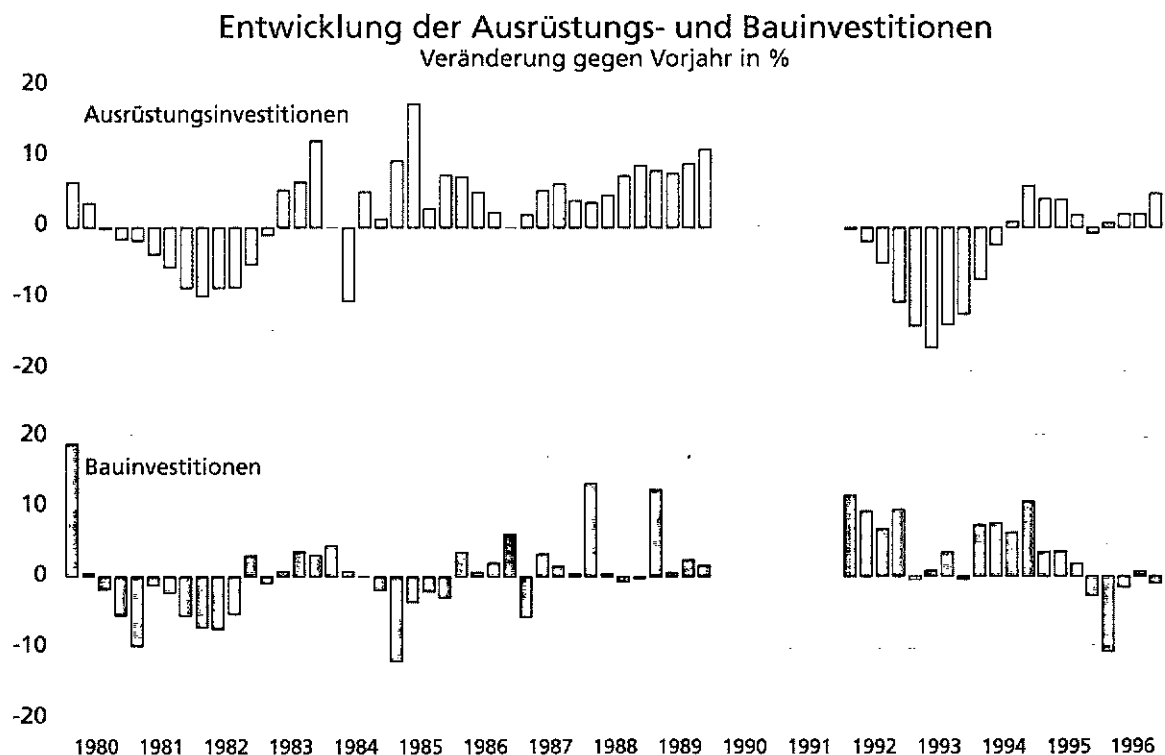


Schaubild 14



Werte bis 1989 früheres Bundesgebiet; ab 1992 für Deutschland insgesamt
 Keine Werte 1990/91 wegen Einbeziehung der neuen Länder, 4. Quartal 1996 Schätzung BMWi
 Quelle: Statistisches Bundesamt

mögenseinkommen erhöht. Auf der anderen Seite fielen die Lohnsteigerungen und der Zuwachs der Einkommensübertragungen geringer als im Vorjahr aus. Auch hatten die Arbeitnehmer höhere Sozialversicherungsabgaben zu verkraften. Dämpfend auf die Entwicklung des Privaten Verbrauchs wirkte sich ferner aus, daß die Beschäftigung erneut spürbar zurückging.

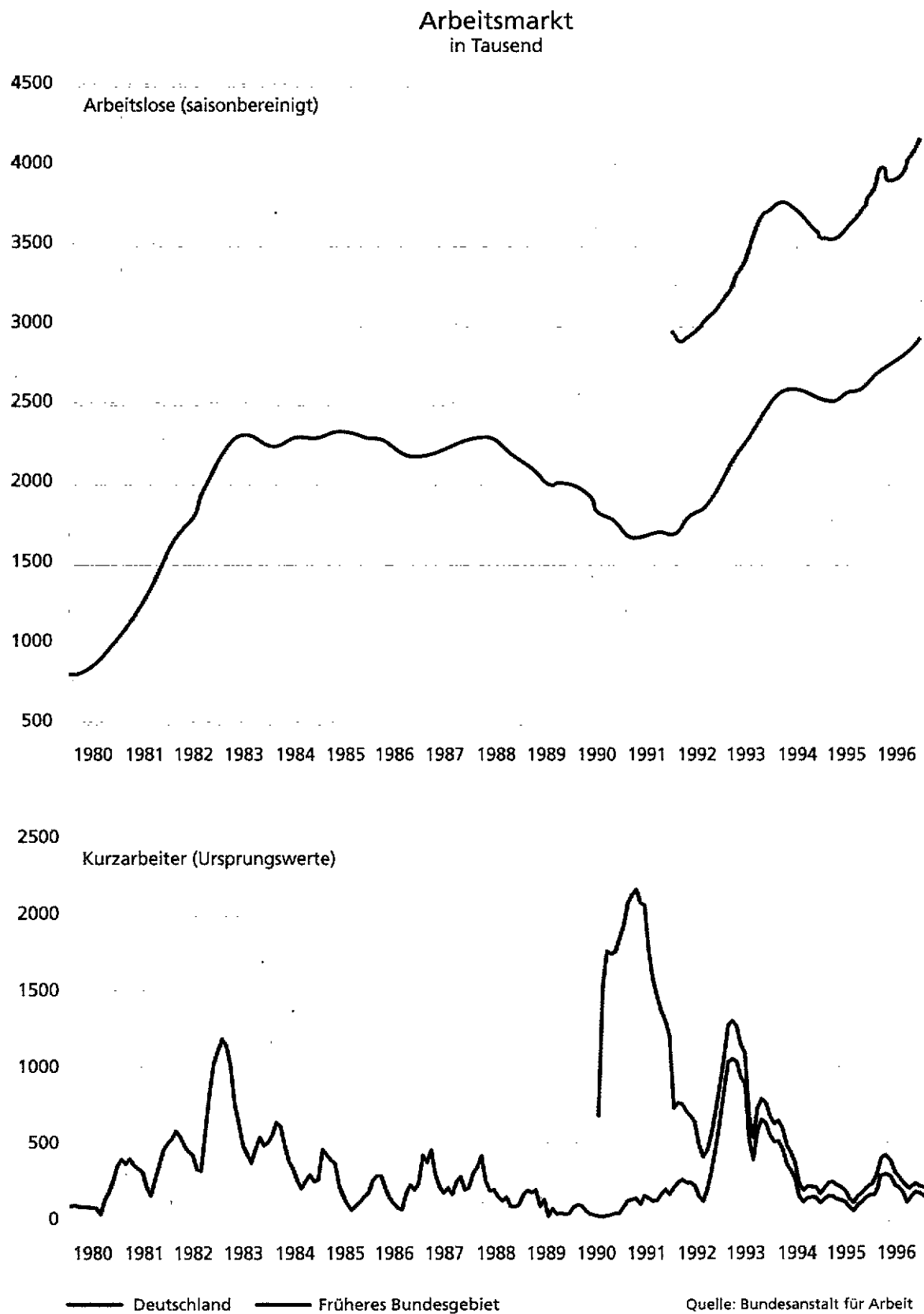
Zu einem relativ deutlichen Zuwachs kam es im abgelaufenen Jahr beim Staatsverbrauch, weil die Ausgaben im Gesundheitsbereich unerwartet kräftig ausgeweitet wurden. Hinzu kam die Einführung der zweiten Stufe der Pflegeversicherung.

16. In den neuen Ländern hat der Aufbau einer modernen und leistungsfähigen Wirtschaft auch im abgelaufenen Jahr in vielen Bereichen deutliche Fortschritte gemacht. Dies zeigt sich beispielsweise an einer weiter steigenden Industrieproduktion, an einem allmählich zunehmenden Exportanteil, an erneuten Verbesserungen der öffentlichen Infrastruktur und an der Tatsache, daß sich die Ausrüstungsinvestitionen nach Untersuchungen des Ifo-Instituts auf dem hohen Niveau der Vorjahre gehalten haben. Die Hoffnungen auf eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung sind daher gut begründet (vgl. Ziffer 261 JG). Infolge der zunehmenden Verflechtung der ostdeutschen mit der westdeutschen Wirtschaft und den Weltmärkten schlagen allerdings die konjunkturellen Bewegungen im früheren Bundesgebiet ebenso wie in Europa immer rascher und intensiver auch auf die Wirtschaft der neuen Länder durch. Das Tempo der wirtschaftlichen Expansion hat sich gegenüber den Vorjahren erheblich verlangsamt. Das Bruttoinlandsprodukt, das sein entsprechendes Vorjahresniveau 1994 real um 9,9% und 1995 um 5,3% übertroffen hatte, nahm im letzten Jahr nur um 2,0% zu. Der Zuwachs war damit nur wenig höher als im früheren Bundesgebiet.

In den neuen Ländern hat darüber hinaus ein beachtlicher Wandel in den wirtschaftlichen Antriebskräften begonnen. Nach einer kontinuierlichen und stürmischen Expansion seit der Wiedervereinigung ist die Bautätigkeit 1996 erstmals leicht zurückgegangen. Viele große Bauprojekte der Unternehmen und zahlreiche Infrastrukturinvestitionen sind inzwischen fertiggestellt. Besonders deutlich wird dies im Bereich der Telekommunikation, wo noch in diesem Jahr das gesamte Netz digitalisiert sein wird. Damit werden die neuen Länder über eine modernere Telekommunikationsinfrastruktur verfügen als die alten Länder. Aber auch bei den überregionalen Verkehrswegen, den Gewerbegebieten und im Wohnungsneubau ist vieles auf den Weg gebracht. Inzwischen sind die Finanzierungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand für weitere Baumaßnahmen eng begrenzt. Die Bauwirtschaft muß sich daher auf eine verhalteneren Gangart einstellen. Der überaus hohe Anteil der Bauwirtschaft an der Wertschöpfung, der in den neuen Ländern mehr als dreimal so groß ist wie im früheren Bundesgebiet und auch das in Westdeutschland in der Wiederaufbauphase der Nachkriegszeit beobachtete Ausmaß weit übertrifft, beginnt sich erwartungsgemäß zurückzubilden.

Zur Zeit ist allerdings kein anderer Sektor der ostdeutschen Wirtschaft in der Lage, den damit verbundenen Wegfall an expansiven Impulsen voll zu ersetzen. Insbesondere verfügen die neuen Länder bislang über eine viel zu schmale industrielle Basis. So trug das Verarbeitende Gewerbe im Jahre 1996 lediglich rd. 14 1/2 % zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Ostdeutschland bei, während sich der entsprechende Anteil in Westdeutschland auf rd. 25 % belief. Gleichwohl ist nach Ansicht des Sachverständigenrates der Produktionszuwachs im Verarbeitenden Gewerbe immer noch beachtlich (Ziffer 261 JG). Die Industrie konnte von dem Rückgang im Baubereich allerdings nicht völlig unberührt bleiben. Auch der Anteil des Dienstleistungssektors liegt trotz beachtlicher Wachstumsraten noch deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Gleichwohl gibt es – so der Sachverständigenrat – Indizien dafür, daß die wirtschaftliche Dynamik nicht gebrochen, sondern nur gedämpft ist. Die Hoffnung, daß sich die Aufwärtsentwicklung in den Jahren nach 1997 stetig fortsetzt und dann in erster Linie von der Industrie und dem Dienstleistungsgewerbe getragen wird, sei gut begründet (Ziffer 261 JG).

Ein sich selbst tragender Aufschwung ist in den neuen Ländern noch nicht erreicht. Die fehlende Eigendynamik der ostdeutschen Wirtschaft beruht in erster Linie auf der nach wie vor unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit vieler Betriebe. Die Gründe hierfür sind vielfältig; sie liegen zum Teil in Problemen beim Erschließen neuer Märkte, in einer oft unzureichenden Kapitalausstattung, in Schwierigkeiten bei der Erstellung marktgerechter Produkte sowie in Management-Defiziten. Eine zentrale Rolle hat aber von Anfang an eine Lohnpolitik gespielt, die auf eine viel zu rasche Anpassung an das westdeutsche Lohnniveau setzte. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß nach der Wiedervereinigung für den wirtschaftlichen Aufholprozeß zunächst ganz allgemein kürzere Fristen für realistisch gehalten wurden. Heute ist festzustellen, daß eine beträchtliche Zahl von Unternehmen – vor allem diejenigen, die schon zu Zeiten der DDR bestanden – den Sprung in die Gewinnzone nicht geschafft hat, weil die erzielten Produktivitätsfortschritte von den gleichzeitigen Lohnsteigerungen aufgezehrt wurden. Eine Korrektur der Verteilung, die durch ein Zurückbleiben der Reallöhne hinter der Produktivität das Entstehen ausreichender Gewinne ermöglicht, ist deshalb zwingende Voraussetzung für die notwendige Konsolidierung und Ausweitung des Unternehmenssektors und für die Schaffung der erforderlichen hohen Zahl neuer Arbeitsplätze. Kommt es nicht zu einer raschen Bereinigung der bisherigen fundamentalen Fehlentwicklung, bleibt nach dem Urteil der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute auch ein Großteil der den neuen Ländern gegebenen Finanzhilfen ohne durchgreifende Wirkung. Der Sachverständigenrat hebt ebenfalls hervor, daß ungünstige Angebotsbedingungen, wie sie vor allem durch die Lohnpolitik gesetzt wurden, und Defizite in den Unternehmen wie Probleme im Management und mangelnde Innovationskraft nicht auf Dauer in ihrer Wirkung durch Subventionen ausgeglichen werden können. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang



seine Warnung, daß im Gegenteil eine Gewöhnung an Subventionen eintritt, die oftmals notwendige Anpassungsmaßnahmen verhindert (Ziffer 8 JG).

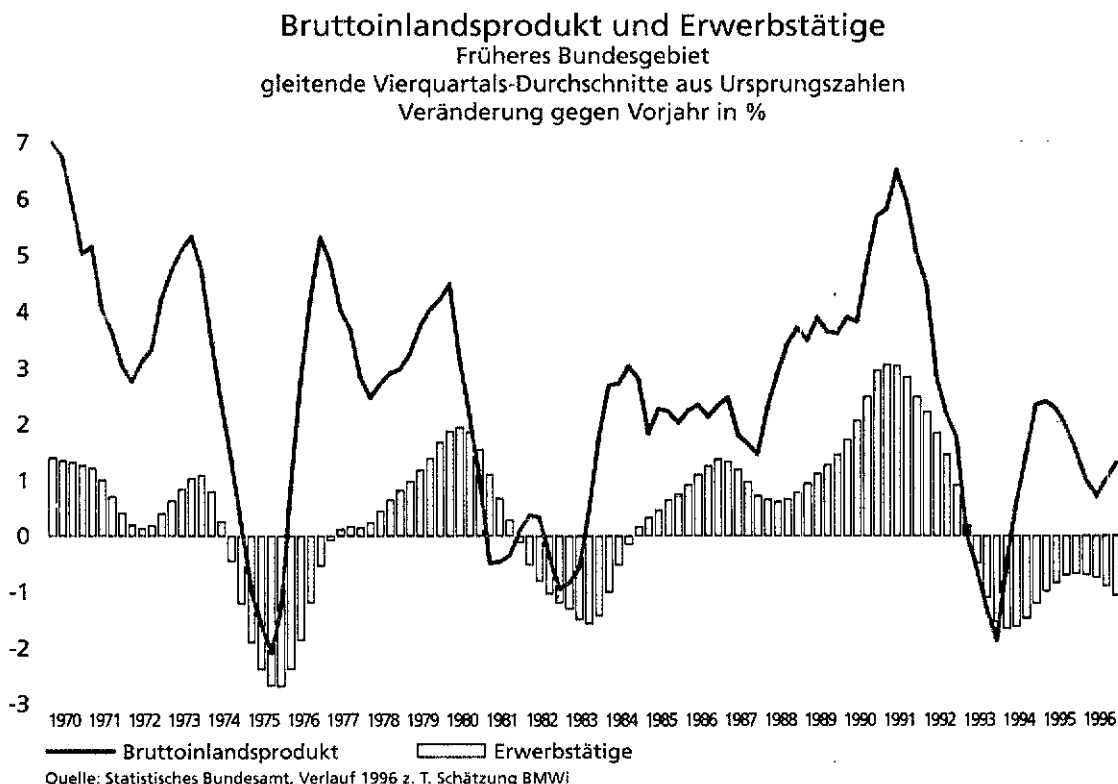
17. Die Probleme am Arbeitsmarkt haben sich bundesweit bis in die jüngste Zeit hinein verschärft. Zentrale Ursachen hierfür liegen in der andauernden Investitionsschwäche und in einer ungünstigen Entwicklung der Arbeitskosten (Ziffer 125 JG) sowie in strukturellen Anpassungsdefiziten. Auch mag sich das Vertrauen noch nicht voll eingestellt haben, daß die Lohnpolitik in Westdeutschland zur Verbesserung der Beschäftigungschancen auf einen mehrjährigen Kurs der Lohnzurückhaltung eingeschwenkt ist, obwohl die Tarifabschlüsse im letzten Jahr wieder insgesamt maßvoll ausfielen und die Lohnstückkosten stabil geblieben sind (vgl. Ziffer 7 JG). Auch in Ostdeutschland war der Lohnanstieg 1996 moderater. Die Lohnangleichung an das westdeutsche Niveau ist gleichwohl erneut vorangeschritten, obwohl damit vielfach vorhandene Arbeitsplätze zusätzlich gefährdet wurden und das Entstehen neuer Beschäftigungsmöglichkeiten erschwert wurde.

Unter diesen Umständen hat die Zahl der Erwerbstätigen auch 1996 erneut abgenommen. Gegenüber 1995 ergab sich im Jahresdurchschnitt bundesweit ein Rückgang um rd. 400 000 auf 34,469 Mio. In Westdeutschland sank die Zahl der besetzten Arbeitsplätze dabei um rd. 300 000 und in den neuen

Ländern um rd. 100 000. Vor allem das Verarbeitende Gewerbe hat im abgelaufenen Jahr seine Belegschaftszahlen erheblich reduziert. Zum einen dürften darin noch Spätwirkungen der Anfang letzten Jahres zu Ende gegangenen Konjunkturschwäche zum Ausdruck kommen, die sich in der Industrie besonders stark bemerkbar gemacht hatte. Im Jahresdurchschnitt hat die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes zudem kaum zugenommen. Zum anderen geht hier aber auch der intensive Rationalisierungsprozeß weiter, mit dem sich dieser international am stärksten verflochtene Wirtschaftsbereich bemüht, die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen und seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Bauwirtschaft, die sich nach wie vor einer sehr gedämpften Nachfrage ausgesetzt sieht, hat 1996 ebenfalls in erheblichem Ausmaß Beschäftigung abgebaut. Erstmals gilt dies auch für die neuen Länder, in denen der Bausektor vor erheblichen strukturellen Anpassungserfordernissen steht. Auch im öffentlichen Dienst hat sich der Personalabbau fortgesetzt, während die Dienstleistungsunternehmen ihren Personalbestand weiter in beachtlichem Umfang ausgeweitet haben.

Spiegelbildlich zur insgesamt sinkenden Beschäftigung nahm die Arbeitslosigkeit auch 1996 weiter zu. Das Angebot an Arbeitskräften ist dagegen im letzten Jahr leicht gesunken, obwohl Zuwanderungen nach wie vor eine wichtige Rolle spielten. Im Jahres-

Schaubild 16



Langfristige Entwicklung der Erwerbstätigkeit Früheres Bundesgebiet – Jahresdurchschnittszahlen in Mio.

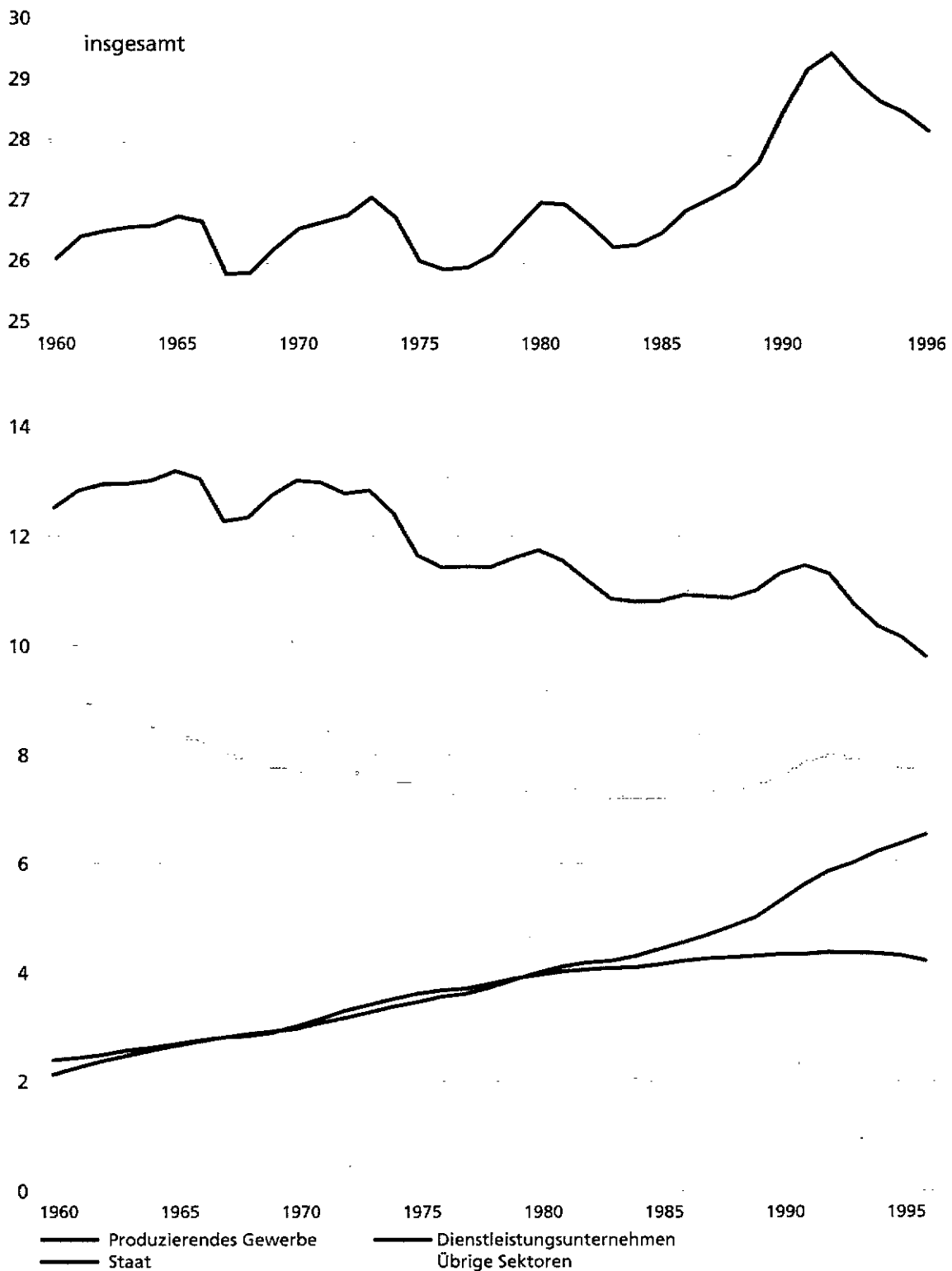
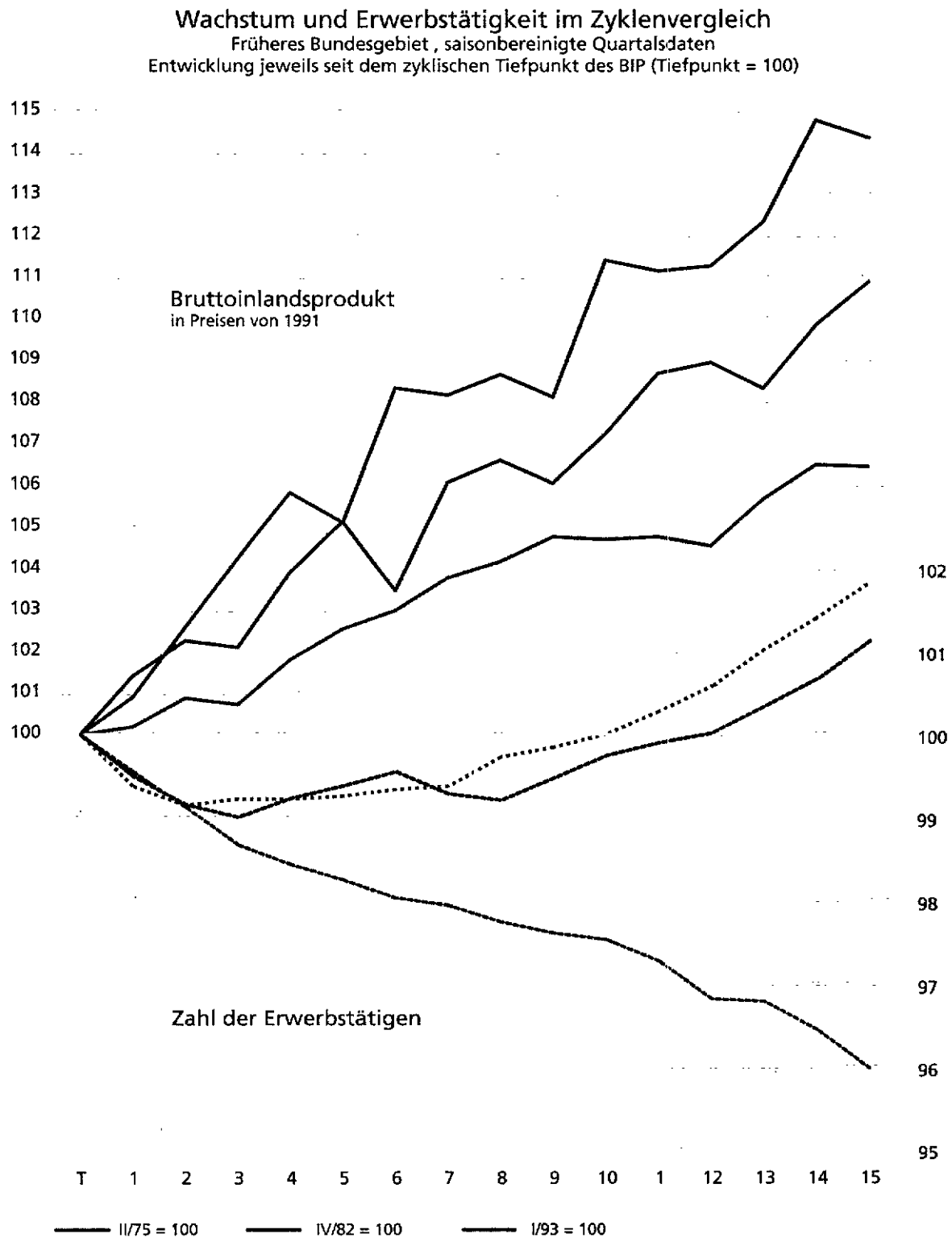
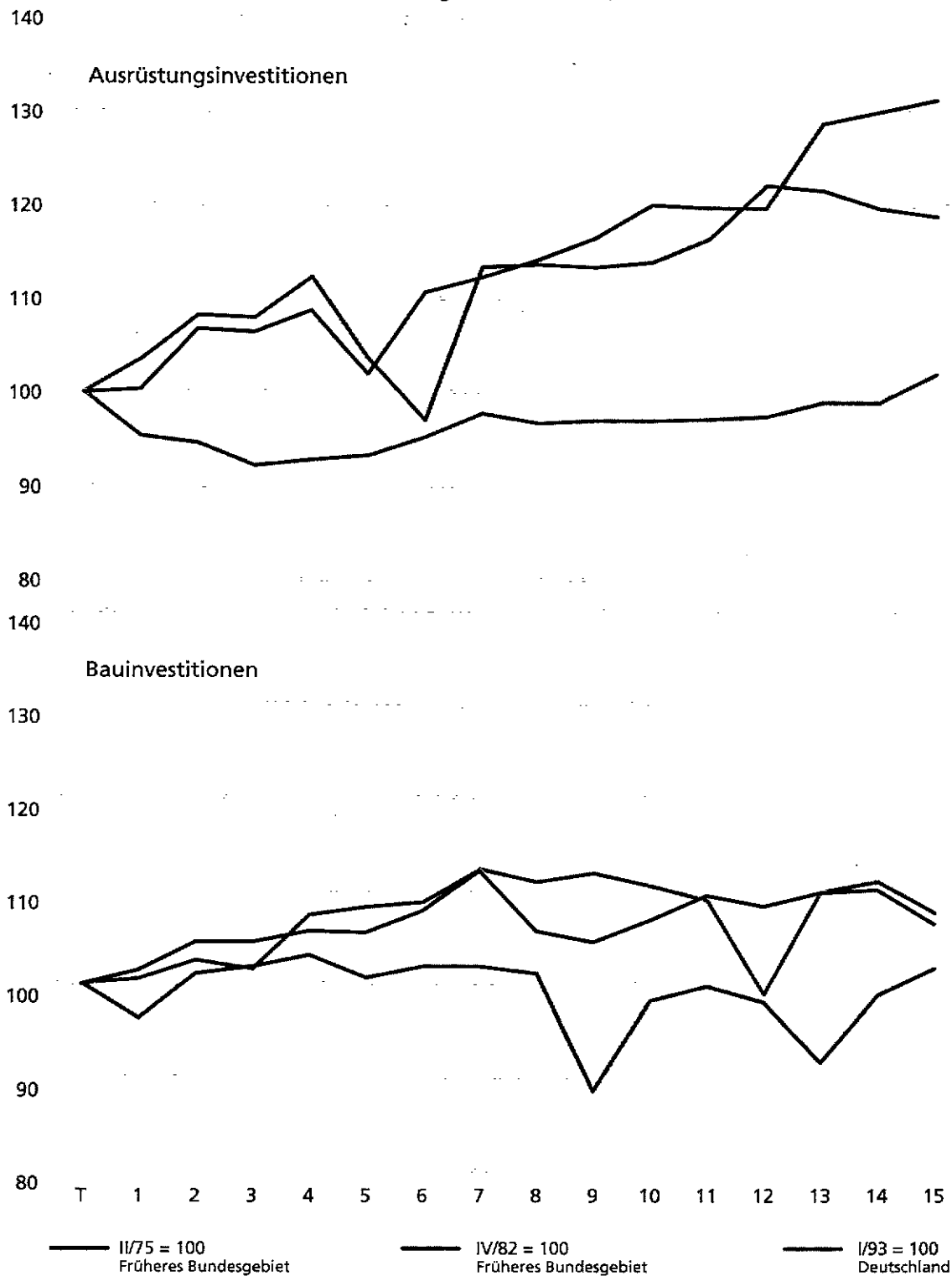


Schaubild 18



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; Verlauf 1996 Schätzung BMWI

Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im Zyklusvergleich
 Entwicklung jeweils seit dem zyklischen Tiefpunkt des BIP (Tiefpunkt = 100)
 saisonbereinigte Quartalsdaten, Volumen



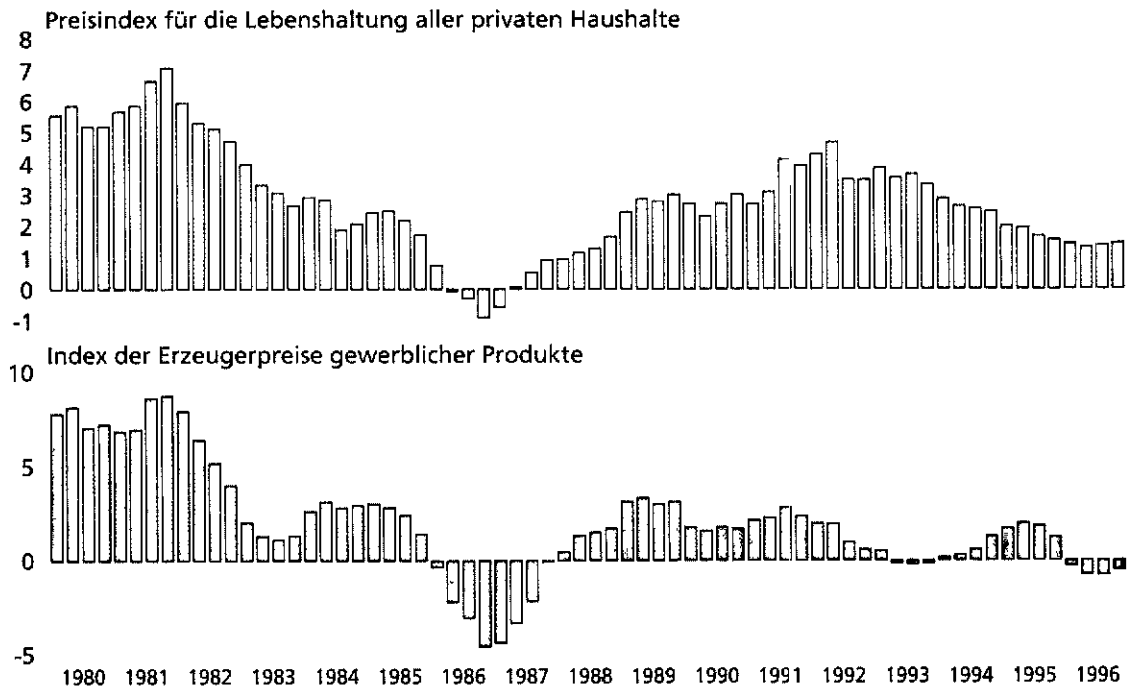
Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; Verlauf 1996 Schätzung BMWi

Schaubild 20

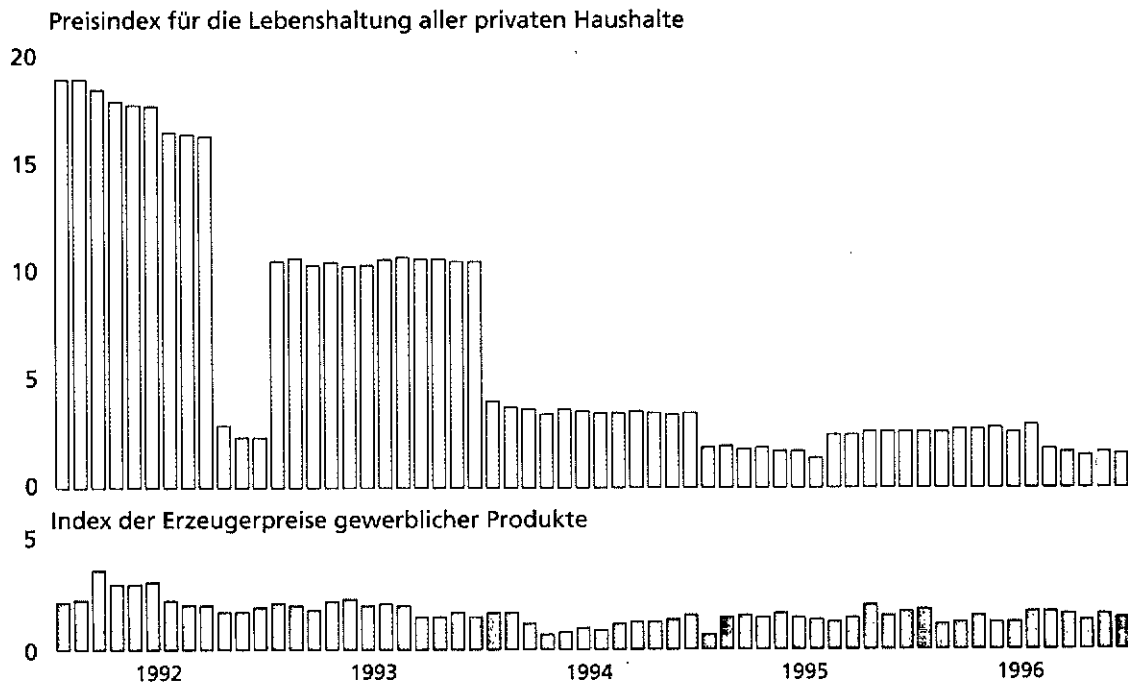
Verbraucher- und Erzeugerpreise

Veränderung gegen Vorjahr in %

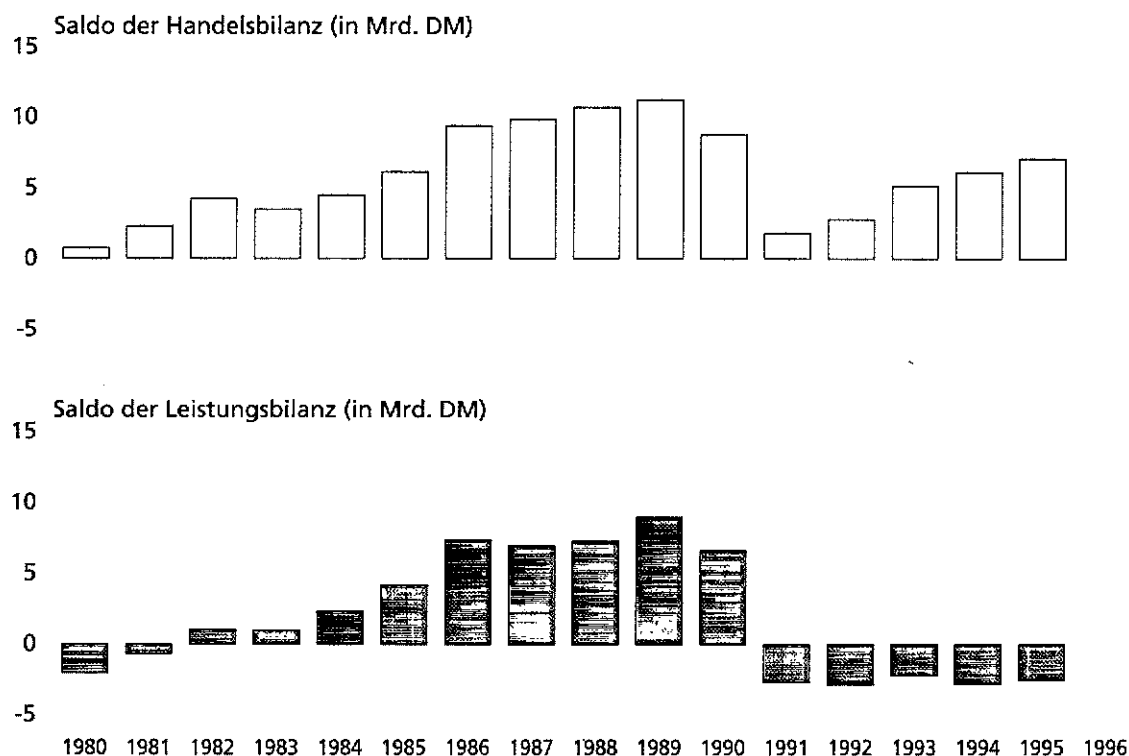
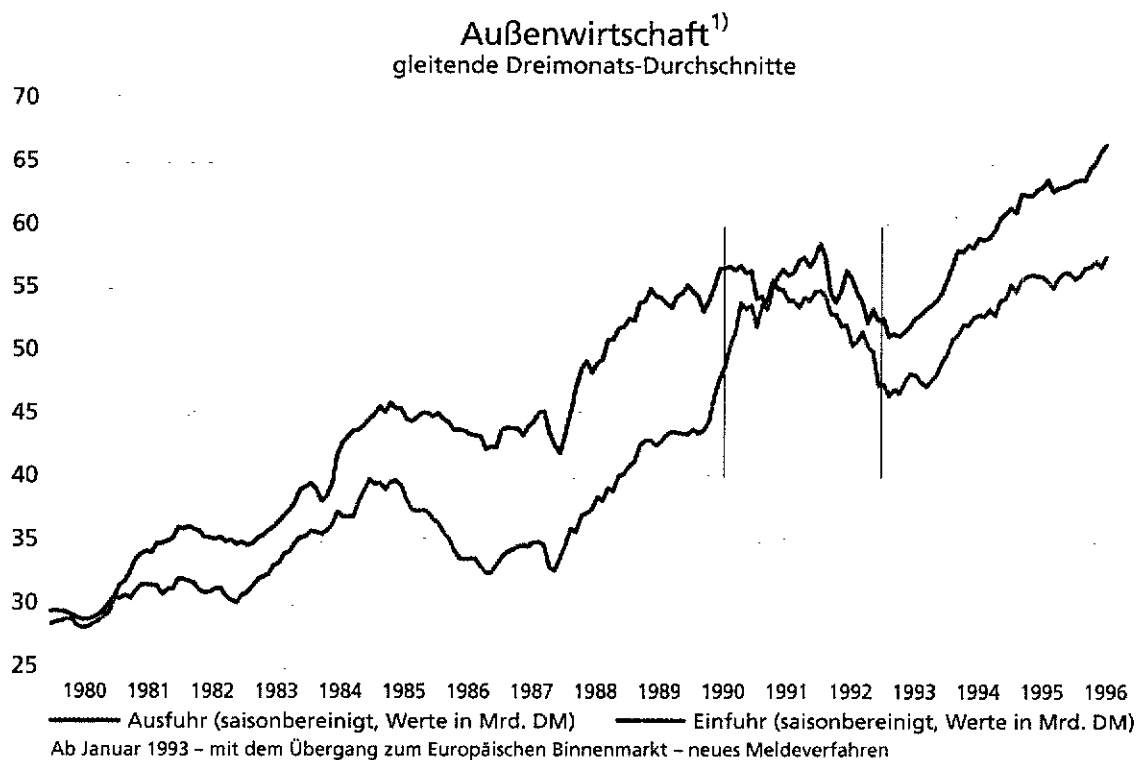
Früheres Bundesgebiet



Neue Länder und Berlin Ost



Quellen: Statistisches Bundesamt



¹⁾ Ab Juli 1990 einschl. der Neuen Länder und Berlin Ost

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

durchschnitt belief sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Gesamtdeutschland auf 3,965 Mio., dies waren rd. 350 000 mehr als 1995 und entsprach einer Arbeitslosenquote von 10,4 %.

Die neuerliche Erhöhung der gesamtdeutschen Arbeitslosenzahl resultierte teilweise aus der Entwicklung im früheren Bundesgebiet, wo es zu einer Steigerung von 9 % kam. In Ostdeutschland ergab sich nach dreijährigem Rückgang eine noch stärkere Zunahme, und zwar um rd. 11½ %. Dies hängt allerdings auch damit zusammen, daß die Entlastungen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen deutlich nachgelassen haben. Insbesondere gab es erheblich weniger Bezieher von Vorruhestands- oder von Altersübergangsgeld, weil viele von ihnen zwischenzeitlich das reguläre Rentenalter erreichten.

18. Das Preisniveau in der Bundesrepublik Deutschland verzeichnete bis zuletzt ein außerordentlich hohes Maß an Stabilität. Neben konstanten Lohnstückkosten – zumindest im westlichen Teil des Landes – trugen dazu auch ausreichende Kapazitätsreserven sowie die insgesamt nach wie vor recht verhaltene Inlandsnachfrage bei. Von der Außenwirtschaft gingen im abgelaufenen Jahr ebenfalls lange Zeit dämpfende Einflüsse auf das binnenwirtschaftliche Preisniveau aus, allerdings ist es in jüngster Zeit – unter dem Einfluß entsprechender Preisbewegungen an den Weltmärkten – zu einer kräftigen Erhöhung der Preise für Erdöl und Mineralölerzeugnisse gekommen. Damit war aber im Inland keine Änderung des insgesamt sehr moderaten Verlaufs der Preise auf allen Stufen der Wirtschaft verbunden.

Der Preisindex für die Lebenshaltung erhöhte sich von 1995 auf 1996 in Gesamtdeutschland um durchschnittlich 1,5 %; dies war die niedrigste Steigerungsrate seit der Wiedervereinigung. Im neuen Teil des Bundesgebietes lag der Verbraucherpreisanstieg dabei mit 2,2 % etwas über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Dies hängt weitgehend noch mit dem Übergang zum westdeutschen Vergleichsmietensystem zusammen, der im August 1995 eingeleitet wurde.

19. Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland dürfte 1996 ein Defizit ähnlicher Größenordnung wie in den beiden Vorjahren aufgewiesen haben. Im Zeitraum Januar bis Oktober, für den bislang Ergebnisse vorliegen, ergab sich ein Fehlbetrag von 24 Mrd. DM, womit der entsprechende Vorjahresstand um knapp 2 Mrd. DM unterschritten wurde. Dahinter stand einerseits eine erneute Ausweitung des Überschusses im grenzüberschreitenden Warenverkehr, andererseits eine verstärkte Passivierung im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungen.

Der Saldo der Handelsbilanz belief sich in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres auf gut +80 Mrd. DM und war damit um 11 Mrd. DM höher als vor Jahresfrist. Die beachtlichen Ausfuhrüberschüsse sind keineswegs ein Beleg dafür, daß die von der Bundesregierung verfolgte Politik zur Stärkung des Standortes Deutschland überflüssig ist. Wie der Sachverständigenrat überzeugend dargelegt hat, geht diese von verschiedenen Seiten immer wieder vorgetragene Argumentation am Problem vorbei (Ziffer 249 JG). Dies zeigt sich einmal an der Tatsache,

daß die Exporte schon seit einiger Zeit langsamer wachsen als der Welthandel. Auch ist zu beachten, daß die konjunkturbedingt verhaltene Zunahme der Importe den positiven Saldo der Handelsbilanz vergrößert hat. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Bundesrepublik Deutschland auf hohe Überschüsse beim grenzüberschreitenden Warenhandel angewiesen ist, weil damit beträchtliche Fehlbeträge beim Dienstleistungsverkehr und bei den übrigen Transaktionen ausgeglichen werden müssen.

Insgesamt stellte sich in den ersten zehn Monaten des abgelaufenen Jahres bei den „unsichtbaren Leistungen“ ein Defizit von rd. 103 Mrd. DM ein, womit sich gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1995 eine Passivierung um rd. 10 Mrd. DM ergab. Zum größten Teil ging dies auf einen markanten Umschwung im Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zurück. Während hier von Januar bis Oktober 1995 noch ein geringer Überschuß aufgelaufen war, ergab sich im selben Zeitraum des letzten Jahres ein Defizit von knapp 12 Mrd. DM. Diese Entwicklung ist zum Teil das Ergebnis eines verringerten Nettoauslandsvermögens der Bundesrepublik Deutschland. Einerseits wurden deutlich weniger Kapitalerträge Deutscher im Ausland registriert als zur gleichen Vorjahreszeit. Andererseits mußten erheblich mehr Kapitaleintragszahlungen in andere Staaten überwiesen werden, wobei nicht zuletzt kräftig gestiegene Gewinnabführungen verbundener Unternehmen an ihre ausländischen Muttergesellschaften zu Buche schlugen.

3. Marktwirtschaft stärken – Beschäftigung sichern

20. Zur nachhaltigen Stärkung der Wachstumskräfte hat die Bundesregierung im abgelaufenen Jahr breit angelegte Initiativen ergriffen. Hierzu zählen insbesondere das im letzten Jahreswirtschaftsbericht vorgestellte „Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze“ und das zu seiner Konkretisierung im Frühjahr verabschiedete „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“. Mit diesem umfassenden und konsistenten wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Konzept leistet die Bundesregierung bedeutende Anstöße zur Beseitigung der Strukturschwächen des Standorts Deutschland und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Auch nach dem Urteil des Sachverständigenrates ist das bisher schon in Gang gebrachte nicht als gering einzuschätzen, obwohl die Politik der Bundesregierung – wie er zu Recht beklagt – durch Verzögerungen und Blockaden bei der politischen Umsetzung behindert und so die Wachstumsschwäche verlängert wurde. Die Politik zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen muß auch nach Ansicht des Rates konsequent weiterverfolgt werden (vgl. Ziffer 235 JG).

21. Die beschlossenen Maßnahmen sind größtenteils bereits umgesetzt oder eingeleitet:

Kostenentlastung durch weniger Lohnzusatzkosten, weniger Steuern und Abgaben

Im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung konnte aufgrund der eingeleiteten Konsolidierungs-

maßnahmen der Beitragssatz-Anstieg um ½ %-Punkt niedriger ausfallen, als es ansonsten der Fall gewesen wäre. Erreicht worden ist dies u. a. durch eine geringere Anrechnung von Ausbildungszeiten, Einsparungen im Rehabilitationsbereich und die Korrektur der Frühverrentung. Durch eine Änderung des Entgeltfortzahlungsgesetzes wurde das gesetzlich vorgesehene Arbeitsentgelt im Krankheitsfall auf 80 % abgesenkt bzw. eine Kompensation von 5 krankheitsbedingten Fehltagen durch einen Urlaubstag vorgesehen. Die Tarifpartner haben inzwischen – angestoßen durch die Initiative der Bundesregierung – neue Regelungen zur Kompensation von Fehlzeiten vereinbart (vgl. Ziffer 25). Die Entlastung der Sozialversicherung durch das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz, das Arbeitsrechtliche Beschäftigungsförderungsgesetz sowie beschlossene und darüber hinaus vorgesehene weitere Maßnahmen außerhalb dieser Fördergesetze summiert sich im Zeitraum 1997 bis 2000 auf 85 Mrd. DM; davon entfallen knapp 24 Mrd. DM auf 1997. Die Arbeitgeber werden hierdurch im Zeitraum 1997 bis 2000 um 65 Mrd. DM – 1997 um 12,7 Mrd. DM – entlastet. Dem Umfang der Leistungseinschränkung in der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechend ist der Beitragssatz durch Gesetz zum 1. Januar 1997 um 0,4 %-Punkte verringert worden. Zur Dämpfung der Beitragssatzentwicklung ist u. a. die Selbstbeteiligung bei Arzneimitteln erhöht, der Umfang von Kurmaßnahmen begrenzt und das Krankengeld um 10 %-Punkte gesenkt worden.

Die Steuerreformkommission der Bundesregierung hat vor kurzem ihre Vorschläge zu einer umfassenden Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer vorgelegt (siehe Übersicht 1). Ziel ist eine Stärkung der Attraktivität des Investitionsstandortes Deutschland, eine Senkung der Steuerbelastung (Nettoentlastung der Bürger) und eine durchgreifende Steuervereinfachung (vgl. Ziffer 32).

Steuerliche Entlastungen für die Unternehmen wurden erreicht durch den Wegfall der Vermögensteuer und die im Jahressteuergesetz 1997 geschaffenen Erleichterungen (steuerliche Förderung von Existenzgründungen, steuerliche Entlastung des Betriebsübergangs im Erbschaftsfall). Außerdem werden hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse stärker gefördert.

Notwendige Voraussetzung für eine niedrigere Abgabenquote und verringerte Defizite ist eine strikte Ausgabendisziplin der öffentlichen Haushalte. Die für den Bund im Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung vorgesehenen Haushaltseinsparungen in Höhe von 7 Mrd. DM gegenüber der letztjährigen Finanzplanung wurden mit dem Haushalt 1997 sogar um 3 Mrd. DM überschritten.

Mehr Flexibilität in der Arbeitswelt

Mit dem Arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz wurden Rahmenbedingungen für mehr Flexibilität in der Arbeitswelt geschaffen. Für kleine und mittlere Unternehmer ist der Schwellenwert für die Anwendung des Kündigungsrechts von 5 auf 10 Arbeitnehmer erhöht und damit ein erhebliches

Einstellungshemmnis beseitigt worden. Befristete Arbeitsverhältnisse wurden weiter erleichtert.

Mit der eingeleiteten Reform der Arbeitslosenhilfe werden Arbeitslosenhilfe-Bezieher verstärkt an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilhaben. Durch Trainingsmaßnahmen wird ihre Vermittlungsfähigkeit verbessert. Die Einführung einer Arbeitnehmerhilfe (25 DM pro Tag) macht die Aufnahme einer kurzfristigen Beschäftigung attraktiver. Dies betrifft insbesondere Saisonarbeiter und erschließt Beschäftigungsmöglichkeiten für jüngere Arbeitslosenhilfebezieher. Bezieher von Arbeitslosenhilfe können auch eine selbstständige Tätigkeit aufnehmen und bis zu 3 Jahren ausüben, ohne das Recht auf eine erneute Inanspruchnahme der Arbeitslosenhilfe zu verlieren.

Wesentliche Inhalte der 1996 auf den Weg gebrachten Reform des Arbeitsförderungsrechts sind die Erprobung, Einarbeitung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen durch spezielle Eingliederungsverträge sowie die Verbesserung der Effizienz der Bundesanstalt für Arbeit (vgl. Ziffer 78).

Beseitigung bürokratischer und institutioneller Hemmnisse, Öffnung von Märkten

Auf dem Weg, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, ist die Bundesregierung ein großes Stück vorangekommen. Eine Vielzahl von Vorschlägen der sog. Schlichter-Kommission ist in ein Bündel von Beschleunigungsgesetzen eingeflossen. Sie können Verfahren effektiver, investorenge-rechter und schneller machen (vgl. Ziffer 63).

Mit dem Inkrafttreten der neuen Ladenschlußregelung zum 1. November 1996 haben sich neue Spielräume für Verbraucher und Handel ergeben.

Das Telekommunikationsgesetz ist am 1. August 1996 mit der Aufhebung des Netzmonopols der Deutschen Telekom AG in wesentlichen Teilen in Kraft getreten. Das Telefondienstmonopol endet zum 1. Januar 1998. Bei der Börseneinführung der Telekom handelte es sich um die bisher größten Börseneinführung in der Geschichte der Bundesrepublik. Da der Bund an der Kapitalerhöhung von rd. 20 Mrd. DM (Emissionserlös) nicht teilgenommen hat, hat sich sein Anteil an der Telekom deutlich reduziert.

Durch eine nationale und europaweite Öffnung der Märkte für Strom und Gas soll das im internationalen Vergleich zu hohe Strom- und Gaspreinsniveau in Deutschland spürbar abgesenkt werden. Nach der Reform des nationalen Ordnungsrahmens für Strom und Gas sollen Gebiets- und Kartellabsprachen für Strom- und Gasunternehmen – wie für alle anderen Unternehmen auch – künftig unzulässig sein, so daß über Durchleitungen und direkten Leitungsbau brancheninterner Wettbewerb möglich sein wird. Die EG-Binnenmarkt-Richtlinie Strom tritt Anfang 1997 in Kraft. Auch für den Gassektor wird man zügig zu einem liberalisierten europäischen Binnenmarkt gelangen (vgl. Ziffer 58).

Freiräume für Forschung, Entwicklung und Innovation, auch durch Reform des Bildungswesens

Der Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland ist darauf angewiesen, im internationalen Technologie- und Innovationswettbewerb weiterhin vorne zu bleiben. Technologie und Wissen sind wesentliche Faktoren für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die Bundesregierung hat deshalb Schritte eingeleitet, um insbesondere durch Reformen der Hochschulen, der öffentlichen Forschungseinrichtungen und durch branchen- und disziplinübergreifende sogenannte Leitprojekte in der direkten Forschungsförderung die Leistungsfähigkeit der vorhandenen differenzierten Forschungsinfrastruktur zu stärken, die Markt- und Wettbewerbsorientierung zu erhöhen und den Prozeß der Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte und Verfahren zu beschleunigen (vgl. Ziffern 83 ff).

Viele der im Aktionsplan „Info 2000“ vorgesehenen Maßnahmen zum Weg in die Informationsgesellschaft wurden bereits umgesetzt. Beispielsweise wurde durch die Verabschiedung des Entwurfs eines Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetzes im Bundeskabinett die Politik zur Herstellung der notwendigen Klarheit und Rechtssicherheit für Investoren konsequent fortgesetzt. Auch ist eine Initiative zur Förderung der Telearbeit in Deutschland vorgelegt worden (vgl. Ziffern 88 ff).

Dem wirtschaftlichen Strukturwandel muß die Bildungspolitik auch Rechnung tragen, damit der Wirtschaft ausreichend Fachkräfte mit bedarfsgerechtem Qualifikationsprofil zur Verfügung stehen. Gegenwärtig erhalten 50 anerkannte Ausbildungsberufe moderne Berufsprofile; für 14 neue Berufe werden erstmals Ausbildungsordnungen aufgestellt (vgl. Ziffer 96 ff).

Außerdem hat die Bundesregierung in den Ressorts das Lehrstellenangebot 1996 um annähernd 6 % erhöht und das Zukunftsbündnis Lehrstellen für die neuen Bundesländer abgeschlossen, bei dem sich Bund und Länder die Kosten von rd. 379 Mio. DM für 14 300 Ausbildungsplätze im Jahr 1996 zur Hälfte teilen.

Außenwirtschaftliche Flankierung unserer Wirtschaft

Im Vordergrund der Fortentwicklung der Außenwirtschaftsförderung standen und stehen der regionale Ausbau des Auslandshandelskammernetzes, die weitere Steigerung der Qualität der Dienstleistungen der Auslandshandelskammern sowie die Verbesserung des Bekanntheitsgrades der Förderinstrumente (vgl. Ziffern 102 f).

22. Wichtige Hinweise für notwendige Anpassungsschritte haben sich aus den 15 branchenbezogenen Wirtschaftsgesprächen ergeben, zu denen der Bundesminister für Wirtschaft seit Anfang 1995 mit führenden Vertretern der Fachverbände und Einzelgewerkschaften aus Industrie, Handel, Bau- und Dienstleistungswirtschaft zusammengetroffen ist. Sie haben zu einer Klärung der jeweiligen Standpunkte und zu mehr Verständnis für die Handlungsmöglichkeiten auf allen Seiten geführt. Die Gespräche wer-

den daher auf Wunsch aller Beteiligten fortgesetzt und auf weitere Wirtschaftsbereiche ausgedehnt.

23. Die Bundesregierung hat damit einen Großteil ihrer Zusagen erfüllt, die sie im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit und zur Standortsicherung“ am 23. Januar 1996 abgegeben hat. Der Tarifpolitik kommt bei der Sicherung und Stärkung der Beschäftigung ebenfalls zentrale Bedeutung zu. Der Sachverständigenrat weist deutlich auf die Verantwortung der Tarifpartner hin und warnt zu Recht vor einem falschen Rollenverständnis zwischen Staat und Tarifvertragsparteien (Ziffern 317, 319 JG).

In vielem wurde in der Tarifpolitik zuletzt die richtige Richtung eingeschlagen. Lohnhöhe und Lohnentwicklung werden zunehmend als entscheidende Einzelfaktoren für die Beschäftigung allgemein anerkannt. Dies zeugt von wachsender Verantwortung für branchenspezifische und gesamtwirtschaftliche Notwendigkeiten. Die Tarifabschlüsse 1996 in den alten Ländern mit Lohnsteigerungen zwischen 1,5 und 2 % im gewerblichen Bereich trugen gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten überwiegend Rechnung. Im öffentlichen Dienst wurde im Jahr 1996 lediglich eine Einmalzahlung von 300 DM für die überwiegende Zahl der Beschäftigten vereinbart. Die Tarifrunde 1996 brachte zudem qualitative Fortschritte. Regelungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit wurden weiter ausgebaut oder verlängert. So wurden z. B. in der Textil- und Bekleidungsindustrie Lohnöffnungs-klauseln zur Sicherung von Beschäftigung vereinbart. Die Bemühungen, Mehrarbeit stärker durch Freizeit auszugleichen, nehmen zu. Anstrengungen wurden auch bezüglich der Jugendarbeitslosigkeit unternommen, z. B. durch Vereinbarungen über mehr Ausbildungsverhältnisse u. a. bei der Chemie, der Bahn, dem privaten Bankgewerbe, dem öffentlichen Dienst oder durch eine zumindest befristete Übernahme von Ausgebildeten nach Abschluß der Ausbildung z. B. in der Stahl-, Metall-/Elektro- und Druckindustrie.

24. Die gesamtwirtschaftlichen Anforderungen an die Tarifpolitik bleiben hoch. Wenn die Beschäftigungskrise überwunden werden soll – so auch der Sachverständigenrat (Ziffer 307 JG) –, gibt es in den nächsten Jahren keine Alternative zu einer moderaten Lohnpolitik und zu weiterer Flexibilisierung von Lohnbildung und Arbeitszeit. Die Flexibilisierung der zeitlichen Organisation der Arbeit muß weiter vorangetrieben werden, um die Kosten- und Beschäftigungssituation in den Unternehmen und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Hierfür ist in den letzten Jahren der gesetzliche Rahmen stark erweitert worden. Lohnsteigerungen müssen hinter den Produktivitätsfortschritten zurückbleiben, bis wieder ein hoher Beschäftigungsstand erreicht ist.

Die Anpassung des Flächentarifvertrags an die geänderten wirtschaftlichen Bedingungen muß fortgesetzt werden. Flächentarifverträge sollten sich stärker auf Rahmenregelungen und Mindestbedingungen beschränken und mehr Raum für betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten lassen. Einzelne Betriebe, nicht zuletzt kleine und mittlere Unternehmen brauchen Spielräume, um auf betriebliche Erfordernisse

und Notwendigkeiten zu reagieren, z. B. durch Öffnungs- und Härteklauseln oder Optionen im Tarifvertrag. Es gilt, die Vorteile des Flächentarifvertrags mit der Notwendigkeit seiner Flexibilisierung in Einklang zu bringen (Ziffer 325 JG).

Die Tarifpartner bleiben aufgefordert, ihrer gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verantwortung für die Arbeitslosen und weniger Qualifizierten gerecht zu werden. Mehr Arbeitsplätze für weniger Qualifizierte und niedrigere Wiedereinstiegstarife verbessern die Chancen von Arbeitslosen, insbesondere Langzeitarbeitslosen, den Weg zurück in den regulären Arbeitsmarkt zu schaffen.

25. Die Bundesregierung hat mit der gesetzlichen Absenkung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 % bzw. der Kompensation von 5 krankheitsbedingten Fehltagen durch einen Urlaubstag einen wichtigen Anstoß zur stärkeren Berücksichtigung von Fehlzeiten bei der Entlohnung gegeben. Das Ziel einer deutlichen Absenkung der Lohnzusatzkosten kann aber auch erreicht werden, wenn entsprechende Einsparungen bei den Einmalzahlungen (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld) realisiert werden können. In diesem Zusammenhang haben sich auch Vereinbarungen über Anreizsysteme, z. B. die Berücksichtigung der Abwesenheitsquote bei der Festsetzung der Höhe von Einmalzahlungen, als sehr wirksam zur Verringerung der hohen Fehlzeiten erwiesen.

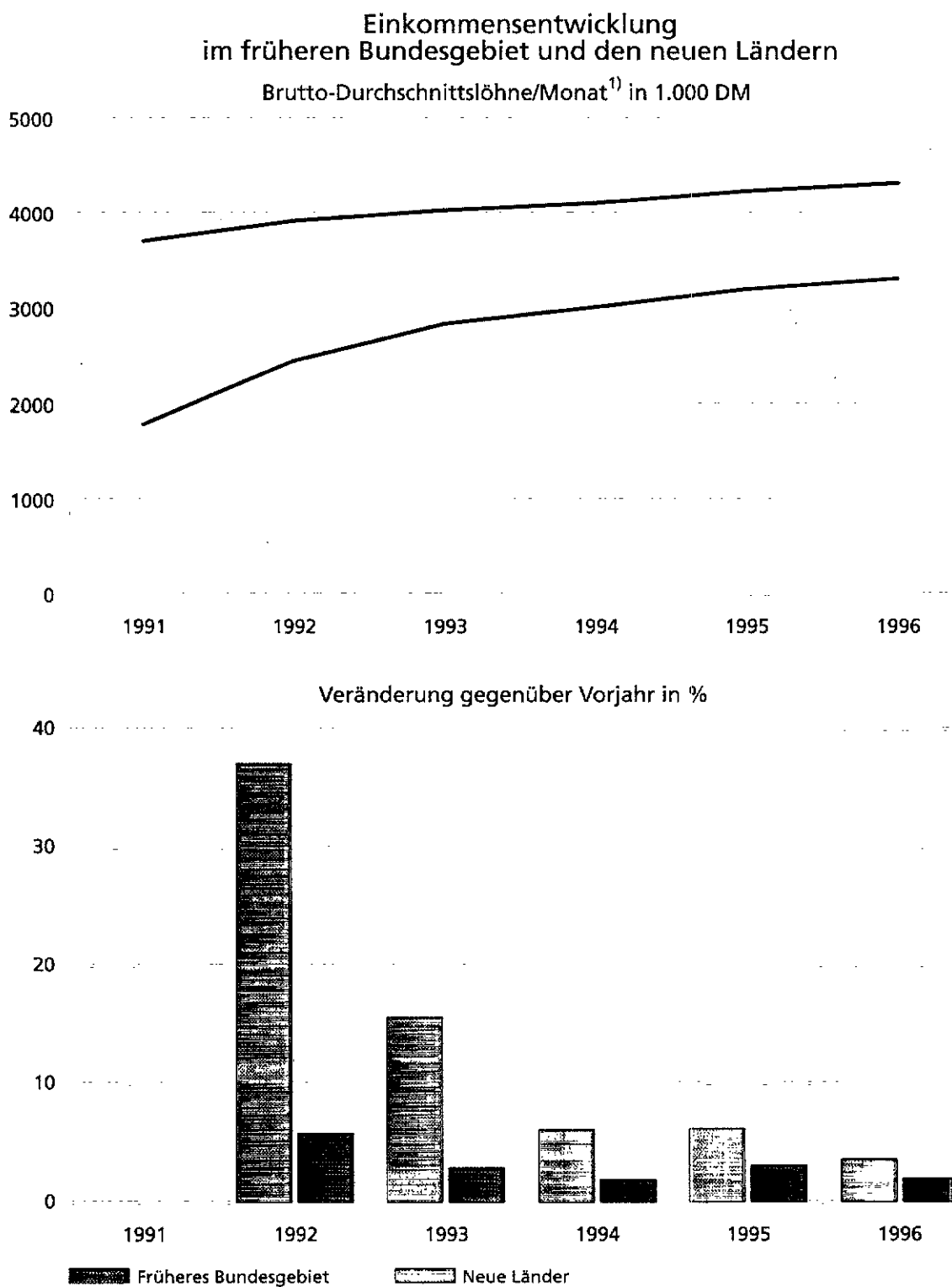
26. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland nach Schätzungen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1,8 Milliarden Überstunden geleistet. Gegenüber 1995 wurden damit fast 12 % der Überstunden abgebaut. Dazu hat die schwächere Konjunktorentwicklung beigetragen, aber auch die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die zu einer Umwandlung von Überstunden in normale Arbeitszeit führt und damit die Betriebe bei den Kosten entlastet. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr wichtige Entscheidungen getroffen, die es den Unternehmen erleichtern, bei anfallender Mehrarbeit zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, statt die Zahl der Überstunden zu erhöhen. So wurde der Abschluß befristeter Arbeitsver-

träge erleichtert und die Schwelle für den Kündigungsschutz auf zehn Arbeitnehmer heraufgesetzt. Eine beschäftigungswirksame Ersetzung von Überstunden durch neue Arbeitsplätze setzt voraus, daß die Unternehmen die verbesserten Möglichkeiten nutzen. Rein rechnerisch entspräche eine Halbierung der Zahl der Überstunden über 500 000 Arbeitsplätzen.

27. In den neuen Ländern wurde in vielen Bereichen der Angleichungsprozeß an das Westniveau ungeachtet der schwierigen wirtschaftlichen Lage vieler Unternehmen weiter fortgesetzt. Mit Tarifabschlüssen von durchschnittlich 3,7 % konnte der Abstand zum westdeutschen Lohnstückkostenniveau nur unwesentlich zurückgeführt werden. Dies ist insbesondere auf die Stufenverträge (Stahlindustrie, Metall-/Elektroindustrie) zurückzuführen, in denen die volle Angleichung an das westdeutsche Niveau bereits früher vereinbart wurde. Mit durchschnittlich 7,0 % übertrafen die Tarifierhöhungen aus Stufentarifverträgen die Abschlußraten der Neuabschlüsse mit 2,5 % beträchtlich. Die Lohn-Produktivitäts-Lücke betrug 1996 noch 29,8 % und erweist sich damit für Existenz und Entwicklung der Unternehmen als belastender Faktor (vgl. Ziffer 16).

Die Relation Produktivität zu Lohnhöhe muß im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert werden. Das erfordert zum einen eine zeitliche Streckung des Angleichungsprozesses in den neuen Ländern an das westdeutsche Niveau. Dieser Notwendigkeit ist in einer Reihe von Tarifabschlüssen Rechnung getragen worden, so z. B. beim letztjährigen Tarifabschluß im öffentlichen Dienst. Der Sachverständigenrat (Ziffer 309 JG) nennt die neben der Lohnzurückhaltung richtigen Ansatzpunkte wie längere Arbeitszeit, geringere Zuschläge und Sonderzahlungen, größere Lohndifferenzierung und Einstiegstarife. Da das westdeutsche Lohnniveau in vielen Tarifverträgen bereits vereinbart wurde, sind auch flexible Regelungen wie Öffnungsklauseln wichtig. Zum anderen bedarf es weiterhin einer dynamischen Innovations- und Investitionsentwicklung, um den Produktivitätsfortschritt zu steigern.

Schaubild 22



¹⁾ Bruttolohn- und -gehaltsumme pro Monat

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

C. Produktions- und Investitionsbedingungen verbessern

28. Die Wirtschaftspolitik steht 1997 vor der Aufgabe, den beginnenden Aufschwung zu stärken und durch weitere strukturelle Reformen die Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen in Deutschland zu verbessern. An diesem Ziel müssen alle wirtschaftspolitisch Verantwortlichen – Unternehmen, Gewerkschaften, Bund, Länder und Gemeinden – ihr Handeln messen lassen.

Damit die deutsche Wirtschaft auf Dauer im weltweiten Wettbewerb erfolgreich mithalten kann, muß die Verbesserung der Standortbedingungen sowie deren Anpassung an das sich rapide wandelnde globale Umfeld als eine permanente und vorrangige Aufgabe verstanden werden. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen dabei in erster Linie in Vergleich mit anderen Ländern gesehen und beurteilt werden. In diesem Sinne geht es heute vor allem darum,

- zu hohe Kosten, die die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigen, zu reduzieren,
- das Vertrauen von Unternehmen und Verbrauchern durch eine nachhaltige Politik der Konsolidierung sowie der Steuer- und Abgabenteilung zu stärken,
- der Funktionsfähigkeit der Märkte sowie privater Initiative, Eigenverantwortung und Kreativität durch ein Zurückschneiden von zuviel Staat wieder mehr Raum zu verschaffen,
- die traditionellen Stärken des Standorts Deutschlands durch bessere Bedingungen für den Mittelstand, durch die Modernisierung des Bildungs- und Ausbildungssystems sowie durch gezielte Innovationsanreize weiter auszubauen.

Die dauerhafte Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erfordert darüber hinaus klare und verlässliche Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung. Durch eine ökologische Orientierung der strukturellen Entwicklung muß sichergestellt werden, daß das wirtschaftliche Wachstum mit der Schonung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen vereinbar ist (vgl. Ziffer 244 JG). In diesem Sinne sieht die Bundesregierung ebenso wie der Sachverständigenrat den Umweltschutz als Teil der wachstumspolitischen Aufgabe.

Für die notwendige Politik zur dauerhaften Stärkung der Investitionstätigkeit und für strukturelle Verbesserungen sind Vorschläge, die auf eine Stimulierung der Nachfrage über staatliche Ausgabenprogramme zielen, keine Hilfe. Derartige Konzepte sind in jeder Hinsicht kontraproduktiv: Zum einen, weil sich Deutschland – wie die meisten anderen westeuropäischen Länder – keine noch höheren Staats-, Abgaben- und Verschuldungsquoten leisten kann. Zum anderen aber gehen solche Vorschläge in die falsche

Richtung, weil damit unausweichliche, zum Teil bereits überfällige Strukturanpassungen weiter aufgeschoben und die damit verbundenen Lasten in die Zukunft verlagert werden sollen.

1. Die Staatsquote senken und die Steuerlast zurückführen

29. In der Finanzpolitik werden entscheidende Weichen zu mehr Beschäftigung und Wachstum gestellt. Es geht um die Rückführung der drückenden Steuer- und Abgabenlast und die Senkung der viel zu hohen Staatsquote. Eine Verringerung der Steuerlast und eine Verbesserung der Steuerstruktur begünstigen unternehmerische Investitionen und Innovationen und sind damit wesentliche Voraussetzung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die hohe Staatsquote begrenzt Eigeninitiative, hemmt auf Dauer die wirtschaftliche Dynamik und mindert die Leistungsbeurteilung von Unternehmern und Arbeitnehmern.

30. Mit der Vermögensteuer ist ab dem 1. Januar 1997 eine ökonomisch nicht zu vertretende Belastung der unternehmerischen Substanz entfallen. Als Teilausgleich für die Vermögensteuerbelastung der Privatvermögen wird die Erbschaftsteuer um 2,1 Mrd. DM erhöht. Mit dem Wegfall der für Steuerpflichtige wie für die Finanzbehörden außerordentlich verwaltungsaufwendigen Vermögensteuer ist zugleich eine erhebliche Steuervereinfachung verbunden. Eine Neubewertung des Grundbesitzes wird nur noch im Erbfall erforderlich. In den neuen Ländern muß die Vermögensteuer gar nicht erst eingeführt werden.

Mit der Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer wurde die steuerliche Belastung beim unternehmerischen Generationswechsel verringert, da Betriebsvermögen jetzt unabhängig vom Verwandtschaftsgrad des Erwerbers grundsätzlich in die günstigste Steuerklasse eingestuft wird und der besondere Bewertungsabschlag von 25% auf 40% erhöht wurde. Durch die damit verbundene geringere Belastung leistet die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Unternehmenssubstanz beim Betriebsübergang. Bei der Vererbung des Einfamilienhauses von durchschnittlichem Wert wurde durch eine deutliche Erhöhung der Freibeträge sichergestellt, daß keine Erbschaftsteuer anfällt.

31. Als wichtiger Schritt zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen muß nun die dritte Stufe der Unternehmenssteuerreform verwirklicht werden. Die Tatsache, daß es bisher aufgrund der mangelnden Zustimmung des Bundesrates nicht gelungen ist, die im internationalen Vergleich einmalige Sonderbelastung deutscher Unternehmen mit Gewerbesteuer zu beseitigen und gleichzeitig ihre Einführung in den neuen Ländern zu verhindern, trägt erheblich zur Verunsicherung der Investo-

ren in Deutschland bei. Deshalb wird die Bundesregierung sich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Gewerbekapitalsteuer zum 1. Januar 1998 abgeschafft wird. Dies soll aufkommensneutral durch Senkung der degressiven Abschreibung von 30 % auf 25 % erfolgen.

Von der Unternehmenssteuerreform werden auch die Gemeinden profitieren. Ihr Steuerausfall wird in vollem Umfang durch eine Beteiligung an der Umsatzsteuer kompensiert. Die Umsatzsteuer stellt eine stetige und vom konjunkturellen Verlauf relativ unabhängige Einnahmequelle dar. Darüber hinaus ist sichergestellt, daß das Interesse der Gemeinden an einer Ansiedlung von Unternehmen erhalten bleibt, da die Beteiligung an der Umsatzsteuer nach einem wirtschaftsbezogenen Schlüssel erfolgt. Für die Kommunen in den neuen Bundesländern kommt hinzu, daß sie eine zusätzliche Einnahme erhalten, von der Gegenfinanzierung aber solange nicht betroffen sind, wie die Betriebe regelmäßig die Sonderabschreibung in Anspruch nehmen können. Die Bundesregierung begrüßt daher, daß nunmehr alle kommunalen Spitzenverbände der von der Bundesregierung vorgesehenen Unternehmenssteuerreform zustimmen. Sie appelliert an Bundesrat und Bundestag, endlich die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen für eine rasche Umsetzung zu schaffen.

32. Mit den Vorschlägen der Steuerreformkommission unter Vorsitz des Bundesministers der Finanzen wird ein steuerpolitischer Meilenstein gesetzt (vgl. Übersicht 1). Mit dem „Zukunftstarif '99“ wird eine durchgreifende Vereinfachung und strukturelle Verbesserung des Steuersystems, eine leistungsfreundlichere und transparentere Gestaltung sowie eine deutliche Senkung der Einkommensteuersätze über den gesamten Tarifverlauf erreicht. Der Eingangssteuersatz wurde von bisher 25,9 % auf nur noch 15 % – also über 10 %-Punkte – gesenkt. Damit steigt der Anreiz und die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme. Mit einem Eingangssteuersatz von 15 % sowie Höchststeuersätzen von 39 % für nicht gewerbliche und 35 % für gewerbliche Einkünfte sind die Steuersätze künftig niedriger als jemals zuvor in der Nachkriegsgeschichte und auch niedriger als in fast allen vergleichbaren Industriestaaten. Für die Bürger und Unternehmen bringt die Steuerreform eine Nettoentlastung von rd. 30 Mrd. DM.

Die Rückführung der Einkommensteuerbelastung sowie die Senkung der Körperschaftsteuersätze auf 35 % für einbehaltene Gewinne sowie auf 25 % für ausgeschüttete Gewinne ist im internationalen Steuerwettbewerb von wesentlicher Bedeutung. Von den großen Industrieländern werden künftig nur noch sehr wenige niedrigere Körperschaftsteuersätze als Deutschland aufweisen (USA: 40,8 %, Japan: 44 %, Frankreich: 36,6 %). Für die Standort-, Investitions- und Innovationsentscheidung eines Unternehmers kommt es ganz wesentlich sowohl auf die Durchschnitts- als auch auf die Grenzsteuerbelastung der Einkommenserzielung an. Hierauf hat der Sachverständigenrat in den letzten Jahren immer wieder mit überzeugenden Argumenten hingewiesen (vgl. Ziffer 297 JG).

Übersicht 1

Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer

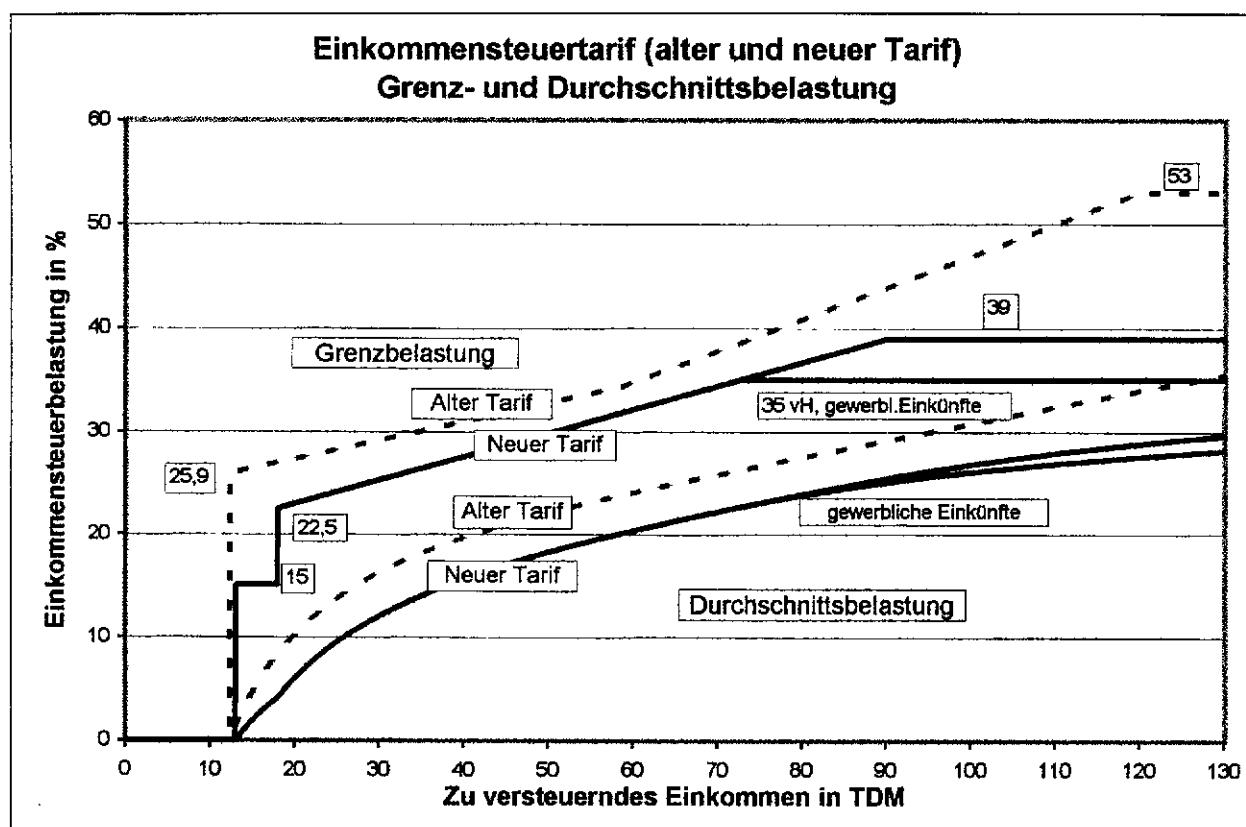
- Gesamtentlastungsvolumen brutto: 82 Mrd. DM
- Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (berechnet nach altem Recht): 51 Mrd. DM

1998

- Senkung des Solidaritätszuschlages auf 5,5 %
- Senkung des Einkommensteuersatzes für gewerbliche Einkünfte auf 40 % und des Körperschaftsteuersatzes auf 40 %/28 % mit vollständiger Gegenfinanzierung im Unternehmensbereich

1999

- Deutliche Senkung der Einkommensteuersätze über den gesamten Tarifverlauf mit einem Eingangssteuersatz von 15 % und einem Höchststeuersatz von 39 %
- Senkung des Höchststeuersatzes für gewerbliche Einkünfte auf 35 %
- Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne auf 35 % und für ausgeschüttete Gewinne auf 25 %
- Neuer Tarifverlauf mit einer Proportionalzone, die von 13 000/26 000 DM (Ledige/Verheiratete) bis 18 000/36 000 DM mit 15 % besteuert wird. Ab 18 000/36 000 DM steigt der Grenzsteuersatz auf 22,5 % und nimmt einen linearprogressiven Verlauf. Der Höchststeuersatz wird ab einem zu versteuernden Einkommen von 90 000/180 000 DM erhoben.
- Gegenfinanzierung insbesondere durch
 - Wegfall des halben durchschnittlichen Steuersatzes bei außerordentlichen Einkünften
 - Einschränkung der Möglichkeiten zur Bildung betrieblicher Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften
 - Senkung der degressiven Abschreibungen bei beweglichen Wirtschaftsgütern um 5 Prozentpunkte
 - Lineare Abschreibung bei Gebäuden: Betriebsgebäude 3 %, Wohngebäude 2 %
 - Einbeziehung der Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Krankengeld) in die Besteuerung mit 50 %, dafür Wegfall des Progressionsvorbehalts
 - Umstellung der Besteuerung von Renten und Lebensversicherungen
 - Wegfall der Steuerfreiheit von Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeitszuschlägen
 - Halbierung des Sparerfreibetrags auf 3 000/6 000 DM pro Jahr
 - Senkung der Arbeitnehmerpauschale von 2 000 DM auf 1 300 DM pro Jahr
 - Pauschale von 0,40 DM pro Entfernungskilometer ab einer Entfernung von 16 km
 - Ausweitung der Spekulationsfrist bei privaten Wertpapieren auf 1 Jahr, bei privaten Grundstücken auf 10 Jahre



Mit den bisherigen Einkommensteuersätzen von 25,9% bis 53% (den Solidaritätszuschlag nicht gerechnet), einer Körperschaftsteuer auf einbehaltene Gewinne von 45% und einer zusätzlichen Gewerbesteuerbelastung von (durchschnittlich) 16% ist die steuerliche Belastung der Einkommenserzielung in Deutschland viel zu hoch. Die internationale Erfahrung zeigt, daß Steuersätze im Rahmen des Standortwettbewerbs eine wesentliche Signalwirkung entfalten.

Das Petersberger Reformwerk ist ein Kernelement der Strukturreformen der Bundesregierung, um den Standort Deutschland im globalen Umfeld fit zu machen. Der Begriff „Hochsteuerland Deutschland“ wird der Vergangenheit angehören. Die Qualität des Investitionsstandortes wird entscheidend verbessert. Was im vergangenen Jahr an vielfältigen Reformen im Bereich der Konsolidierung, der Deregulierung sowie der Privatisierung begonnen wurde, wird mit dem Steuerkonzept entscheidend erweitert und in der Wirksamkeit optimiert.

Die durchgreifende und ökonomisch wirkungsvolle Senkung der Steuersätze geht einher mit einer deutlichen Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die notwendige Gegenfinanzierung. Eine breite Bemessungsgrundlage ist zugleich wesentliche Voraussetzung für ein einfacheres und gleichzeitig gerechteres Steuer-

system. Im Bereich der Unternehmen wird dies insbesondere durch strengere Gewinnermittlungsvorschriften sowie eine Aufhebung des ermäßigten Steuersatzes bei außerordentlichen Einkünften erreicht. Im Arbeitnehmerbereich wird das Prinzip einer Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit insbesondere durch eine gleichmäßigere Erfassung der Einkünfte und die Abschaffung von Sondertatbeständen verwirklicht. Niedrigere Steuersätze verringern den Anreiz zur legalen und illegalen Steuervermeidung und machen Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft weniger interessant.

33. Um so früh wie möglich für Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland zu sorgen, werden die unternehmensbezogenen Steuern schon ab 1. Januar 1998 gesenkt. In diesem Zwischenschritt werden der Einkommensteuersatz für gewerbliche Einkünfte und der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne 40% sowie für ausgeschüttete Gewinne 28% betragen. Ein wichtiger vorgezogener Steuerimpuls geht auch von der Senkung des Solidaritätszuschlages zum 1. Januar 1998 auf 5,5% aus. Seine Verringerung stärkt die unternehmerische und private Finanzkraft und stellt zusätzliche liquide Mittel für neue Investitionen zur Verfügung.

34. Nach dem Wegfall der Grenzen im gemeinsamen Binnenmarkt und mit der Einführung der europäischen Währung werden die Belastungsunter-

schiede bei den direkten Steuern in Europa sehr viel deutlicher spürbar. Dadurch wird sich der Wettbewerb der Steuersysteme intensivieren. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden sich auf diesen Wettbewerb einrichten müssen. Sich diesem gegenüber „abschotten“ zu wollen, wäre unklug und auf Dauer auch unmöglich.

35. Auch bei steigendem Wettbewerbsdruck hält die Bundesregierung eine weitreichende Harmonisierung der Unternehmenssteuern in der Europäischen Union weder für geboten noch für realisierbar. Die Finanz- und Steuerpolitik muß auch nach dem Übergang zur einheitlichen Währung insoweit in der Verantwortung der Mitgliedstaaten bleiben. Die Erhaltung der Flexibilität der nationalen Steuerpolitik ist im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten deutschen Wirtschaft wesentlich.

Im Hinblick auf mögliche Wettbewerbsverzerrungen ist auf eine zunehmende Angleichung der Behandlung grenzüberschreitender Einkommensströme hinzuwirken. Die Bundesregierung wird deshalb das Problem des illegitimen Steuerwettbewerbs in der Europäischen Union, der die Steuereinnahmen der Mitgliedstaaten gefährdet, aktiv angehen. Dies gilt in besonderem Maße für die steuerliche Erfassung von ausländischen Zinseinkünften, um den Wettbewerbsverzerrungen zwischen den europäischen Finanzplätzen und der Steuerflucht entgegenzuwirken. Die europäische Einheitwährung wird auch zum Wegfall eines Währungsrisikos für Kapitalanlagen privater Sparer in den Teilnehmerstaaten führen. Geldanlagen im Ausland werden dadurch erleichtert. Damit wird eine Lösung der steuerlichen Erfassung der Zinserträge für die meisten Mitgliedstaaten noch dringender. Deshalb sind zumindest innerhalb der Europäischen Union verbindliche Mindeststandards (Nebeneinander von Steuerabzug und Mitteilungspflichten) erforderlich, für die Deutschland während seiner Ratspräsidentschaft einen Kompromißvorschlag erarbeitet hat.

36. Von besonderer Bedeutung für die Verwirklichung des Binnenmarktes ist es ferner, die Arbeiten zum Übergang auf das endgültige einheitliche europäische Mehrwertsteuersystem zum Abschluß zu bringen. Das derzeitige Übergangssystem bringt durch seine Komplexität und uneinheitliche Anwendung für die Unternehmen eine erhebliche Belastung mit sich. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Kontrollen und Aufzeichnungspflichten, die von den Grenzen in die Unternehmen verlagert wurden. Schätzungen zufolge betragen die Kosten des derzeitigen Übergangssystems bis zu 0,3% des Umsatzes. Dies belastet insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen.

37. Im Hinblick auf die Integration ökologischer Elemente in das Steuersystem hat die Bundesregierung als einen Schritt den Gesetzentwurf zur Kraftfahrzeugsteuer vorgelegt. Ziel ist es, zum 1. April 1997 eine Umstellung auf eine stärker emissionsorientierte Besteuerung für Pkw zu erreichen sowie die Voraussetzungen für die Umlage der Kraftfahrzeugsteuer auf die Mineralölsteuer zum 1. Januar 2003 zu schaffen. Allerdings bedarf dies der Zustimmung des Bundesrates. Neben der ökologischen Zielsetzung des geringeren Verbrauchs wird dann auch eine deutliche Steuervereinfachung erreicht. Weiterhin tritt die Bundesregierung für gezielte Harmonisierungsfortschritte in der Europäischen Union bei der CO₂-/Energiebesteuerung ein.

38. Dreh- und Angelpunkt für eine erfolgreiche Konsolidierung ist die Senkung der Staatsquote, um so die notwendigen Voraussetzungen für niedrigere Steuern und Abgaben sowie verringerte Defizite zu schaffen. Nur über strikte Ausgabendisziplin kann die Staatsquote, die mit der Verwirklichung der deutschen Einheit notwendigerweise deutlich angestiegen ist, wieder auf den Stand vor Wiedervereinigung (46%) zurückgeführt werden.

Tabelle 1

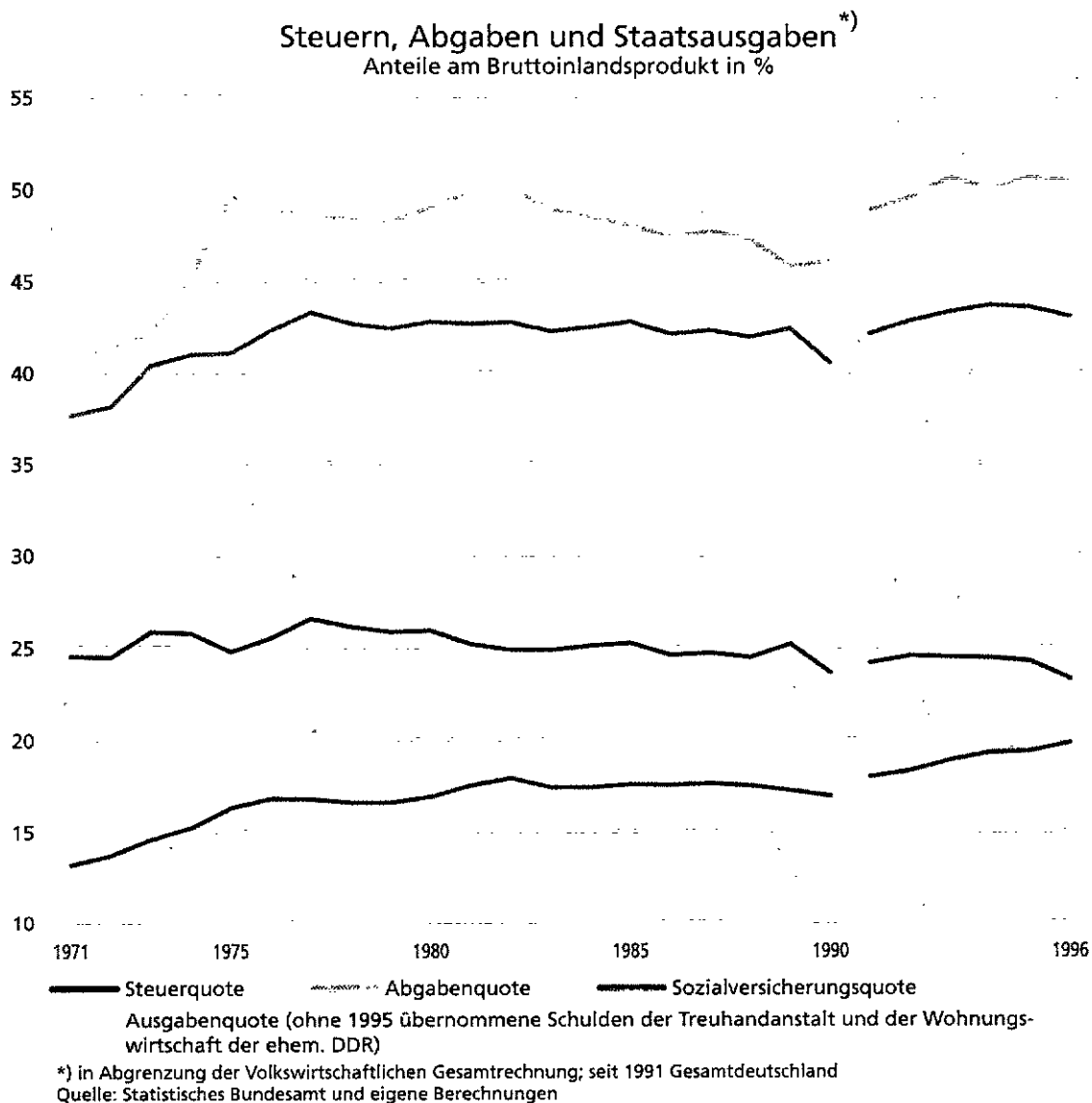
Staatsquote und Abgabenquote im internationalen Vergleich

	Staatsquote Ausgaben des Gesamtstaates einschließlich Sozialversicherung ¹⁾ (in v. H. des BIP)			Abgabenquote Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ¹⁾ (in v. H. des BIP)		
	1985	1990	1995	1985	1990	1995
USA	32,9	32,8	33,2	26,0	26,7	27,6
Japan	31,6	31,3	35,4	27,6	31,3	27,8
Deutschland ²⁾	48,0	46,1	50,6	40,3	38,5	41,8
Frankreich	52,1	49,8	53,7	44,5	43,7	44,5
Großbritannien	44,0	39,8	43,3	37,9	36,4	35,2
Italien	51,2	53,4	51,8	34,5	39,1	41,8
Kanada	45,3	46,0	46,5	33,1	36,5	36,1

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

²⁾ Die nationalen Angaben liegen wegen Konzeptunterschieden bei der Staatsquote um rd. einen Prozentpunkt und bei der Abgabenquote um mehr als zwei Prozentpunkte höher als in der Abgrenzung der OECD. Die Vergleichbarkeit ist insoweit eingeschränkt.

Quelle: OECD



Auch nach Ansicht des Sachverständigenrates ist die im Konzept der Symmetrischen Finanzpolitik angelegte Rückführung von Staats-, Abgaben- und Defizitquote für die Stärkung der Wachstumskräfte grundsätzlich ohne Alternative (Ziffer 280 JG). Die damit einhergehenden Konsolidierungslasten können nicht dem Vertrag von Maastricht „zugerechnet“ werden, sondern sind, wie auch der Sachverständigenrat herausstellt, primär aufgrund binnenwirtschaftlicher Zielsetzungen geboten (Ziffer 274 JG). Der von manchen vorgebrachte Einwand, die Bundesregierung würde dabei den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen nicht ausreichend Rechnung tragen, ist nicht begründet. Ebenso wie der Sachverständigenrat schätzt auch die Bundesregierung die Gefahr, die mit einer Verschiebung der Konsolidierung verbunden wäre, größer ein als die mit der Konsolidierung verbundenen Effekte einer gedämpften Staatsnachfrage (Ziffer 294 JG).

39. Die Entwicklung des Jahres 1996 war geprägt durch besondere finanzpolitische Herausforderungen. Einnahmeausfälle infolge der Wachstumschwäche und des Beschäftigungsrückgangs sowie Mehrbelastungen aufgrund der Arbeitsmarktentwicklung haben bei allen gebietskörperschaftlichen Ebenen ebenso wie bei der Sozialversicherung den ohnehin engen Finanzrahmen zusätzlich eingeengt. Mit einer Defizitquote von 3,9 % des BIP wurde die 3 %-Marke des Maastricht-Vertrages im letzten Jahr deutlich überschritten.

Da der größte Teil dieser Mehrbelastungen beim Bund anfiel, ließ sich auch nicht vermeiden, daß die im Soll 1996 veranschlagte Neuverschuldung des Bundes deutlich überschritten wurde. Durch strikte Sparsamkeit im Haushaltsvollzug – unterstützt auch durch die seit dem 15. März 1996 geltende Haushaltssperre – ist es jedoch gelungen, die ausgaben-

seitigen Mehrbelastungen auch ausgabenseitig weitgehend wieder aufzufangen. Das Ausgabevolumen 1996 liegt mit 455,6 Mrd. DM im Ergebnis nur 1% über dem Soll von 451,3 Mrd. DM. Die vom Sachverständigenrat formulierte These, die immer wieder als notwendig erachtete Politik der Ausgabenkürzungen sei nicht recht vorangekommen (Ziffer 276 JG), muß insoweit zurückgewiesen werden. Daß sich die Konsolidierungsanstrengungen noch nicht deutlicher in der Entwicklung der Staatsquote widerspiegeln, ist vor allem auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen. Der Sachverständigenrat selbst hatte noch in seinem Gutachten 1994/95 (Ziffer 287 JG) die Notwendigkeit einer differenzierten Interpretation der Staatsquote herausgestellt, die die konjunkturelle Situation berücksichtigt.

40. Für die Bundesregierung steht die Notwendigkeit der Fortsetzung des Konsolidierungskurses außer Frage. Mit einem Minus von 2,5% gegenüber dem Soll werden die Ausgaben des Bundes 1997 rückläufig sein. Hierzu trägt auch der weitere Abbau von Finanzhilfen um 6,5% bei. Zugleich ist mit 53½ Mrd. DM eine im Vergleich zu 1996 deutlich geringere Neuverschuldung geplant. Mit einem durchschnittlichen Anstieg von knapp 1% p. a. werden die Ausgaben im Finanzplanungszeitraum bis 2000 insgesamt deutlich unterhalb des Anstiegs des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Damit leistet der Bund mittelfristig einen entscheidenden Beitrag zur Rückführung der Staatsquote wie zur Begrenzung des gesamtstaatlichen Defizits.

Wie alle anderen Bereiche kann auch die deutsche Steinkohle von Einsparungen nicht ausgenommen werden. Die Steinkohlehilfen werden weiter zurückgeführt. Die Bundesregierung wird deshalb im Februar 1997 – nach ausführlichen Gesprächen mit allen Beteiligten – über einen verlässlichen, bis zum Jahr 2005 reichenden Finanzrahmen entscheiden. Die Bundesregierung geht dabei fest davon aus, daß sich Nordrhein-Westfalen und Saarland im höheren Umfang als bisher an den Kohlehilfen beteiligen, um einen gesamtwirtschaftlich tragbaren und lebensfähigen Bergbau in Deutschland zu ermöglichen. Zugleich soll es zu einer tragfähigen Lösung bei Fragen der friedlichen Nutzung der Kernenergie, insbesondere der Entsorgung, auf breiter politischer Basis kommen.

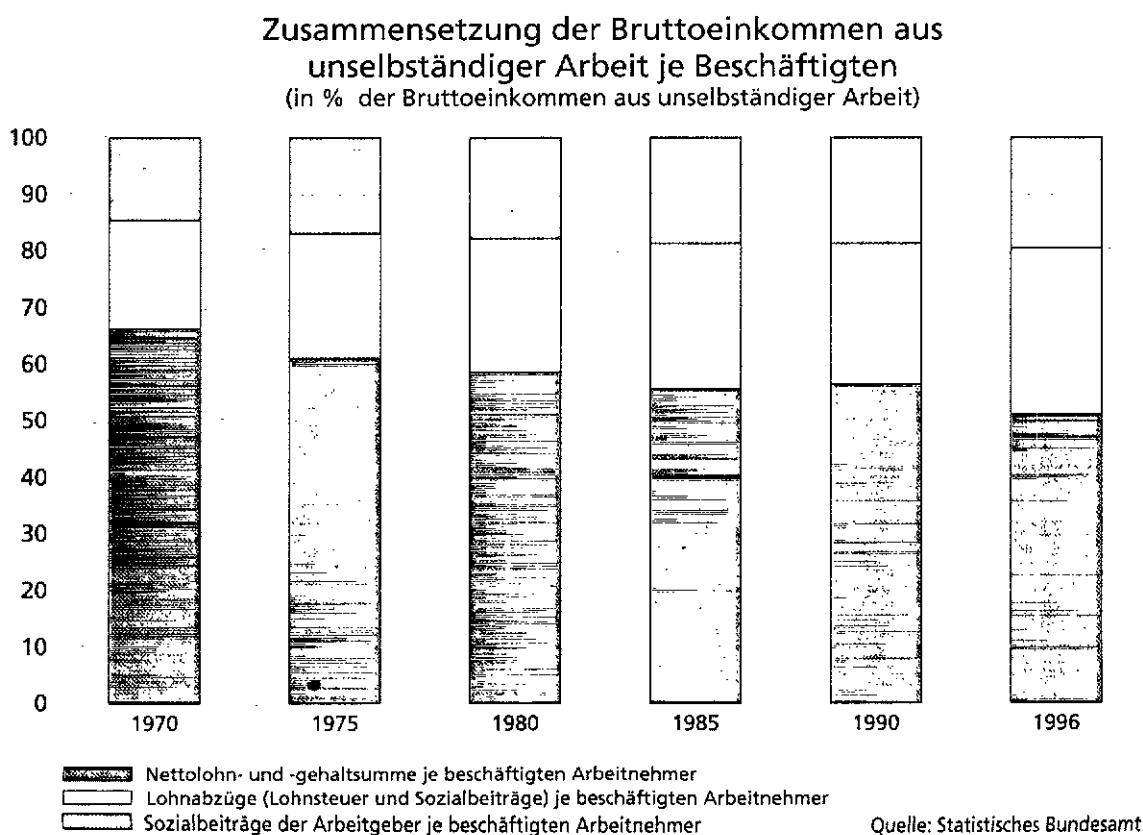
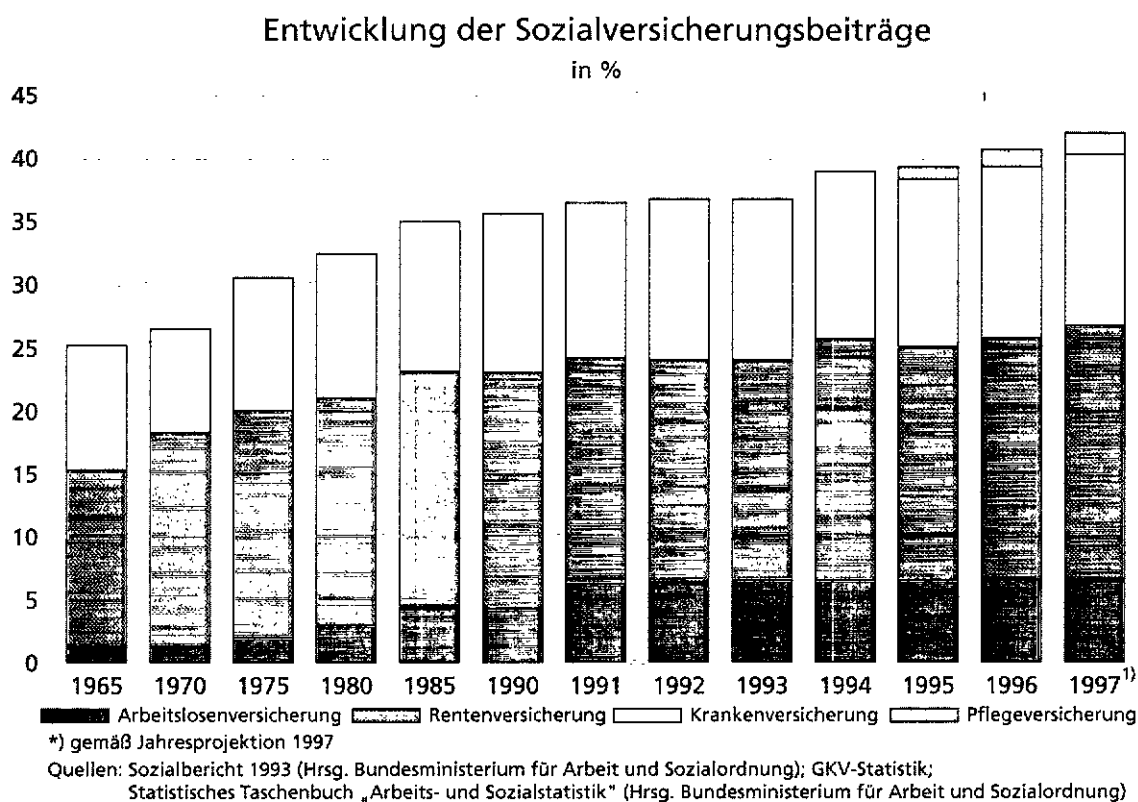
41. Zu Recht weist der Sachverständigenrat darauf hin, daß die Konsolidierung des Staatshaushalts sowie die Erfüllung der finanzpolitischen Kriterien des Maastricht-Vertrages Aufgabe aller Gebietskörperschaften sei. Angemahnt wird ein gesamtstaatliches Konsolidierungsprogramm, in dem sich alle Gebietskörperschaften auf Ausgabenkürzungen festlegen. Der Rat stellt dabei fest, daß sich die Länder im Gegensatz zum Bund, der mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung seine Konzeption zur Rückführung der Ausgaben vorgelegt habe, trotz gegenteiliger Ankündigungen noch nicht auf ein gemeinsames Sparpaket hätten einigen können (Ziffer 279 JG). Zur innerstaatlichen Umsetzung der finanzwirtschaftlichen Kriterien des Maastricht-Vertrages hält der Sachverständigenrat einen nationalen Stabilitätspakt für geboten, in dem die Aufteilung der im

Vertrag festgeschriebenen Höchstgrenze der Neuverschuldung festgelegt wird (Ziffer 283 ff. JG). Der Sachverständigenrat unterstützt damit die Bemühungen der Bundesregierung für das Zustandekommen einer wirksamen und praktikablen Regelung. Unter den Mitgliedern des Finanzplanungsrats bestand auf der Sitzung am 20. November 1996 Einigkeit, daß Bund, Länder und Kommunen gemeinsam einen Weg zur dauerhaften Erfüllung der Kriterien des Vertrages vom Maastricht finden müssen. Bund und Länder wollen sich im Laufe des Jahres 1997 unter Einbeziehung der Gemeinden auf ein innerstaatliches Verfahren einigen.

2. Sozialpolitik: Kosten senken, Weichen für mehr Beschäftigung stellen

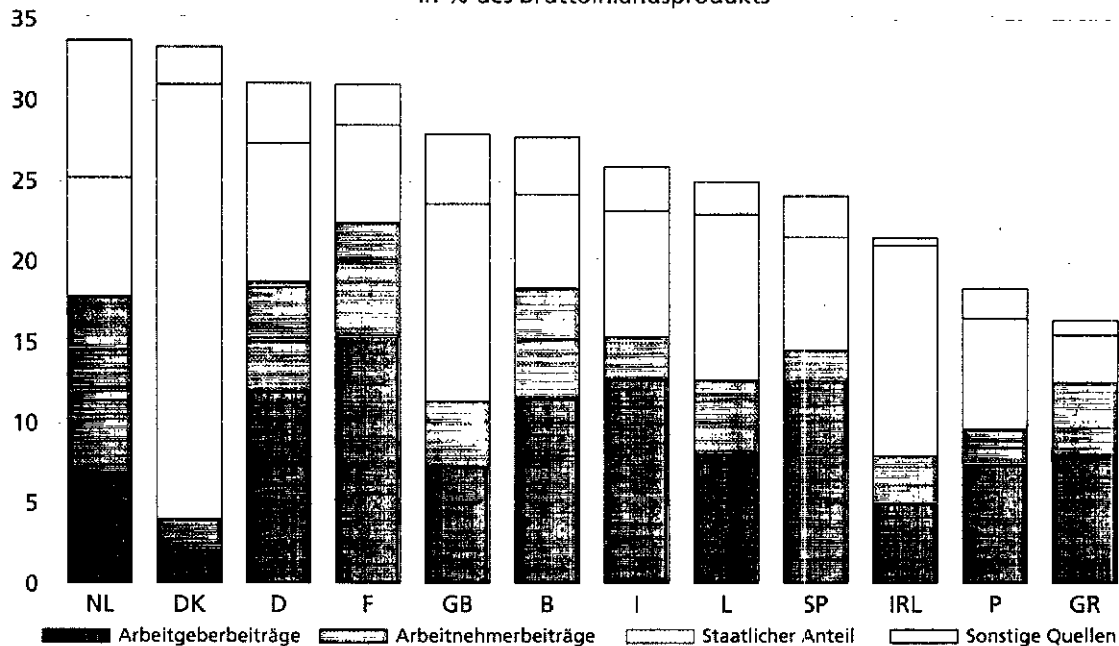
42. Im „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ vom 23. Januar 1996 haben sich Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsam darauf verständigt, daß die Summe der Sozialversicherungsbeiträge bis zum Jahr 2000 auf unter 40% zurückgeführt werden muß. Jeder der Beteiligten steht jetzt in der Verantwortung, das Seine zur Erreichung dieses Ziels zu tun. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr eine Vielzahl von z. T. einschneidenden Maßnahmen in den Bereichen der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verabschiedet. Gleichwohl ist der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung von 19,2% auf 20,3% weiter angestiegen, da die verabschiedeten Konsolidierungsmaßnahmen sich erst im Zeitablauf in vollem Umfang auswirken werden. Hinzu kommt, daß die im vergangenen Jahr aufgrund der konjunkturellen Entwicklung erheblich verminderte Schwankungsreserve im Verlauf dieses Jahres durch entsprechend erhöhte Einnahmen wieder auf ihr gesetzliches Soll von einer Monatsausgabe aufgefüllt werden muß. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung ist dem Umfang der Leistungseinschränkung entsprechend der Beitragsatz zum 1. Januar 1997 um 0,4%-Punkte verringert worden (vgl. Ziffer 21). Defizite und Ausgabenanstiege mit z. T. erheblicher Eigendynamik könnten hier allerdings wieder zu einem Erhöhungsdruck führen. Weitere strukturelle Änderungen in den sozialen Sicherungssystemen sind deshalb von der Bundesregierung bereits in Angriff genommen worden oder in Vorbereitung.

43. Soweit es mit den Prinzipien der Sozialversicherungen vereinbar ist, haben sich Reformmaßnahmen in diesem Bereich, wie der Sachverständigenrat zu Recht betont, am Prinzip der Äquivalenz von Beitragslast und Versicherungsschutz sowie an einer stärkeren Eigenverantwortung und Selbstvorsorge der Bürger zu orientieren (Ziffer 380 JG). Die Beteiligten erhalten dadurch Anreize, mit den verfügbaren Ressourcen sorgsamer umzugehen. Zu mehr Beitragsäquivalenz gehört auch die Überprüfung versicherungsfremder Leistungen, wenngleich sich dieser Bereich – wie der Sachverständigenrat selbst feststellt – nicht ohne Schwierigkeiten abgrenzen läßt (Ziffer 382 JG). In der gesetzlichen Krankenversicherung muß die Stärkung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung im Zentrum der notwendigen Reformen stehen.



Sozialleistungen in der EU und Finanzierungsquellen der sozialen Sicherung

in % des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Euroatlas – Soziale Sicherheit im Vergleich und Statistisches Taschenbuch 1996, herausgegeben jeweils vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, 1996

Die Bundesregierung hat am 12. Juni 1996 die Kommission „Fortentwicklung der Rentenversicherung mit dem Auftrag eingesetzt: „Vorschläge zu erarbeiten, wie auch angesichts der demografischen Entwicklung der bewährte Generationenvertrag für die Zukunft weiterentwickelt werden kann.“ Die zu erwartenden demografischen Änderungen machen ein Handeln in allen Alterssicherungssystemen erforderlich (gesetzliche, private und betriebliche Altersversorgung). Ziel muß sein, gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Finanzierung der Alterssicherung im Gleichgewicht zu halten. Dazu bedarf es eines ausgewogenen Maßnahmenbündels, das einerseits die Belastung der künftigen aktiven Generationen in Grenzen hält, andererseits ein angemessenes lohn- und beitragsbezogenes Sicherungsniveau bei einer tragfähigen Beitrags-/Leistungsrelation gewährleistet. Hierzu legt die Kommission „Fortentwicklung der Rentenversicherung“ Vorschläge vor.

Für die Versorgungssysteme des öffentlichen Dienstes hat die Bundesregierung mit dem Versorgungsbericht die Grundlage für die notwendigen Anpassungen angesichts der steigenden Belastungen erarbeitet. Der Bundesminister des Innern hat Vorschläge für umfangreiche Änderungen des Leistungsrechts der gesetzlichen Beamtenversorgung und der tariflichen Zusatzversorgung vorgelegt, mit denen der Kostenanstieg begrenzt werden soll. Zugleich wird der Aufbau einer Rücklage, die durch Einkommens-

verzicht der Mitarbeiter und Versorgungsberechtigten gebildet wird, zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage im Zeitraum der höchsten Belastung vorgeschlagen. Die Erörterungen zur Realisierung der Vorschläge sind mit dem Ziel zügiger Umsetzung aufgenommen worden.

44. In der gesetzlichen Krankenversicherung sind Strukturreformen unabdingbar, um den Ausgabenzuwachs in Grenzen zu halten und auf eine verantwortliche Leistungsanspruchnahme und wirtschaftliche Leistungserbringung hinzuwirken. Auch der Sachverständigenrat hat mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung in der Krankenversicherung gefordert (Ziffer 431 JG). Er erkennt gleichwohl an, daß im Gesundheitswesen der Grundstein für eine wettbewerbsorientierte Neuordnung gelegt worden ist (Ziffer 379 JG).

Die Koalition hat im Herbst 1996 Eckpunkte zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der Krankenversicherung beschlossen, deren gesetzliche Umsetzung in diesem Jahr abgeschlossen wird. Dabei werden im ambulanten Bereich die Gestaltungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung hinsichtlich des Vertrags- und Leistungsrechts sowie die Versichertenrechte erweitert. Beitragssatzerhöhungen durch die Krankenkassen werden erschwert, die Versorgung der Versicherten durch Zahnersatz wird grundlegend

neu geregelt. Im Krankenhausbereich wird die mit dem Gesundheitsstrukturgesetz und der Bundespflegegesetzverordnung 1995 eingeleitete Reform der stationären Versorgung weg vom Selbstkostendenken hin zu einem leistungsorientierten Vergütungssystem fortgesetzt. Die Selbstverwaltung im Krankenhausbereich wird durch die Aufhebung der Pflegepersonalregelung und die Übertragung der Gestaltung der Krankenhauspreise gestärkt. Weitergehende strukturelle Reformen scheitern an der Zustimmungsbefähigung durch den Bundesrat. So kommt es bei der Finanzierung der Instandhaltungskosten zunächst nur zu einer Übergangslösung. Die Krankenhausbudgets und die Preise der Fallpauschalen und Sonderentgelte sind durch die Entwicklung der Einkommen begrenzt. Mittelfristig kommt es darauf an, leistungsgerechte Vergütungsstrukturen zu stärken.

3. Engpässe bei der Beschaffung von Wagniskapital beseitigen

45. Die Eigenkapitalausstattung kleiner und mittlerer Unternehmen ist vielfach unzureichend; sie ist insbesondere bei Unternehmen mit hoher Technologieorientierung unterdurchschnittlich. Bei schnellem Unternehmenswachstum genügt oftmals die Innenfinanzierung nicht, und die Fremdfinanzierung stößt auf Grenzen. Ein verbesserter Zugang von Existenzgründern und Unternehmen zum Kapitalmarkt ist deshalb von großer Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung. Bestünden bessere Möglichkeiten, Beteiligungskapital aufzunehmen, könnten vorhandene Marktchancen im Interesse von mehr Beschäftigung besser genutzt werden. Besondere Probleme bestehen im Osten Deutschlands, wo ein Teil der Unternehmen die anfängliche Kapitalausstattung aufgezehrt hat und nicht über ausreichende Reserven für den weiteren Wachstumsprozeß verfügt. Im Interesse von mehr Investitionen und Beschäftigung in Ost- ebenso wie in Westdeutschland, stehen alle maßgeblichen Akteure, also auch Banken, Börsen und Kapitalbeteiligungsgesellschaften in der Verantwortung, zur Verbesserung der Wagniskapitalversorgung beizutragen.

46. Aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen wird in Deutschland weniger als in einigen anderen Ländern in Wagniskapital investiert. Z. B. stützt sich in vielen Ländern die Altersvorsorge auf Pensionsfonds, die in Deutschland – auch wegen der großen Bedeutung von im jeweiligen Betrieb verbleibenden Pensionsrückstellungen – von untergeordneter Bedeutung sind. Daneben werden in anderen Staaten z. T. steuerliche Anreize zum Aktienwerb gewährt (z. B. Großbritannien, Schweden, Frankreich). Häufig werden auch die mit einem Börsengang in Deutschland verbundenen Kosten als zu hoch angesehen. Hinzu kommt bei vielen Unternehmen eine deutliche Abneigung, andere Miteigentümer zu akzeptieren. Dies alles hat dazu beigetragen, daß unter den 7 Gipfelländern Deutschland, gemessen an dem Verhältnis von Gesamtbörsenkapitalisierung zum BIP, vor Italien das Schlußlicht bildet (vgl. Tabelle 2).

Es ist deshalb erklärtes Ziel der Bundesregierung, die für einen funktionierenden Kapitalmarkt bzw. Wagniskapitalmarkt notwendigen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Dies dient zugleich auch der Stärkung des Finanzplatzes Deutschland.

Ein Existenzgründer steht mit etablierten Kapitalnachfragern im Wettbewerb. Er hat nur dann Chancen, Eigenkapital einzuwerben, wenn er auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Informations- und Kontrollkosten glaubhaft eine außergewöhnliche Rendite darlegen kann. Existenzgründer, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen, finanzieren daher ihre Projekte vielfach mit eigenen Mitteln und Wagniskapital aus dem Familien- und Bekanntenkreis. Ergänzende Mittel können aus dem mit steuerbegünstigten Darlehen refinanzierten Beteiligungsfonds-Ost sowie aus dem Eigenkapitalhilfeprogramm bereitgestellt werden, das durch ERP-Kredite, Eigenmittel der Deutschen Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau, öffentliche Bürgschaften sowie durch Länderhilfen ergänzt wird. Für technologieorientierte Gründungen stehen auch das Beteiligungsprogramm für kleine Technologieunternehmen (BTU), ferner das ERP-Innovationsprogramm sowie in den neuen Bundesländern das Programm zur „Förderung und Unterstützung Technologieorientierter Unternehmensgründungen“ (FUTOUR) zur Verfügung.

Wenn die Existenzgründer ihre Eigenmittel und die – in der Höhe begrenzten – geförderten Darlehen, Beteiligungen oder Zuschüsse ausgeschöpft haben, kann zur weiteren Schließung einer verbleibenden Finanzierungslücke auf die von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften und sonstigen Kapitalbeteiligungsgesellschaften ohne Förderung angebotene Finanzierung zurückgegriffen werden.

Im internationalen Vergleich ist die Anzahl von Neueinführungen an den deutschen Börsen gering (vgl. Tabelle 2). Einen Beitrag für die Verbesserung des Zugangs zum Wagniskapitalmarkt für Existenzgründer sowie für kleine und mittlere Unternehmen kann die Belebung des Aktienmarktes, insbesondere des Marktes in Nebenwerten, leisten. Hierzu sind vielfältige Verbesserungen erforderlich. Dies reicht von der Belebung des Emissionsmarktes über die Modernisierung der Prospekthaftung bis zur Belebung der Nachfrageseite, z. B. durch Schaffung von neuen Investmentfondstypen. Mittlere Unternehmen hätten dann größere Chancen, an die Börse zu gehen.

47. Vor diesem Hintergrund haben die Bundesresorts einen Bericht über Risikokapital für Existenzgründer und mittelständische Unternehmen erstellt, der in das Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze und das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung eingegangen ist. Die Umsetzung von insgesamt 21 Vorschlägen ist durch das Jahressteuergesetz 1997 und den Gesetzentwurf zur Umsetzung der EG-Wertpapierdienstleistungsrichtlinie bereits weit fortgeschritten und wird in diesem Jahr, insbesondere mit dem 3. Finanzmarktförderungsgesetz, abgeschlossen. Wichtig ist dabei, daß nicht nur punktuelle Maßnahmen verwirklicht werden und daß möglichst alle im Bericht angesprochenen

Tabelle 2

**Anzahl der börsennotierten inländischen Aktiengesellschaften und Börseneinführungen
sowie Kapitalisierung inländischer Aktiengesellschaften (G7-Länder)**

	Anzahl börsennotierter inländischer Aktiengesellschaften (Stand Ende 1995)	Börseneinführungen von inländischen Unternehmen im Jahre 1995	Kapitalisierung inländischer Aktiengesellschaften (Stand Ende 1995)	
			in Mio. DM	in % des BIP
Deutschland	678	20	826 382	23,88
Frankreich	710	23	733 608	33,33
Großbritannien	1 807	184	1 993 785	119,59
Italien	250	14	308 414	19,77
Japan ¹⁾	2 936	59	9 328 511	127,31
Kanada ¹⁾	1 744	110	961 488	119,13
USA	7 188 ²⁾	846 ³⁾	1 002 473	100,57

¹⁾ Doppelzählungen aufgrund von Doppelnotierungen Tokyo/Osaka bzw. Toronto/Montreal nicht ausgeschaltet.

²⁾ (nur New York Stock Exchange (NYSE) und National Association of Security Dealers Automatic Quotation (NASDAQ))

Beteiligten (z. B. Banken, Börsen, Wertpapierdienstleistungsunternehmen) ihren Part erbringen.

48. Kapitalbeteiligungsgesellschaften sind aufgefordert, sich künftig noch mehr als bisher als Unternehmensentwicklungsgesellschaften zu begreifen. Um ihnen die für ihre Entwicklung notwendigen rechtlichen Voraussetzungen zu geben, soll das Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften im Rahmen des Dritten Finanzmarktförderungsgesetzes grundlegend dereguliert werden. Insbesondere wird das Gesetz künftig nicht mehr die Rechtsform der Aktiengesellschaft und das öffentliche Angebot von 70 % der Aktien verlangen. Hierdurch soll die Mehrzahl der Kapitalbeteiligungsgesellschaften in die Lage versetzt werden, sich in Unternehmensbeteiligungsgesellschaften umzuwandeln. Damit gelangen sie in den Genuß der steuerfreien Wiederanlage von Veräußerungsgewinnen, die diesen vorbehalten ist. Die Möglichkeit, Veräußerungsgewinne auf neue Beteiligungen steuerstundend zu übertragen, wird darüber hinaus auf Beteiligungen ausgedehnt, die nur ein Jahr im Besitz der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft waren.

Außerdem kann sich durch die Deregulierung des Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften das Problem des Eigenkapitalersatzrechts derjenigen Kapitalbeteiligungsgesellschaften reduzieren, die Töchter von Kreditinstituten oder Versicherungsunternehmen sind. Generell wird das Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetz durch eine Änderung des § 32a GmbH-Gesetz Beteiligungen bis zu 10 % von den Vorschriften des Eigenkapitalersatzrechtes ausnehmen.

49. Zur Lösung des Exit-Problems der Beteiligungsgesellschaften, also der Aussicht auf einen günstigen Verkauf der Beteiligung an der Börse und darüber hinaus zur Kapitalbeschaffung kleinerer Unternehmen an organisierten Märkten, müssen der Börsenzugang erleichtert und Hemmnisse für die Entstehung eines liquideren Marktes in Nebenwerten be-

seitigt werden. Die Deutsche Börse AG hat mit ihrer Initiative für ein Börseninformationszentrum in Leipzig einen ersten Schritt zum organisierten Handel mit nichtnotierten Beteiligungen getan. Sie bleibt aufgefordert, auf diesem Wege weiter zu gehen. Darüber hinaus wird sie im Frühjahr speziell für kleinere und mittlere wachstumssträchtige und informationsfreudige Unternehmen einen „Neuen Markt“ einrichten. Die Unternehmen werden durch besondere Betreuer unterstützt, die ihnen bei dem Börsengang zur Seite stehen und die Liquidität in diesen Werten verbessern. Die Bundesregierung begrüßt dies ebenso wie die Aktivitäten deutscher Regionalbörsen und andere Initiativen, Börsenmärkte für kleine und mittlere sowie wachstumsstarke Unternehmen zu schaffen.

50. Der Gang an die Börse war bis zum Jahresende 1996 mit erheblichen steuerlichen Belastungen verbunden. Hintergrund waren unterschiedliche Bewertungen und damit zusammenhängende Schwierigkeiten zur Lösung der Fragen der Unternehmensbesteuerung, je nachdem, ob es sich um eine Personen-, Kapital- oder börsennotierte Gesellschaft handelte. Mit dem Wegfall der Vermögensteuer entfällt ein wesentlicher Grund dieser Benachteiligung. Auch die Abschaffung der Gewerbesteuer wird zum Abbau der Benachteiligung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital beitragen. Bei der Erbschaftsteuer wurde im Jahressteuergesetz 1997 die Besteuerung von Betriebsvermögen neu gestaltet, so daß die bisherigen Benachteiligungen entscheidend abgemildert werden und der Generationswechsel erleichtert wird. Die Entscheidung, ob das Wachstum oder der Fortbestand des Unternehmens über Beteiligungs- oder Fremdkapital finanziert wird, sollte möglichst unbeeinflusst von steuerlichen Erwägungen getroffen werden können. Ferner wurde durch das Jahressteuergesetz 1997 die sogenannte Ansparabschreibung für Existenzgründer verbessert.

51. Die Bundesregierung hat im Herbst des vergangenen Jahres das Gesetz zur Umsetzung von EG-

Richtlinien zur Harmonisierung von bank- und wertpapieraufsichtsrechtlichen Vorschriften beschlossen, das noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll. Hierdurch werden insbesondere die Marktzutrittsbarrieren für Emissionshäuser herabgesetzt. So wird das Mindestanfangskapital von 5 Mio. ECU auf 730 000 ECU verringert. Damit wird sich der Wettbewerb um die Emission von Aktien kleinerer Unternehmen verstärken.

52. Die Bundesregierung wird im Frühjahr den Entwurf des Dritten Finanzmarktförderungsgesetzes beschließen, um die Position des Finanzplatzes Deutschland im internationalen Wettbewerb zu sichern und weiter auszubauen. Insbesondere sollen auch Hemmnisse für den Börsengang und den Börsenhandel von kleineren Unternehmen abgebaut werden. Ziel ist, die Frist für die Verjährung von Ansprüchen aus Prospekt- und Beratungshaftung von heute bis zu 30 Jahren auf künftig 3 Jahre abzukürzen. Dies wirkt dem Verhalten von Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten entgegen, festverzinsliche Anlagen statt Aktien zu empfehlen.

Durch das vorgesehene Gesetz sollen auch sog. geschlossene Fonds in der Form der Aktiengesellschaft (Investmentgesellschaften) zugelassen werden. Die bisherigen Aktienfonds müssen stets Liquidität vorhalten, um ihrer Verpflichtung nachkommen zu können, die Anteile der Anleger auf Verlangen jederzeit zurückzunehmen. Sie investieren daher eher in Standardwerten. Dies wird bei den Investmentgesellschaften nicht nötig sein, da die Anteilsinhaber ihre Anteile nicht zurückgeben, aber über die Börse veräußern können. Dadurch wird die Anlage in vielfach hochrentablen, aber bisher weniger liquiden Werten erleichtert. Ferner sollen Laufzeitfonds in Aktien ermöglicht werden, die in anderen Ländern auf Interesse gestoßen sind.

Zur Stärkung des deutschen Finanzplatzes und damit zu stärkerer Nachfrage nach deutschen Aktien wird auch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich beitragen, das die Bundesregierung im Frühjahr dem Parlament vorlegen wird (vgl. Ziffer 60).

53. Die Wagniskapitalmärkte sind besonders entwickelt in Ländern, deren Altersvorsorge weitgehend auf dem Kapitaldeckungsverfahren aufgebaut ist. Die Bundesregierung strebt Rahmenbedingungen an, die einen verstärkten Einsatz von Kapital für die ergänzende Altersvorsorge erleichtern. Sie wird daher die Schaffung von entsprechenden Sondervermögen unterstützen. Sie würde es ferner begrüßen, wenn die Lebensversicherungsunternehmen aktien-gestützte Arbeitnehmerbeteiligungs-Policen anbieten würden. Ein weiteres Beispiel wäre, daß einzelne Unternehmen ihre Pensionsrückstellungen in Fonds ausgliedern.

54. Die Bundesregierung wird darüber hinaus ihre Initiative zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland fortsetzen. Gemeinsam mit Kreditwirtschaft, Finanzdienstleistungsunternehmen und Börsen sollen die Perspektiven für den Finanzplatz in der WWU aufgezeigt und weiter verbessert werden.

4. Dem Wettbewerbsprinzip mehr Geltung verschaffen

55. Die Entwicklung Europas zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum und die zunehmende Globalisierung der Märkte erfordern von der Wirtschaft neue Unternehmensstrategien. Viele deutsche Unternehmen betätigen sich bereits gemeinschafts- oder weltweit. Die Wettbewerbspolitik muß mit dieser Entwicklung Schritt halten. Mit der Reform des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen will die Bundesregierung das Wettbewerbsprinzip im Hinblick auf neue Anforderungen stärken. Gleichzeitig soll das deutsche Recht – wo geboten – mit dem europäischen Recht harmonisiert werden. Die Novelle bietet Gelegenheit, das Gesetz neu zu ordnen und zu straffen.

Es ist beabsichtigt, stringenter Regeln des EG-Rechts zu übernehmen, um das Wettbewerbsprinzip zu stärken. Durch Einführung eines echten Kartellverbots soll bereits der Abschluß von Kartellverträgen und nicht erst die Praktizierung solcher Verträge verboten werden. Gleichzeitig wird durch die Einführung eines ergänzenden Freistellungstatbestands für Kartelle den Unternehmen und den Kartellbehörden mehr Flexibilität eingeräumt, um angemessen und rasch auf sich schnell ändernde Marktbedingungen zu reagieren zu können. Die mißbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung soll wie im EG-Recht verboten werden. Das deutsche Kartellrecht muß einer sich wandelnden Wirtschaft Rechnung tragen.

Entsprechend den europäischen Regeln soll künftig auch das Bundeskartellamt Unternehmenszusammenschlüsse vor ihrem Vollzug unter Wettbewerbsgesichtspunkten prüfen. Die Ausnahmebereiche im deutschen Recht, für die es im europäischen Recht keine Entsprechung gibt, werden eingeschränkt. Das deutsche Recht soll auch in Zukunft dort beibehalten werden, wo es konkretere Regelungen enthält und die Entwicklung des europäischen Rechts noch nicht abgeschlossen ist, soweit es dem europäischen überlegen ist (z. B. bei vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen, vgl. Ziffer 56). Hier könnte deutsches Recht Vorbild für das europäische Recht werden.

Die Bundesregierung strebt an, die Reform des Kartellgesetzes in dieser Legislaturperiode abzuschließen. Sie wird den Regierungsentwurf daher möglichst noch im Herbst 1997 vorlegen.

56. Auf europäischer Ebene wird sich die Bundesregierung weiterhin aktiv für die Weiterentwicklung der europäischen Wettbewerbsordnung einsetzen. Sie hat in der Regierungskonferenz den Vorschlag eingebracht, die rechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung eines Europäischen Kartellamtes zu schaffen. Bisher war hierzu weder durch die Kommission noch die Mitgliedstaaten Zustimmung zu erreichen. Die Bundesregierung wird die Idee eines Europäischen Kartellamtes weiter verfolgen.

Das Wettbewerbsprinzip kann in Europa auf Dauer nur gesichert werden, wenn sich Mitgliedstaaten und Kommission zu einem gemeinsamen Vorgehen auf der Basis der Grundsätze von Dezentralität, Sub-

sidiarität und Bürgernähe zusammenfinden. Fälle von erheblichem Gemeinschaftsinteresse sollten auf Gemeinschaftsebene entschieden werden. In allen anderen Fällen sollte diejenige nationale Kartellbehörde handeln, auf deren Gebiet der Schwerpunkt des Kartellverstoßes liegt. Ein von der Kommission vorgelegter Bekanntmachungsentwurf über die verstärkte Einbeziehung der Behörden der Mitgliedstaaten in den Vollzug des EG-Wettbewerbsrechts ist ein erster Schritt in diese Richtung. Er sollte dazu dienen, die notwendigen praktischen Erfahrungen bei der dezentralen Anwendung zu sammeln. Langfristig erscheint im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip eine Revision der Zuständigkeitsverteilung zugunsten der Mitgliedstaaten erforderlich.

Die Bundesregierung hält eine Überprüfung der bisherigen Anwendung des EG-Rechts im Hinblick auf Vereinbarungen zwischen Unternehmen unterschiedlicher Marktstufen (vertikale Wettbewerbsbeschränkungen) für notwendig. Die Kommission wird hierzu in Kürze ein Grünbuch mit möglichen Lösungsansätzen vorlegen. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die in Deutschland bestehende Mißbrauchsregelung für vertikale Absprachen gegenüber dem im EG-Recht bestehenden Verbotsprinzip die wettbewerbspolitisch überlegene Lösung ist, da solche Absprachen nur ausnahmsweise geeignet sind, den Wettbewerb zu beeinflussen.

57. Um abgeschlossene öffentliche Beschaffungsmärkte zu öffnen, wurden im nationalen, EU- und WTO-Rahmen wettbewerbliche und transparente Vergaberegeln geschaffen. Bislang war eine Überprüfung der Vergabeverfahren nur durch zwei verwaltungsinterne Instanzen möglich. Durch eine Änderung der Rechtsgrundlage soll erstmals die Möglichkeit eröffnet werden, Vergabeverfahren auch durch Gerichte auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen. Als Standort der neuen Regelung käme das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in Betracht. Von einer Verbesserung des Rechtsschutzes für Bieter verspricht sich die Bundesregierung eine Erhöhung der Wettbewerbsintensität in den Vergabeverfahren.

58. Im Oktober 1996 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Reform des Energiewirtschaftsrechts beschlossen. Nach Post und Bahn werden damit die beiden letzten großen Monopolbereiche für den Wettbewerb geöffnet. Die Liberalisierung und Deregulierung der Strom- und Gasmärkte soll zu niedrigeren Strom- und Gaspreisen beitragen und so die Standortbedingungen in Deutschland verbessern. Ziel ist es, das Gesetzgebungsverfahren möglichst rasch im Laufe des Jahres 1997 zum Abschluß zu bringen.

Die Reform ist eingebettet in die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union. Die EG-Binnenmarkt-Richtlinie Strom tritt Anfang 1997 in Kraft und muß bis Anfang 1999 in allen Mitgliedstaaten umgesetzt sein. Auch bei Gas wird noch im 1. Halbjahr 1997 mit einer Einigung über eine gemeinsame Binnenmarkt-Richtlinie gerechnet. Mit der Reform des Energiewirtschaftsrechts wird zugleich die Binnenmarkt-Richtlinie Strom in Deutschland umgesetzt.

Die hierfür im Detail notwendigen Ergänzungen werden im Gesetzgebungsverfahren eingebracht.

Die Beseitigung der geschlossenen Versorgungsgebiete bei Strom und Gas ist unverzichtbares Kernelement der Reform. Dazu werden die kartellrechtlichen Sondervorschriften für die Strom- und Gaswirtschaft im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgehoben. Durch Bezugsalternativen wird die Stellung von Strom- und Gasverbrauchern gegenüber den Versorgungsunternehmen gestärkt. Der Bau zusätzlicher Leitungen zu Wettbewerbszwecken – soweit ökologisch vertretbar – wird nicht mehr an Demarkationsverträgen und ausschließlichen Wegerechten in Konzessionsverträgen scheitern. Durch die Beseitigung des Gebietsschutzes bei Strom und Gas wird die Durchleitung ein schlagkräftiges Wettbewerbsinstrument.

Das alte Energiewirtschaftsgesetz wird durch ein neues, modernes Gesetz ersetzt. Die Umweltverträglichkeit wird mit gleichem Rang neben Sicherheit und Preisgünstigkeit der Versorgung in den Zielkatalog des Gesetzes aufgenommen. Die Staatsaufsicht über die Strom- und Gasversorgungsunternehmen wird auf das Maß zurückgeführt, das im öffentlichen Interesse notwendig bleibt. Insbesondere werden die Investitionsaufsicht über Kraftwerke und Leitungen abgeschafft und der Marktzugang für neue Anbieter erleichtert. Im Ergebnis bedeutet dies deutlich weniger Regulierung und Bürokratie. Das Konzessionsabgabenaufkommen der Kommunen wird durch die Reform nicht beeinträchtigt.

59. Zur Liberalisierung der Postmärkte ab 1998 wird die Bundesregierung im Frühjahr 1997 ein neues Postgesetz verabschieden. Es sieht ein Lizenzverfahren für den Marktzugang sowie die Verankerung einer wettbewerbsorientierten Regulierung der Postmärkte vor. Dies wird eine Aufgabe der neuen Regulierungsbehörde sein, die ihre Arbeit am 1. Januar 1998 aufnehmen wird. Mit der Liberalisierung wird der Zugang von Wirtschaft und Verbrauchern zu modernen, preiswerten und kundengerechten Postdienstleistungen gewährleistet.

60. Die Kumulation von Einflußmöglichkeiten der Kreditinstitute aus Beteiligungsbesitz, Vollmachtstimmrecht, Aufsichtsratsmandaten, Kreditvergabe und Konsortialgeschäft ist unter wettbewerbs- und ordnungspolitischen Gesichtspunkten nicht unproblematisch. Zur Verbesserung der Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich hat eine Koalitionsarbeitsgruppe eine Vielzahl von Vorschlägen erörtert. Die Bundesregierung wird auf der Grundlage der dort erzielten Ergebnisse im Frühjahr 1997 einen Gesetzentwurf zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich verabschieden.

Dieses Gesetz wird die Kontrollmöglichkeiten in Unternehmen verbessern, um Fehlentwicklungen so früh wie möglich zu begegnen. Prüfungs- und Berichtspflichten der Wirtschaftsprüfer werden verschärft, die Kontrollmöglichkeiten des Aufsichtsrates durch bessere Unterrichtung seitens des Vorstandes und durch engere Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsprüfern erweitert. Gleichzeitig geht es um die Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland. Die

Höchst- und Mehrstimmrechte werden überprüft. Die Erweiterungen der Möglichkeiten zum Erwerb eigener Aktien erhöhen die Attraktivität der Anlage in Aktien. Die Ausweitung der Minderheitsrechte bei Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen kräftigt die Aktionärsinteressen.

Der Gesetzentwurf erweitert die Verpflichtung der Kreditinstitute zur Angabe von Beteiligungsbesitz und Aufsichtsmandaten im Anhang zum Jahresabschluß unabhängig von ihrer Rechtsform auf die großen Kapitalgesellschaften. Bei Ausübung des Vollmachtstimmrechts sollen die Informationspflichten des Kreditinstituts bei Interessenkonflikten erhöht werden, so z. B. durch Hinweis auf Mitarbeitermandate in fremden Unternehmen. Auch soll ein Mitglied der Geschäftsleitung jedes Kreditinstitutes als verantwortlich für die interessengerechte Stimmrechtsausübung benannt werden. Kreditinstitute, die mit mehr als 5 % an einem Unternehmen beteiligt sind, sollen in der Ausübung von Vollmachtstimmrechten beschränkt werden, sofern diese nicht auf die Wahrnehmung ihrer eigenen Stimmrechte verzichten.

Die Bundesregierung wird die in den vergangenen Jahren insgesamt rückläufige Entwicklung des Beteiligungsbesitzes weiter beobachten. Gegen eine gesetzliche Beschränkung des Beteiligungsbesitzes von Kreditinstituten bestehen allerdings erhebliche verfassungs- und europarechtliche Bedenken. Bankenbeteiligungen sind darüber hinaus zum Teil durchaus erwünscht. Besonders wichtig ist die Bereitstellung von Wagniskapital, aber auch in Einzelfällen die Bereitstellung von Eigenkapital für Sanierungsfälle durch Kreditinstitute.

5. Den Staat verschlanken, mit der Privatisierung Ernst machen

61. Der von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenrat „Schlanker Staat“ hat zahlreiche Vorschläge zur Rückführung von Staatstätigkeit, zum Abbau überflüssiger Bürokratie und zur Modernisierung der Verwaltung vorgelegt, die jetzt umzusetzen sind. Dabei geht es insbesondere um die Reduzierung von Staatsaufgaben auf der Grundlage einer umfassenden Aufgabenkritik, die möglichst bürger-nahe Aufgabenwahrnehmung durch konsequente Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, die Reduzierung der amtlichen Statistik, die Reduzierung von Verwaltungsvorschriften und Standards, den Wandel der Verwaltung zum Dienstleistungsunternehmen für den Bürger, die Straffung und Reorganisation der Bundesverwaltung sowie die Flexibilisierung des Haushaltsrechts.

Das Bundesministerium des Innern wird über die Ergebnisse der Umsetzung zum Jahresende 1997 berichten.

62. Zur präventiven Verhinderung neuer bürokratischer Hemmnisse und Absenkung der Bürokratiekosten von Verwaltung und Wirtschaft ist durch Änderung der Geschäftsordnung der Bundesministerien seit 1. Juni 1996 eine Überprüfung der Gesetzesfolgekosten neuer Vorhaben vorzunehmen. Dementsprechend sind zukünftig bei jedem Gesetzentwurf

die Sach- und Personalkosten aller öffentlichen Haushalts anzugeben sowie die Kosten für die Wirtschaft. In einem gemeinsamen Bund-Länder-Gemeinde-Projekt wird ein Leitfaden zur Ermittlung dieser Kosten entwickelt. Die Notwendigkeitsprüfung von Gesetzesvorhaben soll künftig intensiviert werden.

Das Bundesministerium für Wirtschaft ist mit der Durchführung eines „Bürokratiekosten-TÜV“ beauftragt. Damit soll bei der Ausgestaltung von Regelungsvorhaben die notwendige Sensibilität für Belastungen der Wirtschaft gewahrt werden, die überproportional kleine und mittlere Unternehmen treffen. Aber auch bestehende Normen müssen mit dem Ziel der Entschlackung auf den Prüfstand. Als ersten Schritt beabsichtigt die Bundesregierung, bürokratische Kostenbelastungen der Wirtschaft, die im Verantwortungsbereich des Bundes liegen, substantiell zu reduzieren. Die Bundesregierung wird einen Bericht über die erzielten Fortschritte vorlegen. Länder und Gemeinden sollten sich dieser Initiative anschließen.

63. Im Bereich der Genehmigungsverfahren wurden die Rahmenbedingungen für Investoren – aufbauend auf Empfehlungen der sog. Schlichter-Kommission und einer Koalitions-/Ressortarbeitsgruppe – durch umfassende Gesetzesänderungen nachhaltig verbessert. Bei konsequentem Gebrauch des neuen Instrumentariums durch die Genehmigungsbehörden des Bundes und der Länder eröffnen sich im Einzelfall Beschleunigungsspielräume bis zur Halbierung der aktuellen Verfahrensdauer. Bei dem am 19. September 1996 in Kraft getretenen Genehmigungsverfahrenbeschleunigungsgesetz kommt es insoweit insbesondere darauf an, daß die dort vorgesehenen Änderungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes in die entsprechenden Regelungen der Länder übernommen werden.

Schwerpunkte der Maßnahmen sind die Einführung eines neuartigen Modells von Sonderbeschleunigungsmöglichkeiten nach Wahl des Investors und die Reduzierung der Genehmigungspflicht im Immissionsschutzrecht sowie die Flankierung durch beschleunigende Maßnahmen im Rahmen der Verwaltungsgerichtsordnung und des Wasserhaushaltsgesetzes. Durch die vorgesehenen Änderungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes werden u. a. eine Reihe von bürgerfreundlichen Auskunft- und Beratungspflichten ausdrücklich normiert und das Planfeststellungsverfahren durch die Einführung von Fristen und Ausschlußregelungen erheblich gestrafft. Änderungsgenehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (heute bis zu 85 % aller Genehmigungsverfahren nach BImSchG) werden beispielsweise in Zukunft in zahlreichen Fällen durch ein schlankes und schnelles Anzeigeverfahren ersetzt. Bereits die Feststellung der Genehmigungsfähigkeit einer Anlage nach BImSchG durch die Behörde ermöglicht in Zukunft den Baubeginn einschließlich des Probetriebs vor der eigentlichen Genehmigung. Insbesondere mittelständischen Unternehmen zugute kommen die gesetzlichen Verfahrensstraffungen und stark erweiterten Pflichten der Behörde zur Beratung über die effizienteste Verfahrensgestaltung

im Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes und künftig auch der Länder. Die Behörden müssen zum Dienstleistungspartner des Investors werden und sich kooperativ auf seine Verfahrens- und Zeitbedürfnisse einstellen.

Die Genehmigungsfreiheit von Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsanlagen wurde klargestellt. Von der Freistellung ist erstmals auch die Produkterstellung erfaßt, soweit sie zum Zwecke der weiteren Produkterprobung und der Forschung erfolgt.

Die Verfahrensbeschleunigung beschneidet weder Umweltschutzstandards noch Bürgerbeteiligung. Die Bundesregierung appelliert an Wirtschaft und Behörden, die neu geschaffenen Beschleunigungsmöglichkeiten intensiv zu nutzen und damit Investitionsverzögerungen zu vermeiden.

64. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des öffentlichen Dienstrechts ist am 27. Juni 1996 vom Deutschen Bundestag beschlossen worden. Mit der Verstärkung des Leistungsgedankens, der Verbesserung von Mobilität und der Intensivierung von Führungskraft sollen modernste Maßstäbe gesetzt werden, um der öffentlichen Verwaltung auch in Zukunft die notwendige Leistungskraft zu erhalten. Da der Bundesrat seine Zustimmung zum Gesetzesbeschluß des Deutschen Bundestages verweigert hat, hat die Bundesregierung den Vermittlungsausschuß angerufen. Die Bundesregierung strebt an, das Gesetzgebungsverfahren schnellstmöglich zum Abschluß zu bringen, damit die durch das Reformgesetz vorgesehene zeitgemäße Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts, die im Interesse aller Dienstherren liegt, Wirkung entfalten kann.

65. Die Bundesregierung wird ihre konsequente Privatisierungspolitik fortsetzen (vgl. Übersicht 2).

1997 stehen im Vordergrund die Privatisierung der Postbank AG, die weitere Privatisierung der Lufthansa AG, zweier großer Wohnungsbaugesellschaften und der Tank und Rast AG.

66. Ein Schwerpunkt der Weiterentwicklung der Privatisierungspolitik wird nach den Beispielen Deutsche Bahn AG, Post-Nachfolgegesellschaften oder Bundesdruckerei GmbH in der Überführung von öffentlichen Aufgaben in privatrechtliche Organisationen liegen.

Mit dem Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz sind die Rechtsgrundlagen zur Verwirklichung sog. Betreibermodelle im Bundesfernstraßenbau geschaffen worden. Sie ermöglichen es, konventionell mit Haushaltsmitteln auf lange Zeit nicht finanzierbare Neubaumaßnahmen im Interesse von Bürgern und Wirtschaft schnell zu verwirklichen. Dabei kann Privaten der Bau, die Erhaltung, der Betrieb und die Finanzierung von Brücken und Tunnel in Verbindung mit dem Recht zur Erhebung von Mautgebühren übertragen werden. Neben dem bereits ausgehandelten Projekt der Warnow-Querung Rostock, dessen Bau spätestens im nächsten Jahr beginnen soll, werden zur Zeit Machbarkeitsstudien für die Zweite Rügananbindung (B 96 n), den Hochmoselübergang

Übersicht 2

Privatisierungsvorhaben des Bundes

Ein vollständiger Abbau bzw. eine Verringerung bestehender Beteiligungen des Bundes ist u. a. bei folgenden Unternehmen beabsichtigt:

Autobahn Tank & Rast AG
Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH
Deutsche Baurevision AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Deutsche Lufthansa AG (Fortsetzung)
Deutsche Post AG
Deutsche Postbank AG
Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank
Deutsche Telekom AG (Fortsetzung)
DG Bank – Deutsche Genossenschaftsbank
Duisburg-Ruhrorter Häfen AG
Frankfurter Siedlungsgesellschaft mbH
Flughafen Hamburg GmbH
Flughafen Köln/Bonn GmbH
Gästehaus Petersberg GmbH
GBB-Genossenschafts-Holding Berlin
Gemeinnützige Deutsche Wohnungsbau-gesellschaft mbH
Lübecker Hafen – Gesellschaft mbH
Mon Repos Erholungsheim Davos AG
Münchener Tunnel-Gesellschaft mbH
Osthannoversche Eisenbahnen AG

(B 50 n) und die Elbequerung nordwestlich Hamburgs (A 20) durchgeführt.

Nach der im Sommer 1996 beschlossenen Änderung des Hochschulbauförderungsgesetzes soll auch das Hochschulleasing in die Förderung des Bundes einbezogen werden. Die Planung und Baulanderschließung im Rahmen des von der Bundesregierung für die Übernahme in das Baugesetzbuch vorgeschlagenen „Vorhaben- und Erschließungsplans“ und die Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden im Rahmen des Contracting bieten neue Möglichkeiten für die Übernahme bisher von der öffentlichen Hand erbrachter Leistungen durch Private. Weitere Ansätze der privaten Aufgabenerfüllung im Bereich der öffentlichen Infrastruktur befinden sich in der Prüfung.

67. Während der Bund eine erfolgreiche Privatisierungsbilanz vorweisen kann, befinden sich Länder und Gemeinden hier in erheblichem Rückstand. Dabei gilt für alle Gebietskörperschaften: Der Staat muß zurücktreten, wenn private Firmen eine effizientere und weniger bürokratische Leistungserstellung ermöglichen als öffentliche Unternehmen. Die Bundesregierung fordert die Länder und Gemeinden auf, ihren umfangreichen Beteiligungsbesitz ebenfalls zu privatisieren. Vor allem Aufgaben in den Bereichen Umweltinfrastruktur, Vermessungs- und Sachver-

ständigenwesen, Bauplanung und öffentliche Bauverwaltung, technische Überwachung sowie im Verkehrsbereich sollten soweit wie möglich an private Unternehmen und freie Berufe übertragen werden. Auch die Länder müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen und ihre Genehmigungspraxis im Rahmen der Kommunalaufsicht privatisierungsfreundlicher gestalten.

Der Anstieg öffentlicher Gebühren in den letzten Jahren hat ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht. Um diese Entwicklung wieder in den Griff zu bekommen, sind erhebliche Anstrengungen nötig. Privatisierung in Verbindung mit Wettbewerb schafft am ehesten den notwendigen Druck, effizientere und kostengünstigere Lösungen zu realisieren. Die Bundesregierung fordert die Länder auf, konkrete Wirtschaftlichkeitsvergleiche im Hinblick auf öffentliche und private Aufgabenerledigung für Länder und Kommunen durchzuführen.

68. Die Privatisierung derjenigen ostdeutschen Unternehmen, die die Treuhandanstalt (THA) nicht mehr privatisieren konnte, soll 1997 abgeschlossen werden. Die Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin (BMGB) und die Management KG'en, die mit der Sanierung und Privatisierung der Unternehmen beauftragt waren, haben inzwischen von den ursprünglich 49 THA-Unternehmen einen Großteil veräußert. Darunter fällt auch die Gesamtprivatisierung einer Management KG. Die Verhandlungen über die verbliebenen 17 Unternehmen sind so weit fortgeschritten, daß sie voraussichtlich in der 1. Hälfte 1997 zum Abschluß gebracht werden können. Die übrigen Management KG'en haben ihre Tätigkeit zum 31. Dezember 1996 beendet. Die BMGB wird Ende 1997 ihre Arbeit abschließen.

6. Mittelstand stärken, Dienstleistungspotentiale ausschöpfen

69. Der Mittelstand ist Herzstück der Sozialen Marktwirtschaft und Beschäftigungsmotor in der deutschen Wirtschaft. Rund zwei Drittel aller Arbeitsplätze und vier Fünftel aller Ausbildungsplätze stellen mittelständische Unternehmen bereit. Zwischen 1990 und 1995 entstanden rund eine Million neue Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Betrieben. Eine neue Kultur der Selbständigkeit ist notwendig, damit diese Entwicklung verstärkt wird, junge Menschen mit guten Ideen den Sprung in die berufliche Selbständigkeit wagen und die anstehende große Übergabewelle von mittelständischen Unternehmen in Deutschland erfolgreich bewältigt werden kann. Kleine und mittlere Unternehmen müssen sich der Globalisierung stellen und in der neuen Konkurrenz zurechtfinden. Gute Standortbedingungen sind deshalb für den Mittelstand besonders wichtig.

70. Nach drei Jahrzehnten rückläufiger Entwicklung stieg die Selbständigenquote seit Beginn der 80er Jahre in Westdeutschland von 6,9 % wieder auf 8,7 % (1995) an. In den neuen Ländern hat die Einführung der Marktwirtschaft zu einer Vielzahl und Vielfalt neuer Gründungen geführt. Die Selbständigenquote liegt bei 7,1 % und nähert sich an das westdeutsche Niveau an. Der Anteil der Frauen an der

Zahl der Selbständigen liegt mit rd. 30 % über dem des Westens (rd. 25 %). In ganz Deutschland gab es 1995 rd. 3 Mio. Selbständige.

71. Die besondere Rolle des Mittelstandes bei der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, innovativen Produkten, Produktionsverfahren und Dienstleistungen gilt es zu stärken. Dabei steht die Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Vordergrund. Spezifische Maßnahmen können ergänzend hinzutreten. Sie müssen wettbewerbsstimulierend und nach Möglichkeit sektorübergreifend ausgestaltet werden. Hierbei hat sich das bestehende Fördersystem im Grundsatz bewährt. Dies wird auch von wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten bestätigt. Allerdings muß die Transparenz und Konsistenz der Förderung – auch im Verhältnis zu den Länderprogrammen – weiter verbessert werden. Hierzu wird eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe im Frühjahr dieses Jahres konkrete Vorschläge unterbreiten.

72. Über die generelle Verbesserung der Produktions- und Investitionsbedingungen hinaus sind folgende Maßnahmen von besonderer Bedeutung:

Die Bereitstellung von mehr Risikokapital wird flankiert von einem Angebot an Fremdfinanzierungsinstrumenten und Bürgschaften. Die Förderprogramme des Bundes und der Länder bieten für bestehende kleine und mittlere Unternehmen Fremdfinanzierungen zu günstigen Bedingungen. Die Bundesregierung wird die traditionellen ERP-Programme fortführen. Darüber hinaus prüft sie, wie sogenannte weiche Investitionen wie z. B. FuE- und Markterschließungsaufwendungen angemessen gefördert werden können. Zur Förderung der Bereitschaft zur Selbständigkeit wurde das Eigenkapitalhilfe-Programm ab 1. Januar 1997 durch Überführung in das ERP-Sondervermögen auf eine verlässliche Grundlage gestellt. Gleichzeitig erfolgte – insbesondere für Übernahmen – eine deutliche Verbesserung der Förderkonditionen, um den Generationswechsel im Mittelstand zu erleichtern.

Grundlagen der Innovationsfähigkeit sind Bildung und Qualifikation. Forschung durch und für den Mittelstand etwa im Bereich der kooperierenden Anwendungs- oder Gemeinschaftsforschung muß noch stärker auf die Sicherung der Marktpositionen kleiner und mittlerer Unternehmen konzentriert werden.

Die mit der Handwerksnovelle 1993 geschaffenen Flexibilisierungen werden durch eine Neugestaltung der Anlage A der Handwerksordnung fortgesetzt.

73. Die europäische Mittelstandspolitik ist Querschnittsaufgabe über verschiedene Politikbereiche. Das dritte Mehrjahresprogramm für kleine und mittlere Unternehmen (1997 bis 2000) zielt ab auf:

- mittelstandsfreundliche EG-Rechtssetzung und -Verwaltungsvereinfachung,
- Verbesserung des finanziellen Umfelds für Unternehmen,
- Erleichterungen grenzüberschreitender Unternehmenskooperationen und Unterstützung der Euro-

päisierung von kleinen und mittleren Unternehmen,

- bessere Beteiligung an gemeinschaftlichen Vorhaben, z. B. im Bereich Forschung und Technologie sowie Ausbildung.

Die Bundesregierung wird darauf achten, daß neue Vorhaben der EU unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und nach Prüfung ihrer Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen erfolgen. Insbesondere gilt es, die komplexen rechtlichen und administrativen Vorschriften zu reduzieren, die vor einer Inanspruchnahme von Vergünstigungen stehen.

74. Besondere Beschäftigungs- und Wachstumspotentiale ergeben sich für kleine und mittlere Unternehmen im Dienstleistungsbereich. Dienstleistungen haben sich international als treibende Kraft für mehr Wachstum und Beschäftigung erwiesen. Die Ausprägungen sind jedoch von Land zu Land unterschiedlich und hängen u. a. auch mit der Höhe der jeweiligen Abgabenquote und dem Grad der Lohndifferenzierung zusammen: In Ländern mit einer niedrigen Abgabenquote und einem hohen Grad an Lohndifferenzierung ist der Beschäftigtenanteil in diesem Bereich relativ hoch, zugleich ist der Anteil der öffentlich erbrachten Dienstleistungen relativ niedrig. Deutschland weist zur Zeit eine noch zu hohe Abgabenquote und einen zu niedrigen Grad der Lohndifferenzierung auf, um diese Potentiale voll nutzen zu können.

In Deutschland entwickeln sich die unternehmensbezogenen Dienstleistungen vergleichsweise dynamisch. Zwischen diesem Wirtschaftsbereich und dem industriellen Sektor besteht eine wechselseitige Abhängigkeit und Komplementarität. Zum einen profitieren die Dienstleistungen von der breiten industriellen Basis in Deutschland. Zum anderen sind unternehmensbezogene Dienstleistungen, wie z. B. Unternehmensberatungen, ein immer wichtiger werdender Faktor für die internationale Wettbewerbsfähigkeit auch industrieller Leistungsangebote. Die Globalisierung des Wettbewerbs und der damit verbundene Zwang zur internationalen Marktorientierung, der Trend zur Informationsgesellschaft und die Verkürzung von Innovationszyklen werden den Wertschöpfungsanteil von Dienstleistungen in Zukunft noch weiter erhöhen.

Auch bei den haushaltsbezogenen Dienstleistungen lassen sich in Deutschland Entwicklungspotentiale erkennen. Langfristig gestiegene Realeinkommen und die Verringerung der Arbeitszeit waren bereits in der Vergangenheit wesentliche Kräfte für eine expansive Entwicklung des Kultur- und Freizeitbereichs. Zunehmende Mobilität sowie neue Anforderungen an das Gesundheits- und Bildungssystem sind weitere Faktoren, die künftig dem Wachstum haushaltsbezogener Dienstleistungen neue Impulse verleihen werden.

75. Um diese Wachstumspotentiale auszuschöpfen, sind aufeinander abgestimmte Verbesserungen der allgemeinen Rahmenbedingungen erforderlich: Insbesondere die Senkung der Steuer-, Sozialabgaben- und Staatsquote, eine stärkere Marköffnung und

mehr Wettbewerb auf vielen inländischen Märkten, die Schaffung größerer Spielräume für Lohn- und Einkommensdifferenzierung, eine größere Flexibilität auf den Arbeitsmärkten sowie die Fortentwicklung der Kapitalmärkte hin zu größerer Risikofähigkeit.

Bestandteile einer Initiative der Bundesregierung für mehr Dienstleistungen sind ferner

- eine Anpassung der Außenhandelsinstrumente für Dienstleister und freie Berufe.
- die Förderung neuer Märkte für Dienstleister durch Kooperationsstrategien mit MOE-Staaten: Vor allem ostdeutschen technischen Dienstleistern bieten die Märkte der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas Chancen. Die grenzüberschreitende Kooperation stellt eine attraktive Option dar, das in diesen Staaten vorhandene technische Wissen, das auch im Weltmaßstab auf vielen Gebieten (u. a. Biotechnologie, Lasertechnik, neue Materialien) noch Spitzentechnik ist, für gemeinsame Marktstrategien zu nutzen.
- die Schaffung moderner Ausbildungsberufe für Dienstleistungsunternehmen:

Mit dem Strukturwandel hin zum Dienstleistungssektor verändert sich auch die Nachfrage- und Qualifikationsstruktur am Arbeitsmarkt. Neue Berufe entstehen, für die Ausbildungsangebote entwickelt werden müssen. Aber auch bei klassischen Berufen in Industrie, Handwerk und Handel gewinnt die Dienstleistungskomponente an Bedeutung (insbesondere Wartung, Instandhaltung, Information, Kundenberatung). Die hierzu notwendige Modernisierung der Ausbildungsordnungen und die Erarbeitung zukunftsbezogener neuer Berufsbilder wird zügig fortgesetzt (vgl. auch Ziffer 97).

- entsprechende Bildungs- und Weiterbildungsangebote.
- verbesserte Rahmenbedingungen für neue Technologien auf sich wandelnden Märkten:

Neue Technologien, wie z. B. bei der Bio- und Umwelttechnik, den Entsorgungsmärkten, den Energien und Medien eröffnen kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit, in sich öffnende Märkte rasch hineinzuwachsen und mit Produkt-/Leistungsinnovationen erfolgreich zu sein. Diese Märkte sind freizuhalten von Reglementierungen, konkurrierende Angeboten im öffentlichen Sektor einzuschränken und teilweise abzubauen.

- die Fortführung der erfolgreichen Deregulierungspolitik:

In zahlreichen Bereichen des technischen Prüf- und Überwachungswesens liegen noch Aufgabengebiete, die besser von freiberuflichen Sachverständigen wahrgenommen werden können. Dazu sind weitere Schritte zur Öffnung oder Beseitigung von Prüfmonopolen und -oligopolen erforderlich. Die föderalen berufsrechtlichen Regelungen von Architekten und Ingenieuren sollten gemeinsam mit den Ländern auf eine stärkere Harmonisierung hin überprüft werden.

76. Die Reformen für den stark mittelständisch geprägten Wohnungsbau werden fortgeführt. Die vorgesehene Vereinfachung des Mietrechts wird zur Verbesserung der Investitionsbedingungen beitragen; zur Erhöhung der Effizienz der Förderung im sozialen Wohnungsbau wird das Prinzip der Einkommensorientierung auch auf den Wohnungsbestand ausgedehnt. Beide Vorhaben sollen noch in diesem Jahr den parlamentarischen Gremien zugeleitet werden. Des weiteren ist beabsichtigt, die Initiative der Bundesregierung zur Kostensenkung im Wohnungsbau fortzuführen, um die im internationalen Vergleich hohen Baukosten zu senken. Insgesamt sind dies wichtige Beiträge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die beschäftigungsintensiven Wohnungsbauinvestitionen.

77. Ein verstärktes Angebot an Dienstleistungen und selbständigen Tätigkeiten kann auch die Wirtschaftskraft des ländlichen Raums verbessern helfen. Notwendig hierzu ist eine Politik, die eine stärkere wirtschaftliche Diversifizierung und eine bessere Nutzung aller verfügbaren Produktionsfaktoren im ländlichen Raum erleichtert. Im zunehmenden globalen Wettbewerb kommt es für die deutsche Landwirtschaft darauf an, zur Vermeidung von Marktanteilsverlusten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern. Da nicht alle landwirtschaftlichen Familien über die Landbewirtschaftung ausreichend Einkommen erzielen können, wird es für viele erforderlich sein, zusätzliche Einkommen durch moderne Dienstleistungen und selbständige Tätigkeiten zu erzielen und außerlandwirtschaftliche Beschäftigung zu finden. Damit kann das in der Landwirtschaft vorhandene unternehmerische Potential auch außerhalb der traditionellen Landwirtschaft zur Stärkung der ländlichen Räume genutzt werden und dazu beitragen, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen. Vor diesem Hintergrund ist u. a. die Vereinfachung bzw. Vereinheitlichung rechtlicher Anforderungen z. B. im Gewerbe-, Bau- und Heimrecht sowie bei der Nutzungsänderung landwirtschaftlicher Gebäude vorgesehen. Hierzu ist eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die 1997 einen Bericht vorlegen wird.

7. Mit der Arbeitsmarktpolitik Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen

78. Zur Überbrückung struktureller Anpassungsprobleme und zur Förderung der Eingliederungschancen von Arbeitslosen sind auch weiterhin beträchtliche Anstrengungen nötig. Das Arbeitsförderungs-Reformgesetz, das in wichtigen Teilen im Frühjahr 1997 in Kraft treten soll, wird Effizienz und Zielgenauigkeit der Arbeitsmarktpolitik erhöhen, u. a. durch eine stärkere Orientierung der Förderung der beruflichen Weiterbildung an den betrieblichen Erfordernissen. Ziel ist es, die Beitragszahler mittelfristig zu entlasten; dies trägt zur notwendigen Senkung der Lohnzusatzkosten bei und erleichtert damit die Lösung der Beschäftigungsprobleme. Das Gesetz verbessert die individuellen Erwerbschancen und die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Arbeitsmarktpolitik wird auf das konzentriert, was sie zu leisten vermag.

Neue Instrumente zu Überwindung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit verbessern die Integrationschancen:

- Mit dem Vertrag zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen erhalten Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine neue Möglichkeit der Erprobung, Einarbeitung und Qualifizierung. Da das Arbeitsamt für die Dauer des Eingliederungsvertrages die Kosten von Fehlzeiten übernimmt, werden Einstellungsrisiken für die Unternehmen vermindert.
- Durch eine Förderung von Trainingsmaßnahmen kann die Eignung von Arbeitslosen für eine Tätigkeit verbessert und ihr Bewerbungsverhalten geschult werden. Sie können zusätzliche Kenntnisse vermittelt bekommen. Außerdem kann ihre Arbeitsbereitschaft und Arbeitsfähigkeit überprüft werden.
- Durch Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zu Sozialplanmaßnahmen werden den Betriebspartnern Anreize gegeben, Sozialplanmittel mehr als bisher für beschäftigungswirksame Maßnahmen einzusetzen.

Effektivität und Effizienz der Bundesanstalt für Arbeit werden deutlich erhöht. Die Arbeitsämter erhalten durch eine weitgehende Dezentralisierung neue Gestaltungsspielräume und Verantwortung. Sie können künftig unter den Instrumenten nach den Erfordernissen des örtlichen Arbeitsmarktes auswählen. Mit einer freien Förderung in Höhe von 10 % der Ermessensleistungen erhalten die Arbeitsämter die Möglichkeit, von ihnen selbst frei bestimmte Leistungen zur Eingliederung an Stelle der gesetzlich geregelten Leistungen einzusetzen. Durch jährliche Eingliederungsbilanzen werden die Leistungen der Arbeitsämter verglichen. Dies spornt an zu mehr Wettbewerb, eröffnet Chancen zur Erprobung innovativer Wege der Arbeitsmarktpolitik und schafft Raum für Effizienzsteigerungen.

Zugleich werden Leistungsmissbrauch und illegale Beschäftigung verstärkt bekämpft. Die persönliche Arbeitslosmeldung ist künftig alle drei Monate notwendig. Der Kreis der zumutbaren Beschäftigungen wird erweitert.

Die Effizienzverbesserungen, die Neustrukturierung bei der Arbeitslosengeld-Anspruchsdauer, die Neuregelung der Anrechnung von Abfindungen und der Wegfall der Gleichstellung von Zeiten des Bezugs von Lohnersatzleistungen bei Weiterbildung bzw. Rehabilitation mit Beitragszeiten führen zu erheblichen Mitteleinsparungen.

79. Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik, vor allem in den neuen Ländern, soll insbesondere durch folgende Maßnahmen verbessert werden:

- Das für die Förderung berücksichtigungsfähige Arbeitsentgelt wird ab 1997 von 90 auf 80 % des Tarifentgelts bzw. des ortsüblichen Entgelts für vergleichbare Tätigkeiten abgesenkt.
- Die höchstens berücksichtigungsfähigen Entgelte werden in den alten Ländern auf 5 124 DM und in den neuen Ländern auf 4 368 DM monatlich begrenzt.

Schaubild 28

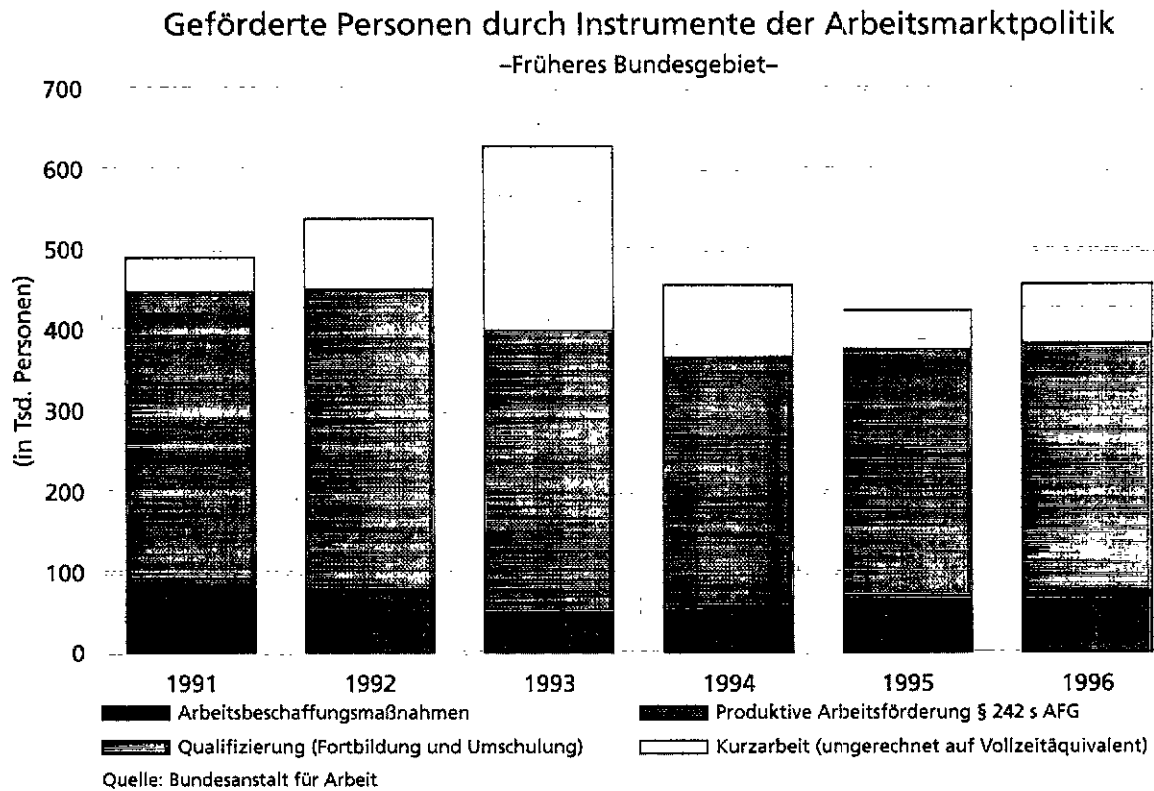
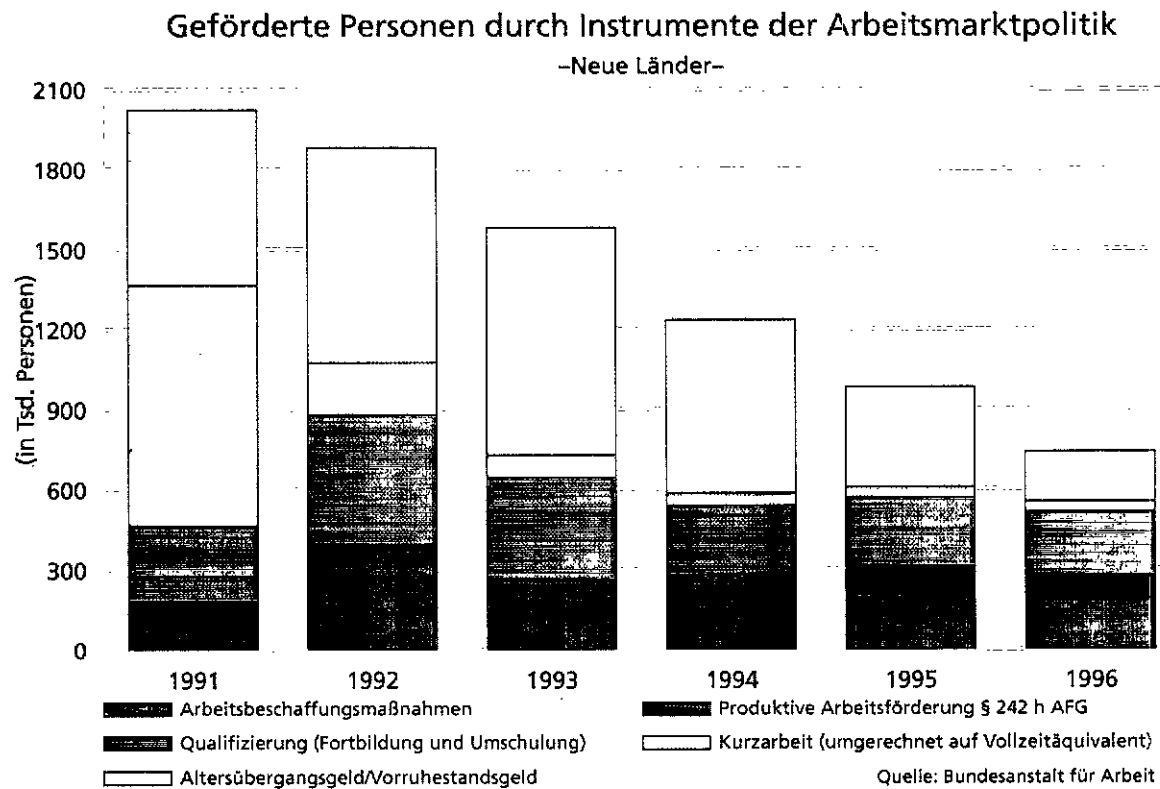
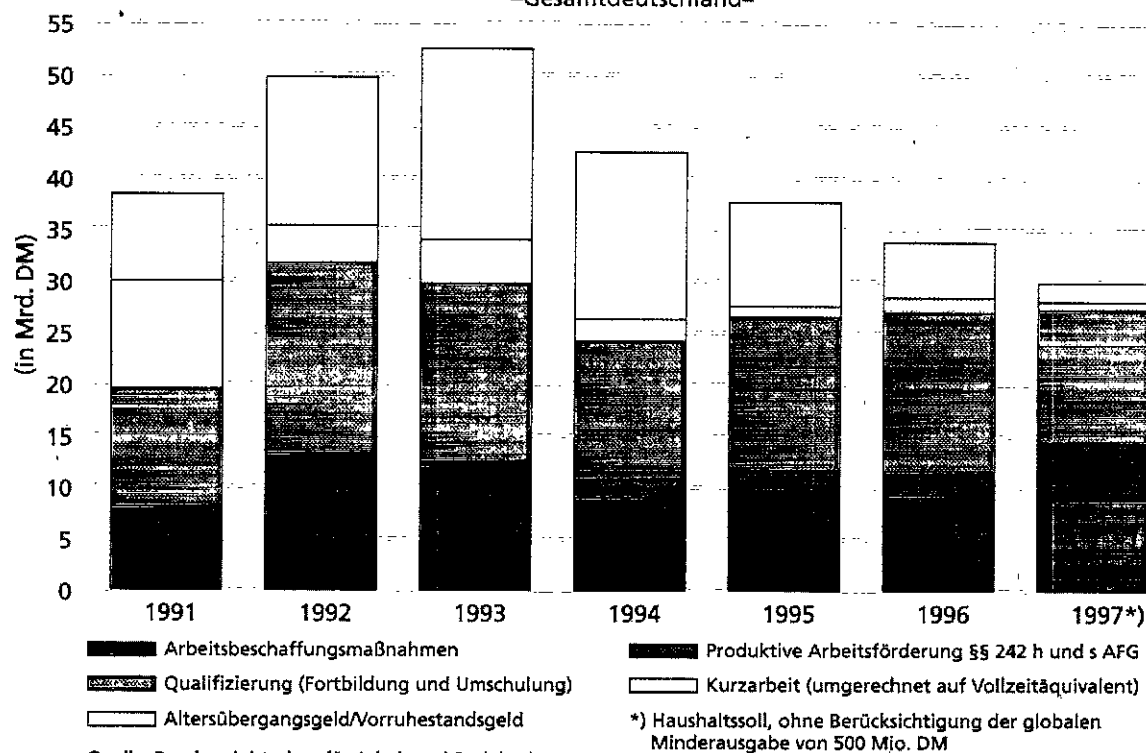


Schaubild 29



Miteileinsatz für wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente

–Gesamtdeutschland–



- Die regional abhängige Zuschußobergrenze von bisher 100 % wird – außer in Ausnahmefällen – 1997 bis 1999 auf 90 % reduziert und soll bis 2003 auf 75 % abgesenkt werden.
- Die Förderbereiche des § 249 h AFG werden erweitert um Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, zur Durchführung denkmalpflegerischer Arbeiten, zur Vorbereitung und Durchführung der städtebaulichen Erneuerung und des städtebaulichen Denkmalschutzes unter der Voraussetzung, daß sie an ein Wirtschaftsunternehmen vergeben werden. Zusätzliche Beschäftigung von Arbeitslosen in gewerblichen Wirtschaftsunternehmen kann für ein Jahr ebenfalls gefördert werden, wenn ein halbes Jahr vorher und während der Förderung keine Entlassungen vorgenommen werden. In kleinen Unternehmen dürfen maximal zwei Arbeitnehmer gefördert werden, in größeren Unternehmen 10 % des Personalbestandes bzw. höchstens zehn Arbeitnehmer.

8. Nachhaltige Entwicklung sichern, Innovationen auf breiter Front stärken

80. In der Sozialen Marktwirtschaft sind eine nachhaltige umweltgerechte Entwicklung mit einer an Knappheiten orientierten Wirtschaftsweise, eine leistungsfähige und moderne Verkehrsinfrastruktur mit einer hohen Mobilität von Personen und Gütern so-

wie eine breite Entwicklung und Anwendung neuer Technologien wesentliche Voraussetzungen für einen leistungsfähigen, zukunftsorientierten Wirtschaftsstandort. So werden moderne Umwelttechniken mit einer geringeren Inanspruchnahme von Ressourcen und einer verminderten Umweltbelastung künftig immer größere Bedeutung erlangen. Angesichts einer zunehmend arbeitsteiligen Wirtschaft wird es auch immer wichtiger, daß die Unternehmen verkehrsmäßig gut angebunden sind und notwendige Lieferungen pünktlich erfolgen. Des weiteren gilt es durch innovative Produktionsverfahren und neue Produkte die Position Deutschlands als Hochlohnland mit hohem Lebens- und Sozialstandard zu sichern.

Es gilt, die Rahmenbedingungen für den Energiemix so weiterzuentwickeln, daß sowohl den ökologischen und ökonomischen Anforderungen als auch der notwendigen Versorgungssicherheit Rechnung getragen wird. Hierzu gehören Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur Nutzung erneuerbarer Energien und zur Nutzung der bewährten Energieträger Kohle, Erdöl, Erdgas und Kernenergie auf höchstem Technologieniveau. Diese Maßnahmen sind im Hinblick auf die Erfüllung des CO₂-Minderungsziels von besonderer Bedeutung.

81. Forschungskapazitäten, innovative Produkte und Verfahren und damit neue Arbeitsplätze entste-

hen zunehmend dort, wo die Bedingungen für den internationalen Ideen- und Qualitätswettbewerb am attraktivsten sind. Es gewinnen die Standorte, die durch Kompetenz und Marktorientierung zu Zentren der Erarbeitung und Anwendung von Wissen werden. Die aktuelle Entwicklung erfordert daher große Aufmerksamkeit: Deutschland ist zwar nach wie vor im internationalen Vergleich in einer guten Position bei Forschung, Entwicklung und Innovation. In „forschungsintensiven Branchen“ werden in Deutschland 13,5% des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet, in den USA sind es nur 8,5%. Bei den Patentanmeldungen liegt Deutschland weltweit auf Platz 3. Kapital und technisches Wissen sind mobiler geworden. Einer in den 90er Jahren stagnierenden Forschungstätigkeit in Deutschland steht in den letzten Jahren ein wachsendes Forschungsengagement deutscher Unternehmen im Ausland gegenüber, während Deutschland einen hohen – wenn auch im Finanzaufwand ebenfalls stagnierenden – Anteil an FuE ausländischer Unternehmen aufweist.

82. Als exportorientiertes Land ist Deutschland auf die weltoffene Ausrichtung des Forschungs- und Innovationssystems angewiesen. Nur auf diesem Wege kann hochkarätige Forschungskompetenz im eigenen Lande gesichert und Nutzen aus dem weltweit verfügbaren Wissen gezogen werden. In diesem Kontext begrüßt die Bundesregierung auch das internationale Engagement von deutschen Forschungseinrichtungen sowie die Forschungsaktivitäten deutscher Unternehmen im Ausland, die auch der Erschließung neuer Märkte dienen und damit auch Einkommen und Arbeitsplätze in Deutschland schaffen können. Dieses Engagement ist in wachsendem Umfang notwendig, weil komplexe Innovationen häufig nur im internationalen Wissenskontext erarbeitet und realisiert werden. Vorrangige innovationspolitische Aufgabe ist es, die Anziehungskraft Deutschlands als Standort für innovative Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem In- und Ausland zu erhöhen.

Im Wettbewerb der Innovationssysteme ist auch die Politik gefordert. Dementsprechend setzt die Bundesregierung auf die Schaffung innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen, die Förderung der Leistungsfähigkeit der Forschungsinfrastruktur, die Verbesserung des Finanzplatzes Deutschland und die Sicherung international wettbewerbsfähiger Technologiekompetenz. Ziel ist es, die Marktorientierung und Leistungsfähigkeit der gesamten Forschungsinfrastruktur zu stärken.

83. Eine leistungsfähige nationale Forschungslandschaft, FuE-Kooperationen der Wirtschaft mit der Wissenschaft, die schnelle Diffusion neuen technologischen Wissens und eine zeitliche Absicherung von Wettbewerbsvorsprüngen durch Patentierung sind wesentliche Voraussetzungen, daß kleine und mittlere Unternehmen den Weg steigender Forschungsintensität der Produkte, höherer Forschungskosten, kürzerer Produktlebenszyklen und steigender Qualitätsansprüche mitgehen können.

Um die innovative Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen zu sichern, unterstützt

die Bundesregierung deren Kooperationsfähigkeit durch die industrielle Gemeinschaftsforschung und das Programm Forschungskoordination. Die Maßnahmen zur Intensivierung des Technologietransfers – insbesondere der Aufbau der Transfer- und Patentinfrastruktur – werden fortgesetzt und die Patentbereitschaft und -fähigkeit der mittelständischen Wirtschaft im Rahmen der Patentinitiative der Bundesregierung u. a. durch Zuschüsse zu den Patentierungskosten gefördert.

84. Die Bundesregierung hat im Juli 1996 Leitlinien zur strategischen Orientierung der deutschen Forschungslandschaft vorgelegt. Ziel ist es, das Profil der Einrichtungen zu schärfen und durch Wettbewerb neue Anreize für Kreativität und Qualität zu etablieren. Um diesen Wettbewerb zu ermöglichen, wird die unternehmerische Eigenverantwortung der Forschungseinrichtungen gestärkt. Programmatische Zielvereinbarungen und entsprechendes Controlling sollen Flexibilität bei der Mittelbewirtschaftung erlauben. Technologische Entwicklungen sollen schnell in privatwirtschaftliche Anwendungen überführt, Unternehmensgründungen im Umfeld der Zentren nachhaltig unterstützt werden.

Um die Innovationsorientierung auch bei der Projektförderung zu verbessern, wird die Bundesregierung künftig die direkte Forschungsförderung stärker auf branchen- und disziplinübergreifende sogenannte Leitprojekte ausrichten, die im Wettbewerb ausgeschrieben werden. Mit diesem Ansatz sollen die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie späteren Anwendern und Nutzern intensiviert und frühzeitig die Bedingungen für die praktische Umsetzung einbezogen werden.

85. In den neuen Ländern – in denen der Schwerpunkt der industriellen Forschung und Entwicklung bei kleinen und mittleren Unternehmen liegt – unterstützt die Bundesregierung die Innovationskraft vor allem der mittelständischen Wirtschaft mit den Maßnahmen „FuE-Personalförderung Ost“ und „Marktvorbereitende Industrieforschung“, den Aufbau der Transferinfrastruktur im Rahmen der „Agenturen für Technologietransfer“ und der „Patentinformationszentren“ sowie die Gründung innovativer Unternehmen durch das neue Programm „Förderung und Unterstützung Technologieorientierter Unternehmensgründungen“ (FUTOUR).

Im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative von Wirtschaft, Forschung und Politik für den Erhalt der Industrieforschung in den neuen Ländern hat sich auch die Wirtschaft verpflichtet, den Aufbau von FuE-Kapazitäten zu unterstützen und Aufträge an ostdeutsche FuE-Einrichtungen zu vergeben. Die Bundesregierung begrüßt, daß in diesem Zusammenhang westdeutsche Unternehmen in Kooperation mit ostdeutschen Forschungseinrichtungen zahlreiche Innovationsprojekte durchführen werden.

86. Auch die europäische Forschungsförderung hat sich dem internationalen Wettbewerb offensiv zu stellen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die gemeinschaftlichen Forschungsaktivitäten auf den vorhandenen Systemen nationaler Forschungsförderung aufbauen und sich unter Beachtung des

Subsidiaritätsprinzips auf Aufgaben mit europäischem Gewicht konzentrieren. Im laufenden 4. Rahmenprogramm und bei der Ausgestaltung des 5. Rahmenprogramms wird die Bundesregierung auf einen stärkeren Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu den Forschungsprogrammen der Gemeinschaft und eine bessere Verbreitung und Nutzung von Forschungsergebnissen dringen.

87. Zum Thema „Biowissenschaften und Biotechnologie“ hat der „Rat für Forschung, Technologie und Innovation“ beim Bundeskanzler eine differenzierte Bestandsaufnahme der Anwendungsfelder, Beschäftigungschancen und Rahmenbedingungen vorgenommen und daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet. Diese sind jetzt von den betroffenen Gruppen zu prüfen und umzusetzen. Dabei gilt es nicht nur die Risiken eines bestimmten Handelns, sondern auch die Risiken des Unterlassens abzuwägen (vgl. Ziffer 245 JG). Die Bundesregierung hat auf diesem Innovationsfeld durch den „Bio-Regio-Wettbewerb“ die Bereitschaft zur kooperativen Selbstorganisation von Wissenschaft in einer großen Zahl von Regionen in Deutschland angestoßen. Gegenwärtig vollzieht sich in Deutschland eine Trendwende in der Bio- und Gentechnologie. 1996 haben weitere Gentechnik-Produktionsanlagen ihren Betrieb aufgenommen.

Darüber hinaus setzt sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für die weitere Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen ein: Dies betrifft insbesondere die Deregulierung der Gentechnik-System- und der Gentechnik-Freisetzungsrichtlinie. Mit der Verabschiedung einer Verordnung über neuartige Lebensmittel und neuartige Lebensmittelzutaten ist durch das EU-Parlament Rechtssicherheit für Verbraucher, Lebensmittelindustrie und Handel geschaffen worden.

88. Die Entwicklung zur Informationsgesellschaft eröffnet vielfältige Chancen für Innovationen, Wachstum und Arbeitsplätze. Die Bundesregierung ist überzeugt, daß die Länder, in denen der Strukturwandel zur Informationsgesellschaft rasch und umfassend vollzogen wird, von dem erwarteten Wachstum und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Beschäftigung überdurchschnittlich profitieren. Sie betrachtet die Gestaltung des Wandels zur Informationsgesellschaft als vorrangige politische Aufgabe in den nächsten Jahren. Mit dem Bericht „Info 2000 – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ hat die Bundesregierung – die Empfehlungen des Technologierats aufgreifend – einen Aktionsplan für die notwendigen Maßnahmen vorgelegt. Sie wird im Frühjahr 1997 in einem Fortschrittsbericht den Stand der Umsetzung und die weiteren Perspektiven des Weges in die Informationsgesellschaft aufzeigen.

Mitentscheidend für die Gestaltung des Wandels zur Informationsgesellschaft ist die Schaffung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen für die neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Nach dem Telekommunikationsgesetz, mit dem die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes vollendet wird, hat die Bundesregierung mit der Verabschiedung des Entwurfs eines Informations- und Kommu-

nikationsdienste-Gesetzes ihre Politik zur Herstellung notwendiger Klarheit und Rechtssicherheit für private Investoren im Bereich dieser neuen Dienste konsequent fortgesetzt.

89. Um die Aufgeschlossenheit für die modernen Informations- und Kommunikationstechniken zu steigern, wird die Bundesregierung den Dialog mit allen betroffenen gesellschaftlichen Gruppierungen weiter vertiefen. Mit dem „Forum Info 2000: Gesellschaftliche und kulturelle Herausforderungen der Informationsgesellschaft“ hat sie einen solchen Diskussionsprozeß begonnen. Nur durch eine breite Akzeptanz können die zahlreichen Anwendungen der neuen Informations- und Kommunikationstechniken rasch eingeführt und ihre Beschäftigungspotentiale am Standort Deutschland umfassend ausgeschöpft werden. Eine wichtige Voraussetzung ist hierfür, daß die Vorteile und Chancen der neuen Anwendungen der Öffentlichkeit transparent sind.

90. Die Informationsgesellschaft erfordert neue Qualifikationen sowie die Fähigkeit, mit den angebotenen Informationen situationsbedingt und verantwortungsbewußt umzugehen. So wurden bestehende Berufsverordnungen an die Erfordernisse der Informationsgesellschaft angepaßt (vgl. Ziffer 97). Darüber hinaus ist die Initiative „Schulen ans Netz“ auf den Weg gebracht worden, mit der u. a. in einem ersten Schritt 10 000 Schulen an das Wissenschaftsnetz des Deutschen Forschungsnetzes angeschlossen werden sollen.

Der Aufbau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes soll aufgrund der hohen Datenübertragungsraten ganz neue Formen von Wissenschafts- und Bildungskommunikation ermöglichen (z. B. virtueller Hörsaal, Zugriff auf Höchstleistungsrechner bei verteiltem Rechnen).

91. Um den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken zu unterstützen, setzt sich die Bundesregierung u. a. für eine verstärkte Nutzung der Telearbeit ein. Mit ihrer „Initiative Telearbeit“ strebt sie an, binnen zwei Jahren die Rahmenbedingungen für die Einführung von Telearbeit in Deutschland zu verbessern, um so die bisher ungenutzten Potentiale dieser zukunftssträchtigen Arbeitsform zu erschließen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung Vorschläge für den Umgang mit Kryptotechniken erarbeiten. Eine interministerielle Arbeitsgruppe „Kryptopolitik“ wird in Kürze Empfehlungen für eine sichere und vertrauliche Übermittlung von Daten im Rahmen offener Netze vorlegen.

Einem Erfahrungsaustausch über Nutzungsbedingungen globaler Informationsnetze dient eine Regierungskonferenz im Sommer 1997 mit den zuständigen Ministern der G7-Staaten und der EU-Mitgliedsländer.

92. Moderne und leistungsfähige Verkehrswege sind Grundvoraussetzung für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Die Bundesregierung stellt, wie in der Vergangenheit, auch weiterhin einen bedarfs- und umweltgerechten Ausbau der Verkehrsinfra-

struktur sicher. Bis zum Jahr 2000 sind hierfür jährlich rd. 20 Mrd. DM an Investitionsmitteln eingeplant.

Schwerpunkte der Investitionspolitik sind nach wie vor:

- Grunderneuerung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf dem Gebiet der neuen Bundesländer einschließlich der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit
- Aufbau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes der Eisenbahn in Deutschland und Europa sowie Abbau von Kapazitätsengpässen im Schienennetz
- Bedarfsgerechter Ausbau des Bundesfernstraßennetzes auf dem Gebiet der alten Bundesländer
- Planung und Bau der Magnetschwebbahn Transrapid zwischen Berlin und Hamburg
- Schaffung leistungsfähiger Schnittstellen und Kooperationen zur optimalen Nutzung arbeitsfähiger Vorteile der jeweiligen Verkehrsträger

Insbesondere erwartet die Bundesregierung von dem verstärkten Einsatz von Informations-, Kommunikations- und Leittechniken im Verkehr (Telematik) und den damit möglichen Diensten wichtige Beiträge für ein effizientes Gesamtverkehrssystem, in das alle Verkehrsträger einbezogen sind. Deshalb unterstützt sie zusätzlich zum 4. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung der EU auch nationale Forschungen im Bereich der Verkehrstelematik. Hervorzuheben ist das Programm „Mobilität und Transport im Verkehr - MOTIV“, mit dem insbesondere eine höhere Effizienz der Verkehrswege sowie der Schnittstellen und eine Reduktion der Umweltbelastungen erreicht werden soll.

93. Die dauerhafte Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erfordert klare und verlässliche Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, umweltgerechte Entwicklung. Nachhaltige Entwicklung umfaßt somit die Berücksichtigung ökologischer wie auch ökonomischer und sozialer Faktoren sowohl im nationalen, regionalen (europäischen) als auch im globalen Rahmen. Aus wirtschaftspolitischer Sicht fordert diese Entwicklung, daß die mit unserer Wirtschaftsweise verbundene Nutzung von Umweltgütern und Ressourcen künftig nicht zu Knappheiten führt, die der Fortsetzung des Wachstumsprozesses entgegenstehen und die Lebensbedingungen verschlechtern. Notwendig ist die weitere deutliche Entkopplung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastungen von der wirtschaftlichen Entwicklung (vgl. Ziffern 244 ff JG). Eine nachhaltige umweltgerechte Entwicklung ist Langzeitökonomie.

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen umweltgerechten Entwicklung setzt die Bundesregierung folgende Schwerpunkte:

- Die Bundesregierung hält eine umweltorientierte Ergänzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur Darstellung der ökologisch-ökonomischen Zusammenhänge und als Entscheidungsgrundlage für andere Politikbereiche wie Wirtschafts-, Energie-, Verkehrs- oder Landwirtschaftspolitik für erforderlich (vgl. Ziffer 73 ff JG). Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen

zielen daher nicht auf Ersetzung, sondern auf Ergänzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab. Es liegen bereits empirische Ergebnisse vor, die vom Statistischen Bundesamt jährlich veröffentlicht werden.

- Im Klimaschutz ist rund die Hälfte des CO₂-Minderungsziels der Bundesregierung erreicht. Die CO₂-Emissionen sind von 1990 bis 1995 um 12,7 % reduziert worden. Wichtige Beiträge zur Klimavorsorge mit erheblichen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung sind: Die neue Wärmeschutzverordnung, durch die der zulässige Wärmedarf bei Neubauten und größeren Umbauten um rd. 30 % gegenüber den vorherigen Anforderungen reduziert wird, die Erklärung der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge, deren Verbände fast durchgängig eine Verringerung der spezifischen CO₂-Emissionen um 20 % bis 2005 (Basis 1990) zugesagt haben und sich zu einer Minderung der absoluten CO₂-Emissionen um 170 Mio. t verpflichteten, die Zusage der Automobilindustrie zur Minderung des Kraftstoffverbrauchs sowie die Novelle zur Heizungsanlagenverordnung und zur Kleinf Feuerungsanlagenverordnung. Zur Erreichung des 25 %-CO₂-Minderungsziels der Bundesregierung sind erhebliche weitere Anstrengungen notwendig.
- Das von der Bundesregierung vorgelegte Bundesbodenschutzgesetz schafft die Voraussetzungen für die Festlegung bundeseinheitlicher verbindlicher Standards zur Abwehr und Beseitigung von Bodenbelastungen. Bundeseinheitliche Maßstäbe geben den Investoren und der Sanierungsbranche Rechtssicherheit und machen Risiken und Kosten kalkulierbar.
- Am 7. Oktober 1996 ist das neue Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz in Kraft getreten, nachdem das für einen einheitlichen Vollzug erforderliche untergesetzliche Regelwerk von der Bundesregierung zeitgerecht beschlossen werden konnte. In besonders wichtigen Bereichen soll die im Kreislaufwirtschaftsgesetz geforderte Produktverantwortung durchgesetzt werden. Neben der Novellierung der Verpackungsverordnung sind Regelungen etwa im Bereich Altfahrzeuge und Elektronikschrott in Vorbereitung.
- Mit der anstehenden Novelle der TA Lärm soll die notwendige Rechtssicherheit bei der Beurteilung von Industrie- und Gewerbelärm für Anlagenbetreiber und Behörden geschaffen werden, so daß Genehmigungs- und Prüfverfahren zum Lärmschutz anhand klarer Vorgaben zügig durchgeführt werden können.
- Der Verwirklichung einer umweltgerechten Mobilität kommt große Bedeutung zu. Denn bedingt durch die Arbeitsteilung im Wirtschaftsprozess, die zunehmende Globalisierung der Märkte und die zentrale Lage Deutschlands in Europa verzeichnet das Verkehrsaufkommen in Deutschland starke Zuwächse. Notwendig ist eine Entkopplung von Wirtschafts- und Verkehrswachstum. Abgas- und Lärmemissionen, die für das Einzelfahrzeug deutlich zurückgegangen sind, müssen auch insgesamt vermindert werden. Mit der von der Bundesregie-

rung vorgesehenen Einführung der emissionsbezogenen Kfz-Steuer zum 1. April 1997 (vgl. Ziffer 37) und der nochmaligen Absenkung der Abgasgrenzwerte in der Europäischen Union kann hierzu ein wesentlicher Beitrag geleistet werden.

94. Innovativer Umweltschutz führt zur Modernisierung der Produktionsstruktur und leistet vielfach einen Beitrag zur Erhöhung der betrieblichen Effizienz. Zudem ist Umwelttechnik national und international ein beachtlicher Markt mit erheblichen Chancen für deutsche Unternehmen. Im Umweltschutz waren in Deutschland 1994 956 000 Beschäftigte tätig; in den letzten Jahren hat die Beschäftigung im Umweltschutz deutlich stärker zugenommen als in anderen Bereichen.

Die Umwelttechnik zählt zu den dynamischsten Wachstumsmärkten der letzten Jahre. In den Industrienationen, vor allem aber in den Transformations- und Entwicklungsländern besteht nach wie vor ein großer umweltpolitischer Handlungsbedarf, so daß dieser Trend in Zukunft anhalten oder sich sogar verstärken dürfte. Nicht zuletzt aufgrund der hierzulande strikten Umweltpolitik und der dadurch induzierten Forschungs- und Innovationsanstrengungen bei den Unternehmen belegt die deutsche Wirtschaft bei den sogenannten End-of-the-Pipe-Techniken eine Spitzenposition nach dem Weltmarktführer USA und vor dem Konkurrenten Japan. In Zukunft werden jedoch integrierte Umwelttechniken, bei denen Umweltgesichtspunkte schon bei der Entwicklung und Herstellung von Produkten Berücksichtigung finden, eine immer größere Bedeutung erlangen.

95. Die Einrichtung des Internationalen Transferzentrums für Umwelttechnologie (ITUT) in Leipzig und die Einsetzung von Umwelt-Area Managern in Mittel- und Osteuropa, in Asien und Lateinamerika soll insbesondere der mittelständischen Wirtschaft helfen, in diesen wirtschaftlich aufstrebenden Ländern Märkte für Umwelttechnologien zu erschließen und auszubauen. Die Bundesregierung folgt hiermit Beschlüssen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro und fördert damit weltweit den Zugang zu umweltverträglichen Technologien und deren Transfer.

9. Investieren in die Zukunft: Bildung und Ausbildung verbessern

96. Ein im internationalen Vergleich hohes Bildungsniveau insbesondere in der beruflichen Bildung zählt zu den wichtigen Standortvorteilen der deutschen Wirtschaft. Dieser Vorteil muß gesichert und ausgebaut werden. Ausbildung ist ein Stück Zukunftssicherung für den Einzelnen wie für die Gesellschaft. Ausbildung ist nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft, sondern auch eine Frage der sozialen Verantwortung. Der Eintritt der Jugendlichen in das Berufsleben darf nicht zu einem Fehlstart werden.

Die Berufsbildungspolitik muß durch geeignete Rahmenbedingungen die Funktionsfähigkeit des Berufsbildungssystems erhalten und verbessern. Erforderlich sind die Überprüfung der Bildungsinhalte und

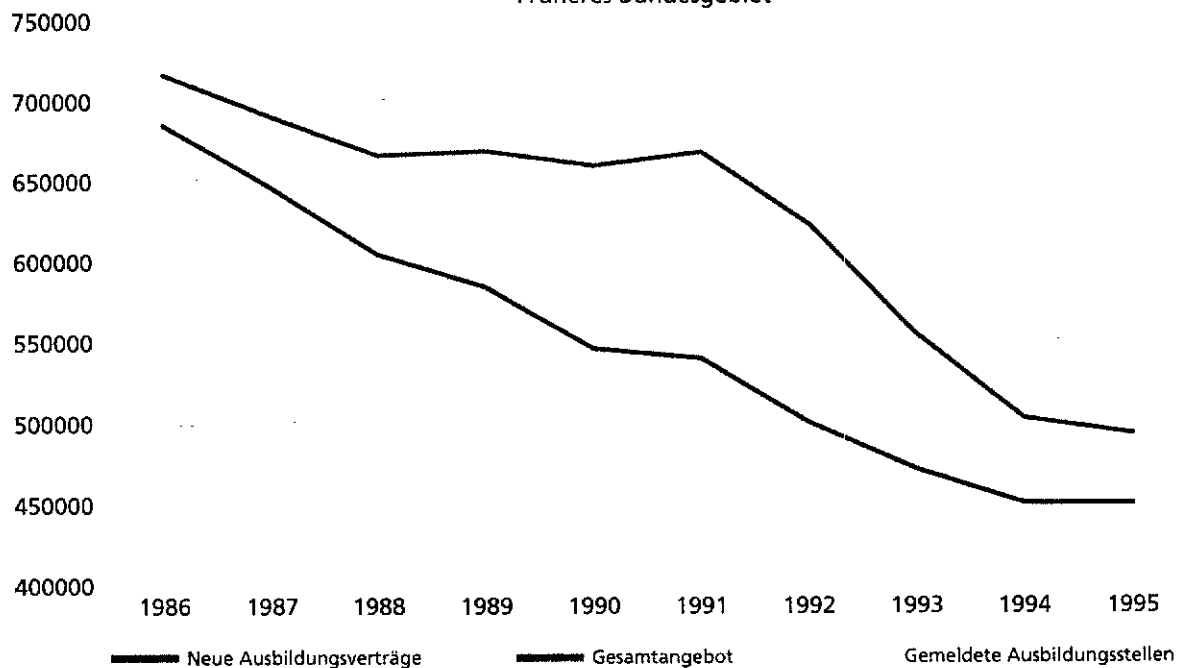
-strukturen auch unter dem Gesichtspunkt einer größeren Effizienz und schnelleren Anpassung an neue technologische Entwicklungen und den sich verändernden Bedarf in Wirtschaft und Gesellschaft sowie eine Straffung der deutlich gestiegenen und im internationalen Vergleich langen Bildungs- bzw. Ausbildungszeiten.

Im Vordergrund der notwendigen Maßnahmen steht die langfristige Sicherung des dualen Systems der Berufsausbildung, in dem die große Mehrheit der Jugendlichen – fast 70 % eines Altersjahrgangs – für den Einstieg in das Berufsleben qualifiziert wird. Dabei geht es insbesondere um die Stärkung von Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit der Unternehmen. Einen wichtigen Beitrag dazu können und müssen die Tarifpartner leisten. Ausbildung soll künftig noch stärker in die Tarifverhandlungen mit dem Ziel der Erhöhung des Lehrstellenangebots einbezogen werden. In einer Reihe von Tarifverträgen wurde die Erhöhung des Lehrstellenangebotes wie beim Tarifabschluß im öffentlichen Dienst mit einem Verzicht auf eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung verknüpft. Darüber hinaus müssen ausbildungsfördernde Maßnahmen und ein Abbau von Hemmnissen erfolgen. Die meisten Länder haben Schritte eingeleitet, um die Berufsschulzeiten betriebsfreundlicher zu organisieren; weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Zeitanteile für die betriebliche Ausbildung müssen folgen. Diesem Ziel dienen auch die vorgesehene Abschaffung der Anrechnungspflicht des Berufsgrundbildungsjahres für die gewerbliche Wirtschaft und die Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, nach der erwachsene Lehrlinge – ihr Anteil beträgt 70 % – zukünftig an halben Berufsschultagen in den Betrieb kommen.

97. Die Palette der anerkannten Ausbildungsberufe bietet für die Jugendlichen eine breite Auswahl und trägt durch die Entwicklung neuer Berufsprofile dem Strukturwandel Rechnung, z. B. wurden zum 1. August 1996 drei neue Medienberufe in Kraft gesetzt; gegenwärtig werden die Ausbildungsordnungen für weitere 14 neue Berufe, darunter 4 Berufe aus dem Bereich Information und Kommunikation erarbeitet. Weitere erfolgversprechende Vorschläge insbesondere für den Dienstleistungsbereich werden derzeit von Bundesregierung und Sozialpartnern gemeinsam geprüft.

Bei der weiteren Differenzierung der Berufe sind die leistungsschwächeren Jugendlichen besonders zu berücksichtigen. Die Bundesregierung wird verstärkt darauf achten, daß durch neue Ausbildungsberufe sowie mehr Stufenausbildungen die betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten für mehr praxisbegabte Jugendliche erweitert werden; dabei steht der Arbeitsmarktbezug der erworbenen Qualifikation im Mittelpunkt. Insbesondere für die 10 % bis 14 % der Jugendlichen eines Altersjahrgangs, die bisher trotz aller Förderung ohne Berufsausbildung bleiben, sollen damit neue, beschäftigungssichernde Ausbildungschancen geschaffen werden. Das stärkere Vordringen von Abiturienten in Ausbildungen des dualen Systems darf nicht dazu führen, daß die Anforderungen verschärft werden. Hier gilt es, Zusatzqualifikationen und Weiterbildungsmöglichkeiten auszu-

Entwicklung der Zahl der neuen Ausbildungsverträge,
des Gesamtangebotes an Ausbildungsplätzen und der in der
Berufsberatungsstatistik gemeldeten Ausbildungsstellen
-Früheres Bundesgebiet-



Quelle: Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

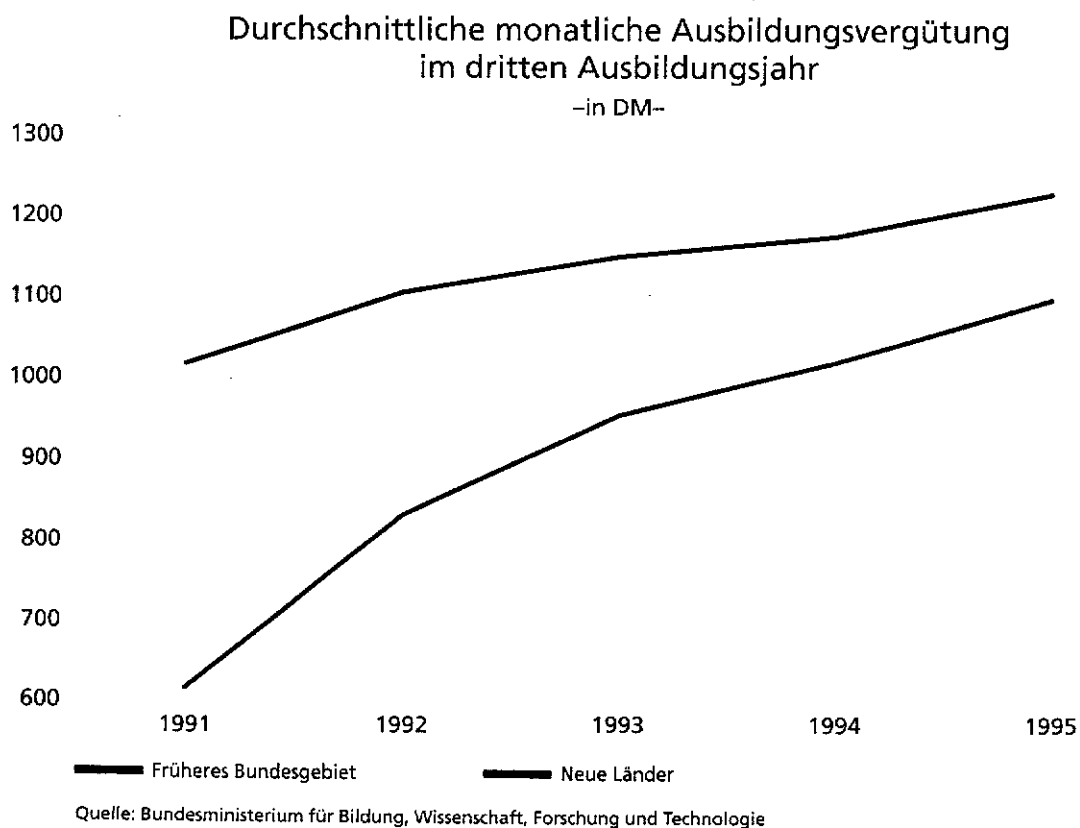
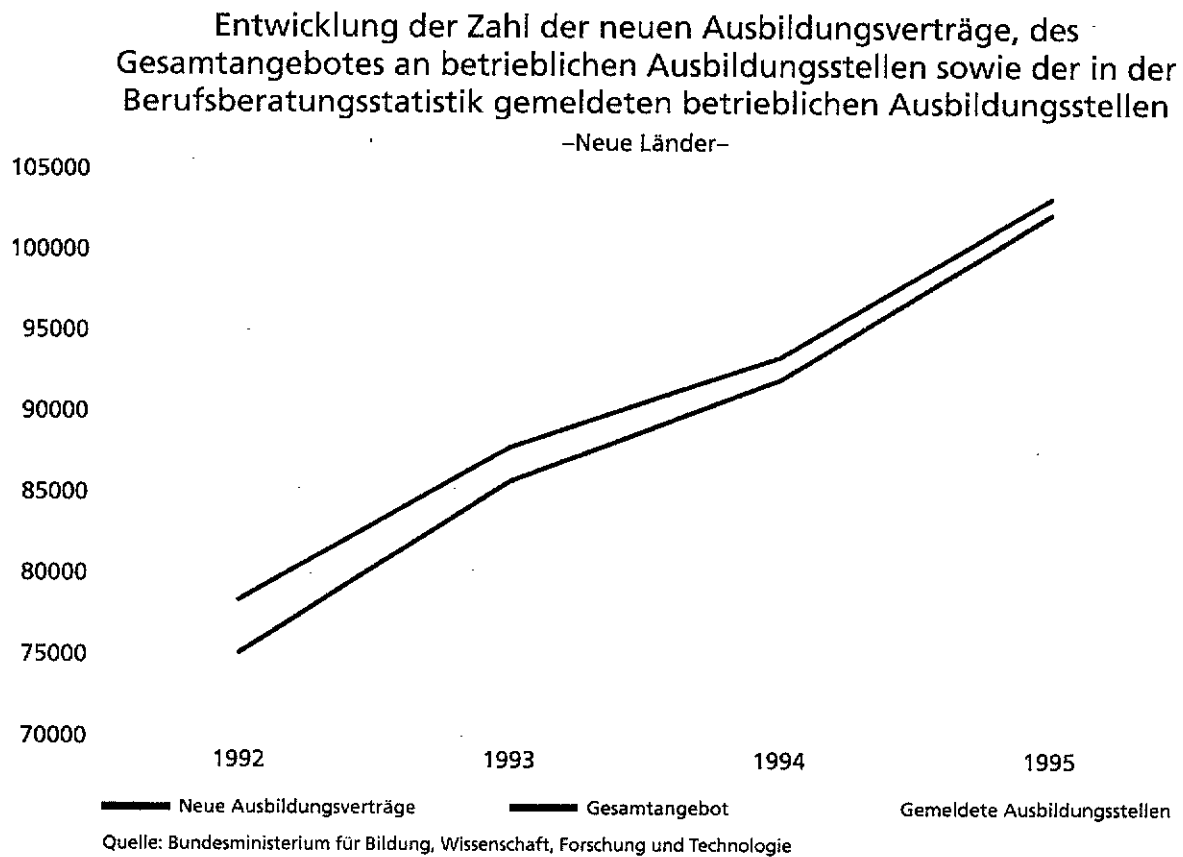
bauen und die Verzahnung von Aus- und Fortbildung voranzutreiben.

98. Dank der gemeinsamen Anstrengungen von Politik und Wirtschaft konnte auch 1996 bundesweit eine weitgehend ausgeglichene Lehrstellenbilanz erreicht werden, wenn auch nicht in allen Regionen. Wesentlich dazu beigetragen hat die Bund-Länder-Initiative „Zukunftsbündnis Lehrstellen“ in den neuen Ländern. Durch dieses Programm, das eine Laufzeit bis 1999 hat, können 14 300 zusätzliche Ausbildungsplätze gefördert werden. Der Bund beteiligt sich mit 190 Mio. DM an den Gesamtkosten des Programms, die bei ca. 380 Mio. DM liegen.

99. Die Zahl der Lehrstellensuchenden wird in diesem Jahr weiter auf 620 000 bis 630 000 bundesweit zunehmen. Die Wirtschaft bleibt aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, damit 1997 jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche eine Lehrstelle erhält. Zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze stellt die Bundesregierung auch 1997 den Betrieben (bundesweit) zinsgünstige und langlaufende Darlehen aus ERP-Mitteln zur Verfügung und setzt die Förderung von Ausbildungsplatzentwicklern und -werben fort.

100. Durch eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes sollen die Eigenverantwortung der Hochschulen und der Wettbewerb untereinander gestärkt sowie leistungsabhängige Finanzierungsformen eingeführt werden. Ziele sind eine bessere Qualität der Lehre auch im Hinblick auf die berufliche Verwertbarkeit der Abschlüsse und eine Senkung der durchschnittlichen Studienzeit. Diese Hochschulstrukturreform muß mit einer umfassenden Studienreform einhergehen. Derzeit wird ein Gesetzesentwurf erarbeitet, der noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden soll.

Auch in der Hochschulausbildung muß die Bereitschaft zur Selbständigkeit durch geeignete Maßnahmen gefördert werden. Fast jede amerikanische Universität hat sog. Entrepreneurship-Zentren, die fächerübergreifend Wissen zu Fragen der Unternehmensgründung bereitstellen. Indem die unternehmerische Selbständigkeit als berufliche Perspektive in der Universitätsausbildung verankert wird, sollen vermehrt Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich angeregt werden. Da in Deutschland die Existenzgründungsrate bei Hochschulabsolventen relativ gering ist, sind auch hier mehr Initiativen erforderlich.



10. Chancen der internationalen Arbeitsteilung nutzen

101. Für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung sind Handelsliberalisierung und internationaler Wettbewerb von entscheidender Bedeutung. Die Bundesregierung wird sich daher auch 1997 konsequent für weitere multilaterale Liberalisierung und verbesserten Marktzugang sowohl für deutsche Unternehmen in Drittländern als auch für Drittlandswaren auf dem EU-Markt einsetzen. Sensible Bereiche sind angemessen zu berücksichtigen. Das erste WTO-Ministertreffen in Singapur, auf dem die WTO als Forum des offenen multilateralen Handelssystems gestärkt wurde, hat den Rahmen für die künftige Arbeit zur Fortsetzung des weltweiten Abbaus von Handelsschranken festgelegt.

Im Bereich der Liberalisierung des Warenhandels wird die Bundesregierung in der EU und im Kontakt mit anderen WTO-Mitgliedern darauf hinwirken, daß das in Singapur beschlossene Abkommen über den Zollabbau bei Produkten der Informationstechnologie wie vorgesehen umgesetzt wird. Dies ist angesichts der zunehmenden Bedeutung der Informationstechnik in einer globalisierten Weltwirtschaft von vorrangiger Bedeutung. Ziel des Abkommens ist im wesentlichen das sofortige Einfrieren und die anschließende schrittweise Beseitigung von Zöllen für Informationstechnologie-Produkte bis zum 1. Januar 2000. Erfasst werden alle Produkte der Informationstechnik wie z. B. Computer und Zubehör, Telekommunikationserzeugnisse und Halbleiter, nicht jedoch die traditionelle Unterhaltungselektronik, z. B. Fernseher. Der Rat der EU wird vor dem 1. April 1997 über den endgültigen Beitritt der EU zu dem Abkommen und über dessen Umsetzung entscheiden.

Für die exportorientierte deutsche Wirtschaft ist die möglichst umfassende Liberalisierung transnationaler Investitionen von herausragender Bedeutung. Die Bundesregierung wird daher gemeinsam mit ihren Partnern in der EU die in Singapur eröffnete Möglichkeit nutzen, in der WTO die Bedeutung des freien Zugangs für Auslandsinvestitionen in Drittländern für die weitere Entwicklung des Welthandels herauszuarbeiten. Die künftige Aufnahme internationaler Verhandlungen hierüber bedarf allerdings eines Beschlusses der WTO-Mitglieder.

Im Bereich Handel und Wettbewerb ist es das Anliegen der Bundesregierung, die WTO auch zum Forum für feste Wettbewerbsregeln im multilateralen Rahmen zu entwickeln. Sie begrüßt daher, daß das von den Ministern in Singapur erteilte Mandat den Weg für eine Erörterung der Wettbewerbsregeln der WTO-Mitglieder und ihrer Anwendung öffnet und damit auch die Diskussion über Wettbewerbsverzerrungen durch global operierende Unternehmen.

Im Bereich Handel und Umwelt wird die Bundesregierung für eine konstruktive und zielgerichtete Fortsetzung der Arbeiten in der WTO eintreten. Die Bundesregierung sieht auf internationaler Kooperation und Konsensus basierende Lösungen als effektivsten Weg für die weitere Integration ökologischer Aspekte in das multilaterale Handelssystem an.

In der Frage der Behandlung von Sozialnormen durch die WTO unterstützt die Bundesregierung die einschlägigen Aussagen der Ministererklärung von Singapur. Die WTO-Mitglieder erneuern dort ihre Verpflichtung zur Beachtung internationaler Arbeitsstandards. Die Internationale Arbeitsorganisation wird von allen WTO-Mitgliedern als die zuständige Institution anerkannt, die diese Normen erarbeitet und deren Beachtung überwacht. Alle WTO-Mitglieder sind davon überzeugt, daß Wirtschaftswachstum und Entwicklung, gestärkt durch weitere Handelsliberalisierung und eine dadurch bewirkte Zunahme des Handels, zur Förderung der Sozialnormen beitragen. Sie sind sich darin einig, Sozialnormen nicht zu protektionistischen Zwecken zu mißbrauchen und Kostenvorteile insbesondere von Niedriglohn-Entwicklungsländern in keiner Weise in Frage zu stellen.

Im Hinblick auf den Handel mit Dienstleistungen wird sich die Bundesregierung entsprechend der Ministererklärung von Singapur zunächst für einen fristgerechten Verhandlungsabschluß in den Sektoren Basis-Telekommunikation und Finanzdienstleistungen einsetzen. Die Verhandlungen über die Liberalisierung der Basistelekommunikations- und der Seeverkehrsdienstleistungen konnten nicht wie vorgesehen 1996 zum Abschluß gebracht werden. Bei Basistelekom-Dienstleistungen ist ein Abschluß bis zum 15. Februar 1997 vorgesehen. Für das Interim-Abkommen zur Liberalisierung der Finanzdienstleistungen muß bis Ende 1997 eine Anschlußlösung gefunden werden. Die Seeverkehrs-Verhandlungen sollen zeitgleich mit der nächsten umfassenden GATS-Liberalisierungsrunde, die spätestens am 1. Januar 2000 eröffnet werden soll, auf Basis der bisher erzielten Verhandlungsergebnisse wieder aufgenommen werden.

Bei Regierungskäufen wird die Bundesregierung an der Vorbereitung weiterer Liberalisierungsschritte mitwirken. Die in Singapur beschlossene WTO-Studie über Transparenz bei öffentlichen Auftragsvergaben öffnet den Weg für die Hervorhebung der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung von öffentlichen Auftragsvergaben weltweit und kann dadurch das Interesse der WTO-Mitglieder an einem möglichst umfassenden multilateralen Abkommen wecken.

Zur Unterstützung der Integration der am wenigsten entwickelten Länder in das multilaterale Handelssystem und zur Ausweitung ihres Handels wird sich die Bundesregierung aktiv an dem Treffen beteiligen, das die WTO-Partner so bald wie möglich in diesem Jahr mit UNCTAD, dem Internationalen Handelszentrum (ITC) und unter Beteiligung von Hilfsorganisationen, multilateralen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank und den am wenigsten entwickelten Ländern organisieren sollen. Ziel des Treffens ist ein umfassender Ansatz zur Unterstützung dieser Länder bei der Förderung ihrer Handelsmöglichkeiten unter anderem durch verbesserten Marktzugang und verbesserte Investitionsbedingungen.

102. Die Bundesregierung wird 1997 die deutschen Unternehmen bei ihrem Weg auf neue Auslands-

märkte wie bisher tatkräftig unterstützen. Das bewährte Förderinstrumentarium wird dabei nach regionalen Schwerpunkten flexibel eingesetzt und fortlaufend im Dialog mit der deutschen Wirtschaft und den Ländern angepaßt. Es zielt insbesondere auf die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, die es naturgemäß schwerer haben, sich auf unbekannten und weit entfernten Märkten zu etablieren.

Um die Zusammenarbeit mit den sich dynamisch entwickelnden Volkswirtschaften in Asien und Lateinamerika, aber auch mit den Reformländern in Mittel- und Osteuropa zu erleichtern, wird auch 1997 die Präsenz der deutschen Wirtschaft vor Ort durch Neugründungen von Auslandshandelskammern, Delegiertenbüros und Repräsentanzen der deutschen Wirtschaft sowie Errichtungen von Deutschen Industrie- und Handelszentren weiter verstärkt. Außerdem wird 1997 der Einsatz von sog. Umwelt-Area-Managern an Auslandshandelskammern erweitert.

Zur Verbesserung der Transparenz und des Bekanntheitsgrades der Förderinstrumente wird die Bundesregierung im Jahre 1997 im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten eine zentrale Kontaktstelle bei der Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln einrichten, die die Aufgabe hat, über die vorhandenen Fördermöglichkeiten des Bundes, der Länder und der EU im Außenwirtschaftsbereich zu informieren.

Ab Januar 1997 werden alle Informationen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen im Internet leicht zugänglich und aktuell abrufbar sein.

103. Die Bundesregierung wird ihre flexible Politik zur Absicherung von Risiken im Außenwirtschaftsverkehr im Bereich der Hermes-Ausfuhr-Gewährleistungen fortsetzen. Einen Schwerpunkt werden dabei die Arbeiten zur Harmonisierung der Exportkreditversicherungen in den Mitgliedstaaten von EU

und OECD bilden. Bei der Übernahme von Deckungen in Rußland und den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR ist ein erweiterter Zugang für Exporteure aus den alten Bundesländern vorgesehen.

Die Bundesregierung ist bestrebt, das Netz der bilateralen Investitionsförderungsverträge mit Entwicklungs- und Reformländern weiter auszubauen. Sie setzt sich außerdem dafür ein, daß die in der OECD laufenden Verhandlungen über ein Multilaterales Abkommen für Investitionen wie vorgesehen im Frühjahr 1997 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Bundesregierung wird dieses Thema auch im Rahmen der WTO aktiv verfolgen.

Zur Sicherung ihrer Direktinvestitionen im Ausland werden die deutschen Unternehmen auch 1997 auf das bewährte Instrument der Kapitalanlagegarantien zurückgreifen können.

Im Jahre 1996 wurde ein Jahresrekordergebnis von 4,7 Mrd. DM an Garantiezusagen erzielt. Angesichts der wachsenden Kapitalverflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland zur Erschließung und Sicherung von Absatzmärkten ist auch 1997 mit einem hohen Zuwachs an Kapitalanlagegarantien für deutsche Auslandsinvestitionen zu rechnen.

Die Auslandsmesseförderung zählt zu den effektivsten Maßnahmen der Außenwirtschaftspolitik. Rund 20 % der Exportumsätze deutscher Unternehmen werden unmittelbar durch die Beteiligung an Messen und Ausstellungen im Ausland initiiert. Auch 1997 werden rund 170 Auslandsmessebeteiligungen der deutschen Wirtschaft weltweit unterstützt. Um kleineren und mittleren Unternehmen zu helfen, sich auf den schwierigen neuen Märkten noch besser zu präsentieren, wird die Bundesregierung 1997 mit einem Pilotprojekt, dem „Messebegleitprogramm der KMU“, beginnen.

D. Neue Länder: Den Aufbau Ost weiter voranbringen

104. Bei der Umstrukturierung der Wirtschaft in den neuen Ländern sind in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt worden. Gleichwohl bleibt vieles noch zu tun (vgl. Ziffer 4). Die Bundesregierung hat in ihrem Bericht „Aufbau Ost – Chancen und Risiken für Deutschland und Europa“ die Handlungserfordernisse im einzelnen benannt. Gemeinsames Ziel bleibt weiterhin eine leistungsfähige ostdeutsche Wirtschaft, die aus eigener Kraft am Markt besteht und genügend Beschäftigungs- und Einkommenschancen bietet. Alle wirtschaftspolitisch Verantwortlichen – Bund, Länder, Kommunen und die Europäische Union ebenso wie die Wirtschaft und die Tarifpartner – müssen hierzu ihren Beitrag leisten. Keiner kann aus seiner besonderen Verantwortung entlassen werden.

Es geht beim Aufbau Ost um mehr als eine bloße Kopie westdeutscher Wirtschaftsstrukturen, Erfahrungen und Standards. Es geht – angesichts der einzigartigen Herausforderungen eines beispiellosen Strukturwandels – um eigenständige Lösungen für die besonderen Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Ländern. Solche eigenständigen Lösungen bestehen z. B. in der enormen Flexibilität, mit der ostdeutsche Geschäftsführungen, Betriebsräte und Belegschaften auf die notwendige Struktur Anpassung vor allem in den Industriebetrieben reagiert haben. Die Existenz vieler Unternehmen und zahlreicher Arbeitsplätze konnte so unter schwierigsten Bedingungen durch konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten gesichert werden.

105. Es liegt auch im Interesse der westdeutschen Wirtschaft, den Aufbau Ost weiterhin nachhaltig zu unterstützen. Mit der Einkaufsinitiative, der Forschungs- sowie der Exportoffensive hat sie Wichtiges auf den Weg gebracht. Zu wenig aber werden noch die Neugründung bzw. Erweiterung von Industriestandorten in Ostdeutschland sowie die angemessene Beteiligung ostdeutscher Standorte an Kompetenz- und Entscheidungszentren in die unternehmerischen Planungen einbezogen. Auch verstärkte Anstrengungen von Handel und Kreditwirtschaft sind unverzichtbar. Der Handel sollte sich zum Ziel setzen, den bislang noch geringen Anteil ostdeutscher Produkte insbesondere in westdeutschen Regalen deutlich zu erhöhen; Anliegen der Kreditwirtschaft sollte es sein, sich noch mehr als bisher bei Existenzgründungen, bei der Beschaffung und Bereitstellung von Risikokapital sowie der Stabilisierung des Unternehmensbestandes zu engagieren.

106. Die Bundesregierung hat ihre Strategie zum Aufbau der neuen Länder konsequent fortgeführt und an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst.

- Für den „Eigenkapitalfonds Ost“ sind 1997 und 1998 wiederum jeweils 500 Mio. DM vorgesehen.

Damit können mittelständischen Unternehmen langfristiges Eigenkapital durch Unternehmensbeteiligungen (Beteiligungsfonds Ost der Kreditanstalt für Wiederaufbau) bzw. nachrangige unbesicherte, eigenkapitalähnliche Darlehen (Eigenkapitalergänzungs-Programm der Deutschen Ausgleichsbank) zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden. Das bewährte Eigenkapitalhilfe-Programm, mit dem mittelständischen Unternehmen insbesondere in der Gründungsphase und bei grundlegenden Neu- bzw. Modernisierungsinvestitionen haftende Mittel zugeführt werden können, sowie die zinsgünstigen ERP-Darlehensmöglichkeiten werden in Ostdeutschland zunächst bis 1998 fortgeführt. Mit allen diesen Instrumenten kann ostdeutschen Unternehmen auch Risikokapital zugeführt werden.

- Weitere zentrale Bestandteile des „Mittelfristigen Förderkonzepts“ – z. B. die auf die Industrie konzentrierte Fortführung der Investitionszulagen und der Sonderabschreibungen – gelten bis Ende 1998.
- Um verstärkt ausländische Investoren für Ostdeutschland zu gewinnen, ist eine Gesellschaft zur Investorenwerbung durch die Bundesregierung und die neuen Länder als Ergänzung zu den Wirtschaftsfördergesellschaften der Länder gegründet worden. Die Finanzierung von 50 Mio. DM bis Ende 1999 erfolgt aus dem Parteienvermögen.
- Bei Unternehmen mit Konsolidierungsbedarf sind zunächst Eigentümer und Kreditinstitute gefordert. Liegt ein tragfähiges Unternehmenskonzept vor, sind Bund und Länder bereit, z. B. mit Bürgschaften und Mitteln aus dem Konsolidierungsfonds vorübergehend zu helfen.
- Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) kann bei der Rettung privatisierter Unternehmen im Rahmen des Vertragmanagements Beiträge im Zuge sog. „konzertierter Aktionen“ leisten, für die in der Regel die Länder die Federführung übernehmen müssen. Voraussetzung sind das Vorliegen eines tragfähigen Fortführungskonzepts sowie Leistungen aller Beteiligten – vor allem BvS, Land, Eigentümer, Banken, Belegschaft. Bei gescheiterten Privatisierungen wird die BvS unter den gleichen Voraussetzungen auch weiterhin Auffanglösungen oder Weiterveräußerungen unterstützen.
- Mit den Mitteln aus dem Investitionsfördergesetz Ost (6,6 Mrd. DM jährlich ab 1995 über einen Zeitraum von 10 Jahren) sowie durch die Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs ab 1995 haben die neuen Länder eine sichere Finanzierungsgrundlage erhalten, um die Infrastruktur auszubauen und die Investitionsfähigkeit insbesondere auch der Kommunen zu erhalten.

- Der Infrastrukturausbau wird weiter vorangetrieben. Im Telekommunikationsbereich wird noch in diesem Jahr das gesamte Netz digitalisiert sein. Damit werden die neuen Länder über eine modernere Telekommunikationsinfrastruktur verfügen als die alten Länder. Schwerpunkt im Verkehrsbe-
reich sind die „Verkehrsprojekte Deutsche Ein-
heit“. Alle Projekte sind im Bau. Es ist Ziel der Bundesregierung, die Verkehrsprojekte in ihren wesentlichen Teilen bis Anfang des nächsten Jahr-
zehnts fertigzustellen.
- Die Strategie der Bundesregierung zielt darauf ab, den wesentlichen Leitgedanken, Erhaltung und Entwicklung wirtschaftlicher Standorte mit der Sa-
nierung der Umwelt zu verbinden.

107. Nach der Neufestlegung der Fördergebiete durch den Bund-Länder-Planungsausschuß der Ge-
meinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen
Wirtschaftsstruktur“ gehören in den Jahren 1997 bis
1999 Ostdeutschland (einschl. West-Berlin) in Gänze
und Regionen in Westdeutschland im Umfang von
rd. 13,25 Mio. Einwohnern zum Regionalförderge-
biet. Damit kommen die Fördermittel der Gemein-
schaft auch künftig den Regionen zugute, die die Hil-
fe zur Anpassung an den Strukturwandel am drin-
gendsten benötigen.

Im Haushaltsjahr 1997 beträgt trotz der angespann-
ten Haushaltslage der Bewilligungsrahmen für neue
Projekte in Ostdeutschland insgesamt rd. 6,5 Mrd.
DM (einschl. EU-Mittel). Die strukturschwachen För-
dergebiete in Westdeutschland erhalten insgesamt
wieder rd. 700 Mio. DM (davon Bund: 350 Mio. DM).
Die Mittel sind prioritär für die Förderung gewerb-
licher Investitionen und zur Förderung wirtschafts-
naher kommunaler Infrastrukturprojekte einzusetzen.
Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Schaf-
fung neuer und Sicherung vorhandener Arbeitsplät-
ze in den strukturschwachen Regionen.

108. Für den Sachverständigenrat steht außer Zwei-
fel (Ziffer 31* JG), daß die neuen Länder weiterhin
erheblicher finanzieller Unterstützung bedürfen, da-
mit Erneuerung und Aufbau ihres wirtschaftlichen
Potentials sich fortsetzen können. Er weist allerdings
gleichzeitig darauf hin (Ziffer 268 JG), daß sich die
Erwartung verfestigen könnte, Investitionen würden
auch in Zukunft immer wieder von staatlicher Seite
finanziell gestützt, wenn eine zunächst befristet ein-
geführte Förderung immer wieder verlängert wird.
Die Bundesregierung wird die Wirtschaftsförderung
in den neuen Ländern auch nach 1998 auf hohem
Niveau fortführen. Sie muß allerdings sowohl unter
Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Erfor-
dernisse als auch der wirtschaftlichen Fortschritte in
den neuen Ländern schrittweise zurückgeführt wer-
den.

Wichtigster Förderschwerpunkt auf betrieblicher
Ebene wird dabei die Investitionsförderung bleiben.
Auch der Sachverständigenrat spricht sich implizit
für eine Verstärkung der Konzentration auf die In-
vestitionsförderung aus (Ziffer 268 ff JG). Durch die
Investitionsförderung werden die weitere Moderni-
sierung und der Ausbau bestehender sowie der Auf-
bau neuer Produktionskapazitäten wirksam unter-
stützt. Die Förderung wird weiterhin auf die Industrie
konzentriert. Daneben wird die Bundesregierung
auch künftig ihren Beitrag zur Verbesserung der Ei-
genkapitalversorgung und der Innovationsfähigkeit
der Unternehmen leisten.

Die konkrete Ausgestaltung ihres Konzepts zur Wirt-
schaftsförderung nach 1998 wird die Bundesregie-
rung im Frühjahr 1997 vorlegen. Dabei werden die
Ergebnisse der Steuerreformkommission sowie eines
Forschungsauftrags zum Förderinstrumentarium
(„Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische An-
passungsfortschritte in Ostdeutschland“, 15. Bericht)
berücksichtigt.

E. Europäische Integration: Gemeinsame Währung, institutionelle Reformen

109. Die dauerhafte Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität in Europa ist für Deutschland von herausragender Bedeutung. Die Veränderungen des globalen wirtschaftlichen und politischen Umfelds stellen die europäischen Staaten vor Herausforderungen, denen sie nur durch eine konsequente Fortsetzung des europäischen Einigungswerks gerecht werden können. Stillstand im Prozeß der europäischen Integration bedeutet deshalb Rückschritt im Hinblick auf die Wahrung europäischer Interessen im globalen Kräftefeld. Auf Dauer können Frieden, Freiheit und Wohlstand nur in einem vereinten Europa gesichert werden. Das Regelwerk für die Wirtschafts- und Währungsunion bietet einen zuverlässigen Rahmen für eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik sowie für eine stabilitätsgerechte Geld-, Währungs- und Finanzpolitik in Europa.

110. Die Vorteile des Binnenmarkts werden erst mit einer einheitlichen Währung voll ausgeschöpft. In der Wirtschafts- und Währungsunion wird der Austausch von Gütern und Dienstleistungen nicht mehr durch wechselkursbedingte Transaktions- und durch Kurs sicherungskosten behindert. Durch Wegfall des Wechselkursrisikos wird ein deutlich erhöhtes Maß an langfristiger Kalkulations- und Planungssicherheit erreicht. Dies ist insbesondere für Investitionsentscheidungen von großer Bedeutung. Der Euro-Raum dürfte dadurch auch für Investoren aus Drittstaaten attraktiver werden. Durch den größeren Währungsraum wird zudem der „Finanzplatz Europa“ gestärkt, die Anlage- und Finanzierungsmöglichkeiten werden reichhaltiger und bedarfsgerechter.

Durch die Summe dieser Effekte hat die Wirtschafts- und Währungsunion das Potential, einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Revitalisierung zu leisten und Europa im globalen Wettbewerb zu stärken. Dieses Potential kann allerdings nur dann in vollem Umfang realisiert werden, wenn die Wirtschafts- und Währungsunion auf europäischer Ebene ein solides Fundament erhält und wenn auch auf nationaler Ebene die Wirtschafts- und Finanzpolitik den Erfordernissen der gemeinsamen Währung gerecht wird.

111. Eine Wirtschafts- und Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft erfordert die strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien bei der Auswahl der Länder, die ab Anfang 1999 in die dritte Stufe der Währungsunion eintreten. Dies ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Akzeptanz der neuen Währung durch die Bürger und die Finanzmärkte. Die Bundesregierung vertritt deshalb mit Nachdruck die Auffassung, daß sich im Frühjahr 1998 nur solche Mitgliedstaaten für die Teilnahme an der dritten Stufe qualifizieren, die die Konvergenzkriterien des EG-Vertrages erfüllen und die insbesondere auch Gewähr für dauerhaft solide öffentliche Finanzen bieten. Diese Position wird vom Sachverständigenrat nachdrücklich unterstützt (Ziffern 351 ff JG). Er be-

tont, daß es weder zu einer direkten noch zu einer indirekten Aufweichung der Fiskalkriterien durch Manipulation der Haushaltsdaten kommen darf. Der Europäische Rat wird die Entscheidung über die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion im Frühjahr 1998 auf der Basis zuverlässiger und belastbarer Zahlen treffen. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß sich auch bei einer solchen strikten Anwendung der Kriterien im Frühjahr 1998 eine ausreichende Anzahl von Mitgliedstaaten für die Teilnahme an der dritten Stufe qualifizieren kann.

Das Staatsdefizit in Deutschland wird im Jahr 1997 voraussichtlich bei 2,9% des BIP liegen. Bei dieser Schätzung wird davon ausgegangen, daß Länder und Gemeinden die im Finanzplanungsrat besprochene Finanzpolitik einhalten.

112. Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Währungsunion mit solidem Fundament ist nach Auffassung der Bundesregierung auch Voraussetzung dafür, daß diejenigen Mitgliedstaaten, die 1999 noch nicht an der dritten Stufe der Währungsunion teilnehmen können, ihre Konvergenzanstrengungen konsequent fortsetzen und so die wirtschaftliche Grundlage für einen baldigen Beitritt schaffen. Ein neuer Wechselkursmechanismus unterstützt diesen Prozeß. Er trägt darüber hinaus zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts bei. Der Europäische Rat in Dublin hat deshalb am 13./14. Dezember 1996 Grundzüge eines neuen Wechselkursmechanismus festgelegt.

Der Euro wird der Stabilitätsanker des Systems sein, an den die außerhalb des Euro-Raums verbleibenden nationalen Währungen mit relativ weiten Schwankungsbandbreiten angebunden werden. Bei Ausschöpfung dieser Bandbreiten interveniert die Europäische Zentralbank an den Devisenmärkten. Ihre Unabhängigkeit und ihre Stabilitätsorientierung wird aber dadurch nicht unterlaufen. Sie hat das Initiativrecht zur Einberufung von Sitzungen zur Neufestlegung der Leitkurse („Realignment“), und sie ist bei Gefährdung der Preisstabilität von ihrer Interventionspflicht suspendiert. Die Teilnahme am neuen Wechselkursmechanismus ist wünschenswert, aber freiwillig. Sie ist jedoch Voraussetzung für die Erfüllung des Wechselkurskriteriums und damit für eine spätere Teilnahme an der Währungsunion.

113. Desweiteren hat der Europäische Rat in Dublin den Rechtsrahmen für die Einführung des Euro festgelegt. Damit erhalten alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten Planungs- und Rechtssicherheit für ihre Vorbereitung auf den Übergang zur neuen Währung. Für die Übergangsperiode bis zum 31. Dezember 2001 ist jetzt auch rechtlich der Grundsatz „kein Zwang, keine Behinderung“ für die Verwendung des Euro verankert. Die Bundesregierung wird die vorbereitenden Arbeiten der nationalen Gesetzgebung intensivieren. Ziel ist eine möglichst kostengünstige

Stabilitäts- und Wachstumspakt

und wettbewerbsneutrale Währungsumstellung ohne überflüssigen regulatorischen Aufwand, aber mit hoher Rechtssicherheit. Dies gilt insbesondere auch für das Verhältnis von Wirtschaft und öffentlicher Hand. Die Phase mit doppeltem Bargeldumlauf soll möglichst kurz gehalten werden. Diese Frage wird gegenwärtig im Kontakt mit den Wirtschaftsverbänden geprüft. Für die Preisauszeichnungspflicht nach Einführung von Euro-Bargeld wird auch im Interesse der Verbraucher eine kostengünstige und praktikable Regelung zu treffen sein.

114. Dauerhafte Stabilität der europäischen Währung erfordert auch für die Zeit nach dem Übergang eine zuverlässige Sicherung der Haushaltsdisziplin. Der Europäische Rat von Dublin hat wichtige Einzelheiten des vom Bundesminister der Finanzen angeregten „Stabilitätspakt für Europa“ geklärt. Mit der Einigung des Europäischen Rates auf einen „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ hat er anerkannt, daß gesunde Staatsfinanzen eine zentrale Vorbedingung für dauerhaftes Wachstum sind. Die wesentlichen Elemente lauten (vgl. Übersicht 3).

Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, während eines normalen Konjunkturzyklus die Obergrenze für das Haushaltsdefizit in Höhe von 3 % des Bruttoinlandsprodukts nicht zu überschreiten. Dazu soll mittelfristig ein ausgeglichener Haushalt oder Haushaltsüberschuß angestrebt werden. Im Rahmen des Artikel 103 EG-Vertrag wird ein Frühwarnsystem zur Überwachung der Haushaltsentwicklung in den Mitgliedstaaten vor Erreichen der 3 %-Obergrenze etabliert. Bei etwaigen Abweichungen vom mittelfristigen Ziel wird eine Gefährdung der Haushaltsdisziplin frühzeitig festgestellt und gegebenenfalls eine Empfehlung zum Defizitabbau ausgesprochen.

Das im EG-Vertrag festgelegte Haushaltsüberwachungsverfahren (Artikel 104c) bei Überschreitung der 3 %-Defizitobergrenze wurde präzisiert und beschleunigt. Jeder Mitgliedstaat weiß damit im voraus, welche Konsequenzen ihn im Falle unsolider Haushaltspolitik erwarten.

Die Europäische Kommission hat sich verpflichtet, das Verfahren zur Haushaltsüberwachung bei Überschreiten der 3 %-Obergrenze für das Haushaltsdefizit immer auszulösen. Die Kommission wird eine Überschreitung des Referenzwertes von 3 % des Bruttoinlandsproduktes aufgrund eines Wachstumsseinbruchs in der Regel nur dann als Ausnahme einstufen, wenn das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr mindestens um 2 % zurückgeht.

Auch für Entscheidungen des Ministerrats sind klare und feste Regeln festgelegt. Er wird nur bei außergewöhnlichen Ereignissen, wie etwa Naturkatastrophen, und bei einer schweren Rezession Ausnahmen von der 3 %-Regel gewähren. Nur wenn der Wachstumseinbruch so stark ist, daß das Bruttoinlandsprodukt um mindestens 2 % zurückgeht, wird dem betroffenen Land ohne weiteres eine Ausnahme zugestanden. Ist der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts dagegen geringer als 2 %, kann der Rat eine Ausnahme gewähren, sofern das betreffende Land dafür weitere stützende Beweise erbringt. Die Mitglied-

I. Frühwarnsystem (Art. 103 EG-Vertrag)

- Jährliche Vorlage von „Stabilitätsprogrammen“ (WWU-Teilnehmer) bzw. von „Konvergenzprogrammen“ (Nicht-Teilnehmer) einschließlich mittelfristiger Haushaltsziele.
- Laufende Überwachung der Haushaltsentwicklung
- Bei Abweichungen vom mittelfristigen Ziel gegebenenfalls Empfehlungen des Ministerrates für Korrekturmaßnahmen.

II. Verfahren zur Vermeidung übermäßiger Haushaltsdefizite (Art. 104 c EG-Vertrag)

- Bei jeder Meldung (März bzw. September jeden Jahres) einer Überschreitung der 3 %-Obergrenze Bericht der EU-Kommission. Stellungnahme des Wirtschafts- und Finanzausschusses innerhalb von 2 Wochen und ggf. Empfehlung der Kommission für Ratsentscheidung.
- Bei Fehlen einer Kommissionsempfehlung entsprechende Aufforderung an Kommission durch Ministerrat. Ratsentscheidung über Vorliegen eines übermäßigen Defizits, sofern keine Ausnahmen vorliegen und zugleich Ratsempfehlung zum Ergreifen wirksamer Korrekturmaßnahmen innerhalb von 4 Monaten.
- Gewährung von Ausnahmen nur bei außergewöhnlichen Ereignissen (z. B. Naturkatastrophen) und bei schwerer Rezession, d. h. bei BIP-Rückgang um mind. 2 % ohne weiteres und bei weniger als 2 % nur, wenn Mitgliedstaat gute Gründe für Ausnahmesituation nachweist (Umkehr der Beweislast). Bei BIP-Schrumpfung bis 0,75 % Verzicht der Mitgliedstaaten auf Inanspruchnahme von Ausnahmeregelungen.
- Prüfung durch Ministerrat, ob wirksame Maßnahmen ergriffen. Bei negativem Ergebnis Veröffentlichung der Ratsempfehlungen und zugleich Ratsentscheidung über Inverzugsetzung des Mitgliedstaates zum Ergreifen von Maßnahmen zum Defizitabbau.
- Bei Nichtbefolgung der Ratsbeschlüsse spätestens 10 Monate nach Defizitmeldung Verhängung von Sanktionen. Diese Sanktionen umfassen eine unverzinsliche Einlage in Höhe von 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Sockelbetrag und zusätzlich 0,1 % pro Prozentpunkt der Defizitüberschreitung bis zu einer Obergrenze von 0,5 % des BIP. Umwandlung der Einlage in Geldbuße nach 2 Jahren bei anhaltender Überschreitung der 3 %-Obergrenze.
- Bei Unwirksamkeit der Korrekturmaßnahmen sofortige Wiederaufnahme des Verfahrens und Verhängung von Sanktionen innerhalb von 3 Monaten.

staaten haben sich verpflichtet, von dieser „Berufungsmöglichkeit“ nur Gebrauch zu machen, wenn das Bruttoinlandsprodukt um mindestens 0,75 % schrumpft. Damit ist der Ermessensspielraum des Rates stabilitätsgerecht begrenzt.

Daneben wurden eine Beschleunigung des Verfahrens sowie wirksame Sanktionen bei übermäßigen Haushaltsdefiziten beschlossen. Mit den vereinbarten Elementen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist für jeden Mitgliedstaat und für die nationalen Parlamente klar, welche Konsequenzen eine Abweichung vom Stabilitätspfad nach sich zieht. Das Verfahren ist transparent und für jeden Mitgliedstaat von vornherein berechenbar.

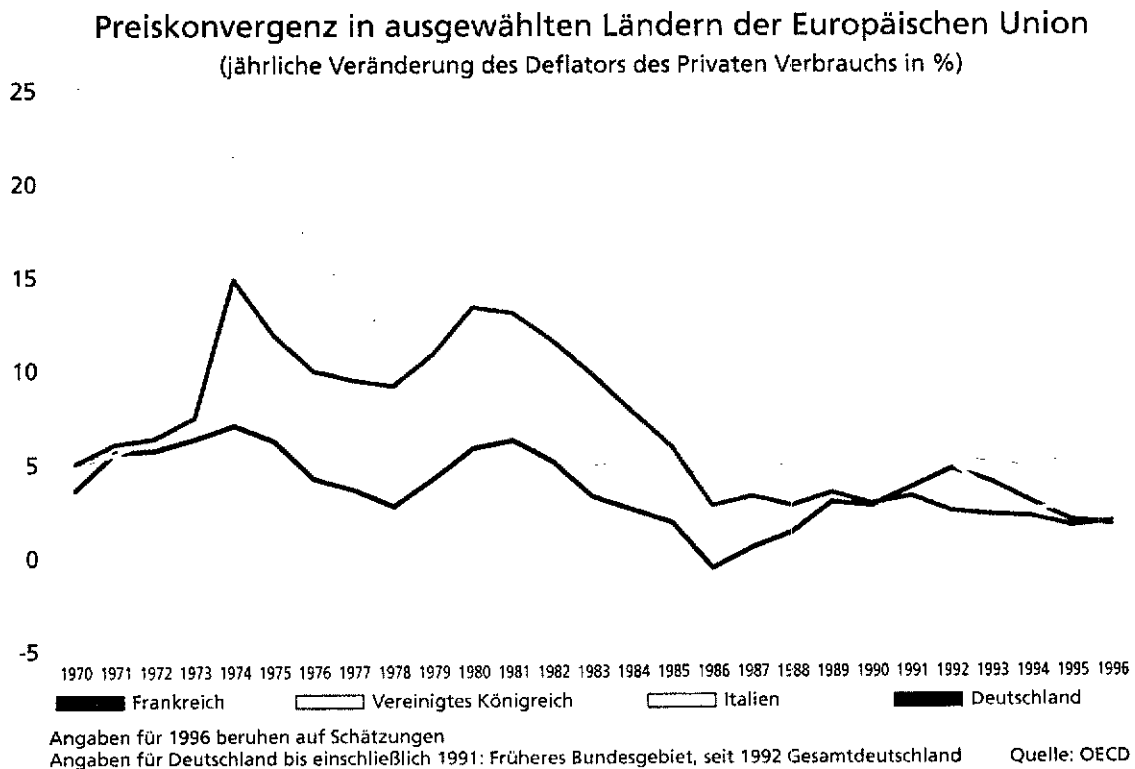
115. Die Währungsunion bedeutet eine neue Integrationsqualität, auch mit Blick auf weitere Anforderungen an eine funktionsfähige Wirtschaftsunion. Für die Regierungen der Mitgliedstaaten heißt dies, durch eine effiziente Wirtschaftspolitik und marktwirtschaftliche Reformen die Voraussetzungen für den Erfolg sicherzustellen. Mit der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion werden alle Teilnehmer bei unterschiedlichen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Strukturen einer einheitlichen Geldpolitik unterworfen; Wechselkursanpassungen als Reaktion auf wirtschaftliche Schocks oder Fehlentwicklungen entfallen. Dies bedeutet für die Tarifpartner, daß sie noch stärker als bisher gefordert sein werden, in ihren Tarifabschlüssen den unterschiedlichen Produktivitäten und den jeweiligen Arbeits-

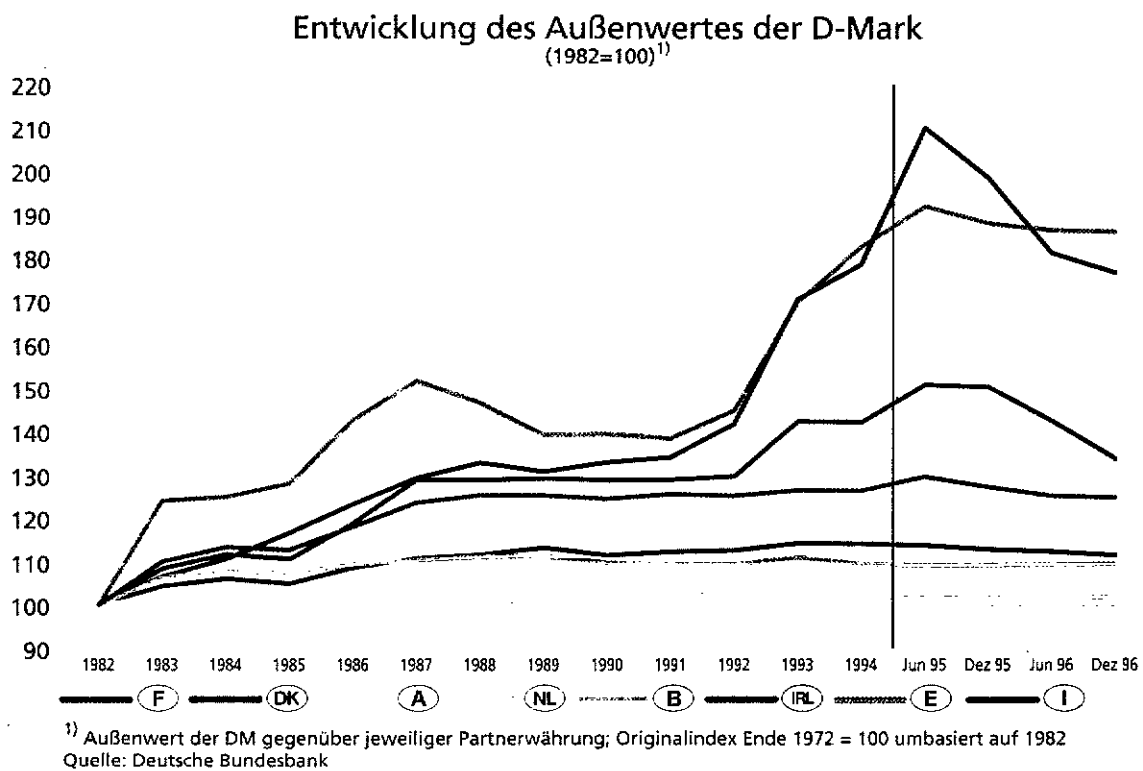
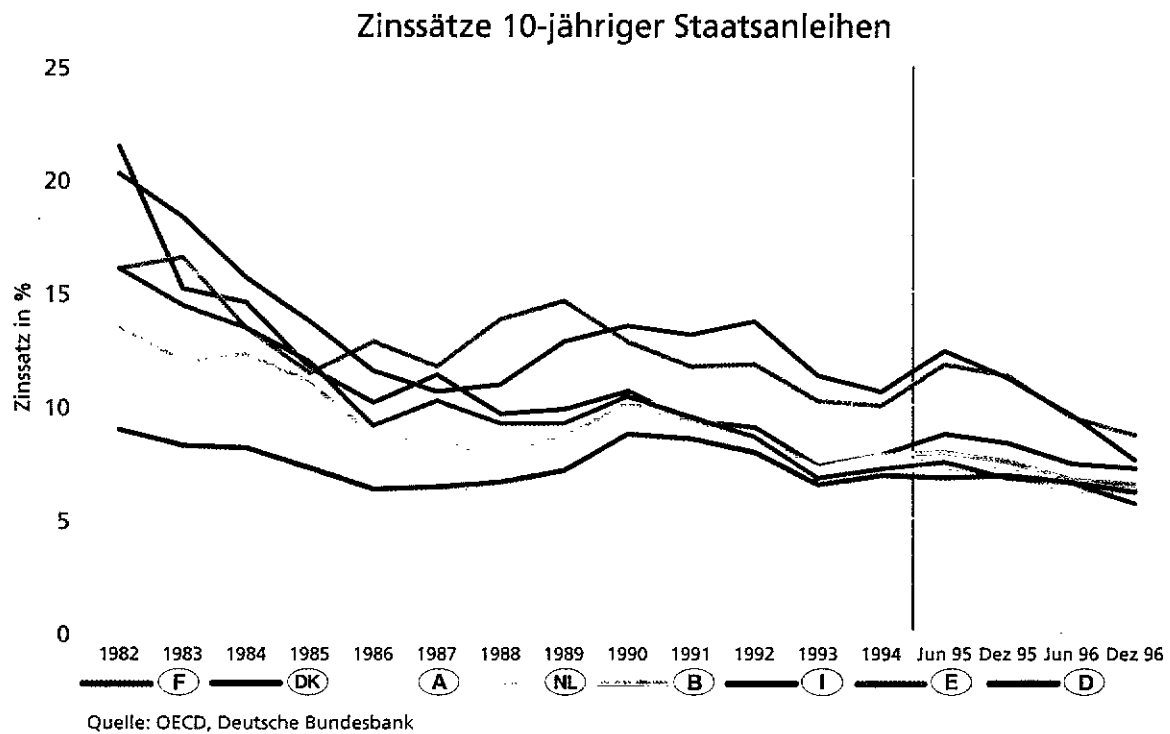
markterfordernissen Rechnung zu tragen, sollen wachsende regionale Ungleichgewichte und höhere Arbeitslosigkeit vermieden werden.

116. Die Bundesregierung ist in diesem Zusammenhang der Auffassung, daß die Wirtschaftspolitik auch nach dem 1. Januar 1999 soweit als möglich in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten verbleiben sollte. So ist die Reform der Einkommensteuertarife eine Aufgabe der nationalen Entscheidungsorgane und bedarf keiner Harmonisierungsregeln auf europäischer Ebene (vgl. Ziffer 29 ff). Auch die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme muß bei den nationalen Regierungen verbleiben, da die Sozialsysteme politische Präferenzen und Prioritäten der einzelnen Länder mit unterschiedlichen Ergebnissen widerspiegeln und sich an der jeweils unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren müssen.

117. Eine Notwendigkeit für eine Verlagerung von Kompetenzen auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik zugunsten der Gemeinschaft ist nicht zu erkennen. Aufgrund unterschiedlicher Problemlagen lassen sich die tiefgreifenden Beschäftigungsprobleme in Europa nur mit länderspezifischen Lösungsansätzen bewältigen. Die Gemeinschaft fördert die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Allerdings sind hier noch nicht alle Spielräume genutzt worden, zur Lösung des Beschäftigungsproblems beizutragen. Zu Recht hat in diesem Zusammenhang der Europäische Rat in Dublin darauf hingewiesen, daß die Instru-

Schaubild 34





mente zur Überwachung und Bewertung der Beschäftigungspolitiken weiterentwickelt werden sollten, um bewährte Praktiken besser zu identifizieren.

Große Aufmerksamkeit wird der Frage der Beschäftigungspolitik auch im Rahmen der Regierungskonferenz gewidmet. Dabei geht es darum, ob ein Kapitel zur Beschäftigungspolitik in den Vertrag eingefügt werden soll. Zusammen mit Frankreich und Großbritannien tritt die Bundesregierung einer Verlagerung der Beschäftigungspolitik auf die Gemeinschaft und der Forderung nach neuen Finanzprogrammen entgegen. Es muß vermieden werden, daß durch die Übernahme in den EG-Vertrag unerfüllbare Erwartungen geweckt werden.

118. Der Bedarf an Koordinierung in der europäischen Wirtschaftspolitik wird sich mit der Währungsunion – aufgrund der sich verstärkenden wechselseitigen Abhängigkeiten – zweifelsohne erhöhen. Nach Art. 103 Abs. 3 EG-V überwacht der Rat die wirtschaftliche Entwicklung in jedem Mitgliedstaat sowie die Vereinbarkeit der Wirtschaftspolitik mit den empfohlenen Grundzügen der Wirtschaftspolitik. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die Spielräume für eine volle Anwendung dieser Bestimmung genutzt werden. Allerdings lassen sich nationale wirtschaftspolitische Versäumnisse nicht durch eine verstärkte internationale Koordinierung der Wirtschaftspolitiken lösen. Solche Defizite müssen in erster Linie von den jeweiligen nationalen Regierungen selbst beseitigt werden. Vorrang vor der Etablierung neuer Koordinierungsinstrumente muß die wirksame Anwendung der bestehenden Koordinierungsmechanismen besitzen.

119. Die Beihilfenpolitik der Gemeinschaft muß wettbewerbskonform ausgestaltet sein und darf nicht im Widerspruch zum marktwirtschaftlichen Leitbild offener Märkte stehen. Sie muß sich strikt an die im EG-Vertrag festgeschriebenen Regeln halten und darf nicht zu Verzerrungen der Marktbeziehungen zwischen den Unternehmen führen. Die Bundesregierung geht für den Bereich der Beihilfenkontrollpolitik weiterhin davon aus, daß die für den Aufbau der neuen Bundesländer erforderlichen Beihilfen auf der Grundlage der im EG-Vertrag niedergelegten Genehmigungstatbestände geleistet werden können.

Am 14. November 1996 hat der Industrieministerrat in seinen Schlußfolgerungen zur Beihilfenpolitik die Grundlage dafür geschaffen, daß die Europäische Kommission im Jahre 1997 erstmals Vorschläge für Verordnungen nach Art. 94 EG-Vertrag auf dem Gebiet der Beihilfenkontrollpolitik vorlegen kann. Die Bundesregierung unterstützt dabei wie die übrigen Mitgliedstaaten die Europäische Kommission darin, auf dem Verordnungswege klare Festlegungen zum Verfahren zu treffen.

Daneben wird die Europäische Kommission Vorschläge für Gruppenfreistellungen in bestimmten Sachbereichen vorlegen (Politik für kleine und mitt-

lere Unternehmen, Forschung und Entwicklung, Umweltpolitik, Regionalpolitik, usw.). Im übrigen wird die Bundesregierung insbesondere im Rahmen der Diskussionen im Ministerrat darauf achten, daß das System einer wettbewerbspolitisch strikten Beihilfenkontrolle nicht aufgeweicht wird. Auch die Gemeinschaftspolitiken (z. B. Kohäsionspolitik) müssen sich daran orientieren.

120. In der Umweltpolitik der Europäischen Union sollten klare, inhaltliche Anforderungen im Vordergrund stehen, während in Anwendung des Subsidiaritätsprinzips verfahrensrechtliche Regelungen auf das zur Zielerreichung unbedingt erforderliche Maß beschränkt bleiben sollten, um den Mitgliedstaaten den für die Gestaltung effizienter Verwaltungsverfahren notwendigen Spielraum zu belassen.

121. Die Regierungskonferenz hat am 29. März 1996 unter italienischer Präsidentschaft mit einer Sitzung der Staats- und Regierungschefs in Turin ihre Arbeiten aufgenommen und tagt seitdem regelmäßig auf der Ebene der Persönlichen Beauftragten und der Außenminister. Der Europäische Rat in Florenz hat die Arbeiten der italienischen Präsidentschaft als Arbeitsgrundlage bestätigt. Ein informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs am 5. Oktober in Dublin hat den Europäischen Rat im Juni in Amsterdam als Datum für den Abschluß der Konferenz bestätigt. Die irische Präsidentschaft hat dem Europäischen Rat in Dublin einen Vertragsrahmen, der die Verhandlungsthemen und Lösungsoptionen auflistet, vorgelegt.

Die Konferenz hat vier prioritäre Ziele:

- Institutionelle Reformen, um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union mit mehr Mitgliedern sicherzustellen.
- Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, um die Fähigkeit der Europäischen Union zur Friedenssicherung zu stärken.
- Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich Inneres und Justiz, um vor allem den Herausforderungen des international organisierten Verbrechens besser entgegenzutreten zu können, und
- eine bürgernähere Union zu schaffen.

Zu den Forderungen für eine bürgernahe Europäische Union gehört die Präzisierung der Kriterien für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips durch ein Protokoll zum EG-Vertrag, für das sich besonders die Bundesregierung in den Verhandlungen einsetzt.

Eine Vertiefung der Europäischen Integration wird durch die Verstärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Innen- und Justizpolitik angestrebt. Ziel ist es, die Grundlagen für die Erweiterung zu schaffen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Europäische Union auf die Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts vorzubereiten.

F. Gesamtwirtschaftliche Perspektiven 1997

Das Wachstum gewinnt an Stärke

122. Die Auftriebskräfte haben wieder an Stärke gewonnen. Nach einer Wachstumspause von Mitte 1995 bis Anfang vergangenen Jahres, die durch DM-Aufwertung in Kombination mit unerwartet hohen Lohnabschlüssen ausgelöst und durch den harten Winter noch verstärkt wurde, ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung inzwischen wieder auf den mittelfristigen Wachstumspfad zurückgekehrt. Die Investitionen waren bisher allerdings noch zu schwach, um eine Wende am Arbeitsmarkt herbeizuführen.

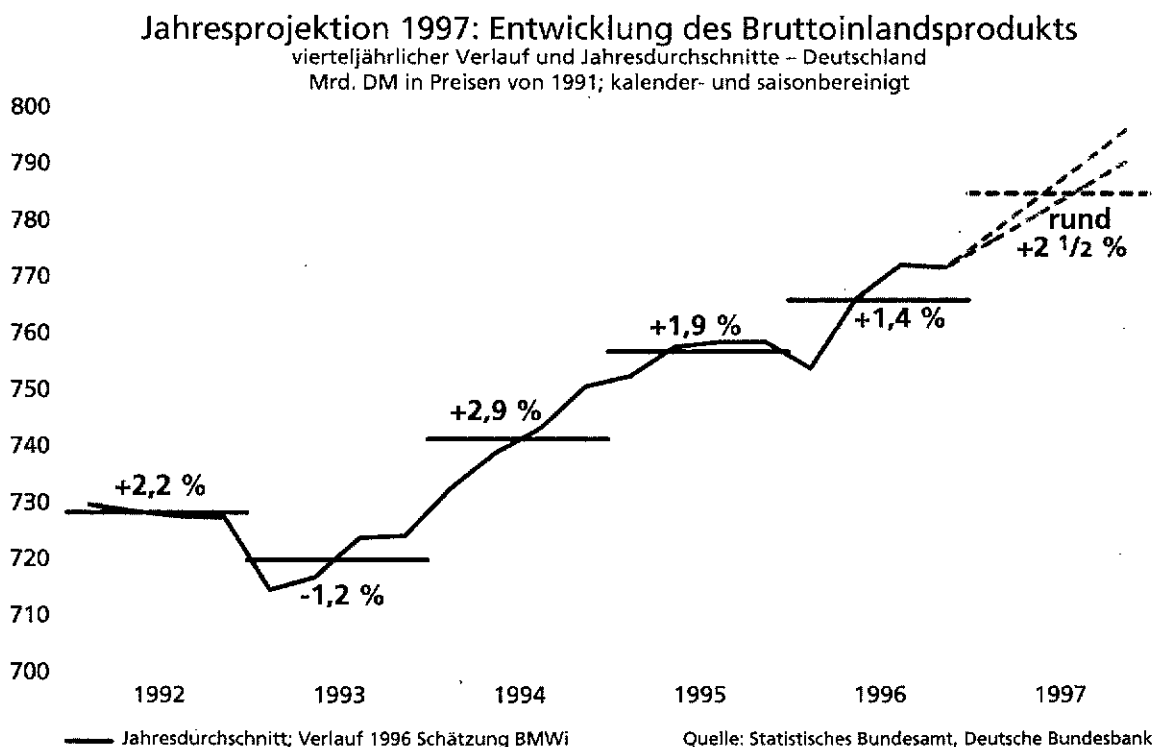
Die Ausgangslage für eine Fortsetzung des Wachstums ist gut. Das Geschäftsklima verbesserte sich nach einem Zwischentief in vielen Bereichen deutlich. Erwartungen und Perspektiven sind günstig. Die Dynamik der Ausfuhren ist kräftig und die Bedingungen für Investitionen haben sich weiter verbessert: Die Zinsen sind niedrig. Die Unternehmenserträge sind weiter gestiegen. Die Lohnentwicklung ist wieder auf einen moderaten Kurs eingeschwenkt. Die Lohnstückkosten sind tendenziell rückläufig, insbesondere im internationalen Vergleich unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Wechselkursnormalisierung.

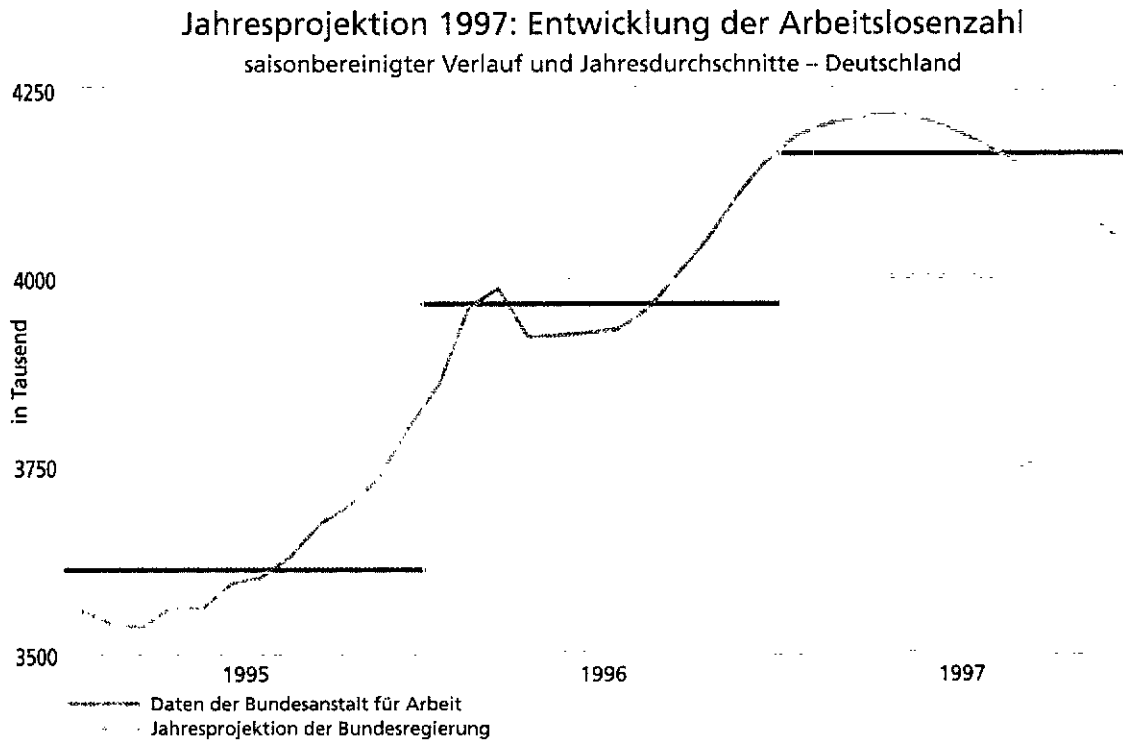
Die Preise sind stabil. Die Maßnahmen zu Einsparungen im Staatssektor haben zum Ziel, die Belastung mit Abgaben zu begrenzen. Zwar sinkt dadurch auf der einen Seite die staatlich beeinflusste Nachfrage. Dieser Effekt wird aber auf der anderen Seite durch die positiven Vertrauenseffekte und die Öffnung neuer Freiräume für unternehmerische Tätigkeit mehr als aufgewogen, was sich u. a. in einer höheren Investitionsneigung bemerkbar macht.

Vor diesem Hintergrund nimmt die Bundesregierung an, daß sich die im letzten Jahr eingetretene Wachstumsbelebung weiter fortsetzen wird. Sie rechnet für 1997 mit der folgenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung:

- Das *Bruttoinlandsprodukt* (BIP) dürfte real um rd. 2½% im Jahresdurchschnitt ansteigen (vgl. Schaubild 37). Der Zuwachs dürfte in den alten und den neuen Ländern etwa gleich stark ausfallen. Dies bedeutet nicht – wie auch der Sachverständigenrat betont (Ziffer 233 JG) –, daß der Aufbauprozeß in Ostdeutschland stockt; vielmehr spiegelt sich darin eine Normalisierung der Aktivitäten im Bausektor wider.

Schaubild 37





- Die *Beschäftigung* wird auch 1997 zunächst noch zurückgehen. Die Auswirkungen der Wachstumschwäche 1995/96 sind am Arbeitsmarkt noch nicht überwunden. Die eingetretene Wachstumsbeschleunigung sowie die Maßnahmen zur Strukturverbesserung wirken erst mit Verzögerung. Die Vorbelaugung aus dem Jahr 1996 ist hoch. Die Erwerbstätigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt nochmals zurückgehen und die Zahl der Arbeitslosen auf rund 4,1 Mio. weiter steigen. Im Verlauf des Jahres kann aber – bei Festigung der positiven Konjunkturten- denz – mit einer Wende zum Besseren gerechnet werden. Am Jahresende werden die Erwerbstätig- keit wieder höher und die Arbeitslosigkeit niedri- ger sein als vor Jahresfrist (vgl. Schaubild 38).
- Das *Preisniveau* bleibt weitgehend stabil. Sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern dürfte der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe nur et- wa 1½ % betragen.
- Die *außenwirtschaftliche Position* der Bundesrepu- blik verbessert sich weiter. Das Leistungsbilanzde- fizit, das im Zusammenhang mit der Wiedervereinig- ung entstanden ist, dürfte nochmals zurückgehen.

Diese Einschätzung liegt auf der Linie des Sachver- ständigenrates sowie der wirtschaftswissenschaftli- chen Forschungsinstitute und vieler anderer Beob- achter im nationalen und internationalen Bereich. Abweichungen geringeren Umfangs ergeben sich sowohl aufgrund neuer Daten als auch aufgrund un- terschiedlicher Einschätzungen in Teilbereichen.

1. Exporte bleiben treibende Kraft

123. Die wirtschaftliche Expansion ist vor allem durch steigende Ausfuhren gekennzeichnet. Diese regen auch die Investitionen an. Insgesamt bleibt die Inlandsnachfrage zunächst noch schwach.

124. Das weltwirtschaftliche Umfeld stellt sich heute besser dar als vor einem Jahr: Die Perspekti- ven haben sich weltweit aufgehellt. Das Wachstum der Weltwirtschaft beschleunigt sich. In den USA zeichnet sich eine Fortsetzung der Aufwärtsentwick- lung in wenig vermindertem Tempo ab. Unterstützt durch Impulse aus den dynamischen fernöstlichen Wachstumszentren, aus Lateinamerika und den mit- tel- und osteuropäischen Staaten – Regionen, in die in den letzten Jahren die deutschen Ausfuhren stark zugenommen haben –, erfaßt der Aufschwung nicht zuletzt auch die westeuropäischen Industrieländer. Demnach wird der Welthandel beschleunigt zuneh- men. Die OECD veranschlagt den Anstieg auf real 6 bis 7 %. Von dem damit verbundenen Nachfrage- sog profitiert die deutsche Exportwirtschaft. Denn in dieser Konjunkturphase werden verstärkt Investi- tionsgüter nachgefragt. Damit können die Exporteu- re die Vorteile ihrer Angebotspalette nutzen. Das Wachstum bei Deutschlands wichtigsten Handels- partnern in Europa ist aufgrund der dort bestehen- den Strukturprobleme zwar noch unterproportional, beschleunigt sich aber ebenfalls. Damit zeichnen sich insgesamt gute Aussichten für hohe Exportstei- gerungen ab. Die Normalisierung des D-Mark-Au-

Benwertes, kräftig gestiegene Auslandsaufträge während des ganzen Vorjahres und positive Exporterwartungen der Unternehmen sprechen dafür, daß die Auslandsnachfrage weiterhin die treibende Kraft der wirtschaftlichen Erholung bleibt. Insgesamt dürften die *Ausfuhr*en von Waren und Dienstleistungen real um rund 6½%, d. h. parallel zur Welthandelsentwicklung ansteigen. Sie werden damit nach der sehr erfreulichen Entwicklung im Vorjahr noch beschleunigt zunehmen. Im Unterschied zu den Vorjahren gehen keine Marktanteile verloren.

125. Die dynamische Exportnachfrage sorgt für eine stärkere Ausweitung der Produktion. Damit steigt auch die Auslastung der Produktionskapazitäten. Erweiterungsinvestitionen werden allmählich dringender. Die noch eher schwache Entwicklung der *Ausrüstungsinvestitionen* im vergangenen Jahr dürfte bald an Kraft gewinnen. Denn die Gesamtkonstellation für ein Wiedererstarken der Investitionen ist – wie schon erwähnt – günstig. Letzteres betont auch der Sachverständigenrat (Ziffer 203 JG). Er weist dazu auf das günstige weltwirtschaftliche Umfeld, die Preisstabilität, die niedrigen Zinsen, die sich bessernde Ertragslage, den moderaten Lohnanstieg und die kräftigen Produktivitätszuwächse. Auch die Gewinn-Erlös-Relation hat sich erheblich verbessert; die Sachkapitalrendite liegt höher als die Verzinsung von Geldanlagen. Die in diesem Zusammenhang oft erwähnten ungünstigen Ertragsaussichten stehen zumindest nicht mit der sich seit drei Jahren stark verbessernden Ertragslage im Einklang. Trotz der hohen Rationalisierungsanstrengungen der letzten Jahre dürften bei weiter steigender Produktion die noch vorhandenen Rationalisierungsreserven allmählich ausgeschöpft sein. Dabei spielt auch eine Rolle, daß sich die Kapazitäten inzwischen wieder mehr dem tatsächlichen Niveau der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage angepaßt haben, nachdem sie im Zuge der Wiedervereinigung Anfang der 90er Jahre durch kräftige Investitionssteigerungen beschleunigt aufgebaut worden und seit 1993 erheblich unterausgelastet waren. Dies kommt z. T. in der gestiegenen Kapazitätsauslastung zum Ausdruck.

Entscheidend für Investitionen sind neben den günstigen Rahmenbedingungen die künftigen Absatzaussichten für die Güter und Leistungen, die mit diesen Anlagen hergestellt oder erbracht werden. Wenn, wie es während der Wachstumspause 1995/96 der Fall war, die Kapazitätsreserven im Hinblick auf die erwartete Nachfrage als ausreichend angesehen werden, die Absatzaussichten ungünstig erscheinen und das Geschäftsklima eingetrübt ist, besteht wenig Anlaß, verstärkt zu investieren; Investitionen werden eher zurückgestellt. Hier unterscheidet sich die Situation Anfang 1997 grundlegend von der vor einem Jahr: Die Nachfrageperspektiven – wenn auch zunächst nur für das Exportgeschäft – haben sich erheblich verbessert.

Deshalb ist die Bundesregierung weniger skeptisch in ihren Erwartungen für die Investitionen als der Sachverständigenrat. Zumal die Entwicklung bereits im abgelaufenen Jahr nicht ganz so ungünstig war, wie sie der Rat erwartet hatte. Zwar kam in den jüngsten Umfragen eine noch gedämpfte Investitionsnei-

gung zum Ausdruck, doch besteht aufgrund der stark verbesserten Rahmenbedingungen eigentlich kein Anlaß mehr für eine weiterhin abwartende Haltung der Investoren. Die Jahresprojektion nimmt daher für 1997 einen merklichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen von real rund 5% an. Auch eine solche Zunahme bliebe freilich immer noch hinter der Dynamik in vergleichbaren früheren Konjunkturphasen zurück und die Investitionsquote läge weiter unter ihrem Trendwert. Für eine durchgreifende Entlastung des Arbeitsmarktes ist eine stärkere Investitionsdynamik dringend erforderlich. Noch bestehende Unsicherheiten bei Investoren müssen deshalb rasch überwunden werden. Das Vertrauen in die Zukunft muß gestärkt werden. Dazu sind ein konsequentes Festhalten am finanzpolitischen Kurs der Konsolidierung und Steuersenkung auf allen staatlichen Ebenen und ein „Durchbruch“ in der Lohnpolitik erforderlich (Ziffer 220 JG).

Die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft zeigt sich in der Fähigkeit, für wachsenden Wohlstand ihrer Bürger zu sorgen. Auch dazu sind Investitionen im Inland dringend notwendig: Es geht darum, den Kapitalstock modern zu halten und durch seinen Anstieg den künftigen Wachstumsspielraum auszuweiten (vgl. Ziffer 223 JG). In diesem Zusammenhang erscheint es bedenklich, daß die deutsche Wirtschaft infolge der hartnäckigen Investitionsschwäche im Durchschnitt der letzten fünf Jahre real nur um 1½% p.a. expandierte. Zur Stabilisierung eines mittelfristigen Potentialpfades von 2 bis 2½% wäre in der nächsten Fünfjahresperiode ein durchschnittliches Wachstum von 3% p.a. notwendig, was eine entsprechend überproportionale Zunahme der Investitionstätigkeit voraussetzt. Es geht aber auch darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wodurch auch die Inlandsnachfrage, und dabei vor allem der Private Verbrauch als wichtigstes Nachfrageaggregat der Volkswirtschaft mehr Impulse erhält. Ohne steigende Investitionen ist also letztlich die Sicherung des Wohlstands und eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen – dem letzten Ziel allen Wirtschaftens – nicht möglich. Daher ist es wichtig, daß sich nach der Belebung der Auslandsnachfrage auch die Perspektiven für die Nachfrage im Inland wieder aufhellen. Diese dürften jedoch erst im weiteren Verlauf des Jahres bei sich festigender Investitionsneigung und stabilisierender Beschäftigung besser werden.

126. Insgesamt dürfte die *Inlandsnachfrage* – Verbrauch und Investitionen – im Jahresdurchschnitt 1997 noch zur Schwäche neigen. Sie macht den weitest- aus größten Teil der Verwendung des Bruttoinlandsprodukts aus und ist damit entscheidend für das Wachstum. Auch bei fortschreitender Globalisierung bleibt Deutschland der größte Markt für deutsche Unternehmen. Nicht nur bei den Investitionen sondern auch beim Privaten Verbrauch gilt es daher, die richtigen Signale zu setzen. Ein gutes Zusammenspiel von Verbrauch, Investitionen und Außenwirtschaftsbeziehungen ist wichtig für eine günstige Entwicklung der Volkswirtschaft. Dies gilt auch und erst recht im Hinblick auf die Globalisierung, deren Herausforderungen angenommen und deren Chancen genutzt werden müssen.

Schaubild 39

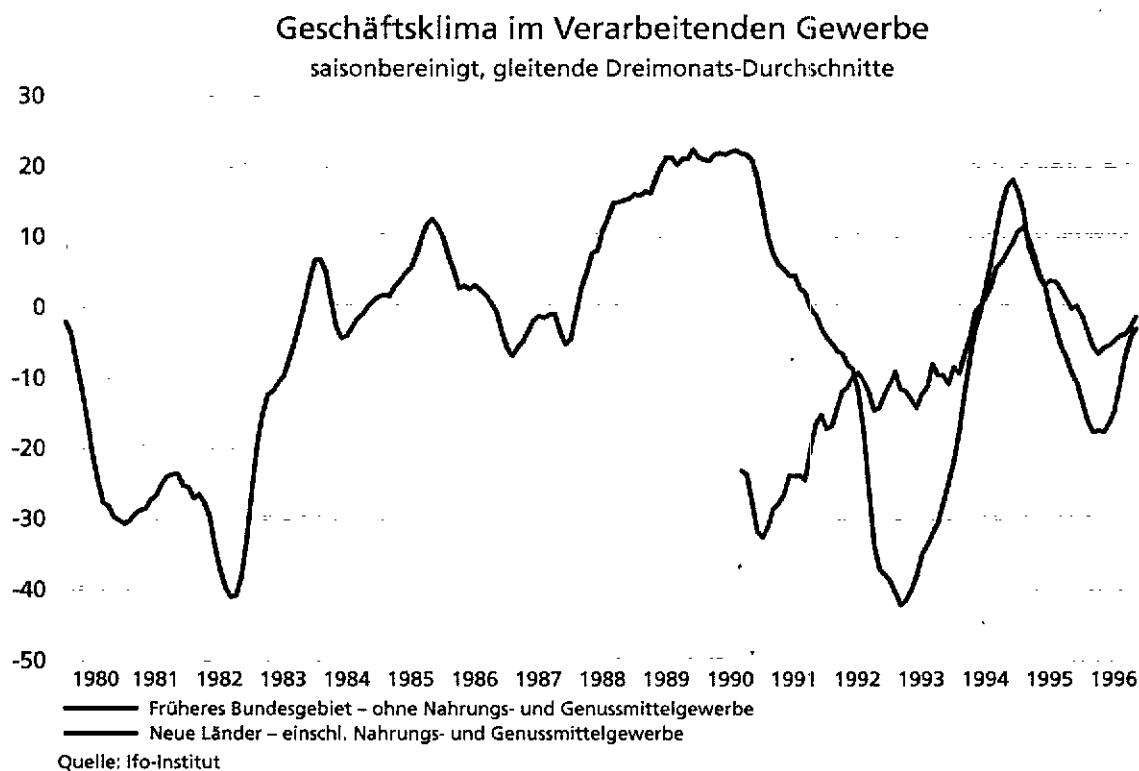


Schaubild 40



127. Der *Private Verbrauch* wird nur wenig ansteigen. Moderate Lohnsteigerungen, eine nochmals rückläufige Beschäftigung und steigende Beitragsätze im Sozialversicherungsbereich führen dazu, daß die Nettolohn- und -gehaltsumme, die etwas mehr als 40 % der Verfügbaren Einkommen darstellt, im Vergleich zum Vorjahr nominal stagnieren dürfte. Die Sozialleistungen des Staates, die knapp ein Drittel der privaten Haushaltseinkommen ausmachen, dürften insgesamt mit 2½ % ebenfalls nur mäßig ansteigen; Einsparungen in einzelnen Bereichen stehen höhere Leistungen aufgrund nochmals steigender Arbeitslosenzahlen gegenüber. Entnommene Gewinne und Vermögenserträge, die sich auf gut ein Drittel der Verfügbaren Einkommen belaufen, steigen aufgrund der guten und sich weiter verbessernden Gewinnlage überproportional an. Im Unterschied zum Sachverständigenrat (Ziffer 229 JG) nimmt die Bundesregierung allerdings nicht an, daß hierdurch die schwachen Zuwächse bei den Nettolöhnen und den Transfereinkommen so stark überkompensiert werden, daß die Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte insgesamt in der gleichen Größenordnung wie im Vorjahr zunehmen. Vielmehr wird davon ausgegangen, daß letztere insgesamt merklich schwächer als vor einem Jahr steigen, nämlich nominal um etwa 2½ % und daß sich die positive Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stärker in mehr Investitionen als in höherem Verbrauch der Empfänger dieser Einkommen niederschlägt. Die *Sparneigung* der privaten Haushalte dürfte tendenziell eher rückläufig sein: Die nur schwach ansteigenden Einkommen beeinträchtigen die Sparfähigkeit. Außerdem bietet das niedrige Zinsniveau wenig Anreize, mehr zu sparen. Damit dürfte sich der *Private Verbrauch* insgesamt nominal nur um 3 % erhöhen. Bei einem Preisanstieg von 1½ % bedeutet dies einen realen Zuwachs nur um 1½ %, d.h. er steigt deutlich unterproportional zum Bruttoinlandsprodukt.

128. Nachdem sich die Bautätigkeit nun schon seit Ende 1994 außergewöhnlich stark verringert hat, wird für die *Bauinvestitionen* 1997 ein weiterer, wenn auch abgeschwächter Rückgang erwartet. Die Baurezession dürfte damit langsam zu Ende gehen und sich die Bauaktivität normalisieren – allerdings auf deutlich abgesenktem Niveau. Die Überkapazitäten im gewerblichen Bau der neuen Länder und in Teilbereichen des Wohnungsbaus der alten Länder sowie die weitere Einschränkung steuerlicher Förderung sprechen jedoch für eine nur allmähliche Erholung auf mittlere Sicht. Zwar wird der Wohnungsbau in den neuen Ländern durch den noch hohen Nachholbedarf bei Modernisierungsvorhaben gestützt, die Neubautätigkeit dürfte als Folge der eingeschränkten Förderungsmöglichkeiten jedoch nachlassen. Auch muß aufgrund der öffentlichen Haushaltssituation mit einem weiteren Rückgang bei den staatlichen Investitionen gerechnet werden. Lediglich der gewerbliche Bau könnte in den alten Ländern aufgrund vermehrter Erweiterungsinvestitionen wieder etwas an Bedeutung gewinnen. Insgesamt wird jedoch erwartet, daß die Bauinvestitionen real um rund 1 % sinken, im Westen um ½ % und im Osten um ungefähr 2 %. Die gesamten Anlageinvestitionen dürf-

ten wegen des hohen Gewichts der Bauinvestitionen um 1½ % zunehmen, nachdem sie im letzten Jahr um 0,7 % zurückgegangen waren. Dies bedeutet aber, daß es im Jahresverlauf zu einer deutlichen Beschleunigung kommt. Erstmals seit der Vereinigung dürfte es wegen der strukturellen Anpassungen im Baubereich zu einer unterproportionalen Entwicklung der Anlageinvestitionen in den neuen Ländern kommen. Für die Vorräte wird angenommen, daß sie – konjunkturtypisch in einer Aufschwungsphase – wieder aufgestockt werden und einen positiven Wachstumsbeitrag erbringen.

129. Die Konsolidierungsmaßnahmen des Staates bewirken, daß der *Staatsverbrauch* deutlich unterproportional ansteigt, nachdem er im Vorjahr neben den Ausfuhren am stärksten zum Wachstum beitrug. Die Einsparungen beim Personal des Bundes, der Länder und der Gemeinden lassen die Wertschöpfung der Gebietskörperschaften – im wesentlichen die Personalausgaben – real praktisch stagnieren oder sogar zurückgehen. Bei sehr geringen Lohn- und Gehaltserhöhungen werden die Ausgaben des Staates hier nominal nur wenig darüber liegen. Sicher sind in einigen Bereichen der öffentlichen Hand noch Rationalisierungsreserven, doch läßt sich der Staatsverbrauch dauerhaft nur begrenzen, wenn auch die Ansprüche an staatliche Leistungen in Grenzen bleiben. Ständig höhere und neue Anforderungen an den Staat, z. B. Forderungen nach mehr Sicherheit, besserer Infrastruktur, nach umfangreicheren Diensten oder höherer Qualität staatlicher Leistungen passen nicht zur gleichzeitigen Forderung nach einer Reduzierung des Staatssektors. Die zweite wesentliche Komponente des Staatsverbrauchs, die zuletzt dynamisch zugenommen hat, nämlich die Sachleistungen der Sozialversicherungssysteme, insbesondere die der gesetzlichen Krankenversicherungen, wird in diesem Jahr nur begrenzt ansteigen. Hierfür sprechen die vielfältigen Bemühungen und Maßnahmen, mit denen die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen zurückgeführt werden sollen (vgl. Ziffer 42 ff). Administrativ allein läßt sich dieses Problem nicht lösen. Hier ist ein Umdenken bei allen Beteiligten und eine Umstrukturierung der Systeme dringend geboten. Um mittelfristig die soziale Sicherung einerseits funktionsfähig zu halten und andererseits die Gesamtwirtschaft, insbesondere den Faktor Arbeit, nicht zu überfordern, sind diese Reformen notwendig. Kurzfristige Entzugseffekte auf der Angebotsseite sind allerdings nicht zu vermeiden. Da die Kosten des Gesundheitswesens gleichzeitig die Einkommen der Anbieter dieser Leistungen darstellen, müssen auch hier Ansprüche und Möglichkeiten besser in Einklang gebracht werden.

In der Annahme, daß die Maßnahmen zur Kostendämpfung und zur Umstrukturierung der Sozialsysteme umgesetzt werden, wird ein moderater Anstieg des Staatsverbrauchs von real etwa ½ % im Jahresdurchschnitt angesetzt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die 2. Stufe der Pflegeversicherung, die Mitte 1996 in Kraft trat, im ersten Halbjahr noch erhöhend im Vorjahresvergleich wirkt (Basisseffekt).

Aus dieser insgesamt beschleunigten Entwicklung der Nachfragekomponenten resultiert unter Berück-

sichtigung gleichzeitig wieder stärker zunehmender Einfuhren im Jahresdurchschnitt ein realer Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von rund 2½%. Alles in allem bedeutet dies eine Fortsetzung des seit dem 2. Quartal 1996 zu beobachtenden durchschnittlichen Wachstumstempos.

130. Insgesamt bestehen gute Chancen für eine Realisierung der in dieser Jahresprojektion der Bundesregierung erwarteten Wirtschaftsentwicklung. Ein noch etwas stärkeres Wachstum ist durchaus möglich. Nach Überwindung einer Wachstumsverlangsamung werden die Auftriebskräfte oft unterschätzt. Von Einzelgrößen ausgehende gegenseitige Beschleunigungswirkungen und Kumulierungseffekte werden oft zu gering angesetzt. Sie sind auch kaum im einzelnen vorhersehbar und noch schwieriger zu quantifizieren. Ob zum Beispiel die dynamische Exportentwicklung stärker als angenommen die Investitionen anregt, dadurch die Beschäftigung erhöht und letztlich auch den Privaten Verbrauch mitzieht, und in welchem Zeitraum dies gegebenenfalls geschieht, läßt sich kaum genau bestimmen.

Andererseits kann auch die exportgetragene Anregung der Investitionen schwächer ausfallen oder später in Gang kommen als es in der Jahresprojektion erwartet wird. Hier liegt ein Risiko. Die Indikatorenlage ist keineswegs eindeutig. Während die verbesserten Rahmenbedingungen und auch die steigende Kapazitätsauslastung für günstige Investitionsperspektiven sprechen, irritierte zuletzt die sich wieder verschlechternde Auftragslage im Investitionsgüterbereich sowie die in Umfragen nach wie vor zum Ausdruck kommende gedämpfte Investitionsneigung im Inland.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen und die Umgestaltung im Sozialsystem setzen hohe Anpassungsbereitschaft bei Unternehmen und privaten Haushalten voraus. Die Bundesregierung sieht in der insgesamt sich verbessernden Konjunktursituation des Jahres 1997 ein günstiges Umfeld dafür, daß die notwendigen Umstrukturierungen im Staatssektor auch schon kurzfristig positiv wirken.

Alles in allem erscheint die Jahresprojektion – nach jetzigem Kenntnisstand – ausgewogen im Hinblick auf die erkennbaren Risiken und Chancen.

2. Wachstum und Strukturverbesserungen sind Voraussetzung für eine Wende am Arbeitsmarkt

131. Die Arbeitsmarktperspektiven im Jahr 1997 sind durch die Vergangenheitsentwicklung stark vorbelastet. Die Wachstumsabschwächung in der zweiten Hälfte 1995 und Anfang 1996 hat deutliche Spuren bei der Beschäftigung hinterlassen. Die konjunkturelle Schwächephase im Verarbeitenden Gewerbe und vor allem die rezessive Entwicklung im Bausektor wirken noch nach. Trotz Wiederbelebung der Industrieproduktion geht die Beschäftigung hier zunächst noch stärker zurück, als sie in anderen Bereichen, besonders im Dienstleistungssektor, zunimmt. Denn in einer konjunkturellen Erholungsphase werden erst einmal Produktivitätsreserven genutzt, d. h. die Entwicklung der Produktivität beschleunigt sich.

Solche üblichen Wirkungsverzögerungen können eine Erklärung dafür sein, daß die Erwerbstätigkeit im Verlauf des zweiten Halbjahres 1996 saisonbereinigt stark zurückging und die Arbeitslosenzahl entsprechend anstieg. Die in Gang gekommene konjunkturelle Wiederbelebung darf darüber hinaus nicht den Blick dafür verstellen, daß die Entwicklung bisher weit weniger dynamisch als in früheren Konjunkturphasen war. Dies gilt namentlich für die produzierenden Bereiche der Wirtschaft. Gemessen an der Wertschöpfung wird das bisher höchste Ausbringungsniveau dieses Sektors, das zu Beginn des Jahres 1991 erreicht wurde, immer noch um rund 5% unterschritten. In vergleichbaren Konjunkturphasen der Vergangenheit waren so lange Zeit nach einer Rezession frühere Höchststände dagegen stets deutlich übertroffen worden. Zwar kann man davon ausgehen, daß sich im Verlauf dieses Jahres bei Festigung der konjunkturellen Aufwärtstendenz der Abbau von Arbeitsplätzen bald verlangsamt und – bei weiter anhaltendem Wachstum – wieder zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen. Im Jahresdurchschnitt wird die Erwerbstätigkeit allerdings abermals niedriger und die Arbeitslosigkeit noch einmal höher ausfallen als im Vorjahresdurchschnitt.

Die Vorbelastungen aus 1996 stellen sich konkret wie folgt dar: Die Zahl der Erwerbstätigen ging nach den vorläufigen, allerdings noch unsicheren Berechnungen insbesondere im Verlauf des 2. Halbjahres merklich zurück. Damit war das Niveau am Jahresende im Vergleich zum Jahresdurchschnitt schon rund 200 000 niedriger. D. h. mithin müßten im Verlauf des Jahres 1997 mehr als 400 000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen werden, um im Jahresdurchschnitt auf das gleiche Beschäftigungsniveau wie im Vorjahr zu kommen. Es ist jedoch wahrscheinlicher, daß der Rückgang der Erwerbstätigkeit sich zunächst noch, wenn auch verlangsamt fortsetzt und erst allmählich wieder neue Arbeitsplätze per saldo hinzukommen. Die Bundesregierung geht deshalb davon aus, daß auch bei der erwarteten nachhaltigen Erholung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten der Arbeitsmarkt im Verlauf entlastet wird. Darüber hinaus ist auch zu bedenken, daß arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Flexibilisierung und zu Strukturverbesserungen ebenso erst mit Verzögerung wirken. Es wird daher damit gerechnet, daß die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt insgesamt noch einmal zurückgeht, und zwar um bis zu 200 000. Der Rückgang im Jahresdurchschnitt betrifft die alten wie die neuen Bundesländer gleichermaßen. Gleichwohl dürfte das Beschäftigungsniveau am Ende dieses Jahres in beiden Gebieten höher als Ende 1996 sein.

132. Spiegelbildlich dazu dürfte sich bei nur geringfügigen Änderungen beim Erwerbspersonenangebot in etwa die Arbeitslosigkeit entwickeln. Die Vorbelastung aus dem Vorjahr ist ebenfalls erheblich: Die Zahl der Arbeitslosen lag saisonbereinigt am Ende des Jahres schon um rund 190 000 über dem Jahresdurchschnitt von 3,97 Mio. Auch hier wird davon ausgegangen, daß sich die Verschlechterung der Situation im saisonbereinigten Verlauf zunächst deutlich verlangsamt und dann die Arbeitslosigkeit all-

mählich wieder zurückgeführt wird. Das bedeutet aber im Jahresdurchschnitt ein um etwa 200 000 höheres Niveau als im Vorjahr, d. h. rund 4,1 Mio. registrierte Arbeitslose. Zu Beginn dieses Jahres werden die Zahlen saisonbedingt zunächst noch deutlich höher ausfallen. Mit einer Zunahme ist, entsprechend der rückläufigen Beschäftigung, in West- wie in Ostdeutschland zu rechnen.

Diese Perspektiven machen deutlich, daß weiterhin große Anstrengungen für eine grundlegende Erhöhung des Beschäftigungsniveaus notwendig sind. Zugenommen haben die Spielräume für Flexibilität am Arbeitsmarkt. Für die Tarifverträge bestehen größere Gestaltungsmöglichkeiten, z. B. für stärkere Lohndifferenzierung, flexiblere Arbeitszeiten, Änderungen im Kündigungsrecht und Ausweitung der Möglichkeiten für befristete Arbeitsverhältnisse. Die davon ausgehenden Wirkungen dürften insgesamt positiv sein, wenn auch erst auf längere Sicht (Ziffer 225 JG). Verbesserungen können auch hier nicht allein mit politischen und administrativen Maßnahmen erreicht werden. Sie erfordern vor allem ein verantwortungsvolles Zusammenspiel aller Beteiligten, insbesondere der Tarifvertragspartner. Wenn der Staat bei seinem Bemühen um Verschlinkung und Verringerung der Ausgaben Personal abbaut, müßten ausreichend Stellen im privaten Sektor zum Ausgleich entstehen. Andernfalls führte selbst diese strukturverbessernde und letztlich auf Abgabenteilung zielende Maßnahme insgesamt zu geringerer Beschäftigung und höherer Arbeitslosigkeit.

Letztlich müssen zur Schaffung von Arbeitsplätzen verstärkt Investitionen im Inland getätigt werden. Der Sachverständigenrat betont zu recht: „Solange die Investitionen gedrückt bleiben, ist an eine Trendwende bei der Beschäftigung nicht zu denken“ (Ziffer 224 JG). Dazu genügt es nicht auf ermutigende Signale von außen und günstigere Nachfrageperspektiven zu hoffen, die sich in den eigenen Auftragsbüchern niederschlagen (Ziffer 219 JG). Es bedarf vielmehr auch innovationsfreudiger und risikobereiter Unternehmer, die die verbesserten Rahmenbedingungen offensiv nutzen. Denn die wichtigste Voraussetzung für einen Beschäftigungsanstieg und damit eine Verringerung der Arbeitslosigkeit ist ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Zu seiner Festigung und Beschleunigung bedarf es grundlegender Strukturverbesserungen.

3. Das Preisniveau bleibt stabil

133. Die Geldwertstabilität wird auch in diesem Jahr gesichert sein. Das Preisklima ist auf allen Ebenen ausgesprochen ruhig. Damit dürften auch 1997 von den Preisen keine ungünstigen Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgehen.

Auf der Angebotsseite nimmt der Kostendruck per saldo eher ab. Die Lohnstückkosten dürften sinken, und die Preise für importierte Waren, insbesondere für Rohstoffe, erhöhen sich voraussichtlich nur unwesentlich. Dazu hat nicht zuletzt die Wechselkursentwicklung beigetragen. Auf der Nachfrageseite sorgen einerseits die schwache Entwicklung von privatem und staatlichem Konsum und andererseits der

scharfe Wettbewerb dafür, daß kein Sog auf die Preise ausgeht (Ziffer 231 JG). Noch ausgeprägter gilt dies aufgrund der vorherrschenden Nachfrage- und Konkurrenzbedingungen für die Baupreise.

Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung wird sich das inländische Niveau der Verbraucherpreise ebenso mäßig wie im Vorjahr erhöhen, nämlich um etwa 1½%. Dabei gleicht sich die Preisentwicklung in den alten und neuen Ländern immer mehr an. Bei unterproportionaler Erhöhung der Preise für den Staatsverbrauch sowie die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen dürfte der Preisindex für die gesamte Inlandsnachfrage sogar nur um etwa 1% steigen.

134. Der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts, in dem sich letztlich die hausgemachte Preisentwicklung, d. h. die Verteuerung der inländischen Produktionsfaktoren niederschlägt, dürfte wie im vergangenen Jahr nur sehr moderat, und zwar mit etwa 1% ansteigen. Die sehr gemäßigten Lohnsteigerungen führen bei dem sich abzeichnenden Produktivitätsanstieg dazu, daß die Lohnstückkosten sogar zurückgehen. Die Stückgewinne werden damit trotz des insgesamt geringen Preisauftriebs abermals kräftig ansteigen. Dies müßte die Ertragsperspektiven der Unternehmen positiv beeinflussen und die Investitionsbereitschaft erhöhen.

4. Die außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik verbessert sich weiter

135. Wie in den Vorjahren ist die außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik Deutschland dadurch gekennzeichnet, daß für den Finanzierungsbedarf des Staates und des Unternehmenssektors weiterhin Kapitalimporte notwendig sind, da die Ersparnisse der privaten Haushalte dafür nicht ausreichen. Diese defizitäre Situation war durch die Wiedervereinigung entstanden und ist von daher auch gerechtfertigt. Es ist nach wie vor davon auszugehen, daß diese außenwirtschaftliche Konstellation keine Verspannungen auf den internationalen Märkten hervorruft. Zudem verkleinert sich der Kapitalimportbedarf einerseits durch die Verringerung der staatlichen Neuverschuldung und andererseits durch die merklich steigenden Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen.

Dem geringeren Bedarf an Kapitalimporten entspricht ein abnehmendes Defizit in der Bilanz der laufenden Transaktionen mit dem Ausland. In der Jahresprojektion wird ein merklicher Wachstumsimpuls durch die kräftige Ausweitung des Außenbeitrags erwartet. Dahinter steht ein höherer Zuwachs der Ausfuhren als der Einfuhren, so daß der Überschuß in der Handelsbilanz trotz sich allmählich belebender Inlandsnachfrage weiter zunimmt. Dies ist ein wesentliches Element des Wachstumsszenariums für 1997. Auch wenn sich die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aufgrund der abnehmenden deutschen Nettovermögensposition gegenüber dem Ausland weiter passivieren dürfte, zeichnet sich insgesamt von den Waren- und den unsichtbaren Transaktionen her ein geringeres Leistungsbilanzdefizit ab.

Tabelle 3

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ¹⁾

	1994	1995	1996	Jahres- projektion 1997
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)				
BIP in Preisen von 1991	2,9	1,9	1,4	2½
davon: alte Länder	2,2	1,6	1,3	2½
neue Länder	9,9	5,3	2,0	2½
Erwerbstätige	-0,7	-0,3	-1,1	-½
BIP je Erwerbstätigen	3,6	2,3	2,5	3
Arbeitslosenquote in % ²⁾	9,6	9,4	10,4	11
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen				
Privater Verbrauch	4,0	3,8	3,3	3
Staatsverbrauch	2,5	3,9	3,3	1½
Bruttoanlageinvestitionen	5,8	2,9	-0,9	1½
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	16,4	27,7	9,5	27
Inlandsnachfrage	5,0	3,9	1,8	3
Außenbeitrag (Mrd. DM)	21,6	29,0	47,7	69
(in % des BIP)	0,6	0,8	1,3	2
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	5,1	4,1	2,4	3½
Verwendung des BIP in Preisen von 1991				
Privater Verbrauch	1,0	1,8	1,4	1½
Staatsverbrauch	1,3	2,0	2,8	½
Bruttoanlageinvestitionen	4,2	1,5	-0,7	1½
Ausrüstungen	-1,2	2,0	2,6	5
Bauten	7,7	1,2	-2,7	-1
Vorratsveränderung (BIP-Wachstumsbeitrag) ³⁾	1,0	0,3	-0,5	½
Inlandsnachfrage	2,8	2,1	0,7	2
Ausfuhren	8,0	5,9	4,6	6½
Einfuhren	7,6	6,4	2,0	4½
Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag) ³⁾	0,1	-0,1	0,7	½
Bruttoinlandsprodukt (real)	2,9	1,9	1,4	2½
Preisentwicklung (1991 = 100)				
Privater Verbrauch	2,9	1,9	1,8	1½
Inlandsnachfrage	2,2	1,8	1,1	1
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,2	1,0	1
Verteilung des Bruttosozialprodukts (Inländerkonzept)				
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,4	3,0	1,2	1½
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	10,0	9,4	3,0	7
Volkseinkommen	4,4	4,7	1,7	3
Bruttosozialprodukt	4,7	4,0	1,7	3
nachrichtlich (Inländerkonzept):				
Beschäftigte Arbeitnehmer	-0,9	-0,6	-1,4	- ½
Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt	1,4	2,9	0,8	1
je Beschäftigten	2,4	3,4	2,3	1½
Nettolohn- und -gehaltsumme ⁴⁾ insgesamt	-0,5	0,1	2,3	-0
je Beschäftigten	0,4	0,6	3,8	½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	3,4	3,6	3,3	2½
Sparquote in %	11,7	11,6	11,6	11½

¹⁾ bis 1995 vorläufige, 1996 erste vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes: Januar 1997²⁾ bezogen auf alle Erwerbspersonen, Quelle bis 1996: Bundesanstalt für Arbeit³⁾ absolute Veränderung (Vorräte/Außenbeitrag) in Prozent des BIP des Vorjahres („Impuls“)⁴⁾ Nettolohn- und -gehaltsumme 1996 überhöht wegen Umstellung der Kindergeldregelung (Abzug von der Lohnsteuer statt Sozialleistung); die neue „Verbuchung“ des Kindergeldes hat keinen Einfluß auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte

Tabelle 4

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den alten und neuen Ländern¹⁾

	1994	1995	1996	Jahres- projektion 1997
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)				
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991				
- alte Länder	2,2	1,6	1,3	2½
- neue Länder . . .	9,9	5,3	2,0	2½
Erwerbstätige				
- alte Länder	-1,2	-0,6	-1,1	- ½
- neue Länder . . .	1,7	1,1	-1,5	- ½
BIP je Erwerbstätigen				
- alte Länder	3,4	2,2	2,4	3
- neue Länder . . .	8,0	4,2	3,6	3
<i>nachrichtlich:</i> <i>Arbeitslosenquote in %²⁾</i>				
- alte Länder	8,2	8,3	9,1	9½
- neue Länder . . .	15,2	14,0	15,7	16
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen				
- alte Länder	4,3	3,7	2,1	3½
- neue Länder . . .	12,9	7,4	4,5	4
Preisentwicklung des BIP (1991 = 100)				
- alte Länder	2,0	2,1	0,8	1
- neue Länder . . .	2,7	1,9	2,4	1½
Beschäftigung und Einkommen <i>(Inlandskonzept)</i>				
Beschäftigte Arbeitnehmer				
- alte Länder	-1,4	-0,8	-1,2	- ½
- neue Länder . . .	1,2	0,8	-1,9	- ½
Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt				
- alte Länder	0,5	2,3	0,7	1
- neue Länder . . .	7,4	7,1	1,6	1½
je Beschäftigten				
- alte Länder	1,9	3,1	2,0	1½
- neue Länder . . .	6,1	6,2	3,6	2
Nettolohn- und -gehaltsumme insgesamt ³⁾				
- alte Länder	-1,4	-0,8	1,9	- ½
- neue Länder . . .	5,2	5,7	4,7	½
je Beschäftigten				
- alte Länder	-0,1	-0,1	3,2	½
- neue Länder . . .	3,9	4,9	6,7	1

¹⁾ bis 1995 vorläufige, 1996 erste vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes: Januar 1997²⁾ bezogen auf alle Erwerbspersonen, Quelle bis 1996: Bundesanstalt für Arbeit³⁾ Nettolohn- und -gehaltsumme 1996 überhöht wegen Umstellung der Kindergeldregelung (Abzug von der Lohnsteuer statt Sozialleistung); neue „Verbuchung“ des Kindergeldes hat keinen Einfluß auf das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte

Anlage

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1996¹⁾ und die tatsächliche Entwicklung

1. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum entwickelte sich 1996 real insgesamt etwa so, wie es in der Jahresprojektion erwartet worden war. Dagegen fiel die Arbeitsmarktlage noch ungünstiger aus und die nominalen Größen lagen dank eines geringeren gesamtwirtschaftlichen Preisanstiegs durchweg unter den Erwartungen vor Jahresfrist.

Während in den alten Ländern das Bruttoinlandsprodukt real etwas stärker als vorausgeschätzt zunahm, blieb es in den neuen Ländern merklich hinter den Erwartungen zurück. Diese ausgeprägtere Wachstumsverlangsamung in Ostdeutschland war vor allem auf die unerwartet rückläufige Produktion in der Bauwirtschaft, deren Gewicht an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung erheblich höher als in Westdeutschland ist, zurückzuführen. Hier spielte auch der starke Einbruch zu Jahresbeginn eine Rolle, der überwiegend witterungsbedingt war. Die Wertschöpfung der Industrie und der Dienstleistungsunternehmen stieg dagegen weiter erfreulich an. Gegenüber den Projektionsvorstellungen fiel die Lage auf dem Arbeitsmarkt ungünstiger aus, d. h. das richtig projizierte Wachstum ging mit einem größeren Produktivitätsanstieg einher. Die Beschäftigung wurde deutlicher abgebaut und die Arbeitslosigkeit erhöhte sich etwas stärker als vorausgeschätzt. Die Verwendungsseite war von einer erheblich niedrigeren Zunahme der Inlandsnachfrage bei gleichzeitig höherem Außenbeitrag geprägt. Bei der unterproportionalen Entwicklung der Inlandsnachfrage waren der schwächere Anstieg des Privaten Verbrauchs, ein stärkerer Rückgang der Bauinvestitionen und eine geringere Lagerbildung ausschlaggebend; während die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen wie erwartet ausfiel, stieg der Staatsverbrauch kräftiger an. Der Außenbeitrag fiel höher als prognostiziert aus, da die Ausfuhren etwas stärker und die Einfuhren erheblich schwächer gegenüber den Prognosevorstellungen anstiegen.

2. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts betrug in Deutschland nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 1996 real 1,4 %. Die Annahme der Jahresprojektion (rund 1½ %) wurde somit insgesamt bestätigt. In den neuen Ländern verringerte sich die Wachstumsdynamik spürbar. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahresdurchschnitt real nur um 2,0 % und blieb somit deutlich unterhalb der prognostizierten Marge von 4 bis 6 %. Demgegenüber ging das gesamtwirtschaftliche Wachstum in den alten Ländern mit 1,3 % leicht über den Ansatz der Jahresprojektion von rund 1 % hinaus.

Die gesamtdeutsche Inlandsnachfrage nahm erheblich weniger zu als vorausgeschätzt. Der Anstieg betrug nur 0,7 %; er war in der Jahresprojektion proportional zum Bruttoinlandsprodukt real auf „rund

1½ %“ veranschlagt worden. Ursächlich dafür war der unerwartet schwache Zuwachs des Privaten Verbrauchs, der mit 1,4 % relativ am stärksten von allen Endnachfragekomponenten hinter den Projektionsvorstellungen zurückblieb (Jahresprojektion: rund 2 %). Denn mit dem gegenüber den Annahmen der Jahresprojektion stärkeren Beschäftigungsrückgang und zusammen mit den deutlich niedrigeren Effektivloohnerhöhungen weitete sich die Nettolohn- und -gehaltssumme geringer als erwartet aus. Damit nahmen auch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte merklich schwächer zu, obwohl die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen abermals spürbar expandierten. Die Sparquote blieb wie erwartet unverändert. Beim Staatsverbrauch lag der Zuwachs an der Obergrenze der Erwartungen vor Jahresfrist. Bei den Bauinvestitionen war der Einbruch noch stärker als in der Jahresprojektion angenommen. Sie unterschritten insgesamt mit -2,7 % die projizierte Marge (-1½ bis -2 %) aufgrund ihres starken Rückgangs in den alten Ländern um 3,0 % erheblich. Ausschlaggebend dafür war die entgegen den Annahmen deutlich ungünstigere Entwicklung beim gewerblichen und öffentlichen Bau. Demgegenüber ging der Wohnungsbau weniger stark zurück als vorausgeschätzt. Hier dürften Vorzieheffekte eine Rolle gespielt haben, denn mit Beginn des Jahres 1997 verschlechterten sich Sonderabschreibungsmöglichkeiten im Mietwohnungsbau der neuen Länder erheblich. Im Gegensatz zu Westdeutschland führte dies in den neuen Ländern zu einem Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen, und zwar um real 4,4 %. Damit wurde der Rückgang der ostdeutschen Bauinvestitionen auf insgesamt 1,7 % begrenzt. Die Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich mit real +2,6 % wie vorausgeschätzt (Jahresprojektion: +2 bis +3 %). Der Staatsverbrauch weitete sich mit real 2,7 % aus und überschritt damit den oberen Rand der projizierten Spanne (1½ bis 2½ %); ausschlaggebend dafür waren die stark gestiegenen Sachausgaben im Gesundheitsbereich. Schließlich gingen von der Lagerbildung erheblich kontraktivere Effekte aus, als in der Jahresprojektion angenommen worden war.

Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahmen die gesamtdeutschen Exporte von Waren und Dienstleistungen real um 4,6 % zu und erreichten damit, nicht zuletzt aufgrund der dynamischen Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte, die Obergrenze der prognostizierten Spanne (Jahresprojektion: 3½ bis 4½ %). Dagegen stiegen die Einfuhren, wohl vor allem wegen des lahmenden Privaten Verbrauchs und der rückläufigen Lagerbildung, mit real 2,0 % merklich schwächer als vorausgeschätzt (3 bis 4 %). Damit trug der Außenbeitrag deutlich stärker zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts bei, als es vor Jahresfrist erwartet worden war.

3. Infolge der Wachstumspause seit Mitte 1995, die durch den harten Winter 1995/96 noch verstärkt wurde und vor allem den arbeitsintensiven Bausektor traf, setzte sich der Beschäftigungsrückgang fort. Da-

¹⁾ Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung (Drucksache 13/3601)

Tabelle 5

Internationaler Vergleich ausgewählter Wirtschaftsdaten

	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾	1992	1993	1994	1995	1996 ¹⁾
	Wirtschaftswachstum ¹⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					Preisentwicklung ²⁾ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Bundesrepublik Deutschland	2,2	-1,1	2,9	1,9	1,4	4,7	4,0	2,9	1,9	1,8
USA	2,7	2,3	3,5	2,0	2,4	3,3	2,6	2,4	2,4	2,1
Japan	1,1	0,1	0,5	0,9	3,6	1,9	1,2	0,7	-0,5	0
Frankreich	1,2	-1,3	2,8	2,2	1,3	2,4	2,2	2,1	1,6	1,8
Großbritannien ...	-0,5	2,1	3,8	2,4	2,4	5,0	3,4	2,5	2,6	2,6
Italien	0,6	-1,2	2,1	3,0	0,8	5,6	5,1	4,6	5,7	4,2
Kanada	0,8	2,2	4,1	2,3	1,5	1,3	1,7	0,7	1,6	1,4
Spanien	0,7	-1,2	2,1	2,8	2,1	6,4	5,6	4,8	4,7	3,6
Niederlande	2,0	0,8	3,4	2,1	2,7	3,1	2,1	2,7	0,9	1,7
Schweden	-1,4	-2,2	3,3	3,6	1,7	2,2	5,7	3,0	2,4	1,5
Schweiz	-0,3	-0,8	1,0	0,1	-0,3	4,2	3,1	1,0	1,3	0,7
Belgien	1,7	-1,4	2,3	1,9	1,3	2,1	3,0	3,1	1,6	2,0
Österreich	2,0	0,4	3,0	1,8	1,1	3,9	3,4	3,0	2,3	1,9
Dänemark	0,2	1,5	4,4	2,8	1,9	2,0	0,2	1,7	2,1	2,1
Finnland	-3,6	-1,2	4,4	4,2	2,5	4,1	4,2	1,4	0,2	0,6
Norwegen	3,4	2,1	5,0	3,3	5,1	2,7	2,2	1,7	2,4	1,3
OECD-Länder insgesamt	1,8	1,0	2,7	2,0	2,4	4,8	4,2	4,6	5,1	4,4
	Arbeitslose ³⁾ in % aller Erwerbspersonen					Leistungsbilanz in % des BIP bzw. BSP				
Bundesrepublik Deutschland	7,7	8,8	9,6	9,4	10,4	-1,0	-0,7	-1,0	-0,9	-1,0
USA	7,5	6,9	6,1	5,6	5,4	-1,0	-1,5	-2,2	-2,0	-2,1
Japan	2,2	2,5	2,9	3,2	3,3	3,0	3,1	2,8	2,2	1,4
Frankreich	10,4	11,7	12,3	11,7	12,4	0,3	0,7	0,5	1,1	1,3
Großbritannien ...	9,9	10,2	9,2	8,2	7,6	-1,6	-1,7	-0,4	-0,4	-0,1
Italien	8,8	10,2	11,3	12,0	12,2	-2,3	1,2	1,5	2,5	3,5
Kanada	11,3	11,2	10,4	9,5	9,6	-3,7	-4,0	-3,0	-1,5	0,0
Spanien	18,4	22,7	24,2	23,3	22,7	-3,2	-0,8	-1,2	0,2	0,1
Niederlande	5,4	6,5	7,6	7,1	6,6	2,1	3,7	3,8	4,4	4,4
Schweden	5,3	8,2	8,0	7,7	7,9	-3,5	-2,0	0,4	2,0	3,0
Schweiz	2,4	4,5	4,7	4,2	4,6	6,2	8,4	7,1	6,6	6,6
Belgien	10,4	12,1	13,1	13,0	12,9	5,3	7,5	5,4	5,6	6,1
Österreich	5,3	6,1	5,9	5,9	6,2	-0,1	-0,4	-0,9	-2,0	-1,7
Dänemark	11,3	12,3	12,2	10,3	8,9	3,4	4,1	2,0	0,9	1,0
Finnland	13,1	17,9	18,4	17,2	16,4	-4,6	-1,3	1,5	4,5	3,3
Norwegen	5,9	6,0	5,4	4,9	4,2	3,5	3,0	2,4	3,0	6,1
OECD-Länder insgesamt	7,5	8,2	8,1	7,8	7,8	-0,3	0,0	-0,2	0,0	-0,1

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt in konstanten Preisen²⁾ Deflator des Privaten Verbrauchs³⁾ Nationale Definition der Arbeitslosen⁴⁾ Schätzungen der OECD, für Bundesrepublik Deutschland amtliche Angaben bzw. eigene Berechnungen

Quellen: OECD, für Bundesrepublik Deutschland nationale Quellen

mit ging der Produktivitätsanstieg – hier ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen – mit 2,5% merklich über den oberen Rand der projizierten Spanne (1½ bis 2%) hinaus. In den alten Ländern wurde dabei mit 2,4% der Schätzansatz (rund 1½%) beträchtlich überschritten. Demgegenüber erhöhte sich die Produktivität in den neuen Ländern mit 3,6% aufgrund der erheblich abgeschwächten Wachstumsdynamik weniger stark als vorausgeschätzt (Jahresprojektion: 4 bis 5%). Die Zahl der Erwerbstätigen (nach dem Arbeitsortkonzept) nahm daher insgesamt um 399 000 oder 1,1% und damit bedeutend stärker ab als vor Jahresfrist unterstellt (Jahresprojektion: bis zu -½%). In Westdeutschland ging die Erwerbstätigkeit infolge der Wachstumsschwäche von Mitte 1995 bis Anfang 1996 mit 302 000 Personen oder 1,1% stärker als erwartet zurück (Jahresprojektion: -140 000 bis -180 000 oder rund -½%). Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung seit dem 2. Quartal 1996 führte noch nicht zur Arbeitsmarktbelebung, da die Beschäftigungseffekte des Wachstums sich erfahrungsgemäß erst mit Verzögerung bemerkbar machen. Während für Ostdeutschland vor Jahresfrist mit einem Anstieg der Erwerbstätigenzahl von 20 000 bis 40 000 oder rund ½% gerechnet worden war, ging sie nunmehr um 97 000 oder 1,5% zurück. Hier machte sich die stark gedämpfte Wachstumsdynamik, insbesondere im Bausektor, bemerkbar.

Dazu spiegelbildlich erhöhte sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 353 000 auf insgesamt 3,97 Mio., die Jahresprojektion war von einem Anstieg auf knapp 3,9 Mio. ausgegangen. Der gegenüber den Ansätzen der Jahresprojektion (+250 000 bis +300 000) stärkere Zuwachs der Arbeitslosenzahl insgesamt ist auf die unerwartet kräftige Zunahme in den alten Ländern zurückzuführen. Hier nahm die registrierte Arbeitslosigkeit um 231 000 statt der erwarteten 140 000 bis 160 000 zu. In Ostdeutschland lag demgegenüber der Anstieg mit 122 000 im Rahmen der prognostizierten Spanne (100 000 bis 150 000).

4. Das Verbraucherpreisniveau in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erhöhte sich um 1,8% und entsprach somit praktisch dem Ansatz der Jahresprojektion (rund 2%). Der mit einem festen Wägungsschema berechnete monatliche Preisindex für die Lebenshaltung stieg in Deutschland insgesamt mit 1,5% etwas schwächer an. Im Unterschied zum umfassenderen Verbraucherpreisindex der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind hier u. a. die Reiseverkehrs Ausgaben der Deutschen im Ausland nicht enthalten. Aufgrund der Abwertung der D-Mark gegenüber den Währungen in einigen Hauptreiseländern verteuerten sich dort die Käufe stärker als bei den Inlandsausgaben. Während in den alten Ländern der Anstieg der Lebenshaltungskosten mit 1,4% sehr moderat verlief, betrug er in den neuen Ländern 2,3%. Hier schlug sich bis zur Mitte des vergangenen Jahres die Erhöhung der Wohnungsmieten infolge des Übergangs auf das Vergleichsmietensystem im Sommer 1995 nieder. Ohne Wohnungsmieten gerechnet, war die Preisentwicklung ähnlich niedrig wie in West-

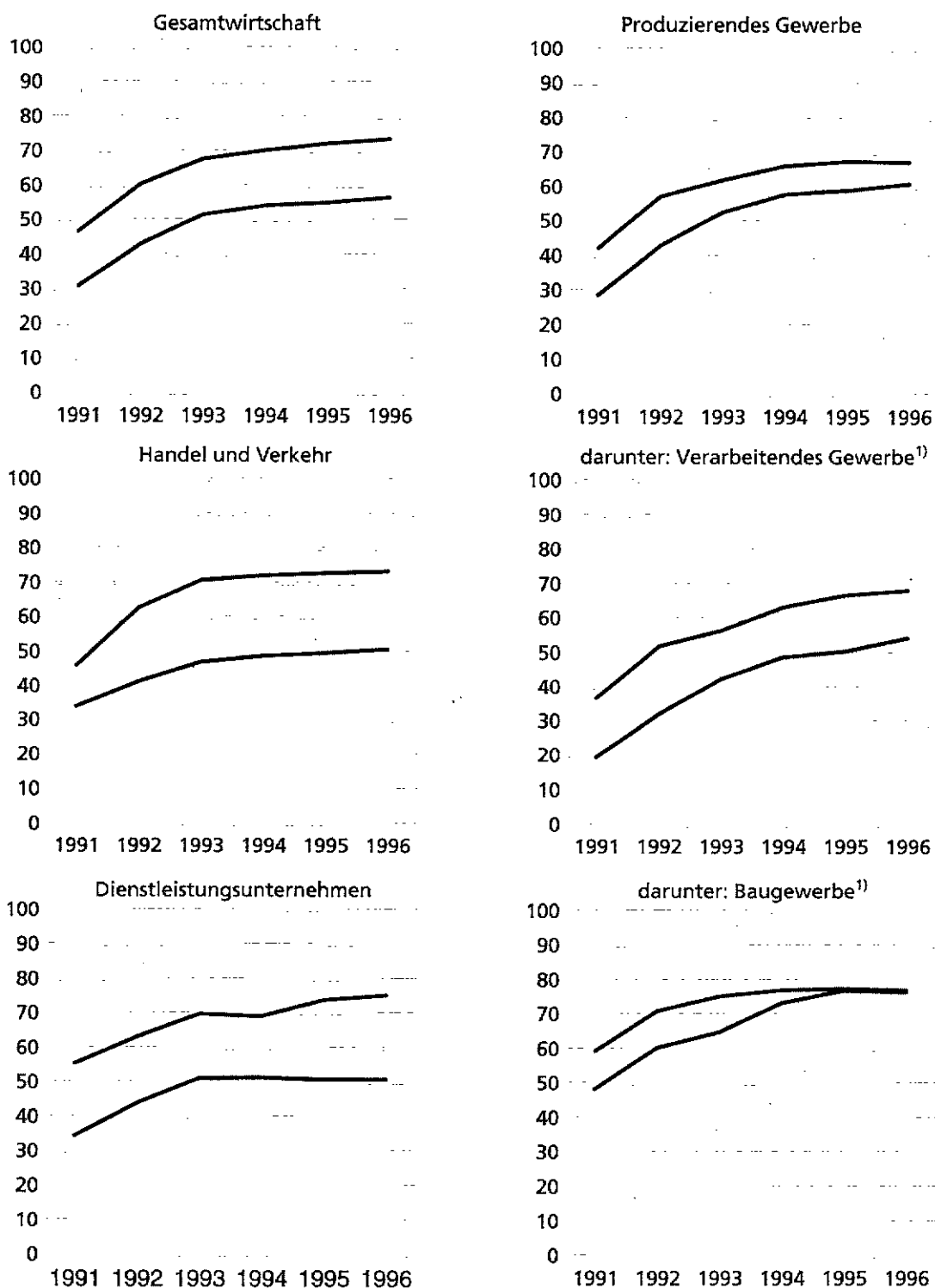
deutschland. Da die Preise der übrigen inländischen Nachfragekomponenten – Staatsverbrauch und Investitionen – sich noch erheblich schwächer entwickelten – die Baupreise haben sogar abgenommen –, verteuerte sich die gesamte Inlandsnachfrage nur um 1,1% (Jahresprojektion: rund 2%). Der Preisindex des Bruttoinlandsprodukts, der den durch inländische Faktoren verursachten Preisauftrieb mißt, nahm sowohl insgesamt mit 1,0% als auch in den alten Ländern mit 0,8% deutlich weniger zu als prognostiziert (jeweils rund 2%). In den neuen Ländern entsprach der hausgemachte Preisauftrieb mit 2,4% den Erwartungen der Jahresprojektion (rund 2½%). In dieser insgesamt sehr moderaten Preisentwicklung des Bruttoinlandsprodukts schlägt sich u. a. eine gegenüber den Annahmen der Jahresprojektion nur geringfügige Zunahme der Lohnstückkosten um 0,1% nieder. Da die Lohnkosten je Produkteinheit deutlich hinter dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts deflatoren zurückblieben, konnten die Ertragsmargen der Unternehmen trotz des geringen Preisauftriebs insgesamt nochmals spürbar ausgeweitet werden.

5. Das Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts blieb wegen des erheblich geringeren gesamtwirtschaftlichen Preisauftriebs mit insgesamt 2,4% merklich hinter dem prognostizierten Ansatz (Jahresprojektion: rund 3½%) zurück. In den alten Ländern belief sich die Zunahme auf 2,1% und in den neuen Ländern auf 4,5% (Jahresprojektion: rund 3% bzw. 6 bis 8%). Auch die gesamtdeutsche Inlandsnachfrage nahm mit 1,8% spürbar schwächer als vorausgeschätzt (rund 3½%) zu. Neben einer moderaten Preisentwicklung spielte hier insbesondere die geringere Zunahme des Privaten Verbrauchs sowie die schwache Lagerbildung eine Rolle.

Der nominale Außenbeitrag übertraf mit 47,7 Mrd. DM bei leichter Verschlechterung der terms of trade die Erwartungen vor Jahresfrist (Jahresprojektion: 40 bis 45 Mrd. DM). Sein expansiver Impuls auf das Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts fiel damit höher als erwartet aus.

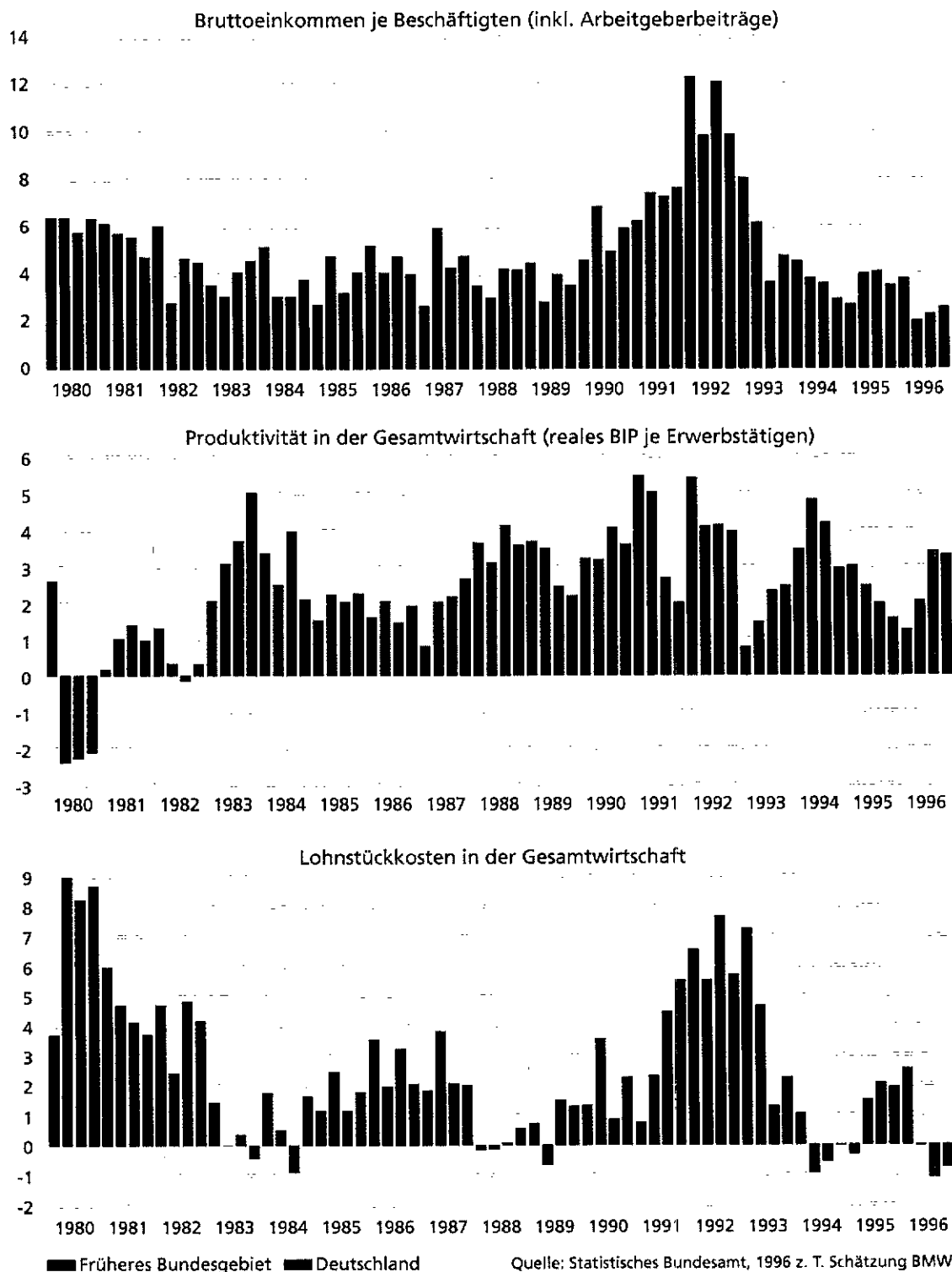
6. Die Bruttolöhne- und -gehälter je Beschäftigten mit Wohnsitz in Deutschland erhöhten sich mit 2,3% merklich schwächer als angenommen (Jahresprojektion: rund 3%). Sie lagen sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern mit 2,0% bzw. 3,6% unter den Vorstellungen der Jahresprojektion (rund 2½% bzw. rund 5½%). Zu dieser Entwicklung trug einmal die wieder moderatere Tariflohnentwicklung in den alten Ländern bei. Zudem hat sich in den neuen Ländern die weitere Angleichung der Tariflöhne an das Westniveau wegen des niedrigeren Organisationsgrades abermals weniger stark in die Effektivlohnentwicklung niedergeschlagen. Dies und der stärkere Beschäftigungsabbau führten zu einem erheblich geringeren Zuwachs der Bruttolohn- und -gehaltssumme und zwar um insgesamt 0,8% (Jahresprojektion: rund 2½%). Dabei wurden in den alten und in den neuen Ländern mit 0,7% bzw. 1,6% die Schätzansätze (rund 2% bzw. rund 5½%) stark unterschritten.

Lohnkosten und Produktivität im Ost-West-Vergleich: Lohn-Produktivitätslücke (Westdeutschland = 100)



— Lohn- Produktivitäts-Lücke Ostdeutschlands in % von Westdeutschland
 — Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit pro Kopf — Produktivität pro Kopf
¹⁾1996 Schätzung BMWi
 Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung

Lohnstückkosten, Produktivität und Einkommen Veränderung gegen Vorjahr in %; Inlandskonzept



Die gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße Bruttoinlandsprodukt lag mit einem nominalen Wachstum von 1,7 % erheblich unterhalb der prognostizierten Spanne (3 bis 4 %). Die damit gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt spürbar schwächere Zunahme ist auf den über Erwarten kräftig rückläufigen Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen gegenüber dem Ausland zurückzuführen, der zu diesem frühen Zeitpunkt nur mit erheblicher statistischer Unsicherheit ermittelt werden kann. Dementsprechend verfehlte auch das Volkseinkommen mit einem Anstieg von ebenfalls 1,7 % deutlich den unteren Rand der prognostizierten Marge ($3\frac{1}{2}$ bis $4\frac{1}{2}$ %). Aufgrund der schwächeren Lohnentwicklung und des kräftigeren Beschäftigungsrückgangs wichen auch die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, die nur um 1,2 % zunahmen, stark von dem vorausgeschätzten Ansatz (rund 3 %) ab. Wegen der per saldo stark rückläufigen Vermögenseinkommen gegenüber dem Ausland expandierten die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen insgesamt nur um 3,0 % und blieben damit ebenfalls erheblich hinter den Erwartungen (Jahresprojektion: 5 bis 7 %) zurück. Die Ertragslage der Unternehmen hat sich danach stärker verbessert, als in dieser Gesamtzahl zum Ausdruck kommt.

7. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in Deutschland sind – ohne Berücksichtigung der 1995 als einmalige Vermögensübertragung erfolgten Schuldenübernahme der ostdeutschen Wohnungswirtschaft und der Treuhandanstalt von 234,6 Mrd. DM – in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 1996 um 2,0 % gestiegen und entsprachen damit dem Projektionsansatz ($1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ %). Dabei haben die Einkommens- und Vermögensübertragungen mit 1,8 % kräftiger zugenommen als mit der Jahresprojektion ($\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ %) unterstellt worden war. Insbesondere aufgrund der sehr mäßigen Lohnerhöhungen verlief der Anstieg des Staatsverbrauchs mit 3,3 % merklich schwächer als prognostiziert (Jahresprojektion: 4 bis $4\frac{1}{2}$ %), obwohl die Sachleistungen im Krankenversicherungsbereich stark überproportional expandierten. Entgegen den Erwartungen eines leichten Anstiegs ($\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{2}$ %) gingen die öffentlichen Investitionen infolge der verstärkten Einsparbemühungen der öffentlichen Haushalte drastisch – nämlich um 6,2 % – zurück.

Der Anstieg der öffentlichen Einnahmen – ohne Berücksichtigung der Übernahme des Kapitals der Deutschen Kreditbank AG in Höhe von 5,6 Mrd. DM im Jahre 1995 – blieb mit 1,2 % unter den Annahmen der Jahresprojektion ($1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ %). Dies ist einmal darauf zurückzuführen, daß das Steueraufkommen mit 1,7 % stärker zurückging als projiziert (0 bis -1 %). Hier machten sich sowohl die schwächere Entwicklung der Brutto Lohn- und -gehaltssumme als auch der steuerrelevanten Inlandsnachfrage bemerkbar. Die Zunahme der Sozialbeiträge fiel aufgrund der ungünstigeren Beschäftigungsentwicklung und der geringeren Effektivlohnsteigerung mit 4,8 % im Vergleich zu den Projektionsansätzen ($5\frac{1}{2}$ bis $6\frac{1}{2}$ %) ebenfalls erheblich schwächer aus. Anstatt eines er-

warteten Rückgangs (Jahresprojektion: 0 bis -1 %) expandierten die weniger ins Gewicht fallenden sonstigen Einnahmen mit 1,5 % kräftig.

Da die Einnahmen schwächer zunahmen als die Ausgaben, hat sich das Finanzierungsdefizit des Staates in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Vergleich zu 1995 um 15,3 Mrd. DM auf 137,9 Mrd. DM oder 3,9 % des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts nochmals kräftig erhöht. Es lag damit etwas oberhalb der projizierten Spanne von -125 bis -135 Mrd. DM bzw. rund $3\frac{1}{2}$ % des Bruttoinlandsprodukts. Dabei weitete sich das Defizit sowohl bei den Gebietskörperschaften infolge der Steuerausfälle als auch im Sozialversicherungssektor wegen der geringeren Beitragseinnahmen und der kräftigen Zunahme der Krankenversicherungsausgaben aus.

8. Der Ausweitung des staatlichen Defizits stand eine steigende Geldvermögensbildung der privaten Haushalte infolge einer zunehmenden Ersparnisbildung gegenüber. Der Fremdfinanzierungsbedarf des Unternehmenssektors ging angesichts rückläufiger Investitionen zurück, so daß sich die Selbstfinanzierungsbedingungen der Unternehmen verbesserten. Zum gesamten Aufkommen an Finanzierungsmitteln haben die anhaltend hohen und gegenüber 1995 weiter zugenommenen Kapitalimporte beigetragen.

9. Der wirtschaftliche Anpassungs- und Aufholprozeß der neuen Länder kann durch Niveauvergleiche wichtiger gesamtwirtschaftlicher Ost-West-Relationen, abgeleitet aus den Eckwerten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, dargestellt werden. Die im Herbst vergangenen Jahres erfolgte turnusgemäße Revision dieser Daten ergab für das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands höhere und für Westdeutschland niedrigere Niveaus gegenüber dem bisherigen Veröffentlichungsstand des Statistischen Bundesamtes. Demnach stellen sich nunmehr die Relationen aus Sicht der neuen Länder insgesamt etwas günstiger als früher dar. Wie bisher an dieser Stelle mehrfach erläutert, können solche Relationen sinnvollerweise wegen der in der Vergangenheit in Ost- und Westdeutschland stark voneinander abweichenden Preisniveaus und -strukturen nur in jeweiligen Preisen berechnet werden.

Bei einem Anteil von rund 19 % an der Bevölkerung und 18,2 % an den Erwerbstätigen trugen die neuen Länder 1996 zum gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt von 3 538,7 Mrd. DM rund 11,2 % bei; damit erhöhte sich ihr Anteil gegenüber 1995 um 0,2 Prozentpunkte. Diese leichte Verbesserung ging sowohl auf das etwas höhere Wachstum in Ostdeutschland als auch auf den im Vergleich zu Westdeutschland höheren Preisanstieg zurück. Neben der abgeschwächten Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion wurde der Produktivitätsanstieg in den neuen Ländern 1996 auch von einer infolge der nachlassenden Wachstumsdynamik wieder deutlich rückläufigen Beschäftigung bestimmt. So hat sich das Produktivitätsniveau, hier gemessen als Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen, im Vergleich zu den alten Ländern auf 56,7 % erhöht (1995: 55,2 %). 1991 hatte es erst 31 % betragen.

Gleichzeitig sind die Effektivlöhne der in den neuen Ländern beschäftigten Arbeitnehmer brutto von 75,5 % auf 76,7 % des westdeutschen Niveaus gestiegen. Damit verringerte sich die Lohn-Produktivitäts-Lücke auf Basis der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit je Beschäftigten im Inland nach 31,2 % im Vorjahr nunmehr auf 29,8 % des westdeutschen Niveaus und erreichte damit wieder den Stand von 1994. In der Industrie, in der die überregionale Wettbewerbsfähigkeit besonders wichtig ist, hat sich die Lage 1996 deutlich verbessert; die Lohn-Produktivitäts-Lücke ist merklich verkleinert von über 32 %

auf gut 25 %. Im Baugewerbe bestand in den letzten beiden Jahren praktisch kein Unterschied mehr im Verhältnis der Lohnkosten zur Produktivität im Ost-West-Vergleich.

Bei der Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten hat sich die Relation von 82,4 % auf 85,2 % erhöht. Hierin kommt auch der vergleichsweise stärkere Effekt der Freistellung des Existenzminimums sowie der Erhöhung des Kindergelds zum Ausdruck, das zu einer entsprechenden überproportionalen Erhöhung der Nettolohn- und -gehaltssumme führte.

Tabelle 6

**Gegenüberstellung Jahresprojektion der Bundesregierung und tatsächliche Entwicklung 1996
Bundesrepublik Deutschland**

	Jahresprojektion 1996	vorläufiges Ergebnis 1996 ¹⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)		
BIP in Preisen von 1991	rd. 1½	1,4
davon: alte Länder	rd. 1	1,3
neue Länder	4 bis 6	2,0
Erwerbstätige	rd. -½	-1,1
BIP je Erwerbstätigen	1½ bis 2	2,5
Arbeitslosenquote in % ²⁾	rd. 10	10,4
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	rd. 4	3,3
Staatsverbrauch	4 bis 4½	3,3
Bruttoanlageinvestitionen	1 bis 2	-0,9
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	20 bis 24	9,5
Inlandsnachfrage	rd. 3½	1,8
Außenbeitrag (Mrd. DM)	40 bis 45	47,7
(in % des BIP)	rd. 1	1,3
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	rd. 3½	2,4
Verwendung des BIP in Preisen von 1991		
Privater Verbrauch	rd. 2	1,4
Staatsverbrauch	1½ bis 2½	2,8
Bruttoanlageinvestitionen	-1 bis +1	-0,7
Ausrüstungen	2 bis 3	2,6
Bauten	-1½ bis -2	-2,7
Vorratsveränderung (BIP-Wachstumsbeitrag) ³⁾	rd. -0	-0,5
Inlandsnachfrage	rd. 1½	0,7
Ausfuhren	3½ bis 4½	4,6
Einfuhren	3 bis 4	2,0
Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag) ³⁾	rd. 0	0,7
Bruttoinlandsprodukt (real)	rd. 1½	1,4
Preisentwicklung (1991 = 100)		
Privater Verbrauch	rd. 2	1,8
Inlandsnachfrage	rd. 2	1,1
Bruttoinlandsprodukt	rd. 2	1,0
Verteilung des Brutton sozialprodukts (Inländerkonzept)		
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	rd. 3	1,2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	5 bis 7	3,0
Volkseinkommen	3½ bis 4½	1,7
Brutton sozialprodukt	3 bis 4	1,7
nachrichtlich (Inländerkonzept):		
Beschäftigte Arbeitnehmer	rd. -½	-1,4
Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt	rd. 2½	0,8
je Beschäftigten	rd. 3	2,3
Nettolohn- und -gehaltsumme ⁴⁾ insgesamt	rd. 4	2,3
je Beschäftigten	4½ bis 5	3,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	rd. 4	3,3
Sparquote in %	rd. 11½	11,6

¹⁾ 1996 erste vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes: Januar 1997

²⁾ bezogen auf alle Erwerbspersonen, Quelle Ergebnis 1996: Bundesanstalt für Arbeit

³⁾ absolute Veränderung (Vorräte/Außenbeitrag) in Prozent des BIP des Vorjahres („Impuls“)

⁴⁾ Nettolohn- und -gehaltsumme 1996 überhöht wegen Umstellung der Kindergeldregelung (Abzug von der Lohnsteuer statt Sozialleistung); die neue „Verbuchung“ des Kindergeldes hat keinen Einfluß auf das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte

Tabelle 7

**Gegenüberstellung Jahresprojektion der Bundesregierung und tatsächliche Entwicklung 1996
alte und neue Länder**

	Jahresprojektion 1996	vorläufiges Ergebnis 1996 ¹⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)		
<u>Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991</u>		
- alte Länder	rd. 1	1,3
- neue Länder	4 bis 6	2,0
Erwerbstätige		
- alte Länder	rd. -1/2	-1,1
- neue Länder	rd. 1/2	-1,5
BIP je Erwerbstätigen		
- alte Länder	rd. 1 1/2	2,4
- neue Länder	4 bis 5	3,6
<i>nachrichtlich:</i> <i>Arbeitslosenquote in %²⁾</i>		
- alte Länder	8 1/2 bis 9	9,1
- neue Länder	rd. 15 1/2	15,7
<u>Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen</u>		
- alte Länder	rd. 3	2,1
- neue Länder	6 bis 8	4,5
Preisentwicklung des BIP (1991 = 100)		
- alte Länder	rd. 2	0,8
- neue Länder	rd. 2 1/2	2,4
Beschäftigung und Einkommen (Inlandskonzept)		
Beschäftigte Arbeitnehmer		
- alte Länder	rd. -1/2	-1,2
- neue Länder	rd. 0	-1,9
Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt		
- alte Länder	rd. 2	0,7
- neue Länder	rd. 5 1/2	1,6
je Beschäftigten		
- alte Länder	rd. 2 1/2	2,0
- neue Länder	rd. 5 1/2	3,6
Nettolohn- und -gehaltsumme insgesamt ³⁾		
- alte Länder	rd. 3 1/2	1,9
- neue Länder	7 bis 8	4,7
je Beschäftigten		
- alte Länder	rd. 4 1/2	3,2
- neue Länder	7 bis 8	6,7

¹⁾ 1996 erste vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Januar 1997

²⁾ bezogen auf alle Erwerbspersonen, Quelle Ergebnis 1996: Bundesanstalt für Arbeit

³⁾ Nettolohn- und -gehaltsumme 1996 überhöht wegen Umstellung der Kindergeldregelung (Abzug von der Lohnsteuer statt Sozialleistung); die neue „Verbuchung“ des Kindergeldes hat keinen Einfluß auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte

Tabelle 8

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1996
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)
Bundesrepublik Deutschland

	Jahresprojektion 1996	vorläufiges Ergebnis 1996 ¹⁾
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Einnahmen		
Steuern	0 bis -1	- 1,7
Sozialbeiträge ²⁾	5½ bis 6½	4,8
Sonstige Einnahmen ³⁾	0 bis -1	1,5
Einnahmen insgesamt	1½ bis 2½	1,2
Ausgaben		
Staatsverbrauch	4 bis 4½	3,3
Einkommens- und Vermögensübertragungen ⁴⁾	½ bis 1½	1,8
Investitionen	½ bis 1½	- 6,2
Ausgaben insgesamt	1½ bis 2½	2,0
Finanzierungssaldo Mrd. DM	-125 bis -135	-137,9
(in % des BIP)	(rd. -3½)	- 3,9

¹⁾ 1996 erste vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes: Januar 1997

²⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

³⁾ Ohne Berücksichtigung der Kapitalübernahme der Deutschen Kreditbank AG durch den Bund als einmalige Vermögensübertragung im Jahr 1995

⁴⁾ Einschließlich Zinsen; ohne Berücksichtigung der Schuldenübernahmen der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft durch den Bund als einmalige Vermögensübertragung im Jahr 1995

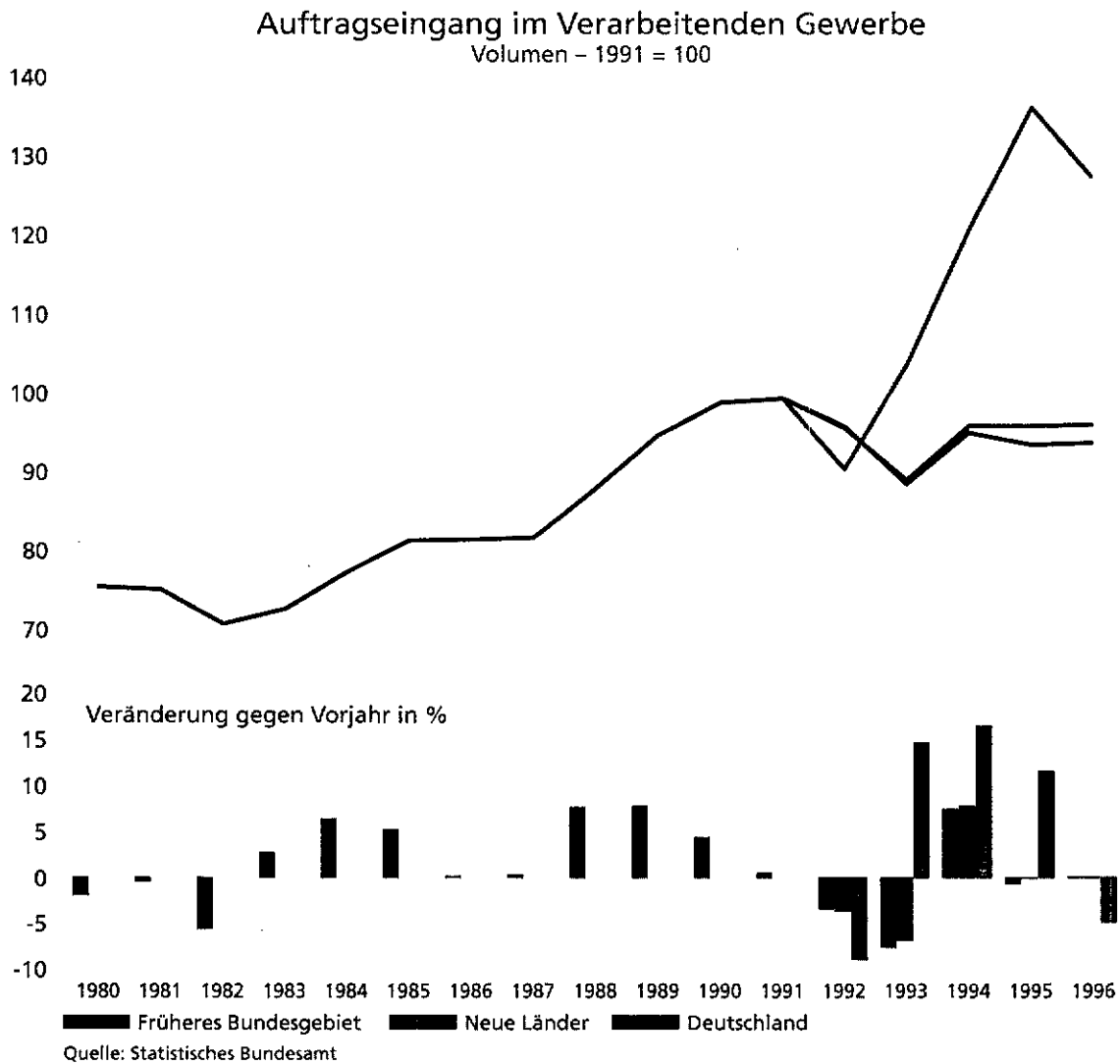
B. Jahresprojektion 1997

10. Die Aufwärtstendenz der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung setzt sich – nach der im Frühjahr 1996 überwundenen Wachstumsschwäche – in diesem Jahr fort. Darin stimmt die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion mit der Einschätzung des Sachverständigenrates überein: Die „konjunkturelle Erholung (hat) inzwischen deutliche Konturen angenommen“ (Ziffer 215 JG). Nach allen zur Jahreswende verfügbaren Informationen haben die Wachstumskräfte der deutschen Wirtschaft an Stärke gewonnen. Die vorlaufenden Konjunkturindikatoren weisen insgesamt nach oben und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind günstig. Niedrige Nominalzinsen, moderate Lohnentwicklung, stabile Preise, dynamische Auslandsnachfrage sowie weiter verbesserte Unternehmenserträge, die derzeit das wirtschaftliche Umfeld prägen, sind wichtige Voraussetzungen für eine gedeihliche Wirtschaftsentwicklung. Daher sind die Aussichten gut, daß sich der seit dem Frühjahr vergangenen Jahres andauernde Wachstumsprozeß fortsetzt und die konjunkturelle Erholung in einen länger anhaltenden Wirtschaftsaufschwung einmündet. Da die Wachstumskräfte voraussichtlich nach und nach die Breite der Wirt-

schaft erfassen, dürfte die Zunahme des wirtschaftlichen Aktivitätsniveaus 1997 das Ergebnis des vorangegangenen Jahres merklich übertreffen.

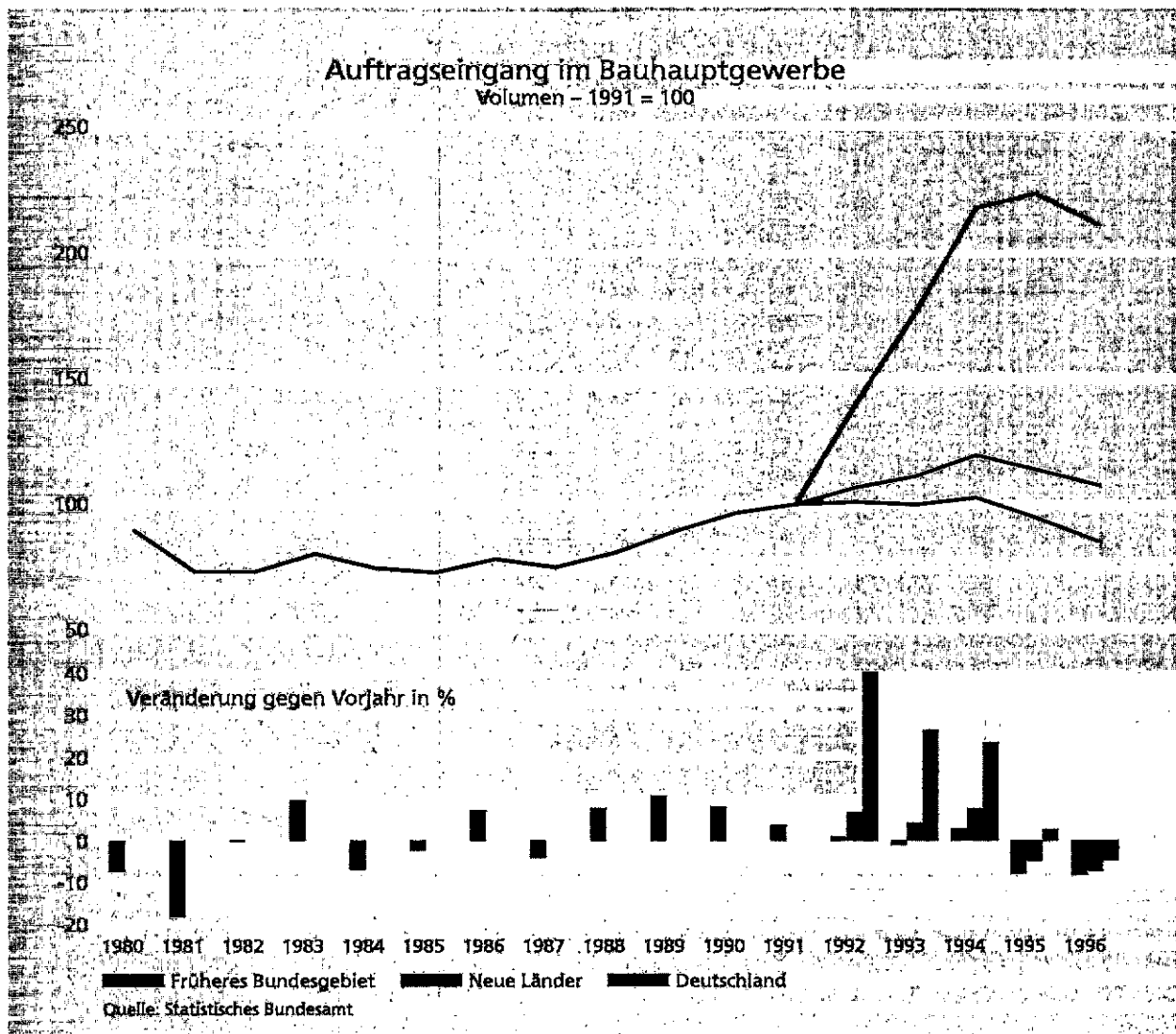
Trotz der insgesamt positiven wirtschaftlichen Grundtendenz wird sich die Aufschwungdynamik aber zunächst noch in Grenzen halten. Von der Auslandsnachfrage werden zwar weiterhin kräftige Impulse ausgehen; sie wird wahrscheinlich der Hauptmotor der wirtschaftlichen Expansion bleiben. Dagegen ist kaum zu erwarten, daß die binnenwirtschaftliche Entwicklung dynamisch genug verlaufen wird, um den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozeß zu verstärken. So hat sich die Investitionstätigkeit zwar im Verlaufe des vergangenen Jahres etwas erholt. Inwieweit damit eine grundlegende Wende zum Besseren eingetreten ist, bleibt noch offen. Denn trotz der günstigen Investitionsbedingungen verhalten sich viele Unternehmen noch abwartend. Angesichts der günstigen Rahmenbedingungen gibt es eigentlich immer weniger Gründe für Zögerlichkeit. Allerdings stehen den verbesserten Aussichten für die Entwicklung der Auslandsnachfrage eher gedämpfte binnenwirtschaftliche Nachfrageperspektiven gegenüber. Hier liegt ein Risiko. Die private Verbrauchsnachfrage, der größte Teil der Inlandsnachfrage, dürfte kaum

Schaubild 43



einen größeren Wachstumsbeitrag leisten, weil die Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wahrscheinlich insgesamt merklich schwächer ansteigen als im vorangegangenen Jahr, in dem sie durch Steuerentlastungen und einen verbesserten Familienleistungsausgleich erhöht worden waren. Die Nettolöhne und -gehälter werden voraussichtlich wegen der wohl auch noch in diesem Jahr unbefriedigenden Beschäftigungsentwicklung, der sich abzeichnenden niedrigen Tariflohnvereinbarungen sowie der neuerlichen Belastungen infolge von Sozialbeitragssatzerhöhungen stagnieren oder nur wenig zunehmen. Auch die Übertragungseinkommen, vor allem die Renten, das Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen werden wegen der schwachen Lohnentwicklung und den Sparmaßnahmen des Staates ebenfalls nur mäßig ansteigen. Eine kräftige Zunahme ist lediglich bei den Einkommen aus entnommenen Gewinnen und Vermögen zu erwarten.

Sorge bereitet die nach wie vor schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Wegen der zeitlichen Verzögerungen zwischen Wirtschaftswachstum einerseits und Beschäftigungsentwicklung andererseits wird der Arbeitsmarkt erst im Verlaufe dieses Jahres von der sich fortsetzenden wirtschaftlichen Erholung profitieren können. Die Belastungen aus den vorangegangenen Jahren – nicht zuletzt die Wachstumschwäche in 1995 und 1996 – wirken nach. Das jahresdurchschnittliche Ergebnis ist damit negativ geprägt, auch wenn es im Jahresverlauf zu einer allmählichen Entspannung kommt. Wichtigste Voraussetzung für durchgreifende Arbeitsmarktentlastungen ist allerdings eine hinreichend starke Investitionsdynamik: Sie hängt entscheidend davon ab, daß sich die noch bestehenden Unsicherheiten bei den Investoren schnell auflösen und das Vertrauen in die Zukunft gestärkt wird. Der Sachverständigenrat betont, daß die Politik und die Tarifparteien einen Bei-



trag hierzu leisten können, indem alle staatlichen Ebenen klare finanzpolitische Rahmendaten setzen und die Lohnpolitik den „Durchbruch“ schafft (Ziffer 220 JG). Dem Sachverständigenrat ist zuzustimmen, wenn er ausführt: „Solange die Investitionen gedrückt bleiben, ist an eine Trendwende bei der Beschäftigung nicht zu denken“ (Ziffer 224 JG).

In den neuen Ländern geht das Tempo der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung inzwischen kaum noch über das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum hinaus. Der wirtschaftliche Aufholprozeß ist damit aber nicht zum Stillstand gekommen, wie der Sachverständigenrat betont. „Denn die Investitionen bleiben auf hohem Niveau und die Kapazitäten wachsen weiterhin kräftig“. Anlaß zur Besorgnis gibt die Verlangsamung des Prozesses (Ziffer 233 JG). Ein sich selbst tragender, eigendynamischer Wachstumsprozeß ist vor allem deshalb noch nicht in Gang gekom-

men, weil die Lohnentwicklung in Ostdeutschland – gemessen an der Produktivitätsentwicklung – weit über die vorhandenen Verteilungsspielräume hinausgeht. So hat sich das Mißverhältnis zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung – gemessen an den westdeutschen Verhältnissen – seit drei Jahren nicht grundlegend verbessert. Die schnelle Lohnangleichung an westdeutsche Niveaus, die die Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen angesichts des Abstands bei der Produktivität stark belastet, erweist sich als schwere Hypothek für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den neuen Ländern.

11. Die um die Jahreswende vorliegenden Prognosen nationaler und internationaler Beobachter gehen übereinstimmend davon aus, daß die Phase konjunktureller Schwäche überwunden ist und die Wirtschaft auf Wachstumskurs bleibt. Struktur und Stärke der Aufwärtsentwicklung werden weitgehend ähnlich

eingeschätzt; die Vorausschätzungen für die reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 1997 reichen von +2 bis 2½%. In ihrer Jahresprojektion erwartet die Bundesregierung – wie auch der Sachverständigenrat und die großen Wirtschaftsforschungsinstitute – ein Wachstumsergebnis, das eher am oberen Rand dieser Spanne liegen könnte. Viele Prognostiker, so auch der Sachverständigenrat, stufen allerdings die wirtschaftliche Dynamik als weiterhin unzureichend ein (Ziffer 215 JG). Diese Einschätzung wird von der Bundesregierung geteilt. Sie ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den letzten fünf Jahren real lediglich auf knapp 1½% p.a. und in Westdeutschland auf rund 1% p.a. belief. Dies liegt deutlich unter dem mittelfristigen Potentialpfad von 2 bis 2½% und damit unterhalb der Schwelle, bei der in mittelfristiger Sicht mit steigender Beschäftigung gerechnet werden kann.

Der Jahresprojektion 1997 werden folgende Annahmen zugrundegelegt:

- Die Weltwirtschaft gewinnt weiter an Fahrt. Die Beschleunigung der Weltkonjunktur ist auf die wiederum stark überdurchschnittliche Wachstumsdynamik in den Entwicklungsländern – einschließlich der dynamischen asiatischen Volkswirtschaften und Lateinamerika – sowie in den weiter fortgeschrittenen Transitionsländern Mittel- und Osteuropas zurückzuführen. In den Industrieländern setzt sich der Aufschwung fort; das Wachstum dürfte sich nach dem Urteil der internationalen Organisationen aber nicht mehr beschleunigen, da in den USA und vor allem in Japan mit etwas geringeren Expansionsraten als im vergangenen Jahr gerechnet wird. In der Europäischen Union – der wichtigsten Absatzregion der deutschen Exportwirtschaft – wird sich die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung bei Fortsetzung der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte dagegen voraussichtlich verstärken.
- Der internationale Austausch von Gütern und Dienstleistungen expandiert wegen der Intensivierung der Handelsbeziehungen und fortschreitenden Globalisierung stärker als im vergangenen Jahr.
- Die Finanzpolitik dürfte weltweit auf der einen Seite eher restriktiv wirken. Vor allem die Länder der Europäischen Union werden ihre Anstrengungen zur notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verstärken, nicht zuletzt auch deshalb, um die Voraussetzungen zur Teilnahme an der Europäischen Währungsunion zu erfüllen. Andererseits sind sichtbare Fortschritte bei der Konsolidierung Voraussetzung für eine europäische Stabilitätsgemeinschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion, die mittelfristig höhere Wachstumsprognosen auslösen wird.
- Der Kurs der Geldpolitik wird sich weltweit wegen des Ausbleibens inflationärer Spannungen nicht grundlegend ändern. Auch in Deutschland ist eine schärfere geldpolitische Gangart angesichts des ruhigen Preisklimas nicht zu erwarten. Die Nominalzinsen dürften daher auf einem niedrigen Niveau bleiben.

- Die Lohnpolitik trägt den beschäftigungspolitischen Erfordernissen auch in diesem Jahr Rechnung. Die noch ausstehenden Tariflohnabschlüsse dürften deshalb – wie schon im vorangegangenen Jahr – moderat ausfallen und sich im Rahmen der zuletzt getroffenen Vereinbarungen bewegen. Für diese Annahme sprechen sowohl die weiterhin unbefriedigende Arbeitsmarktlage sowie die günstige Preisentwicklung.

- Die Wechselkursrelationen innerhalb des EWS werden konstant bleiben. Die Austauschrelation der D-Mark gegenüber dem US-Dollar, die sich nach der übersteigerten D-Mark-Aufwertung vom Frühjahr 1995 inzwischen weitgehend normalisiert hat, dürfte nahezu unverändert bleiben. Der reale Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartnerländer dürfte insgesamt etwas niedriger als im vergangenen Jahr liegen.

12. Die Weltwirtschaft wird sich weiter beleben. In den Industrieländern dürfte der mittelfristige Wachstumspfad von 2 bis 3% beibehalten werden. Die aufstrebenden Länder in Südostasien und Lateinamerika werden weiterhin von einer dynamischen Entwicklung geprägt sein. Das höchste Wachstumspotential besitzen die Länder in Mittel- und Osteuropa, allen voran Polen, Ungarn, die Tschechische und die Slowakische Republik.

In der Europäischen Union dürfte die Schwächephase 1995/96 inzwischen überwunden sein und die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung stärker werden. Auf den Devisenmärkten ist wieder Ruhe eingeleitet, die Zinsen befinden sich auf niedrigem Niveau und die Preisentwicklung konvergiert hier zu niedrigeren Raten. Zuletzt haben auch die Investitionen wieder an Schwung gewonnen. Hiervon dürfte gerade die deutsche Exportwirtschaft aufgrund ihrer Stärken bei Investitionsgütern profitieren. Da das Maastricht-Kriterium zum Finanzierungsdefizit an den Werten des Jahres 1997 gemessen wird, werden die ohnehin notwendigen Konsolidierungsbemühungen in praktisch allen Staaten der Europäischen Union besonders ausgeprägt sein. Angesichts der verbesserten Rahmenbedingungen und der zu erwartenden Selbstverstärkungskräfte des Aufschwungs in diesem Jahr sind die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union eher niedrig einzustufen. In den Vereinigten Staaten dürfte sich auch in diesem Jahr das Wachstum entlang des mittelfristigen Potentialpfades bewegen. Möglicherweise schwächen sich der private und der staatliche Konsum etwas ab, während sich die Investitionstätigkeit weiter verstärken dürfte. Die Ausfuhr sollte von der wirtschaftlichen Erholung bei den wichtigsten Handelspartnern profitieren. In Japan dürfte sich das im Verlauf des letzten Jahres abgeschwächte Wirtschaftswachstum in diesem Jahr wieder beleben; dennoch wird das Wachstum im Jahresdurchschnitt voraussichtlich unter dem des Vorjahres liegen. Der Export und im Gefolge die Unternehmensinvestitionen werden nach der kräftigen Yen-Abwertung im Laufe der vergangenen beiden Jahre die treibenden Kräfte der wirtschaftlichen Erholung sein.

Insgesamt wird der Welthandel gemäß den Einschätzungen der internationalen Institutionen in diesem Jahr weiter an Kraft gewinnen, dabei aber mit gut 6½ bis 7½ % nicht mehr die hohen Wachstumsraten der Jahre 1994 und 1995 erreichen. Die deutsche Exportwirtschaft profitiert dabei insbesondere von der dynamischen Wirtschaftsentwicklung und hohen Investitionstätigkeit in den mittel- und osteuropäischen Staaten, in die bei einem deutschen Marktanteil von rund einem Drittel inzwischen rund 8 % der Warenausfuhr fließt. Auch die wirtschaftliche Erholung in Westeuropa, wo fast zwei Drittel der deutschen Exportgüter abgesetzt werden, kommt der Entwicklung der deutschen Ausfuhr in diesem Jahr zugute. Durch die inzwischen erfolgte weitgehende Rückbildung des DM-Außenwertes seit der übersteigerten Aufwertung im Frühjahr 1995 sowie die moderate Lohnentwicklung hat sich die Wettbewerbslage deutscher Exporteure wieder verbessert. Alles in allem wird Deutschland keine weiteren Marktanteilsverluste mehr hinnehmen müssen.

Nach den Annahmen zur Entwicklung von Welthandel und Wechselkursen wird in der Jahresprojektion unterstellt, daß sich

der nominale Anstieg der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen auf rund 8 %

belaufen könnte. Bei weiterhin moderat steigenden Exportpreisen würde sich der Export real um etwa 6½ % erhöhen und damit das Vorjahresniveau (+4,6 %) deutlich überschreiten. Die Einnahmen aus Dienstleistungen werden sich bei weiterhin expandierendem grenzüberschreitendem Dienstleistungsverkehr nicht ganz so kräftig wie die Warenausfuhr ansteigen.

13. Die Impulse des Exportgeschäftes dürften im Verlauf des Jahres vermehrt auf die Inlandsnachfrage übergreifen und insbesondere die Unternehmensinvestitionen beflügeln.

Die vom Sachverständigenrat in seinem Gutachten herausgestellte Investitionsschwäche, die bereits seit 1993 andauert (Ziffer 203 JG), dürfte trotz weiterhin bestehender Risiken in diesem Jahr überwunden werden. Die Zinsen sind inzwischen kurz- wie langfristig auf ein solch niedriges Niveau gesunken, daß für die Unternehmen von dieser Seite kein Anlaß mehr besteht, Investitionsentscheidungen weiter hinauszuzögern. Die Finanzierungsmöglichkeiten – ob aus Fremdkapital oder aus den wieder gestiegenen Erträgen – könnten kaum günstiger sein. Auch von der laufenden Lohnrunde sind keine Belastungen zu erwarten. Doch für das Anspringen der Investitionskonjunktur muß der mit der Stimmungseintrübung im Frühjahr 1995 eingesetzte Attentismus der Unternehmen überwunden werden. Solange die Absatz- und Ertragsaussichten von den Unternehmen trotz inzwischen stark verbesserter Ertragslage nicht günstiger eingeschätzt werden, solange können noch so vorteilhafte Rahmenbedingungen die Investitionsbereitschaft offensichtlich nicht nachhaltig verbessern.

Die noch abwartende Haltung der Unternehmen drückt sich nicht zuletzt in den Befragungsergebnissen des DIHT und des Ifo-Instituts im Spätsommer

1996 aus, nach denen die Unternehmen ihre Investitionen in diesem Jahr kaum ausweiten wollen. Doch inzwischen haben sich die Stimmungslage und insbesondere die Bedarfserwartungen deutlich verbessert. Auch die inzwischen erheblich günstigeren Nachfrageperspektiven – zunächst vor allem im Exportgeschäft – geben zu Attentismus keinen Anlaß. Somit dürften sich immer mehr Unternehmen entscheiden, sinnvolle Investitionsprojekte nicht weiter hinauszuzögern (Ziffer 219 JG). Als ein Indiz in diese Richtung kann die gegen Ende letzten Jahres bereits merklich dynamischere Entwicklung der gewerblichen Investitionen angesehen werden. Nach den Befragungsergebnissen sollen auch in diesem Jahr Modernisierung und Ersatzbeschaffung die Hauptmotive der Investitionstätigkeit sein. Zwar werden die Kapazitäten wieder zunehmend mehr genutzt, so daß auch Erweiterungsinvestitionen in stärkerem Ausmaße notwendig werden. Doch wird sich die wieder steigende Investitionsnachfrage der Unternehmen in erster Linie auf Ausrüstungen beziehen, während sich die mit dem Erweiterungsmotiv eng verknüpften gewerblichen Bauten voraussichtlich weniger stark entwickeln werden (s. u.). Im Jahresdurchschnitt dürften die gewerblichen Investitionen im Vergleich zum Vorjahr real um etwa 3½ % zunehmen, nachdem sie im Vorjahr praktisch stagniert hatten.

In der Bauwirtschaft setzt sich die Rezession auf den Weg hin zu einem normalen Niveau zunächst fort; der Rückgang der Bauaktivitäten schwächt sich jedoch merklich ab. Erst im Verlaufe des Jahres kann ein Teil des letztjährigen Einbruchs wieder ausgeglichen werden (Ziffer 221 JG). Die Situation ist im Westen etwas günstiger, denn die ostdeutsche Baunachfrage wird zusätzlich durch die abgesenkten steuerlichen Förderungsmöglichkeiten, insbesondere der Halbierung der Sonderabschreibung Ost in weiten Bereichen, belastet. Zwar gibt es z. B. in Form von Anzahlungsmodellen Möglichkeiten, die hohen Abschreibungssätze innerhalb gewisser Grenzen auf dieses Jahr zu übertragen, doch wird die verringerte Förderung spätestens im Verlaufe des Jahres zu einem weiteren Rückgang der Aktivitäten im Bausektor führen. Gebremst werden dürfte der Rückgang durch zunehmende Modernisierungsvorhaben, bei denen die Abschreibungsmöglichkeiten hoch bleiben.

Auch zwischen den einzelnen Bausparten wird die Entwicklung unterschiedlich verlaufen. Der Wirtschaftsbau dürfte insgesamt noch am günstigsten abschneiden. Denn die angesprochene leichte Erholung bei den Erweiterungsinvestitionen wird sich vermutlich auch in einem Anstieg der Errichtung neuer Produktions- und Lagerstätten niederschlagen. Die Entwicklung in den anderen Sparten des gewerblichen Baus sieht dagegen weniger freundlich aus. Bei Bürogebäuden bremsen Leerstände, die in einigen Städten bereits ein hohes Ausmaß angenommen haben, die Nachfrage. Nur die Präferenz der Kunden für den auf moderne Büroerfordernisse zugeschnittenen neuen Büroraum wirkt hier leicht stabilisierend und verlagert das Leerstandsproblem z. T. auf Altbauten. In den neuen Ländern setzt sich bei den Investoren immer mehr die Einsicht durch, daß

eine Investition sich nicht allein aufgrund von Steuervorteilen rechnen kann (Ziffer 222 JG). Daher wird man insbesondere beim Bau von Gewerbe- und Einkaufszentren mit zunehmender Zurückhaltung der Investoren in Ostdeutschland rechnen müssen, da das Angebot teilweise das Westniveau überschritten hat und nicht auf entsprechende Nachfrage trifft. Insgesamt wird für den Wirtschaftsbau bundesweit mit einem gegenüber 1996 unverändertem Volumen gerechnet.

Im Wohnungsbau werden sich die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen im Mietwohnungs- und Eigenheimbau in diesem Jahr fortsetzen. In den alten Ländern haben die Absenkung der degressiven Abschreibung sowie rückläufige Preise bei Neuvermietungen bereits im letzten Jahr den Mietwohnungsbau belastet. In den neuen Ländern wird die Halbierung der Sonderabschreibung ab diesem Jahr dämpfend ihre Spuren hinterlassen. Ähnliche Wirkungen könnten auch von einigen der jüngsten steuerpolitischen Maßnahmen des Jahressteuergesetzes 1997 ausgehen. Stabilisierend wirkt dagegen im Osten der immer noch sehr hohe Modernisierungsbedarf, der zudem weiterhin mit erhöhter Sonderabschreibung gefördert wird. Ebenfalls stützend könnte die im letzten Jahr eingeführte einkommensunabhängige Eigenheimzulage wirken, die auch in diesem Jahr zahlreichen Haushalten den Weg in die eigenen vier Wände erleichtert. Positive Impulse gehen schließlich auch von den auf historischem Tiefstand befindlichen Hypothekenzinsen aus. Insgesamt werden die Investitionen im Wohnungsbau real voraussichtlich um rund 1½% im Jahresdurchschnitt zurückgehen (Vorjahr: -0,3%).

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden angesichts der schwierigen Finanzsituation der Gebietskörperschaften weiter rückläufig sein. Die Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf allen föderalen Ebenen dürfte sich in einem weiteren realen Rückgang der Bauaktivitäten um rund 2½% niederschlagen (Vorjahr: -6,8%).

Unter Berücksichtigung dieser Annahmen der Jahresprojektion über die reale Nachfrageentwicklung und eines leichten Preisanstiegs bei den Ausrüstungsgütern sowie stagnierender Baupreise ergibt sich ein

nominaler Anstieg der Anlageinvestitionen um rund 1½%

nach einem Rückgang um 0,9% im Vorjahr. Während die Ausrüstungen real um etwa 5% zunehmen könnten, wird für die gesamten Bauinvestitionen mit einem realen Rückgang um rund 1% gerechnet. Die gesamten Anlageinvestitionen dürften damit real um etwa 1½% zunehmen. Die Investitionen in den neuen Ländern werden sich angesichts der Normalisierung der Bautätigkeit insgesamt vermutlich erstmals etwas schwächer entwickeln als in den alten Ländern. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften in den neuen Ländern – wie auch der Sachverständigenrat annimmt – auf hohem Niveau bleiben und die Kapazitäten weiterhin kräftig wachsen (Ziffer 233 JG). Angesichts der als nicht mehr so hoch empfundenen Lagerbestände der Unternehmen und der voranschrei-

tenden wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung kann in diesem Jahr mit einem wieder stärkeren Anstieg der Vorratshaltung gerechnet werden. Von den Vorratsinvestitionen dürfte daher – vor allem zyklisch bedingt – ein expansiver Effekt auf das Wirtschaftswachstum ausgehen.

14. Der Private Verbrauch wird 1997 die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zwar stützen, aber kaum die Rolle des Schwungrads übernehmen können – so auch die Auffassung des Sachverständigenrates (Ziffer 229 JG). Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird voraussichtlich geringer ansteigen als im vergangenen Jahr, weil die wichtigsten Einkommensgrößen – die Nettolöhne und -gehälter sowie die Übertragungseinkommen nur mäßig zunehmen dürften.

Die Nettolöhne und -gehälter entwickeln sich insgesamt nur schwach. Es schlägt zu Buche, daß der Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme mit rund 1% gedämpft bleiben dürfte. Für die erwartete moderate Lohnsummenzunahme gibt es im wesentlichen zwei Gründe: Erstens ist die Beschäftigungsentwicklung nach wie vor unbefriedigend. Zweitens ist der Kurs der Tarifpartner weiterhin auf Lohnmoderation ausgerichtet. Die Beschäftigung, die sich voraussichtlich erst im Verlaufe dieses Jahres erholen wird, dürfte im Jahresdurchschnitt um rund ½% zurückgehen. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme je beschäftigten Arbeitnehmer (Effektivlöhne) dürfte nur um 1½% zunehmen. In den neuen Ländern könnte die Zunahme der Effektivlöhne – wegen der tarifvertraglich geregelten Angleichungsschritte an das westdeutsche Tariflohn- und -gehaltsniveau – um gut ½%-Punkt über der gesamtdeutschen Steigerungsrate liegen. Die Nettolohn- und -gehaltsumme würde – trotz der zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages – stagnieren oder mit etwa 1%-Punkt deutlich unter dem Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme liegen. Hier wirken sich die Belastungen infolge der Beitragssatzanhebungen im Sozialversicherungsbereich aus.

Auch die vom Staat geleisteten Übertragungseinkommen werden in diesem Jahr nur geringfügig zunehmen. Die Rentenanpassung, die sich an der Grundlage der Nettolohnentwicklung des Vorjahres orientiert, wird 1997 nur wenig stärker ausfallen als im vergangenen Jahr. Die Leistungen für Arbeitslose werden – trotz steigender Arbeitslosigkeit – aufgrund der in Kraft getretenen Einsparmaßnahmen nur begrenzt ansteigen. Auch die Einkommensübertragungen der gesetzlichen Krankenversicherungen werden von den Einsparungen betroffen. Die begrenzte Expansion der Transferleistungen ist im wesentlichen Reflex der Konsolidierungsanstrengungen, die notwendig sind, um die Sozialsysteme zu sichern. Die öffentlichen Sozialleistungen werden nach den Annahmen der Jahresprojektion voraussichtlich um rund 2½% zunehmen und damit in etwa wie im Vorjahr steigen.

Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen, die sich im vergangenen Jahr auf etwa ein Drittel des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte beliefen, werden aufgrund der erwarteten Be-

beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivitäten gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich nochmals an Dynamik zulegen. Es wird jedoch im Unterschied zum Sachverständigenrat nicht angenommen, daß die Schwäche der Masseneinkommen durch die letztgenannte Einkommenskategorie voll ausgeglichen wird. Danach dürfte das verfügbare Einkommen nach den Annahmen der Jahresprojektion nur um 2½ bis 3 % ansteigen und damit merklich schwächer ausfallen als im vorangegangenen Jahr (3,3 %).

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus ist damit zu rechnen, daß die Sparquote tendenziell eher abnimmt. Dafür spricht auch, daß die Verbraucher bei begrenztem Einkommensanstieg erfahrungsgemäß an ihren Konsumgewohnheiten festzuhalten suchen. Die Sparquote dürfte daher bei 11½ % oder leicht darunter liegen. Unter diesen Voraussetzungen könnte 1997 der

nominale Private Verbrauch um rund 3 % zunehmen,

nach 3,3 % im Vorjahr. Real würde dies – bei nur wenig steigenden Preisen – einen Anstieg von etwa 1½ % bedeuten, und damit in etwa gleicher Größenordnung wie im Vorjahr.

15. Der Staatsverbrauch wird im Gegensatz zur letztjährigen Entwicklung 1997 kaum zum Wachstum beitragen. So setzen die Konsolidierungsmaßnahmen bei den wichtigsten Komponenten, nämlich den Personalausgaben der Gebietskörperschaften und den Sachleistungen der Sozialversicherungen, an. Die Personalausgaben der öffentlichen Haushalte dürften sich 1997 aufgrund der bereits im vorangegangenen Jahr getroffenen moderaten Vereinbarungen und Festlegungen im Tarif- und Besoldungsbereich sowie der auf allen staatlichen Ebenen weiterhin vorgesehenen Personaleinsparungen allenfalls geringfügig ausweiten. Auch die Sachausgaben der Gebietskörperschaften werden nach den vorliegenden Haushaltsplänen nur wenig steigen. Für die Sachleistungen im Sozialversicherungsbereich, die im Vorjahr durch die unerwartet hohen Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen geprägt waren, wird in der Jahresprojektion von einer erheblich abgeschwächten Steigerung ausgegangen. Im Bereich der Pflegeversicherung schlägt zwar die Erweiterung des Leistungsumfanges um die stationäre Pflege ab Mitte des vorangegangenen Jahres noch ausgaben erhöhend zu Buche. Bei der Renten- und Krankenversicherung kommen allerdings umfangreiche Einsparungsmaßnahmen zum Tragen. Unter diesen Bedingungen wird für den

Staatsverbrauch mit einer nominalen Zunahme um 1 bis 2 %

gerechnet, nach 3,3 % im Vorjahr. Real dürfte dies einem Anstieg von 0 bis 1 % entsprechen, nach 2,8 % im Vorjahr.

16. Aus den Annahmen der Jahresprojektion für die Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Ausfuhren ergibt sich für die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage ein nominaler Anstieg von rund 4 %, nach 2,4 % im Vorjahr. Unter Berücksichtigung der erwarteten geringfügigen Preissteigerungen würde

die Gesamtnachfrage real um etwa 3 % (Vorjahr: 1,5 %) zunehmen. Die zusätzliche Nachfrage dürfte auch in diesem Jahr leicht überproportional aus ausländischer Produktion bedient werden. Der reale Anstieg der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen wird auf 4½ % veranschlagt (Vorjahr: 2,0 %). Zwar sehen sich ausländische Produzenten nach der inzwischen zurückgebildeten Höherbewertung der D-Mark wieder einer stärkeren inländischen Konkurrenz gegenüber. Doch kommt ihnen die unterstellte dynamische Entwicklung der vergleichsweise importintensiven Ausrüstungen und Exporte sowie nicht zuletzt die wieder stärkere Lagerhaltung von Rohstoffen und importierten Halbfertigprodukten zugute. Insgesamt dürften die Warenimporte etwas lebhafter steigen als die Dienstleistungseinfuhren.

Die Verteuerung des Rohöls im Herbst letzten Jahres dürfte nur einen vorübergehenden Einfluß auf den Anstieg der Importpreise gehabt haben. Im Laufe dieses Jahres werden die Preise der Einfuhr mit knapp 1½ % vermutlich etwas stärker steigen als die der gesamten inländischen Verwendung, jedoch etwa genauso stark wie die der Exporte. Die terms of trade werden also unverändert bleiben. Die nominale Einfuhr von Waren und Dienstleistungen dürfte sich dann um etwa 6 % erhöhen.

Aufgrund der angenommenen Entwicklung von Aus- und Einfuhr ergibt sich ein

nominaler Außenbeitrag von rund 69 Mrd. DM.

Der Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland würde sich damit gegenüber dem Vorjahr (47,7 Mrd. DM) per saldo nochmals ausweiten. Der Anteil des Außenbeitrages am Bruttoinlandsprodukt beläuft sich damit inzwischen auf knapp 2 %. Nach den Annahmen über die Inlandsnachfrage und den Außenbeitrag errechnet sich für 1997 ein

Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts um rund 3½ %

nach 2,4 % im Vorjahr.

17. Das Preisklima bleibt 1997 ähnlich ruhig wie im vorangegangenen Jahr. Aufgrund der noch unterausgelasteten gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten sind die Preiserhöhungsspielräume – trotz der erwarteten Nachfragebeschleunigung – eher gering. Ein Preissog von der Nachfrageseite ist auch nach Auffassung des Sachverständigenrates nicht zu erwarten (Ziffer 231 JG). Auch von der Kostenseite zeichnet sich kein Preisdruck ab. Hier wirkt sich vor allem aus, daß die Lohnstückkosten eher geringfügig steigen dürften, denn die Tarifpartner werden angesichts der nach wie vor schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt an ihrem auf Beschäftigungssicherung zielenden, moderaten Kurs festhalten und der Produktivitätsanstieg bleibt hoch. Auch bei den Einfuhrpreisen ist nur mit begrenzten Steigerungen zu rechnen, da es nicht zu größeren, die Einfuhren verteuern den Verschiebungen des derzeitigen Wechselkursgefüges kommen dürfte und auch bei den Rohstoffen und importierten Vorprodukten sowie Fertigwaren angesichts des weltweit günstigen Preisklimas keine ins Gewicht fallenden Verteuerungen zu erwarten sind.

Unter diesen Annahmen könnten die

Verbraucherpreise um rund 1½% zunehmen,

nach 1,8% im Vorjahr. Die Preisentwicklung auf der Konsumentenstufe bliebe damit unverändert günstig.

In den neuen Ländern schwächt sich der Verbraucherpreisanstieg wahrscheinlich etwas ab, weil in die Preisentwicklung des vergangenen Jahres noch der Übergang zum Vergleichsmietensystem Mitte 1995 hineinspielt. Allerdings dürften die Preissteigerungen insgesamt immer noch leicht über denjenigen in den alten Ländern liegen. Die wichtigste Ursache hierfür liegt darin, daß auch in diesem Jahr die Lohnstückkostensteigerung in Ostdeutschland wahrscheinlich deutlich über derjenigen in Westdeutschland liegen wird.

Der Preisanstieg für die übrigen Komponenten der Inlandsnachfrage dürfte mit rund 1% deutlich unter demjenigen des Privaten Verbrauchs liegen. Dies ist einmal Folge der niedrigen Preissteigerungsrate für den Staatsverbrauch, der vor allem durch die bereits im vergangenen Jahr festgelegten niedrigen Tariflohn- und Besoldungserhöhungen bedingt ist. Ferner ist bei den Baupreisen nach ihrem letztjährigen Rückgang bei nochmals geringerer Baunachfrage weiterhin mit einer ruhigen Entwicklung zu rechnen und auch die im internationalen Wettbewerb bestimmten Preise für Ausrüstungsgüter dürften kaum signifikant anziehen. Unter diesen Annahmen dürfte der Deflator des Bruttoinlandsprodukts, der den durch inländische Faktoren bewirkten gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg mißt, etwa wie im Vorjahr um rund 1% steigen. Da, wie erwähnt, eher mit einem leichten Rückgang der Lohnstückkosten zu rechnen ist, impliziert dies abermals eine deutliche Expansion der Gewinnmargen. Damit wäre eine wichtige Bedingung für mehr Investitionen und damit mehr Arbeitsplätze erfüllt.

18. Aus den Annahmen über die nominale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seinen Preisanstieg ergibt sich im Jahresdurchschnitt 1997 für Gesamtdeutschland ein

reales Wirtschaftswachstum von rund 2½%,

und zwar sowohl in den alten wie in den neuen Ländern.

Hinter den etwa gleichen Wachstumsraten für West- und Ostdeutschland verbirgt sich eine sektoral unterschiedliche Entwicklung. Zwar wird das gesamtwirtschaftliche Wachstum in den neuen Ländern von den verbesserten Perspektiven Westdeutschlands mitgetragen, doch wirken die erheblich nachlassenden Bauaktivitäten besonders in Ostdeutschland aufgrund des dortigen außerordentlich hohen Wertschöpfungsanteils des Bausektors stark dämpfend. D. h. jedoch auch, daß die Entwicklung in den übrigen Bereichen, insbesondere in der Industrie und bei den Dienstleistungen, weiterhin deutlich dynamischer als im Westen verläuft. Dies ist im Aufholprozeß auch notwendig.

In der Jahresprojektion wird für die gesamtdeutsche Arbeitsproduktivität, d. h. das Bruttoinlandsprodukt

je Erwerbstätigen, ein beschleunigter Anstieg von rund 3% (nach 2,5% im Vorjahr) erwartet. Für Westdeutschland wird entsprechend der konjunkturzyklischen Erfahrungen mit einem gegenüber dem Vorjahr leicht stärkeren Produktivitätszuwachs von ebenfalls rund 3%, nach 2,4% im Vorjahr, gerechnet. Auch in Ostdeutschland könnte er rund 3% betragen. Dies bedeutet eine weitere Abschwächung der Produktivitätsrate, die im Vorjahr bei 3,6% lag.

Damit dürfte die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Jahresdurchschnitt nochmals abnehmen, und zwar um rund ½% oder bis zu 200 000. Im weiteren Jahresverlauf dürfte das sich beschleunigende Wirtschaftswachstum zwar zu mehr Beschäftigung führen. Dies würde sich aber im Jahresdurchschnitt wegen der starken Vorbelastung aus dem Vorjahr noch nicht bemerkbar machen. Für Ostdeutschland wird – parallel zur gesamtdeutschen Entwicklung – von einem nochmaligen Rückgang der Erwerbstätigkeit um rund ½% oder bis zu 30 000 ausgegangen. Im Verarbeitenden Gewerbe könnte infolge der weiterhin hohen Investitionstätigkeit der Beschäftigungsrückgang allmählich zum Ende kommen. Dagegen dürfte sich der Personalabbau im Bausektor und in den öffentlichen Verwaltungen weiter fortsetzen und wegen ihres hohen Gewichts auf die Beschäftigungsentwicklung insgesamt dämpfend wirken. Allerdings dürften im Dienstleistungsbereich und in den mittelständisch geprägten Bereichen sowie im Handwerk weiterhin neue Arbeitsplätze entstehen. Bei einer fortgesetzten Zunahme der Zahl Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger würde die Zahl der abhängig Beschäftigten etwas stärker als die der Erwerbstätigen abnehmen.

In den alten Ländern hat sich aufgrund des bisher noch unzureichenden gesamtwirtschaftlichen Wachstums die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Die nunmehr zunehmende konjunkturelle Dynamik dürfte erfahrungsgemäß erst mit Verzögerung zu einer Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven im weiteren Jahresverlauf führen. Hierfür ist die sich wieder belebende Investitionstätigkeit der Unternehmen, die zudem von einer wahrscheinlich moderaten Lohnpolitik begleitet wird, eine wichtige Voraussetzung, um den Beschäftigungsabbau zu beenden. Dabei ist entscheidend, ob im Verarbeitenden Gewerbe infolge der sich wieder ausweitenden Produktion der Personalabbau im späteren Jahresverlauf zum Stillstand kommt. Die verbesserten Perspektiven dürften auch auf die komplementären Wirtschaftsbereiche ausstrahlen und ihre Arbeitskräftenachfrage erhöhen. Im Dienstleistungsbereich werden wahrscheinlich weiter neue Arbeitsplätze im bisherigen Ausmaß entstehen. Demgegenüber dürften im öffentlichen Sektor aufgrund der starken Sparzwänge weiterhin Stellen wegfallen. Auch das Baugewerbe, das unter Nachfrageschwäche leidet, dürfte nochmals Personal abbauen und damit auf die Beschäftigungslage insgesamt dämpfend wirken. Alles in allem könnte demnach die Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland im Jahresdurchschnitt nochmals deutlich und zwar um rund ½% oder bis zu 170 000 zurückgehen. Im späteren Jahresverlauf könnte bei Festigung der konjunkturellen Aufwärts-

entwicklung die Beschäftigung per saldo wieder aus-
geweitet werden. Die Zahl der Selbständigen und
mithelfenden Familienangehörigen könnte in einer
ähnlichen Größenordnung wie im Vorjahr zunehmen.
Damit würde die Zahl der abhängig Beschäftigten
abermals etwas stärker als die der gesamten Er-
werbstätigen zurückgehen.

Das Niveau der Arbeitslosigkeit im Jahresdurch-
schnitt 1997 wird vor allem durch den stärkeren An-
stieg der Arbeitslosenzahl in der zweiten Hälfte des
vergangenen Jahres belastet. Sowohl die zunächst
noch schwache Nachfrage nach Arbeitskräften als
auch die im Verlauf des letzten Jahres zu beobach-
tende Ausweitung des Abbaus von Arbeitsplätzen
haben dazu beigetragen. Bei verbesserten gesamt-
wirtschaftlichen Perspektiven und im Verlauf wieder
entstehenden neuen Arbeitsplätzen dürfte die Er-
werbsbeteiligung wieder zunehmen. Demgegenüber
wird der schwächer gewordene Wanderungsdruck
aus dem Ausland und die weitere Abnahme der
deutschen Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Al-
ter entlastend auf das Erwerbspersonenangebot wir-
ken. Die Zahl der Arbeitslosen Westdeutschlands
dürfte im Jahresdurchschnitt dennoch um rund
160 000 auf knapp 3 Mio. ansteigen. Dies entspräche
einer Arbeitslosenquote von rund 9½% aller Er-
werbspersonen. Sie wäre damit einen halben Pro-
zentpunkt höher als im Vorjahresdurchschnitt.

Auch in den neuen Ländern kam es im letzten Jahr
zu einer spürbaren Ausweitung der registrierten Ar-
beitslosigkeit. Infolge einer nochmals abnehmenden
Beschäftigung und bei weiter nachlassenden Entla-
stungswirkungen des arbeitsmarktpolitischen Instru-
mentariums könnte die Arbeitslosenzahl um rund
40 000 ansteigen. Danach wäre in Ostdeutschland
mit einem jahresdurchschnittlichen Niveau von rund
1,2 Mio. und einer Quote von rund 16% aller Er-
werbspersonen zu rechnen.

Für Gesamtdeutschland ergäbe sich nach den An-
nahmen der Jahresprojektion zu den Angebots- und
Nachfragebedingungen des Arbeitsmarktes ein An-
stieg der Zahl der Arbeitslosen um rund 200 000 und
somit ein bedenklich hohes Niveau von rund 4,1 Mio.
Dies entspricht einer

*Arbeitslosenquote von knapp 11% aller Erwerbs-
personen*

nach 10,4% im Vorjahr. Hinter diesem Anstieg im
Jahresdurchschnitt steht die Erwartung, daß sich die
Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Jahreshälfte
wieder zurückbildet. Damit könnte gegen Jahresen-
de die Schwelle von 4 Mio. wieder unterschritten
werden. Eine solche Wende am Arbeitsmarkt ist je-
doch nur zu erwarten, wenn sich die Wachstumsbe-
schleunigung als nachhaltig erweist. Schwächeten-
denzen beim Wachstum oder weitere Zögerlichkeit
bei den Investitionen würden vor allem den Arbeits-
markt treffen.

19. Das nominale Brutto sozialprodukt, das neben
den im Inland erwirtschafteten Einkommen auch den
Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen ge-
genüber der übrigen Welt beinhaltet, dürfte 1997 in
etwa parallel zum Bruttoinlandsprodukt steigen, das

nach den Annahmen der Jahresprojektion um nomi-
nal rund 3½% zunehmen könnte. Das Volkseinkom-
men dürfte in etwa gleicher Größenordnung steigen.
Bei der Abschätzung der Primäreinkommensvertei-
lung wurde unterstellt, daß die Bruttolöhne und -ge-
hälter je beschäftigten Arbeitnehmer um rund 1½%
zunehmen. Dahinter steht die Vorstellung, daß die
Tarifpartner auch in diesem Jahr mit moderaten Ta-
riflohnabschlüssen dazu beitragen, die Bedingungen
für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbes-
sern. Da die Beschäftigung – trotz der für den Verlauf
dieses Jahres erwarteten Erholung – im Jahresdurch-
schnitt nochmals zurückgehen dürfte, liegt der An-
stieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme bei rund
1%. Die Zunahme der Sozialbeiträge der Arbeitge-
ber wird wegen der Beitragssatzsteigerungen im So-
zialversicherungsbereich zu einem im Vergleich zur
Lohnsumme deutlich überproportionalen Anstieg der

*Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit von
1½%*

führen, nach 1,2% im Vorjahr. Daraus ergibt sich für
das in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
als Differenz zwischen Volkseinkommen und Brutto-
einkommen aus unselbständiger Arbeit ermittelte

*Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und
Vermögen eine Zunahme von rund 7%,*

nach 3,0% im Vorjahr. Damit ergäbe sich eine Primär-
einkommensverteilung mit einer – wie schon in den
vorangegangenen drei Jahren – kräftigen, erheblich
überproportionalen Ausweitung der Unternehmens-
und Vermögenseinkommen. Da die Vermögensein-
kommen angesichts des niedrigen Zinsniveaus nur
wenig steigen, erhöhen sich die Unternehmenser-
träge nochmals deutlich überproportional. Gemessen
an der Ertragsentwicklung wird sich demnach die
Attraktivität des Investitionsstandorts Deutschland
nochmals deutlich erhöhen; dies ist ein weiterer
Grund dafür, daß die Investitionen im Inland wieder
anziehen dürften. Der Anteil der Lohneinkommen
am Volkseinkommen wird nochmals zurückgehen.

20. Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte
bleibt auch in diesem Jahr schwierig. Die Auswir-
kungen der konjunkturellen Schwächephase auf die
Ausgaben- und Einnahmenentwicklung sind weiter-
hin spürbar. Die wirtschaftliche Erholung ist noch
nicht stark genug, um von sich aus die öffentlichen
Haushalte in ausreichendem Umfange zu entlasten.
Vor diesem Hintergrund sind die vorgesehenen Maß-
nahmen zur Haushaltskonsolidierung zu sehen, mit
denen der gesamte Ausgabenanstieg im Sozialversi-
cherungsbereich und bei den Gebietskörperschaften
auf 1 bis 2% begrenzt werden soll. Da die nominale
Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts voraus-
sichtlich deutlich darüber liegen wird, werden die
Staatsausgaben in Prozent des Bruttoinlandspro-
dukts (Staatsquote) wahrscheinlich merklich niedri-
ger ausfallen als im Vorjahr. Die vom Staat selbst ver-
wendeten Mittel für Staatsverbrauch und Investiti-
onen dürften im Vergleich zur gesamten Ausgaben-
ausweitung unterproportional zunehmen. Die Ent-
wicklung des Staatsverbrauchs wird im Sozialversi-
cherungsbereich durch die beschlossenen Einschrän-
kungen bei den Sachleistungen der Renten-, Arbeits-

losen- und gesetzlichen Krankenversicherung gedämpft, trotz der Mehrausgaben im Bereich der Pflegeversicherung aufgrund der Einführung der Leistungen im Zusammenhang mit der stationären Pflege ab Mitte des vorangegangenen Jahres. Bei den Gebietskörperschaften schlagen die weiter vorgesehenen Personaleinsparungen sowie die niedrigen Tariflohn- und Besoldungsanhebungen zu Buche. Die Investitionsausgaben der öffentlichen Haushalte dürften weiter abnehmen. Dafür spricht vor allem die angespannte Finanzlage der Gemeinden, die den Großteil der öffentlichen Investitionen tragen. Für staatliche Umverteilungsvorgänge dürfte der Staat in diesem Jahr um 1 bis 2 % mehr ausgeben als im vorangegangenen Jahr. Die Entwicklung der sozialen Leistungen wird einerseits durch die Einsparungen bei den Geldleistungen der Sozialversicherungsträger gedämpft, andererseits entstehen konjunkturell bedingte Mehraufwendungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung. Die Zinsausgaben werden wegen des höheren Schuldenstands – trotz niedriger Zinsen – voraussichtlich überdurchschnittlich ansteigen.

Die Einnahmen des Staates dürften um 3 bis 4 % zunehmen. Dabei wird das Steueraufkommen voraussichtlich um 2½ bis 3½ % höher als im Vorjahr ausfallen. Den Mindereinnahmen infolge des Wegfalls der betrieblichen und privaten Vermögensteuer stehen Mehreinnahmen aus der Grunderwerbsteuer sowie der Erbschaft- und Schenkungsteuer gegenüber. Außerdem wird das Steueraufkommen durch die Anhebung des Kindergeldes gemindert. Der Anstieg des Aufkommens an Sozialbeiträgen wird den geringen Zuwachs der Bemessungsgrundlage infolge der

Beitragssatzerhöhungen zur Rentenversicherung und zur Pflegeversicherung ab Mitte vergangenen Jahres deutlich übersteigen.

Aus den Annahmen für die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung ergibt sich für das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Größenordnung von 105 Mrd. DM. Damit beläuft sich das Staatsdefizit auf 2,9 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts, etwa 1 %-Punkt weniger als im vorangegangenen Jahr. Das Defizitkriterium des Maastricht-Vertrages (3 %) wird 1997 voraussichtlich erfüllt. Bund, Länder und Gemeinden müssen dazu die im Finanzplanungsrat abgesprochene Ausgabenwachstumslinie von 2 % jährlich einhalten. Die Ausgaben des Bundes werden sinken. Die Länder sind aufgefordert, im Bundesrat ihre Zustimmung zu den noch ausstehenden Gesetzen – Asylbewerberleistungsgesetz und Arbeitsförderungsreformgesetz – zu geben.

21. Auch wenn der Finanzierungsbedarf des Staates in diesem Jahr sinkt, muß weiterhin Kapital netto aus dem Ausland zufließen. Denn die Ersparnis der privaten Haushalte wird nach den Annahmen der Jahresprojektion leicht rückläufig sein und die wieder ansteigende Investitionstätigkeit erhöht die Ressourcenbeanspruchung durch die Unternehmen. Doch wird das inländische Finanzierungsdefizit voraussichtlich niedriger ausfallen als im Vorjahr. Daher bleibt die Leistungsbilanz auch dieses Jahr zwar defizitär, der Negativsaldo wird sich allerdings bei steigendem Außenbeitrag zurückbilden. Die Nettovermögensposition Deutschlands gegenüber dem Ausland wird somit weiter zurückgehen.

Tabelle 9

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ¹⁾

	1994	1995	1996	Jahres- projektion 1997
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)				
BIP in Preisen von 1991	2,9	1,9	1,4	2½
davon: alte Länder	2,2	1,6	1,3	2½
neue Länder	9,9	5,3	2,0	2½
Erwerbstätige	-0,7	-0,3	-1,1	- ½
BIP je Erwerbstätigen	3,6	2,3	2,5	3
Arbeitslosenquote in % ²⁾	9,6	9,4	10,4	11
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen				
Privater Verbrauch	4,0	3,8	3,3	3
Staatsverbrauch	2,5	3,9	3,3	1½
Bruttoanlageinvestitionen	5,8	2,9	-0,9	1½
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	16,4	27,7	9,5	27
Inlandsnachfrage	5,0	3,9	1,8	3
Außenbeitrag (Mrd. DM)	21,6	29,0	47,7	69
(in % des BIP)	0,6	0,8	1,3	2
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	5,1	4,1	2,4	3½
Verwendung des BIP in Preisen von 1991				
Privater Verbrauch	1,0	1,8	1,4	1½
Staatsverbrauch	1,3	2,0	2,8	½
Bruttoanlageinvestitionen	4,2	1,5	-0,7	1½
Ausrüstungen	-1,2	2,0	2,6	5
Bauten	7,7	1,2	-2,7	-1
Vorratsveränderung (BIP-Wachstumsbeitrag) ³⁾	1,0	0,3	-0,5	½
Inlandsnachfrage	2,8	2,1	0,7	2
Ausfuhren	8,0	5,9	4,6	6½
Einfuhren	7,6	6,4	2,0	4½
Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag) ³⁾	0,1	-0,1	0,7	½
Bruttoinlandsprodukt (real)	2,9	1,9	1,4	2½
Preisentwicklung (1991 = 100)				
Privater Verbrauch	2,9	1,9	1,8	1½
Inlandsnachfrage	2,2	1,8	1,1	1
Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,2	1,0	1
Verteilung des Bruttosozialprodukts (Inländerkonzept)				
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,4	3,0	1,2	1½
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	10,0	9,4	3,0	7
Volkseinkommen	4,4	4,7	1,7	3
Bruttosozialprodukt	4,7	4,0	1,7	3
nachrichtlich (Inländerkonzept):				
Beschäftigte Arbeitnehmer	-0,9	-0,6	-1,4	- ½
Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt	1,4	2,9	0,8	1
je Beschäftigten	2,4	3,4	2,3	1½
Nettolohn- und -gehaltsumme ⁴⁾ insgesamt	-0,5	0,1	2,3	-0
je Beschäftigten	0,4	0,6	3,8	½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	3,4	3,6	3,3	2½
Sparquote in %	11,7	11,6	11,6	11½

¹⁾ bis 1995 vorläufige, 1996 erste vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes: Januar 1997²⁾ bezogen auf alle Erwerbspersonen, Quelle bis 1996: Bundesanstalt für Arbeit³⁾ Absolute Veränderung (Vorräte/Außenbeitrag) in Prozent des BIP des Vorjahres („Impuls“)⁴⁾ Nettolohn- und -gehaltsumme 1996 überhöht wegen Umstellung der Kindergeldregelung (Abzug von der Lohnsteuer statt Sozialleistung); die neue „Verbuchung“ des Kindergeldes hat keinen Einfluß auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte

Tabelle 10

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den alten und neuen Ländern ¹⁾

	1994	1995	1996	Jahres- projektion 1997
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)				
Bruttoinlandsprodukt <u>in Preisen</u> von 1991				
- alte Länder . . .	2,2	1,6	1,3	2½
- neue Länder . .	9,9	5,3	2,0	2½
Erwerbstätige				
- alte Länder . . .	-1,2	-0,6	-1,1	- ½
- neue Länder . .	1,7	1,1	-1,5	- ½
BIP je Erwerbstätigen				
- alte Länder . . .	3,4	2,2	2,4	3
- neue Länder . .	8,0	4,2	3,6	3
<i>nachrichtlich:</i> Arbeitslosenquote in % ²⁾				
- alte Länder . . .	8,2	8,3	9,1	9½
- neue Länder . .	15,2	14,0	15,7	16
Bruttoinlandsprodukt <u>in jeweiligen</u> <u>Preisen</u>				
- alte Länder . . .	4,3	3,7	2,1	3½
- neue Länder . .	12,9	7,4	4,5	4
Preisentwicklung des BIP (1991 = 100)				
- alte Länder . . .	2,0	2,1	0,8	1
- neue Länder . .	2,7	1,9	2,4	1½
Beschäftigung und Einkommen <i>(Inlandskonzept)</i>				
Beschäftigte Arbeitnehmer				
- alte Länder . . .	-1,4	-0,8	-1,2	- ½
- neue Länder . .	1,2	0,8	-1,9	- ½
Bruttolohn- und -gehaltsumme insgesamt				
- alte Länder . . .	0,5	2,3	0,7	1
- neue Länder . .	7,4	7,1	1,6	1½
je Beschäftigten				
- alte Länder . . .	1,9	3,1	2,0	1¼
- neue Länder . .	6,1	6,2	3,6	2
Nettolohn- und -gehaltsumme insgesamt ³⁾				
- alte Länder . . .	-1,4	-0,8	1,9	-½
- neue Länder . .	5,2	5,7	4,7	½
je Beschäftigten				
- alte Länder . . .	-0,1	-0,1	3,2	½
- neue Länder . .	3,9	4,9	6,7	1

¹⁾ bis 1995 vorläufige, 1996 erste vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes: Januar 1997²⁾ bezogen auf alle Erwerbspersonen, Quelle bis 1996: Bundesanstalt für Arbeit³⁾ Nettolohn- und -gehaltsumme 1996 überhöht wegen Umstellung der Kindergeldregelung (Abzug von der Lohnsteuer statt Sozialleistung); die neue „Verbuchung“ des Kindergeldes hat keinen Einfluß auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)
Bundesrepublik Deutschland ¹⁾

	1994	1995	1996	Jahres- projektion 1997
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Einnahmen				
Steuern	5,0	3,4	- 1,7	2½ bis 3½
Sozialbeiträge ²⁾	7,4	4,5	4,8	4½ bis 5½
Sonstige Einnahmen ³⁾	8,3	- 7,3	1,5	-½ bis ½
Einnahmen insgesamt	6,2	3,0	1,2	3 bis 4
Ausgaben				
Staatsverbrauch	2,5	3,9	3,3	1 bis 2
Einkommens- und Vermögensübertragungen ⁴⁾	5,1	7,2	1,8	1 bis 2
Investitionen	3,0	- 3,3	- 6,2	-2 bis -3
Ausgaben insgesamt	4,0	5,4	2,0	1 bis 2
Finanzierungssaldo				
Mrd. DM	-80,6	-122,6	-137,9	-105
(in % des BIP)	- 2,4	- 3,5	- 3,9	-2,9

¹⁾ bis 1995 vorläufige, 1996 erste vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes: Januar 1997

²⁾ Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds

³⁾ Ohne Berücksichtigung der Kapitalübernahme der Deutschen Kreditbank AG durch den Bund als einmalige Vermögensübertragung im Jahr 1995

⁴⁾ Einschließlich Zinsen; ohne Berücksichtigung der Schuldenübernahmen der Treuhandanstalt und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft durch den Bund als einmalige Vermögensübertragung im Jahr 1995

14.03.97

Beschluß

des Bundesrates

Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung

Der Bundesrat hat in seiner 710. Sitzung am 14. März 1997 beschlossen, zu dem Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage von der Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht im wesentlichen zutreffend beschrieben wird. Unter den Komponenten der Endnachfrage weist der Export eine vergleichsweise hohe Dynamik auf. Dagegen nimmt die Binnennachfrage nur in geringem Umfang zu. Dies gilt vor allem für Anlageinvestitionen wie etwa Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Der private Verbrauch wurde im vergangenen Jahr durch die steuerliche Freistellung des Existenzminimums und familienbezogene Entlastungen gestützt, andererseits durch die Einführung der zweiten Stufe der Pflegeversicherung belastet. Dieses grundsätzliche Entwicklungsmuster eines unterschiedlichen Tempos von Binnen- und Außenexpansion soll auch 1997 bestehen bleiben (vgl. TZ 14 ff. und TZ 122 ff.). Daher wird es trotz des wieder stärker werdenden Wirtschaftswachstums auf dem Arbeitsmarkt im laufenden Jahr keine Entlastung geben. Die Erwartungen der Bundesregierung in der Jahresprojektion für ganz Deutschland decken sich in Entwicklungsrichtung und Größenordnung in etwa mit den Gutachten der Forschungsinstitute und halten sich im Spektrum der vorliegenden Prognosen. Für die neuen Länder sind sie indes eher zu optimistisch.
2. Angesichts dieser im wesentlichen zutreffenden Darstellung einer schwachen Entwicklung der Binnennachfrage hätte der Bundesrat von der Bundesregierung jedoch adäquate politische Maßnahmen zur Stützung der Binnennachfrage erwartet. Statt dessen reagiert sie in einer überaus labilen konjunkturellen Lage auf Steuerausfälle und Haushaltsdefizite, die auf einem zu geringen

wirtschaftlichen Wachstum beruhen, mit zusätzlichen Einsparungen im Bundeshaushalt und bei den Trägern der Sozialversicherung. Auch im Zusammenhang mit dem jüngsten hohen Anstieg der Arbeitslosenzahlen sind von der Bundesregierung bisher lediglich erneute Haushaltskürzungen zur Diskussion gestellt worden. Im volkswirtschaftlichen Kreislauf verursachen solche Einsparungen über den damit verbundenen Nachfrageausfall erneute Haushaltsdefizite, mit der notwendigen Folge weiterer Einsparungen. Ein plastisches Beispiel hierfür ist die Streichung des Schlechtwettergeldes für Bauarbeiter, die im Winter zu Entlassungen führt und über die damit verbundenen Zahlungen von Arbeitslosengeld zu letztlich höheren Ausgaben führt. Ähnlich wirken die Streichungen im Reha-Bereich. Diese Strategie mag zwar haushaltswirtschaftlich rational sein, wird aber der Gesamtverantwortung der Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik nicht gerecht: Es handelt sich vielmehr nach Auffassung des Bundesrates um eine zyklenverstärkende Parallelpolitik, mit der sowohl das originäre Ziel der Haushaltskonsolidierung als auch das Ziel einer Belebung der Wirtschaftstätigkeit verfehlt wird.

3. Dagegen setzt die Bundesregierung zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit wesentlich auf eine angebotsorientierte Strategie, deren Maßnahmen zum Teil bereits verwirklicht sind ("Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze", "Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung", vgl. TZ 20 ff.), zum Teil in nächster Zukunft umgesetzt werden sollen (vgl. die Aussagen zu den einzelnen Handlungsfeldern unter Punkt C des Berichts). Hierunter befinden sich richtige und diskussionswürdige Maßnahmen und Ziele wie etwa die Senkung der Lohnnebenkosten und eine verbesserte Bereitstellung von Wagniskapital; zur Behebung der aktuellen Wachstumsschwäche müssen jedoch endlich praktische Schritte unternommen werden. Die Grenzen der von der Bundesregierung verfolgten Strategie zeigen sich vielmehr auch darin, daß diese bereits seit geraumer Zeit verfolgt wird, die erwarteten positiven Wirkungen aber ausbleiben. Der Hinweis auf eine angebliche Verweigerung "konstruktiver Mitarbeit" durch den Bundesrat vermag als Ursache keinesfalls zu überzeugen (TZ 3, Punkt 2).
4. Sowohl der Sachverständigenrat als auch die Bundesregierung stellen fest, daß die Angebotsbedingungen eigentlich positiv sind (günstiges weltwirtschaftliches Umfeld, Preisstabilität, niedrige Zinsen, sich verbessernde Ertragslage, moderater Lohnanstieg, kräftige Produktivitätszuwächse, vgl. TZ 125). Dennoch bleibt die Investitionstätigkeit verhalten. In diesem Zusam-

menhang verweist die Bundesregierung auf die Nachfragebedingungen (TZ 125). Ohne Aussicht, die Produktion auch absetzen zu können, bestehe wenig Anlaß zu investieren. Dieser richtigen Aussage stehen jedoch keine entsprechenden politischen Reaktionen gegenüber.

5. Der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung entspricht auch eine zunehmend ungleicher werdende Einkommensverteilung. Hierzu stellt der Bundesrat fest, daß bereits seit mehreren Jahren die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit langsamer steigen als die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Hieran wird sich auch 1997 nichts ändern. Unter Berücksichtigung der sinkenden Zahl abhängig Beschäftigter und steigender Sozialabgaben trugen die Einkommen aus unselbständiger Arbeit trotz der steuerlichen Entlastungen (Existenzminimum, Familienlastenausgleich) nur wenig zur Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bei. Im Regelfall mußten gar reale Einkommensverluste hingenommen werden. Die konstatierte Steigerung der verfügbaren Einkommen stammt vielmehr wesentlich aus entnommenen Gewinnen und Vermögenseinkommen (TZ 15), die aber wegen der in der Regel unterdurchschnittlichen Konsumquote ihrer Bezieher nur zu einem vergleichsweise geringen Teil verbrauchswirksam werden.
6. Unter mittel- und langfristigen Gesichtspunkten sind insbesondere die sinkenden Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Bundeshaushalt bedenklich. Dies gilt auch für die rückläufigen Forschungsaufwendungen der Wirtschaft. Denn die internationale Wettbewerbsfähigkeit und das nationale Einkommensniveau hängen letztlich von der technologischen Kompetenz der Wirtschaft und von der Fähigkeit ab, am eigenen Standort nicht mehr wettbewerbsfähige Produktionen durch neue Erzeugnisse zu ersetzen. Diese Fähigkeit beruht wiederum letztlich auf den Ergebnissen des Forschungs- und Entwicklungsprozesses. In diesem Zusammenhang könnte der deutschen Wirtschaft eine Wettbewerbsschwäche drohen. Dies gilt trotz der zur Zeit noch zu verzeichnenden hohen und weiter steigenden Überschüsse im Außenhandel. Durch fiskalisch orientierte Haushaltskürzungen kann darüber hinaus die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft längerfristig gefährdet werden. Auch an diesem Punkt zeigt sich im Jahreswirtschaftsbericht eine Diskrepanz zwischen Darstellung und Realität. So wird in TZ 80 ff. die wichtige Rolle von Innovationen für die wirtschaftliche Entwicklung betont und

auch eine Vielzahl von Maßnahmen und Initiativen dargestellt. Auf die rückläufigen Forschungsmittel findet sich jedoch kein Hinweis.

7. Angesichts der drängenden Probleme fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, die auf höchster Ebene endlich begonnenen Gespräche auf allen Ebenen fortzuführen. Hierzu sind alle Beteiligten - auch jenseits des politischen Raumes - hinzuzuziehen. Erfolgversprechende Konzepte zur Bewältigung der schwersten Beschäftigungskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland lassen sich nur konsensual erarbeiten. Ein Blick über die Grenze in die Niederlande zeigt, wie man den Sozialstaat umgestalten kann, ohne Auseinandersetzungen zu provozieren.
8. Die Arbeitslosigkeit hat zum Jahresbeginn 1997 einen Höchststand von rund 4,66 Millionen arbeitslos gemeldeten Personen erreicht. Die Beschäftigung hat sich bis November 1996 um rund 500.000 gegenüber dem Vorjahr auf eine Erwerbstätigenzahl von 34,52 Mio verringert, wobei sich der Beschäftigungsabbau besonders in den neuen Ländern bemerkbar machte.

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung geht davon aus, daß sich bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von 2 ½ % die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt auf 4,1 Millionen und damit um rund 200.000 gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt erhöht. Inzwischen wird ein Anwachsen auf 4,2 Millionen für nicht ausgeschlossen gehalten.

9. Der Jahreswirtschaftsbericht wird dem Ernst der Arbeitsmarktsituation nicht gerecht. Er läßt keine neuen Konzepte erkennen, die notwendig sind, um die Abwärtsspirale von durch steigende Sozialausgaben einerseits und Mindereinnahmen andererseits immer wieder notwendig werdenden Leistungskürzungen im sozialen Bereich zu durchbrechen.

Nach wie vor hält die Bundesregierung an ihrem Konzept fest, einseitig durch Verbesserungen in der Angebotsstruktur positive Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen. Obwohl die Bundesregierung mit ihrem "Aktionsprogramm für mehr Investitionen und Arbeitsplätze" und mit dem "Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" die damit verbundenen Zielsetzungen kraß verfehlt hat, will sie an ihrer verfehlten Beschäftigungspolitik festhalten.

Der Bundesrat bedauert, daß die Bundesregierung angesichts eines von ihr selbst prognostizierten Anstiegs der Arbeitslosigkeit ihr Handeln einseitig an Spargesichtspunkten orientiert, statt durch sinnvolle und sozial ausgewogene Reformen die Grundlagen für mehr Beschäftigung, für mehr Wohlstand und für

verlässlichere soziale Sicherung zu schaffen, wie es das Jahresgutachten 1996/97 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fordert.

Die Bundesregierung gesteht selbst ein, daß die Entlastungen des Arbeitsmarktes durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen deutlich nachgelassen haben. Durch ihre Entscheidung, den Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit in 1997 auch bei ansteigender Arbeitslosigkeit auf 4,1 Mrd. DM zu begrenzen, ist ein weiterer dramatischer Einbruch bei den Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung und damit ein hierdurch begründeter weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit zu befürchten.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die finanziellen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß zumindest die Sicherung des mit dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit 1997 in Kraft gesetzten Niveaus der aktiven Arbeitsmarktpolitik gewährleistet und somit ein weiteres prozyklisches Absenken der Mittel für die aktive Arbeitsförderung verhindert wird.

10. Unabhängig davon, daß die Arbeitsförderung im wesentlichen abhängig ist von den finanziellen Rahmenbedingungen und die Bundesregierung es versäumt hat, bei der AFG-Reform das bisherige Finanzierungskonzept zu verändern und zumindest den Einstieg in eine Entlastung der Beitragszahler bei der aktiven Arbeitsförderung vorzusehen, vermag der Bundesrat die Auffassung der Bundesregierung nicht zu teilen, daß mit dem AFRG selbst die Effizienz und Zielgenauigkeit der Arbeitsmarktpolitik erhöht werden könnte.
11. Durch die Einführung des Eingliederungsvertrages werden nach Einschätzung des Bundesrates Arbeitgeber nicht motiviert, in nennenswerter Zahl neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose zu schaffen. Die Erfahrungen mit dem arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz zeigen, daß auch durch die Erleichterung von Kündigungen Einstellungshemmnisse nicht beseitigt werden, da Unternehmen ihre Personalplanung im wesentlichen an der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen orientieren.

Auch die Änderungen im Leistungsrecht dienen weniger arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen als der Disziplinierung und Kontrolle der Arbeitslosen, wobei u. a. durch die Einführung einer persönlichen Arbeitslosmeldung im Abstand von 3 Monaten eine verstärkte Bürokratisierung erreicht wird, während ansonsten die Bundesregierung gegenüber Unternehmen auf Deregulierung setzt.

12. Der Bundesrat bedauert, daß die Bundesregierung trotz verfassungsrechtlicher Bedenken an der Neuregelung der Anrechnung von Abfindungen bei Entlassungen auf das Arbeitslosengeld festhält. Ein überwiegender Anteil der jährlichen Beendigungen von Arbeitsverhältnissen beruht darauf, daß Abfindungen gerichtlich oder außergerichtlich vereinbart werden. Durch die vorgesehene Anrechnungsregelung wird die Flexibilität des Arbeitsmarktes nachhaltig gestört mit der Folge, daß Langzeitarbeitslosigkeit weiterhin zunehmen dürfte.

Der Bundesrat vermag auch nicht nachzuvollziehen, warum durch eine Kürzung des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgeltes auf 80 % des Tarifentgelts bzw. des ortsüblichen Entgelts die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik gesteigert werden soll.

13. Der Bundesrat bedauert, daß die Bundesregierung angesichts der 1997 absehbaren Verschlechterung auf dem Ausbildungsstellenmarkt - zu erwarten ist eine Zunahme der Nachfrage und eine Abnahme des Angebots - außer allgemeinen Appellen kein Konzept aufzeigt, wie Angebot und Nachfrage in ein Gleichgewicht gebracht werden können. Auch wird nicht erkennbar, welche Schlüsse die Bundesregierung angesichts dessen zu ziehen gedenkt, daß das duale System zunehmend dadurch ausgehöhlt wird, daß der Anteil öffentlich geförderter Ausbildungsplätze vor allem in den neuen Ländern nicht nur vorübergehend eine ordnungspolitisch bedenkliche Dimension erreicht hat.

14. Der Bundesrat bedauert, daß die Bundesregierung - wieder einmal - ihre vage Hoffnung auf einen Aufschwung in der 2. Jahreshälfte setzt, von dem mit zeitlicher Verzögerung positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt erwartet werden. Er fordert die Bundesregierung auf, vielmehr im Sinne eines Bündnisses für Arbeit eine politische Weichenstellung vorzunehmen, die den Strukturwandel fördert und die Bedingungen für mehr Beschäftigung im Konsens mit den Sozialpartnern schafft.